



# VILLA VIGONI

*COMUNICAZIONI / MITTEILUNGEN*

VIII, 4 2004  
Numero Speciale / Sonderheft

*Patriotismus - Nationalbewußtsein -  
europäische Identität*

Beiträge zu einem Gespräch in der Villa Vigoni



Villa Vigoni



## ZUM GELEIT

Aldo Venturelli

Das Deutsch-Italienische Zentrum Villa Vigoni legt mit diesem Band die Ergebnisse eines neuen Veranstaltungstyps vor. Es ist das Treffen von Doktoranden aus verschiedenen europäischen Wissenschaftskulturen. Wir wollen mit dieser Publikation zum einen jungen europäischen Wissenschaftlern die Chance geben, ein breites internationales Lesepublikum zu erreichen, wie es das Umfeld der Villa Vigoni ermöglicht. Zum anderen ist es unsere Absicht, ein experimentelles Treffen in der Villa Vigoni zu dokumentieren, von dem wir hoffen, dass es Schule macht und immer weitere Kreise in Europa im Gespräch zusammenführt. Damit steht dieses Sonderheft unserer Zeitschrift in der Perspektive aller unserer Publikationen, die Beiträge zur Herausbildung einer europäischen bürgerschaftlichen Öffentlichkeit sein sollen.



## ZUR EINFÜHRUNG

Christiane Liermann

Im letzten Jahrzehnt hat die öffentliche und wissenschaftliche Debatte in Deutschland und in Italien das Thema „Identität“ von unterschiedlichen Blickwinkeln aus und in unterschiedlichen Perspektiven diskutiert. Dazu mag nicht zuletzt die europäische Einigung beigetragen haben, die die Auseinandersetzung mit der Frage herausfordert, was eine „europäische Identität“ sein könnte oder sein sollte. Unter diesem Anschlag, verstärkt und verschärft durch die Globalisierungstrends der Wirtschaft und Universalisierungstrends der Werte, hat sich auch der Diskurs über traditionelle Identitäten wie die nationale, die regionale oder lokale Identität erneuert. Gerade in Italien ist er besonders lebhaft, wie eine Fülle von Neuerscheinungen beweist, nicht zuletzt die erfolgreiche Reihe des angesehenen Bologneser Verlags Il Mulino, die den Titel „Italienische Identität“ trägt. Sie stellt monographisch bestimmte Schlüsselphänomene der italienischen Kultur und Geschichte vor, die über einen hohen nationalen Identifikationswert verfügen (Zu den Personen gehören beispielsweise Giuseppe Verdi und Giuseppe Garibaldi; zu den Orten die Wallfahrtsstätte *Loreto* und die *Autostrada del sole*). Das Unternehmen ist der dreibändigen, von Etienne François und Hagen Schulze herausgegebenen Publikation über die deutschen „Erinnerungsorte“ verwandt, die sich ihrerseits an Pierre Noras *lieux de mémoire* orientiert.

Im Jahr 2003 fand im Deutsch-Italienischen Zentrum Villa Vigoni ein deutsch-italienisch-slowakisches Sommerkolleg mit dem Titel *Patriotismus - Nationalbewusstsein - europäische Identität* statt. Ziel dieses geschichts- und kulturwissenschaftlichen Gesprächs war die Auseinandersetzung mit historischen Mustern kollektiver Identitätsbildung und ihrer politischen (soziologischen, kulturellen, institutionellen etc.) Relevanz. Dabei standen die Muster des modernen-zeitgenössischen Staates – seit dem 19. Jahrhundert weitgehend als Nationalstaat konnotiert – im Mittelpunkt. Wir veröffentlichen hier die Beiträge einiger der

jungen Wissenschaftler, die an diesem Kolloquium teilgenommen haben.

Zunächst sei jedoch noch näher erläutert, welche Überlegungen die Veranstaltung geleitet haben.

Es wird vielfach betont, daß das geeinte Europa eine politisch-institutionelle Entität *sui generis* ist und demzufolge wohl auch eine Identität der Mitglieder *sui generis* kennt (oder kennen sollte). Auch wenn man diese Unvergleichlichkeit in Rechnung stellt, bleibt der moderne Nationalstaat letztlich das einzige „politische Vorbild“ der jüngeren Geschichte, an dem sich Muster, Bilder, Mechanismen, Verlaufsformen und politisch-institutionelle Folgen kollektiver Identitätsbildung im europaadäquaten Maßstab aufzeigen lassen. Der politische Diskurs über die europäische Identität gewinnt durch den historischen Blick auf die vorausliegende nationale Identität, ihre Entstehung, ihre Ausprägungen, die notwendige Tiefenschärfe.

Der zweite Grund für das wissenschaftliche Interesse an dem Phänomen ist, daß der Nationalstaat zwar durch seine Einordnung in das supranationale Europa an Legitimation verloren hat, daß sich aber andererseits im Weltmaßstab zeigt, daß er nach wie vor als das Modell *par excellence* zur Verwirklichung des *Demos* mit bürgerlicher Freiheit und politischer Partizipation angesehen wird. Gerade das Koordinatensystem „Nation-Nationalstaat-Partizipation“ ist in seiner historischen Dimension ebenso sensibel wie vielgestaltig und wird von der zeitgenössischen Geschichts- und Kulturwissenschaft in dem umfassenden Kontext des Zusammenhangs von *politischer Form*, *Partizipation* (im weiten Sinne, also auch im Sinne der Partizipation an Ethos und Kulturwerten) und *Identität* diskutiert.

Zu den neuen Wegen der Forschung auf diesem Feld gehört, daß der Akzent nicht mehr auf der Unterscheidung zwischen einem „guten“ Patriotismus und einem „bösen“ Nationalismus liegt und es nicht um die Apologie der *einen* Kollektividentität und die Diskriminierung der *anderen* geht. Der Akzent liegt vielmehr auf den tatsächlichen Produktions-„Kanälen“ kollektiver Identität und auf deren Übertragung in den zeitgenössischen politischen Diskurs: Untersucht werden Bilder-



schatz, Liedgut, Erziehungsmodelle usw. Die methodische Herausforderung liegt dabei in der Synthese von ideen- und geistesgeschichtlichen Ansätzen und sozial- und kulturgeschichtlicher Historiographie. Gefragt wird nach den Formen und Verfahren, mit deren Hilfe im Verlauf des 19. und 20. Jahrhunderts kollektive politisch-soziale Identitäten konzipiert, konstruiert, gefördert und gelenkt worden sind. Welche Erzählungen, Mythen und sonstigen Deutungsangebote haben die Schaffung von Identität und von Zugehörigkeit (im historischen, psychologischen, sozialen, staatsrechtlichen etc. Sinne) ermöglicht oder begleitet ?

Lebhaft ist die Debatte um die eigene politische und kulturelle „Identität“ auch in der Slowakei. Der „Fall Slowakei“ ist in diesem Zusammenhang aus mehreren Gründen aufschlußreich: Die Slowakei stellt das gewissermaßen „klassische“ Beispiel für die kulturelle Kreation einer Nation ohne (National-)Staats Erfahrung dar. Mehr als tausend Jahre lang gehörte die Slowakei zu (Ober-)Ungarn, einige wenige Jahre zum tschechoslowakischen Staatsverband, dann bildete sie von Gnaden Hitlers eine Nation unter der Regierung von Monsignore Jozef Tiso, war anschließend wieder tschechoslowakisch, später unabhängig und ist seit dem 1. Mai 2004 Mitglied der Europäischen Union. Am Beispiel der Slowakei läßt sich die Idee kultureller Einheit und Zugehörigkeit veranschaulichen, die traditionell unter dem Stichwort „Mitteleuropa“ firmiert, seit neuerem auch unter dem Begriff „Zwischeneuropa“ oder auch „Karpatheneuropa“ mit Blick auf die Völker und Kulturen des Karpathenbeckens. Der Straßburger Historiker Lucien Febvre hat in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts die Begegnung von Ethnien und Kulturen zwischen Völkerwanderung und Nationalstaatsbildung *am Rhein* nachgezeichnet. Der Triestiner Germanist und Kulturwissenschaftler Claudio Magris hat vor wenigen Jahren ein ähnliches Panorama für die *Donauegend* entworfen: Das Mit- und Gegeneinander der Völker, die sich hier gemischt haben, prägt den Kulturraum bis heute: Dazu gehören Ruthenen und Rusinen, Rumänen, Ungarn und Deutsche, Roma, Sinti und Juden, Italiener, Polen und Ukrainer. Die Slowakei repräsentiert dadurch eine *europäische Erfahrung*, die es

zu rekonstruieren und im historisch-politischen Bewußtsein zu reaktivieren gilt. Sie stellt den Fall eines *Patriotismus ohne Nation* oder einer *patriotischen Identität* dar, die sich nicht aus der *politischen* Geschichte speist (die ungarisch oder tschechoslowakisch war), sondern aus dem Bewußtsein der siedlungsgeschichtlichen, kulturellen Zugehörigkeit zu Europa. Hier liegt einer der Gründe dafür, daß bei den jüngeren Slowaken der Nationalismus nur schwach ausgeprägt ist, während das regionale Identitätsbewußtsein, vermittelt durch die „Euregionen“, dominiert („Euregio Carpathiensis“). Ein Spezialthema, an dem sich die Frage der „Identität“ herausarbeiten läßt, ist die *Zigeunerfrage* (wobei diese Bezeichnung nach Auffassung der Vertreter der Zigeunervölker zulässig ist, insofern deren Kreis nicht nur Sinti und Roma umfaßt<sup>1</sup>). In der Slowakei mit insgesamt 5 Mio. Einwohnern leben ca. 500.000 Zigeuner. Fragen der soziokulturellen *Integration* und der politischen *Partizipation* lassen sich an diesem Beispiel besonders nachdrücklich deutlich machen.

### *Die Themenschwerpunkte*

Die während des Sommerkollegs gehaltenen Vorträge deckten ein breites Themenspektrum ab. Nicht alle Teilnehmer haben ihre Beiträge für die Veröffentlichung ausgearbeitet. In dieser Einführung werden daher nicht nur die im folgenden abgedruckten Texte kurz vorgestellt, sondern auch die Wortbeiträge derjenigen Doktoranden zusammengefasst, die sich nicht mit einem Aufsatz an dem Sammelband beteiligen.

Die erste Sektion zum Thema *Geschichte und Mythos* beginnt mit einem Beitrag von Bernd Söseman über die „zweite Reichsgründung“ des Deutschen Reichs. Der Autor rekonstruiert die Versuche seitens der deutschen politischen und kulturellen Eliten, in der Bevölkerung Zustimmung zu und Identifikation mit dem neugeschaffenen Reich zu fördern. Ein besonders prägnantes Beispiel bildet das Nationalunternehmen „Olympia“, bei dem durch gezielte Medienpolitik und popularisierende Präsentationen die Ausgrabungen der antiken Stätte zu

---

1. Vgl. auch Walter O. Weyrauch (Hg.), *Gypsy Law. Romani Legal Traditions and Culture*, London 2001.

einer Projektionsfläche nationalpatriotischen Engagements stilisiert und funktionalisiert wurden. Jessica Kraatz Magri (Berlin/Konstanz) stellt in ihrem Beitrag die Ergebnisse ihrer Forschung unter dem Titel *Mythenbildung und politische Identität* vor. Kraatz Magri untersucht den Mythos „Garibaldi“, der auf symbolischer Ebene sicherlich die erfolgreichste Figur Italiens im 19. Jahrhundert war. Frappierend ist der vielseitige politische Gebrauch, der von der Figur Garibaldis vor allem ab seinem Tod bis weit ins 20. Jahrhundert gemacht worden ist: Die Analyse dieses „symbolischen Erfolges“ zeigt, daß der politische Mythos Garibaldi hochgradig ambivalent ist. Auf der einen Seite ist er staatstragend, also konservativ, von oben institutionalisiert und verbreitet; auf der anderen Seite etabliert sich ein radikaldemokratischer, republikanischer, vor allem aber oppositioneller Mythos, der von den Radikalen, den Republikanern, den Sozialisten und den Anarchisten getragen und inszeniert wird.

Der in Breslau arbeitende Turiner Historiker Davide Artico stellt seine Forschungsergebnisse unter dem Titel *Der Konflikt zwischen ‚Deutschtum‘ und ‚Polentum‘ nach dem 2. Weltkrieg am Beispiel Niederschlesien* vor, wobei er die Geschichtsmächtigkeit der Konfliktgründe betont, die den Rückgang in die Zeit vor dem I. Weltkrieg erforderlich macht. Im Rückgriff auf Hobsbawms „Traditions“-Begriff erläutert er die Bestandteile der politisch-kulturellen Identität der polnischen Schlesier. Für sie spielt die ins Mythische gesteigerte Erzählung vom Sieg, der gegen die Deutschordensritter in der „Grundwalder Schlacht“ errungen wurde (die in der deutschsprachigen Tradition als „Schlacht von Tannenberg“ erinnert wird), eine zentrale Rolle. Artico zeigt, auf welche Weise Deutungsmuster des 19. Jahrhunderts auf die mittelalterliche und frühneuzeitliche Geschichte projiziert wurden, die so zur Vorgeschichte eines immerwährenden Konflikts kulturell heterogener Großgruppen („Deutsche“ versus „Polen“) stilisiert wurde. Für die polnische Diskussion bildete dabei die Frage nach den Gründen für den Verlust der staatlichen Unabhängigkeit stets die entscheidende Folie aller Identitätsstiftungs- und Abgrenzungsversuche.

Eine ähnlich fundamentale Bedeutung der Rolle der Geschichte für

die kollektive Identität und das politisch-gesellschaftliche Selbstverständnis einer Nation zeigte Carsten Kretschmann (Universität Frankfurt) in seinem Vortrag am Beispiel Österreichs, wo es dank einer einzigartigen Deutungsanstrengung nach dem II. Weltkrieg gelang, sich aus der „deutschen“ Geschichte gewissermaßen herauszuinterpretieren, um aus der Vergangenheit die Gründe für einen eigenen, von Deutschland unabhängigen historischen Weg und damit auch für eine autonome Identität zu schöpfen. Diese kritische Sicht der oftmals emotional aufgeladenen Funktionalisierung von Geschichte zum Zweck politisch-weltanschaulicher Vereinnahmung wurde ergänzt durch die Ausführungen des Frankfurter Juristen Felix Hanschmann. Hanschmann überprüft das Konzept der „Geschichtsgemeinschaft“, wie es im Staats- und Europarecht wirksam ist. Er kritisiert, daß daraus Zugehörigkeits- und Ausschlußkriterien abgeleitet werden, ohne daß der Begriff selbst geklärt oder mit dem modernen, der Aufklärung verpflichteten Statsangehörigkeitsrecht versöhnt würde.

Die zweite Sektion mit dem Titel *Politik und Parteien* wird von dem Turiner Historiker Federico Trocini mit einem Beitrag über *Die nationale Neuorientierung des deutschen Liberalismus am Programm der Realpolitik (1848-1866)* eröffnet. Trocini widmet sich der Frage, wie sich das Phänomen „Nation“ in Deutschland mit der Machtfrage verschränkt. Er zeigt, wie sich die bürgerlich-liberale Elite nach 1848 vom Machtstaat, der „Realpolitik“ praktiziert, die Beilegung der sozialen Konflikte und die Abwendung der drohenden revolutionären Gefahren versprach. Damit verschob sich die Souveränitätsbegründung hin zur *Herrschaft*, die legitimiert war, insofern sie erfolgreich war, wobei, so Trocini, nach dem Verständnis der liberalen Realpolitiker Kriterium für Erfolg die Durchsetzungsfähigkeit von politischen Programmen war, die ihrerseits auf die Einbindung und gesteuerte Partizipation der Nation angewiesen war (also auf Strategien der Konsensgewinnung). Der Historiker Roberto Brogi (Universität Siena) schildert in seinem Vortrag *Die republikanische Identität der SPD in den Anfängen der Weimarer Republik* die Anstrengung der SPD in der frühen Phase der Weimarer Republik, gleichzeitig die politische Vertretung des Proletariats

wahrzunehmen und übergreifend, für die gesamte Gesellschaft, die Versöhnung und Identifizierung mit der neuen Staatsform zu leisten. Diese doppelte Integrationsbemühung bezeichnet Brogi auf den Spuren Heinrich August Winklers als gescheitert, insofern es nicht gelang, die beiden Diskurs- und Kommunikationsebenen miteinander in Einklang zu bringen. Brogi zeigt dies an einer Reihe von öffentlichkeitswirksamen Instrumenten, die Partizipation und Identität stiften sollten, wie Liedgut, Plakatkultur und der Organisation von Aufmärschen und Umzügen. Die Historikerin Tiziana Di Maio (Rom) setzt sich in ihrem Beitrag mit den Herausforderungen einer pluralen Identität auseinander, wie es diejenige der italienischen Journalistin Lina Molino war, die als christdemokratische Politikerin der ersten Stunde nach dem II. Weltkrieg für die Aussöhnung mit Deutschland und für die Einheit Europas gekämpft hat, dabei aber doch „unsichtbar“ geblieben ist, d.h. ohne politisches Amt oder Parteimacht. Tiziana di Maio kombiniert in ihrer Arbeit *gender history* mit einem ideen- und institutionengeschichtlichen Ansatz. Eine wertvolle Quelle stellen für sie Lina Molinos Interviews mit Konrad Adenauer dar.

Die 3. Sektion war dem Thema *Slowakei und Europa* gewidmet. Der Soziologe Dr. Andrej Findor (Slowakische Akademie der Wissenschaften, Bratislava) untersuchte in seinem Vortrag die Frage *Was bedeutet Nation heute?* und stellte eine *strukturell-konstruktivistische Theorie des Nationalismus* vor. Er beschrieb das Dilemma der slowakischen Gesellschaft als das einer Gesellschaft zahlreicher Minderheiten und Ethnien. Eine westlich geprägte kleine Elite orientiert sich an Identitätsmodellen, wie sie z.B. von Jürgen Habermas vertreten werden. Auf dem Weg nach Europa, der in der Bevölkerung auf breiten Konsens stößt, entdeckt die Gesellschaft die Vielfalt der Volksgruppen und Kulturen im eigenen Land neu. Die Konfrontation mit einer weiteren Identität (der europäischen) trägt auf diese Weise dazu bei, die plurale Identität der eigenen Bürgerschaft positiver wahrzunehmen. Die Historikerin Dr. Gabriela Dudekova (Comenius-Universität Bratislava) verdeutlichte in ihrem Vortrag *Kollektive Identitäten in der Wohlfahrts-*

und Sozialpolitik am Beispiel Ungarns (19./20. Jahrhundert) die Interdependenz zwischen der „Konstruktion“ von Zugehörigkeit und Identität im 19. Jahrhundert und dem Zugang zu den Leistungen des Wohlfahrtsstaates. Sie zeigte, daß dieser Zugang durch staatliche und religiöse Autoritäten „von oben“ bestimmt wurde, die auch die Zuordnung zu bestimmten, anspruchsberechtigten Großgruppen der Gesellschaft vornahmen. Identität wurde auf diese Weise nicht nur „von unten“ (durch Überzeugungen oder traditionale Bindungen) hergestellt, sondern „von oben“ dekretiert, indem die Zugehörigkeit zu einer Gruppe vom Staat oder von der Religionsgemeinschaft institutionalisiert wurde. Dem sich daraus entwickelnden Zusammenwirken von „institutionell übertragener“ und „selbstbehaupteter“ Identität bescheinigte Dudekova eine besondere Stabilität.

Der Philosoph Dr. Martin Muransky (Slowakischen Akademie der Wissenschaften, Bratislava) zog mit seinem Vortrag *Die Slowakei 10 Jahre danach: Gewinne und Verluste der Trennung von der Tschechischen Republik* eine Bilanz, die vorsichtig positiv ausfiel, insofern die zeitliche Nähe von staatlicher Abspaltung und europäischer Integration das Abdriften der Slowakei in eine reaktionär-nationalistische Richtung verhindert habe. Unter dieser Voraussetzung, so Muransky, könne die seinerzeit von den westlichen Europäern als anachronistisch empfundene Trennung der Slowaken von den Tschechen - und damit die forcierte Besinnung auf die slowakische Identität – als wichtige Voraussetzung für die Bereitschaft zur selbstbewußten „Rückeroberung“ der eigenen europäischen Identität betrachtet werden. Eine nüchterne Bilanz präsentierte der Verwaltungswissenschaftler Dominic Dubec (Universität Kosice) zum Thema *Was sich die Slowaken von der EU erhoffen*. Anhand demoskopischer Ergebnisse kam Dubec zu dem Ergebnis, daß sich die Slowaken „normal“ im europäischen Maßstab verhalten: Sie sehen die EU als günstige Entwicklungsmöglichkeit, da sie sich von dort materielle Unterstützung erwarten, aber auch, weil ihnen mit dem „Europäertum“ eine transnationale, positiv konnotierte Zugehörigkeit geboten wird, die helfen kann, Unsicherheiten der nationalen Identität zu überwinden.

Die vierte Sektion galt den *Inszenierungen kollektiver Identität im 20. Jahrhundert*. Bernhard Böttcher (Universität Heidelberg) stellt seine Forschungsergebnisse zum Thema *Deutsche Kriegerdenkmäler in Ostmitteleuropa nach dem Ersten Weltkrieg. Politischer Helden- und Totenkult als Ausdruck und Mittel der Selbstpositionierung als nationale Minderheit* vor. Böttcher analysiert die Ikonographie, die Entstehung und den Umgang mit den siebenbürgisch-sächsischen Kriegerdenkmälern, wobei er diese in die einschlägige Theorie von Kriegerdenkmälern (nach Reinhard Koselleck und George L. Mosse) und die Mentalitätsgeschichte der Kriegsverarbeitung in der Zwischenkriegszeit einordnet. Er untersucht konkret die Probleme siebenbürgisch-sächsischer Neuorientierung nach dem Ersten Weltkrieg sowie die Triebkräfte und Hinderungsgründe der Integration in den großrumänischen Staat. Zentral dabei ist die Spannung im Dreiecksverhältnis zwischen oberflächlicher, offizieller Integration, nationaler Orientierung an der „deutschen Schicksalsgemeinschaft“ und schließlich dem Rückzug auf ein fast ausschließlich religiös gefärbtes Totengedenken. Böttcher interpretiert das Totengedenken als „Ausdruck des Selbstfindungsprozesses der Sachsen nach dem Krieg und der Selbstbehauptung als Minderheit im neuen Staat Großrumänien“.

Der Historiker Ralf Schäfer (Universität Köln) stellte in seinem Vortrag dar, wie die Olympischen Spiele der Neuzeit zur Inszenierung kollektiver Identität genutzt wurden und werden. Die sportlichen Großereignisse boten und bieten eine grandiose Projektionsfläche für die Selbstdeutung einer Gemeinschaft und für die Vermittlung von Werten, die diese Gemeinschaft für verbindlich erklärt. Im Zentrum von Schäfers Untersuchung stand die Biographie des langjährigen Sportfunktionärs Carl Diem, der über Epochenwenden und Systemumbrüche hinweg, von der Weimarer Republik über das „Dritte Reich“ bis zur Bundesrepublik, die Inszenierung großer sportlicher Feste zur Propagierung höchst unterschiedlicher Botschaften und Gemeinschaftswerte genutzt hat. Der Historiker Massimiliano Livi (Universität Münster) stellt in seinem Beitrag *Politische Handlungsspielräume für Frauen im Nationalsozialismus* die „Produktionskanäle“ weiblicher

kollektiver Identität und den Zusammenhang von politischer Form, Partizipation und Identität der Frauen während des „Dritten Reichs“ dar. Ausgehend von der Geschichte der Frauenbewegung und des Frauenvereinswesens seit der Weimarer Republik zeigt er, daß die deutschen Frauen in ihrer Mehrzahl die bürgerliche Vorstellung vertraten, daß ihre Tätigkeit in den Bereichen der Erziehung, Wohltätigkeit und Sozialfürsorge durch den Bezug auf allgemeines Wohl, Staat und Vaterland politische Wirkung entfaltete. Eine ausgefeilte Symbolik dieser „unpolitischen Politik“ half dem Verständnis und der Konstruktion sowohl der nationalen als auch der weiblichen Identität. Mit geringen Unterschieden blieb dieses Modell bis zur „Machtergreifung“ und während der Diktatur unverändert. Livi stellt in den Mittelpunkt seiner Untersuchung die Biographie der Gertrud Scholtz-Klink, ab 1934 Reichsführerin der deutschen Frauen. Er zeigt, wie Scholtz-Klink versuchte, aus den zahlreichen Verbänden und Parteiorganisationen ein politisches Kampfmittel zu machen, das zugleich der Herstellung einer spezifischen „Frauenidentität“ dienen sollte.

Die fünfte Sektion befaßte sich mit dem Thema *Kulturelle Differenzen und ihre Wahrnehmung*. Die Historikerin Fiammetta Balestracci stellte Ergebnisse aus ihrem Forschungsprojekt *Fremdwahrnehmung und Selbstwahrnehmung: italienische Literatur in Deutschland zwischen 1880 und 1945* vor, das sie im Rahmen eines deutsch-italienischen Kooperationsprojekts an der Universität Trient durchführt. In ihrer rezeptionsgeschichtlichen Untersuchung geht es um die Fragen, wie sich das Bild Italiens in der deutschen Kultur in der Zeit des *fin de siècle* entwickelt hat und wie die Rezeption der italienischen Kultur die deutsche kulturelle Identität beeinflußt hat. Als Quellengrundlage dienen ihr die deutschsprachigen Übersetzungen italienischer Literatur (Belletristik und Sachliteratur) sowie vor allem die Korrespondenz der Übersetzer und der Verlage, an denen sich ökonomische Kalkulation, programmatische Positionen, weltanschauliche Maßstäbe und Öffentlichkeitsarbeit ablesen lassen.

Die Psychologin Ilka Gleibs (Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin) stellt unter dem Titel *Nationale Identität 14-jähriger*



*Jugendlicher in Deutschland und Italien* die Ergebnisse ihrer komparatistischen Untersuchung zur Selbst- und Fremdwahrnehmung bei Jugendlichen vor. Dabei wertete sie in erster Linie die Daten des Civic-Education-Projekts der International Society for the Evaluation of Educational Achievement (IEA) aus, die die politische Bildung von Jugendlichen in 28 Ländern vergleicht.

Jürger Sikora (Universität Köln) erläutert in dem Beitrag mit dem Titel *Europa im Dialog. Transnationale Identität und europäische Integration* solche Modelle von Identitätsbildung, die von ihrem Wesen her „menschheitlich“ gedacht sind: Kosmopolitismus (Antike), Weltbürgertum (Aufklärung) und Weltgesellschaft (nach 1945). Er diskutiert, wie sich der Prozeß der europäischen Integration zu solchen universalistischen Paradigmen verhält, und sichtet auf Habermas Spuren kritisch die Möglichkeiten der tatsächlich gewählten Verfahren im Einigungsprozeß, zur Schaffung einer aufgeklärt-mündigen europäischen Zivilbürgerschaft beizutragen.

Insgesamt kann ein positives Fazit des deutsch-italienisch-slowakischen Treffens in der Villa Vigoni gezogen werden. Es ist besonders anzuerkennen, daß die italienischen und die slowakischen Teilnehmer bereit und imstande waren, sich der deutschen Sprache als gemeinsamer Wissenschaftssprache zu bedienen. Die thematische Vielfalt hat es ermöglicht, ein hochkomplexes Thema wie das der „kollektiven Identität“ von unterschiedlichen Seiten und wissenschaftlichen Standpunkten aus zu beleuchten.

Das Treffen des Jahres 2003 war die erste Ausgabe einer Reihe von interdisziplinären europäischen Doktorandenkollegs, die fester Bestandteil des Programms der Villa Vigoni geworden sind. Ihr Ziel ist es, den Austausch junger Wissenschaftler auf europäischer Ebene zu fördern und damit zur Entstehung eines gemeinsamen europäischen Bewusstseins im akademischen Nachwuchs beizutragen. Professor Bernd Sösemann, Dr. Georg Kamphausen und Dr. Carsten Kretschmann danke ich für ihre Unterstützung bei dem Doktorandenkolleg. Ich freue mich, daß diese Publikation mit dem Beitrag von Bernd Sösemann beginnt.



**I**

***GESCHICHTE UND MYTHOS***



# EINE „ZWEITE REICHSGRÜNDUNG“ AUS DEM GEIST DER ANTIKE

Bernd Sösemann

Die Gründung des „Deutschen Reiches“ am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles ist langfristig nicht als eine „Revolution von oben“ einzuordnen. Sie war mehr als lediglich eine Angelegenheit der Fürsten und sollte auch nicht nur als das Ergebnis einer geschickten Verhandlungsführung Rudolfs von Delbrück im Bundeskanzleramt und des großen preußischen Regierungschefs Otto von Bismarck angesehen werden. Das Volk oder wenigstens seine politischen oder soziokulturellen Repräsentanten waren zwar bei diesem Anschluß, dem ersten großen „Beitrittsfall“ der deutschen Geschichte, nicht anwesend oder auf eine andere Weise direkt beteiligt, doch die Bevölkerung konnte auf Dauer nicht übergangen werden, sollte „das Reich“ selbstverständlich gelebt und somit emotional zustimmend erfahren werden.

Die Reichsgründung wurde von einer großen Mehrheit der Deutschen begrüßt. Die Beschwörung einer über tausendjährigen Vergangenheit mit dem Namen – die Formel „Zweites Reich“ wurde erst nach 1933 geläufiger<sup>1</sup> – und die nicht minder großen Erwartungen an die triumphale Zukunft im Europa der Nationalstaaten mit der Vorreiterrolle Preußens wurden lebhaft gefeiert. In Bismarcks Leistung, die Fürsten der einzelnen Bundesstaaten zur Akzeptanz eines Hohenzollern auf dem Kaiserthron zu bewegen, erkannte die Öffentlichkeit eine „Revolution von oben“. Eine Minderheit verwarf die kleindeutsche Politik, also den Ausschluß Österreichs. Die großdeutsche Fraktion der Habsburg-Anhänger, mehrheitlich südlich der Main-Linie lebend, hatte diese Lösung eines Jahrzehnte alten Problems nicht gewollt, obwohl auch sie den Einheitsstaat angestrebt hatte. Spätestens seit den Befreiungs- und Freiheitskriegen beherrschte das Programm eines Nationalstaats aller Deutschen die politische Phantasie des weitaus größten

---

1. Vgl. dazu Hermann Heimpel, „Das Erste Reich - Schicksal und Anfang“, in: *Zeitschrift für Deutsche Geschichtswissenschaft* 1 (1938/39), S. 3-26.

Teils der Bevölkerung in den einzelnen Territorien. Auf dem Wiener Kongreß hatte zur großen Enttäuschung der Reformpolitiker, der Liberalen und auch etlicher gemäßigt Konservativer die Neuordnung Europas den Deutschen weder die Einheit noch eine Gesamtverfassung gebracht. Nicht einmal in der Revolution von 1848/49 war es zu der lang ersehnten Einheit in Freiheit gekommen. Während der Restauration verstärkte sich die Gruppe derjenigen, die „Preußens Beruf“ darin sahen, die Einheit im Alleingang zu verwirklichen. Ihre Kontrahenten befürchteten eine „Verpreußung Deutschlands“, eine Borussifizierung der deutschen Politik durch Politiker wie Bismarck.

Besonders nach 1866, also während der Gründung des „Norddeutschen Bundes“, ließen sich Hoffnungen und Befürchtungen aus einer Flut von Broschüren herauslesen. Zu den berühmtesten Pamphleten zählt die Schrift des Bischofs von Mainz, Wilhelm Emanuel Freiherr von Ketteler (1811-1877).<sup>2</sup> Sie erschien 1867 unter dem Titel *Deutschland nach dem Kriege* und erzielte im ersten Jahr bereits sechs Auflagen. Zum Thema Borussianismus hieß es dort:

„Es wäre weit gefehlt, ihn für identisch zu nehmen mit dem Geist der preußischen Könige oder mit der Gesinnung aller jener Männer, die auf die Geschicke Preußens einen maßgebenden Einfluß geübt haben. [...] Der Inhalt dieses Berufes Preußens ist nach der Stellung der Anhänger dieser Richtung sehr verschieden. Ist der Mann dieser Richtung ein begeisterter Diener seines Königs, so denkt er dabei an die Oberherrschaft eines absoluten preußischen Königthums; ist er Soldat, an einen preußischen Militärstaat mit seinem Kriegsherrn; ist er Bürokrat, an eine Glorifizierung des preußischen Bürokratismus; ist er Prediger, an die Verbreitung des Protestantismus unter Führung des preußischen Königthums; ist er endlich ein Fortschrittmann, an den Sieg seiner Partei unter der preußischen Spitze, wo dann die königliche Spitze natürlich nur so lange benutzt werden soll, als sie ein Mittel für die Parteizwecke ist; sie alle aber, so verschieden im übrigen ihre Ansichten sind, machen daraus eine fixe Idee, einen Beruf Preußens, der sich erfüllen müsse, und mehr als alles andere berechtigt sei, sich zu erfüllen. Der Borussianismus ist daher Doctrinarismus im höchsten Grade; er ist ein abstractes System; er ist deßhalb auch im eigentlichsten Sinne ein willkürliches Phantasiegebilde. Seinen dankbarsten Boden hat er dieser seiner Natur nach auch bei den Professoren und in den Logen. [...] Das ist die Revolution in der höheren Politik, das ist die ‚Politik der Interessen‘ statt der der Wahrheit und Gerechtigkeit. [...] Je mächtiger Oesterreich im Innern ist, je gesunder

---

2. Ketteler wurde 1871 in den Reichstag gewählt; 1874 verbot er in den Kirchen seiner Diözese die Feiern zum Sedanstag. Er soll den Rhein einen „katholischen Strom“ genannt haben.

und kräftiger die inneren Verhältnisse Oesterreichs sich neu gestalten werden, desto mehr wird sich im übrigen Deutschland das Verlangen unwiderstehlich regen, mit Oesterreich in der innigsten Verbindung zu stehen. Wir können nicht wünschen, daß Oesterreich sein Verhältniß zu Deutschland durch Kriege wiederherstelle; wir glauben aber, daß ein sicherer Weg, die rechte Stellung wiederzugewinnen, die innere Regeneration Oesterreichs ist. [...] Wir sind freilich davon noch weit entfernt, wir müssen aber ohne Unterlaß im Auge behalten, daß der reine Industrie- und Geldstaat nothwendig zu dieser Consequenz und damit zur socialen Revolution führt, denn der social-demokratische Staat wäre nichts anderes als ein wilder Kampf der Parteien unter einander, der schließlich nur durch neue Gewaltherrschaft beendigt werden könnte”.<sup>3</sup>

Es überrascht nicht, daß bei jenen Rahmenbedingungen und besonders in der nicht nur parteipolitisch, sondern auch publizistisch polarisierten Lage eine politisch, kulturell und gesellschaftlich engagierte Bevölkerungsgruppe die Gesamtsituation nach der Reichsgründung als emotional unbefriedigend ansah, politisch unfertig, sozial in einer Schiefelage und historisch ohne Konturen in partikularistischen Vorstellungen befangen. Carl Eckard, Offenburger Rechtsanwalt, Führer der badischen Liberalen, erklärte anlässlich der Beratungen über den Reichsgründungsvertrag, am großen Werk müsse auch nach der Ratifikation weitergearbeitet werden: „Wie die deutschen Krieger von Sieg zu Sieg eilten und so die Einigung Deutschlands ermöglichten, so wird, bei gleicher Tapferkeit der politischen Streiter, mit Gottes Hilfe auch die Freiheit in das neuentstandene Reich ihren siegreichen Einzug halten.“ Der rheinische Industrielle und kommunistische Theoretiker Friedrich Engels (1820-1895) fand für das Problem die Formel: „Wir haben nicht die 1866 und 1870 gemachte Revolution von oben wieder rückgängig zu machen, sondern ihr die nötige Ergänzung und Verbesserung zu geben durch eine Bewegung von unten.“<sup>4</sup>

Die nationale „Bewegung von unten“ fand nicht zu einer inneren Geschlossenheit, weil sie politisch und sozial heterogen war und sich auf unterschiedlichen Motiven und Intentionen gründete. Dennoch ge-

3. Siehe in *Deutschland nach dem Kriege*, S. 29, 31, 48 und 72.

4. Engels, Friedrich: „Zur Kritik des sozialdemokratischen Programmwerfungs 1891“, in: *Karl Marx - Friedrich Engels - Werke* (MEW Gesamtausgabe, 22. Bd.), hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1963, S. 225-240, hier S. 236.

lang es ihr bereits mittelfristig, die „große Politik“ zu einem nicht unerheblichen Teil ideell, finanziell, organisatorisch und medial zu befördern. Zu dem Instrumentarium des Staates gehörten einerseits die protokollarisch in langer Tradition stehenden Standeserhöhungen, Ordens- und Medaillenverleihungen, Staatsfeste und patriotischen Feiern<sup>5</sup>, andererseits aber auch die Schiffstauen<sup>6</sup>, Post- und Ansichtskarten, Briefmarken<sup>7</sup> und Gedenkmünzen<sup>8</sup> im Stil der neuen Zeit, Denkmale<sup>9</sup> und als Produkte der späteren Jahrzehnte die unzähligen Bismarck-Türme. Hinzu kamen im großen Stil und in deutlich erhöhter Zahl Ausstellungen und Vorträge, Plakate und Bilderbogen, Broschüren und Zeitschriften, repräsentative Jubiläumsbände und Sonderausgaben von Zeitungen zu Gedenktagen sowie Gemälde<sup>10</sup> und repräsentative Bauten<sup>11</sup>. Teils entwickelten sich derartige Aktivitäten staatstragend in dem Sinn, daß sie die nationale Einheit im staatsfreien Raum verherrlichten<sup>12</sup>, teils folgten die eher populär gestalteten Unterneh-

5. Dazu zählen u.a. die Kaisergeburtstage, Krönungsfeste, ältere nationalhistorische Gedenktage und insbesondere die Verdun-Feiern, aber auch national ausgerichtete Rhein- oder Schiller-Feiern, Erinnerungen an die Befreiungs- beziehungsweise Freiheitskriege und an die Erfindung des Buchdrucks.

6. Hier haben wir es mit einem gern genutzten Phänomen der Selbstdarstellung im Wilhelminismus zu tun. So baute in den neunziger Jahren die HAPAG ein Dampfschiff, das man auf den Namen „Bismarck“ taufte (1891), und stellte der „Norddeutschen Lloyd“ einen repräsentativen Neubau in den Dienst, der zur Erinnerung an den ersten Kaiser den von seinem Enkel erfolglos propagierten Ehren-Namen „Wilhelm der Große“ erhielt (1897).

7. Die „Germania“ erhielt ihren Platz auf einer Briefmarke jedoch erst an einem ganz besonderen Tag, dem 1. Januar 1900, an dem nach der eigenwilligen kaiserlichen Berechnung das neue Jahrhundert zu beginnen hatte.

8. Doch nicht nur zur Reichsgründung selbst ließ die Regierung Medaillen prägen, sondern auch zu späteren reichsbezogenen Ereignissen und politischen Entscheidungen - wie dem Kulturkampf.

9. Lokale und regionale Gedenksteine und kleine Denkmalsbauten entstanden nach 1871 unverzüglich. National konnte zwar ein ganzes „Denkmals-Programm“ verwirklicht werden, jedoch wirkte es eher als Langzeit-Unternehmen. Das Völkerschlacht-Denkmal in Leipzig konnte erst 1913 eingeweiht werden, die Friedenssäule in München 1899 und das Niederwald-Denkmal in der Nähe von Rüdesheim mit der Germania als Personifikation des Reiches 1883.

10. Allein Franz von Lenbach (1836-1904) malte über 80 Bismarck-Porträt-Varianten für öffentliche und private Auftraggeber.

11. Die Reichsregierung setzte ihr Bauprogramm auf der Reichsebene mit Rücksicht auf die Bundesstaaten auffallend langsam um, denn es wurde nicht nur der Reichstag erst relativ spät fertiggestellt; national wirkten übrigens das Antiken- und das Kolonialmuseum am stärksten. Selbst im Fall des „Kaiserpalasts“ in Straßburg, der immerhin nach dem Willen des Reichstags die Zugehörigkeit Elsaß-Lothringens zum Reich auf repräsentative Art dokumentieren sollte, aber auf die Abneigung Wilhelms I. und Friedrichs III. gestoßen war, ergaben sich erhebliche Verzögerungen, so daß der Palast erst auf Grund einer Intervention Bismarcks schließlich im Sommer 1889 eingeweiht werden konnte. – Die „Siegessäule“ wurde zwar schon 1873 eingeweiht, doch ist zu bedenken, daß die ihr zu Grunde liegende Idee sich nicht auf die Erinnerung an den Deutsch-Französischen Krieg gründete, sondern auf den ersten der „Einigungskriege“, so daß ihre Baugeschichte zwei konzeptionelle Änderungen und drei Grundsteinlegungen auszeichnen: 1864, 1866 und 1871.

12. Zu den bekanntesten Beispielen zählen Heinrich von Treitschkes *Deutsche Geschichte des 19. Jahrhunderts* und Karl Simrocks wiederholt neu aufgelegte Ausgabe des *Liedes der Nibelungen*.



mungen als „Bewegungen von unten“ partikularen oder sogar oppositionellen Interessen, denen Reichsregierung und Kaiserlicher Hof distanziert oder ablehnend gegenüberstehen mußten.

Weniger bekannt, aber äußerst wirkungsvoll gestaltete sich nach 1871 ein von Geisteswissenschaftlern mit nationalem Anspruch initiiertes und organisiertes Forschungsprojekt. Die Archäologie und Klassische Philologie traten mit mehrjährigen Ausgrabungskampagnen in Olympia bewußt aus dem „Elfenbeinturm“ heraus. Die „Direction für die Ausgrabungen zu Olympia“<sup>13</sup> in Berlin entdeckte damals die Öffentlichkeit als Faktor der Politik und der Interessendurchsetzung, erprobte konsequent kommunikative Konventionen, derer sich die Wissenschaft bislang selten bedient hatte und agierte unter ihrem Leiter, dem Klassischen Philologen, Althistoriker und Archäologen Ernst Curtius (1814-1896)<sup>14</sup>, auf dem ungewohnten Gelände selbstbewußt und alsbald recht professionell. Sie bediente sich neben der wissenschaftlichen Publizistik<sup>15</sup> der tagesaktuellen Medien so nachdrücklich und wirkungsmächtig<sup>16</sup>, daß es ihr länger als ein Jahrzehnt gelang, ihre eigenen Interessen ins helle Licht eines „Reichspatriotismus“ zu rücken. Darüber hinaus vermochte sie mit dazu beizutragen, dem jungen Reich eine wissenschaftlich und kulturgeschichtlich fundierte Identität zuzuweisen, die europaweit Anerkennung erfuhr, weil diese Form und Me-

13. Die Oberleitung der Grabung lag bei Ernst Curtius, Friedrich Adler (1827-1908) und Busch; in Olympia leiteten dagegen Gustav Hirschfeld (1847-1895), seit 1877 Georg Treu (1843-1921) und Adolf Boetticher (1806-1889), später Richard Bohn (1849-1898) die Grabungen.

14. Curtius hatte sich in Wissenschaft und Öffentlichkeit mit seiner zweibändigen Geschichte der Peloponnes (1851/52) und der dreibändigen Griechenlands (1857-61) längst einen Namen gemacht. Außerdem war er weithin bekannt als Leiter des Alten Museums und des Antiquariums, eines Museums für antike Kleinkunst in Berlin. Die Fachwelt schätzte ihn darüber hinaus als Vorsitzenden der „Archäologischen Gesellschaft“ und Sekretär der philologisch-historischen Klasse der „Königlich Preussischen Akademie der Wissenschaften“. 1874, wenige Monate vor dem Anlaufen der Grabungen in Olympia, gründete er zur Ergänzung der parallelen deutschen Einrichtung in Rom auch in Athen ein Archäologisches Institut.

15. Die „Direction“ hatte zu diesem Zweck neben der traditionellen Informationsebene, den offiziellen Berichten von der Ausgrabung, eine zweite für die breitere Öffentlichkeit eingerichtet, „denn nicht für die gelehrte Archäologie graben wir Olympia aus“, erklärte man zugespitzt, „sondern für Alle, welche offenen Sinn haben, um Kunstwerke des Alterthums und große Zeiten der Völkergeschichte zu würdigen“ (Ernst Curtius, „An Herrn Professor Adolf Michaelis“, in: *Im neuen Reich* 6 [1876], S. 212-216, hier: S. 215).

16. Die inhaltliche Grundlage für die reichsweite Verbreitung bildeten zwei Veröffentlichungsorte: die fachwissenschaftliche „Archäologische Zeitung“ (im folgenden abgekürzt als AZ) und der sogenannte Reichs-Anzeiger in Berlin, also der offizielle „Deutsche Reichs-Anzeiger und Königlich Preussische Staats-Anzeiger“.

thode nationaler Identitätsbildung europäischen Orientierungsmustern nicht widersprach.

Die am „Nationalunternehmen Olympia“ beteiligten Archäologen und Architekten beschränkten sich mit ihrer Öffentlichkeitsarbeit nicht auf neue Wege, indem sie wissenschaftliche Erkenntnisse konsequent und systematisch popularisierten. Sie verfaßten deshalb zusätzlich zu den Grabungsberichten allgemeinverständliche Artikel für die in ihrer Mehrheit fachlich gering vorgebildeten Journalisten. Das Berliner „Directorium“ empfing aus Olympia die einzelnen Berichte der Ausgräber und formulierte aus ihnen einen resümierenden Zeitungsartikel für den „Reichs-Anzeiger“. Jede dieser Erstveröffentlichungen bildete die direkte Vorlage für weitere, zumeist gekürzte Wieder- oder Teildrucke oder die freie Grundlage für andere Artikel und Meldungen, denn das „Directorium“ hatte zwar dem „Reichs-Anzeiger“ publizistisch den zeitlichen Vorrang aber kein Exklusivrecht zugebilligt. Aus Korrespondenzen und Berichten geht hervor, wie großzügig Curtius in seiner Pressearbeit verfuhr. Wandte sich eine Zeitungsredaktion mit Fragen oder Bitten direkt an ihn, so kam er diesem Informationsbedürfnis unverzüglich und großzügig nach, denn er war bestrebt, die „Redseligkeit der Journalisten [...] nicht einzuschränken“<sup>17</sup>. Ausführlich und über den ganzen Zeitraum hinweg, wenn auch nicht immer in dem gleichen Umfang wie der „Reichs-Anzeiger“, berichteten die „Germania“, das in Berlin erscheinende Zentralblatt des parteipolitischen Katholizismus, die entschieden konservative „Neue Preußische Zeitung“ – weithin bekannter unter dem Namen „Kreuz-Zeitung“ –, die gemäßigt konservative „Kölnische Zeitung“ und die konservative „National-Zeitung“ in Berlin. Dabei konnte sich das Informationsvolumen von Blatt zu Blatt vermehren. Je später eine Tageszeitung den Artikel über Olympia veröffentlichte, umso zahlreicher und vielfältiger wurden die Erweiterungen, die sich auf eigene zusätzliche Recherchen oder auf Meldungen aus anderen Blättern stützten. Es informierten in einem überdurchschnittlichen Um-

---

17. Curtius (wie Anm. 15).

fang die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, die rechtsliberale „Königlich Privilegierte Berlinische Zeitung“ („Vossische Zeitung“) und die liberale Augsburger „Allgemeine Zeitung“.

Andere Tageszeitungen wie die „Karlsruher Zeitung“, die „Schlesische Zeitung“ in Breslau, die „Elberfelder Zeitung“ oder die „Weser-Zeitung“ in Bremen und populäre Zeitschriften, Monatshefte oder Revuen publizierten wiederholt kürzere Artikel über Olympia. Einige Medien finanzierten Schriftstellern sogar eine Reise nach Olympia. Darüber hinaus erschienen zahlreiche Einzelveröffentlichungen und Broschüren unterschiedlicher fachwissenschaftlicher und literarischer Qualität, deren Autoren mitunter sogar direkt von den laufenden Ausgrabungen berichteten.<sup>18</sup> „Die Gartenlaube“ – mit einer Auflage von knapp 400.000 Exemplaren die größte Familienzeitung des Deutschen Reiches – gewann Fritz Wernick (1823-1891) für das staatstragend pompös annoncierte Thema „Olympische Funde. Ein Blick auf die bisherigen Ergebnisse eines deutschen National-Unternehmens“.<sup>19</sup> Für die von Gustav Freytag gegründete Zeitschrift „Im neuen Reich“ fuhr der Herausgeber nach Griechenland und kommentierte: Der Ort und die Tat legten Zeugnis dafür ab, „daß durch die Aufrichtung des Reiches unserem Volke erst die Möglichkeit eröffnet wurde, auch Friedenswerke und Unternehmungen der Wissenschaft, anderen Völkern gleich, im großen Stile anzufassen“.<sup>20</sup>

Gerade diese speziellen Publikationen trugen neben der nicht zu überschauenden Zahl der Rezensionen schnell mit zur Popularisierung der Forschungen in Olympia auf nationaler Ebene bei. Es überrascht zwar nicht, daß auch die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“

18. Dazu gehörten die *Reisebriefe* des Feuilletonisten und Zeichners Ludwig Pietsch (1824-1911) aus dem Jahr 1879 (*Wallfahrt nach Olympia im ersten Frühling der Ausgrabungen, April und Mai 1876, nebst einem Bericht über die Resultate der beiden folgenden Ausgrabungs-Campagnen*). Mindestens ebenso bekannt wurden die zum Preis von 50 Pfennig vom Leipziger Verlag Edwin Schloemp vertriebenen Beiträge zum Thema „Olympia“ von Fritz Wernick: *Olympia und seine Altertümer, Eine Osterfahrt in den Peloponnes* und als Nachtrag *Die Ergebnisse des letzten Arbeitswinters nach officiellen Berichten zusammengestellt*.

19. In: *Die Gartenlaube* (1878), S. 811-815.

20. Wilhelm Lang (1832-1915), „Ein Besuch in Olympia“, in: *Im neuen Reich* 6 (1876), S. 941-950, 995-1013 und 1041-1053.

die Artikel des „Reichs-Anzeigers“ ebenfalls vollständig nachdruckte, doch daß dieses auch die „Deutsche Roman-Zeitung“ tat, zeigt, an welchen entlegenen Stellen und von welchem Publikum das Thema rezipiert werden konnte. Darüber hinaus verbreiteten öffentliche Vorträge und Ausstellungen die Ausgrabungs- und Fundgeschichten in unterschiedlichen Formen. Curtius und seine Kollegen sprachen in der Akademie der Wissenschaften, in wissenschaftlichen Vereinen und Gesellschaften, in der Singakademie und Universität, publizierten ihre Ausführungen in populären Zeitschriften wie „Nord und Süd“, „Unsere Zeit“ oder den „Preußischen Jahrbüchern“. Die prächtigsten Abbildungen fanden sich in Adlers vier ausführlichen Beiträgen in der Leipziger „Illustrierten Zeitung“.<sup>21</sup>

Die „Reichs-Grabung Olympia“ wurde vor allem von Curtius und Dörpfeld in einem originellen Sinn als „National-Denkmal“ verstanden. Beide zählten sie zu dem Kreis der literarischen, wissenschafts-, kultur- und bildungspolitischen Unternehmungen nach der Reichsgründung, die legitimierend, traditions- und identitätsbildend sowie integrationspolitisch wirken sollten. In der Antike entdeckten die Ausgräber Normen für Gegenwart und Zukunft.<sup>22</sup> Curtius nannte in seinen Briefen, Vorträgen und Berichten „das große Werk, an dem wir gemeinsam arbeiten“, „das nationale Werk, an welchem vom Kaiserhause bis zum Bauernhofe alle guten Deutschen frohen Anteil nehmen“, ein „ächtens Friedenswerk“<sup>23</sup>, „ein nationales Unternehmen“<sup>24</sup> und ein Symbol der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Leistungs-

21. Adler dürfte es damit gelungen sein, die „warme und nachhaltige Theilnahme für Olympia bis in die untern Schichten“, von der er sprach, mit einem Lageplan und den detaillierten Illustrationen der Landschaft, der Arbeitsmethoden und der Funde zu festigen oder sogar noch zu steigern (Friedrich] Adler: „Die Ausgrabungen zu Olympia“, Teile I bis IV, in: *Illustrierte Zeitung* (Leipzig) Nr. 1704, 26.II.1876, S.154; ebd., Nr. 1721, 24.VI.1876, S. 495-498; ebd., Nr. 1724, 15.VII.1876, S. 46-48; ebd., Nr. 1736, 7.X.1876, S. 300 f. [mit Abb.]).

22. Bernd Sösemann, „Gedanken zum 100. Todestag von Ernst Curtius“, in: *Hellenika. Jahrbuch 1996*, S. 110-129, hier: S. 122; dort weitere Hinweise und Belege.

23. In seiner Denkschrift für den Reichstag hatte Curtius 1874 auf die Konkurrenzsituation mit Wien – österreichische Wissenschaftler waren seit 1872 in Samothrake tätig – hingewiesen und von keiner „würdigere[n] Friedensaufgabe“ gesprochen, als die sich „lohnendere Aufgabe“, die Altis von Olympia methodisch und systematisch aufzudecken; zit. nach: Adolf Boetticher, *Olympia. Das Fest und seine Stätte. Nach den Berichten der Alten und den Ergebnissen der Deutschen Ausgrabungen. Mit 95 Holzschnitten und 21 Tafeln*. Berlin 1896, S. 68f.

24. Curtius, „...Michaelis“ (wie Anm. 15), S. 216.

fähigkeit des Deutschen Reiches<sup>25</sup>. Seine Mitarbeiter übernahmen diese Schlüsselbegriffe, denn auch sie wußten, daß der Erfolg eines Forschungsvorhabens dieses Ausmaßes sich nicht ausschließlich aus akademischen Kriterien und kognitiven Leistungen ableiten und auf Dauer sichern läßt. Die Ausgrabung sollte mit der Besinnung auf eine überzeitliche Normativität, die anerkannt große Kultur und Geschichte der Griechen, dazu beitragen, die bürgerlich-liberale Idee der Kultur-nation zu stärken. „Verlangt doch jedes bewußte Leben einen zwiefachen Punkt, nach dem das Auge sich richte“, führte Curtius in einem Vortrag am 29. Januar 1880 aus, „denn nur aus dem Verständniß des Geschehenen ergibt sich die Sicherheit der ferneren Ziele.“<sup>26</sup>

Olympia konnte deshalb nicht nur als ein hervorragendes Exempel für die anhaltend gültige Tradition abendländischer Werte im Allgemeinen angesehen werden, sondern auch als Beitrag zur nationalen Integration und Identitätssuche der einzelnen deutschen Stämme. Das Kaiserreich mußte mehr und Bedeutenderes bieten als der „Deutsche Bund“ in den Jahrzehnten zuvor. Es durfte sich nicht lediglich als ein „Groß-Preußen“ oder ein gemeinsames Militär- und Polizeiregiment darstellen. Diese Überlegungen bildeten das Leitthema der von Curtius betriebenen Öffentlichkeitsarbeit: „Was dort in der dunklen Tiefe liegt, ist Leben von unserm Leben.“ Dem „heilige[n] Boden“ Olympias entströme ununterbrochen eine „aufopfernde Vaterlandsliebe“, „die Weihe der Kunst und die Kraft der alle Mühsale des Lebens überdauernden Freude“. Dem griechischen Staatenverbund habe das „Reich deutscher Nation“ entsprochen, in ihm sei dem

„Hohenzollernstaate ein Beruf [erwachsen], welcher über die Grenzen der Mark weit hinaus ging, ein Beruf, der nicht amtlich übertragen, sondern geschichtlich geworden ist, und wel-

---

25. „Die Gründung des Reiches ist auch eine Epoche der Wissenschaft“, hieß es in Ernst Curtius, *Athen und Eleusis*. Rede am Geburtstag Seiner Majestät des Kaisers und Königs in der Aula der Friedrich Wilhelms-Universität zu Berlin am 22. März 1884. Berlin 1884, S. 16: „Zu keiner Zeit sind so viele Quellen geschichtlicher Kunde eröffnet, die unseren Blick erweitern und unsere Kenntniß der menschlichen Dinge bereichern, wie unter der Regierung unseres Kaisers [...]“

26. „Die Entwicklung des preußischen Staats nach den Analogien der alten Geschichte“, zitiert nach: Ernst Curtius, *Alterthum und Gegenwart*, Bd. 2: *Gesammelte Reden und Vorträge*. Berlin <sup>3</sup>1889, S. 209-218, hier: S. 209.

cher mit dem der Athener in Griechenland eine unverkennbare Ähnlichkeit hat. [...] Unter ähnlichen Verhältnissen wie Athen ist unser Staat dem kleinstaatlichen Dasein entwachsen. [...] Athen ist auf geistige Erfolge beschränkt geblieben und hat den Untergang des Vaterlandes nicht aufhalten können. Uns ist ein besseres Loos gefallen. [...] Nun ist der Baum erwachsen, zu dem die großen Ahnen unseres Kaisers den Keim gelegt haben”.<sup>27</sup>

Das „National-Denkmal“ wissenschaftlicher Provenienz sollte Bismarcks reiner Machtschöpfung von oben einen ungleich breiter fundierten Beitrag für die fehlende Staatsidee liefern. Von dem nicht eng nationalistisch zu verstehenden Monument „Olympia“ sollten positive, werbende Impulse auf die europäische Staatenwelt ausgehen. Curtius wollte dem Deutschen Reich zu einem eindrucksvollen paneuropäisch zu begreifenden öffentlichen Bekenntnis zu Wissenschaft und Kunst in dem Sinn verhelfen, der darin „nicht einen Luxus sieht, welcher nach Befriedigung der eigentlichen Staatsbedürfnisse auch einige Berücksichtigung verdiene, sondern die edelste Seite des Volkslebens, welche ohne Schaden nicht verabsäumt werden dürfe, einen Quell unerschöpflicher Lebenskraft und das unentbehrliche Gegengewicht gegen das ruhelose Jagen nach Besitz und Genuß“<sup>28</sup>. Die Berichterstattung über die Ausgrabungen in Olympia sollte der jüngsten europäischen Nation zusätzliche Legitimität und Authentizität<sup>29</sup> im Konzert der europäischen Mächte verleihen.<sup>30</sup> Zu diesem Zweck näherte Curtius Wissenschaft, Publizistik und Öffentlichkeit einander an. Er und seine Mit-

27. Vortrag vom 29. Januar 1880 über „Die Entwicklung des preußischen Staats nach den Analogien der alten Geschichte“, veröffentlicht in: ders., ebd., Bd. 2, S. 209-218, hier: S. 212f. 214, 218.

28. In seinem am 22. März 1870 gehaltenen Vortrag über „Die öffentliche Pflege von Wissenschaft und Kunst“, abgedruckt in: ders., ebd., Bd. 3: *Unter drei Kaisern. Reden und Aufsätze*, Berlin <sup>5</sup>1903, S. 116-129, hier: S. 128.

29. So Curtius im Schlufßsatz seines Vortrags vor dem „Wissenschaftlichen Verein“ in Berlin im Februar 1879 (ders., ebd., Bd. 2, S. 129-172, hier: S. 172): „Wir aber freuen uns, daß diese neue Offenbarung hellenistischer Schönheit bei uns zuerst an das Licht getreten ist [...], daß das vor 27 Jahren an dieser Stelle angeregte [...] Werk dem Deutschen Volk ein dauerndes Ehrenmal und für die lebendige Erkenntniß der größten Zeiten des Alterthums eine für lange unerschöpfliche Quelle ist“.

30. Eine nationalistische Komponente erwuchs der Unternehmung aus der lokal zwar nicht gegebenen, aber (wissenschafts-) politisch empfundenen Konkurrenzsituation mit Frankreich. Seit 1846 hatten französische Architekturstipendiaten in dem Französischen Archäologischen Institut in Athen („École Française d’Athènes“) eine Heimstatt gefunden, die – obwohl Ausgrabungen ursprünglich nicht zu den Aufgaben des Instituts gezählt hatten – dennoch erste archäologische Erkundungen vorgenommen hatte. Die Situation änderte sich in den siebziger Jahren entscheidend, denn seitdem zählte die archäologische Feldarbeit zu den Hauptaufgaben des französischen Instituts (Roland Étienne, „L’École française d’Athènes, 1846-1896“, in: *Bulletin de Correspondance Hellénique* 120 (1996), S. 3-22, hier: S. 4f.

verantwortlichen verknüpften ihre Ausgrabung mit der Situation des deutschen Kaiserreichs, dessen ideelles Defizit sie erkannt hatten und das sie mit dem zum „Ehrendenkmal des Vaterlandes“<sup>31</sup> stilisierten Olympia zu verringern suchten.<sup>32</sup>

Es sind wenige archäologische Ausgrabungen in Deutschland und im Ausland so eng und vielfältig mit der Nationalgeschichte und dem deutschen Nationalbewußtsein verknüpft wie die Kampagnen in Olympia. Die verantwortlichen Ausgräber in Griechenland und die Leitung in Berlin sahen sich in einer politisch und mentalitätsgeschichtlich außerordentlichen Situation. Sie nahmen die Herausforderung nicht nur wissenschaftlich, sondern sogar journalistisch an. Ihre Öffentlichkeitsarbeit verstanden sie primär unter nationalen, integrationspolitischen und identitätsstiftenden Vorzeichen. Sie nutzten darüber hinaus jedoch neben den traditionellen wissenschaftlichen auch die populären Möglichkeiten eines vielgestaltigen modernen Medienverbunds, um mit den von ihnen favorisierten Deutungsmustern der antiken Geschichte im alten Europa für das junge Deutsche Reich zu werben. Eine „Professorenidee“ wuchs damals zu einer „Bewegung von unten“ aus, in der die „Reichgründung von oben“ eine verstärkte Legitimierung erfuhr. Innenpolitische Integrationsbemühungen des Staates verbanden sich mit der erfolgreichen Selbstinszenierung der Wissenschaftler und der medialen Konstituierung der Reichseinheit in der Idealisierung einer humanistisch fundierten europäischen Idee.

---

31. So in dem Schreiben von Curtius und Adler an Bismarck vom 6. Februar 1882 (Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin, Rep 76, fol. 272-275 [Abschrift]).

32. Wilhelm Lübke, „Berliner Eindrücke“, in: *Allgemeine Zeitung* (Augsburg), Nr. 132, 11.V.1880, Beilage, S. 1921-1923: „[...] es hat lange Zeit gebraucht [,] bis in den leitenden Berliner Kreisen sich die Ueberzeugung Bahn brechen konnte[,] daß die Kunstpflege zu den höchsten Merkmalen eines Culturstaats gehöre, und daß sowohl das geistige als das materielle Gedeihen einer Nation wesentlich von der Werthschätzung und Förderung abhängel[,] welche sie dem künstlerischen Leben zutheil werden läßt.“ – Preußen (Berlin) habe nach 1871 „auch die Parole für jeden geistigen Fortschritt ausgegeben, daß namentlich nach dem von Frankreich Jahrhunderte hindurch festgehaltenen Vorgang die Entwicklung von Kunst und Kunstindustrie als eine hochwichtige Angelegenheit der nationalen Cultur ins Auge gefaßt werde“ (ebenda, S. 1921).

# EIN ANDERES ITALIEN IST MÖGLICH. MYTHENBILDUNG UND POLITISCHE IDENTITÄTEN ZWISCHEN 1860 UND 1948 AM BEISPIEL DES GARIBALDIKULTES

Jessica Kraatz Magri

Im Juni 2001 meldete die römische Tageszeitung *La Repubblica*, dass in verschiedenen italienischen Städten am Fuße der lokalen Garibaldi-Statuen Spruchplakate angebracht worden waren, auf denen in großen Lettern „Disobbedisco“ („Ich gehorche nicht“) stand.<sup>1</sup> Es wurde zum Kampf gegen die „Großen dieser Welt“ aufgerufen, womit natürlich die Vertreter der G 8 Länder gemeint waren, die sich Ende Juli in Genua treffen sollten. Eine Gruppe der italienischen globalisierungskritischen Bewegung plante außerdem, am 20. Juli mit 1000 Mann auf einem Boot den umgekehrten Weg der garibaldinischen Freiwilligen von 1860 zu fahren: Statt von Genua nach Sizilien und dann Neapel wollten die heutigen „Mille“ von Neapel in die ligurische Hauptstadt zum *Genoa Social Forum* fahren. Gleichzeitig erschien im elektronischen Kommunikationsnetz der Globalisierungskritiker ein Brief Garibaldis, in dem sich der wieder erwachte „Held zweier Welten“ mit den neuen Freiheitskämpfern solidarisierte.<sup>2</sup>

Der spielerische Rekurs auf die symbolische Figur Garibaldi seitens eines Teiles der italienischen *antiglobals*, der die Medialisierung der modernen Gesellschaft theoretisiert und die Macht der Bilder durch

---

1. Damit wurde Garibaldis berühmtes „Obbedisco!“ („Ich gehorche!“) einfach umgekehrt. Garibaldi, der 1866 als General des italienischen Heeres im Trentino gegen die Habsburger kämpfte, hatte mit dieser lakonischen Aussage, wenn auch widerwillig, auf den Befehl reagiert, seine Truppen in Folge des Waffenstillstandes zwischen Preußen, dem alliierten Italien und Österreich abzuziehen. Dieses Ereignis wurde zu einer der wichtigsten Geschichten in den vielen Biographien über Garibaldi, aber auch in den (populär-)wissenschaftlichen Darstellungen des Risorgimento. Über das offensichtliche Spiel mit einem zentralen Topos der nationalen Selbsterzählung Italiens hinaus verweist das „Disobbedisco“ auf den Namen einer der bekanntesten damaligen Antiglobalisierungsgruppen Italiens: die „Disobbedienti“ („die Ungehorsamen“). *La Repubblica*, 19.6.2001, *l'Eco di Bergamo*, 18.6.2001.

2. Ebd. und [www.bambinidisatana.com/wuming/italiano/Giap/garibaldi.html](http://www.bambinidisatana.com/wuming/italiano/Giap/garibaldi.html). Einer der vielen Titel, die Garibaldi schon Mitte des 19. Jahrhunderts verliehen wurden, lautet „Eroe dei due mondi“. Er verweist auf Garibaldis Heldentaten in der alten und in der neuen Welt, bzw. in Europa und in Lateinamerika. Eben dieser Titel gewinnt im Kontext des globalisierungskritischen Diskurses eine spezifische Aktualität: Garibaldi als Symbol der Bewegung, die die Solidarität der ersten mit der dritten Welt fordert, und als Symbol des Kampfes gegen Unterdrückung auf globaler Ebene.



die Produktion und Verbreitung anderer Bilder destabilisieren will<sup>3</sup>, dient nicht nur einem Legitimierungsversuch der Bewegung innerhalb eines nationalen Diskurses. Er zielt nicht nur darauf ab, über die Etikette des Neo-Garibaldinismus auf die etablierte symbolische Genealogie von den nationalen Freiheitskämpfern des 19. Jahrhunderts zu den Widerstandskämpfern im Zweiten Weltkrieg, den *Brigate Garibaldi*, zurückzugreifen. Vielmehr lässt sich der ironische Rekurs auf den nationalen Helden als eine praktische Anwendung ihres theoretischen Programms lesen: die Dekonstruktion unserer Mythen- und Bilderwelten durch die bewusste und inszenierte Arbeit an eben diesen. Die Plakate, die geplante Bootsfahrt von Neapel nach Genua, der simulierte Brief eines wiedererstandenen Garibaldi transportieren eine Reflexionsebene, die auf die symbolische Qualität der Figur Garibaldi abhebt und diese schöpferisch thematisiert.

Diese symbolische Qualität ist spätestens seit der spektakulären Expedition zur „Befreiung“ des Königreichs Neapel-Sizilien 1860 in die historische Gestalt Garibaldi eingeschrieben worden. An ihrer Produktion hat Garibaldi selbst durch die aktive Medialisierung seiner Person und seiner Unternehmungen teilgenommen. Zweifellos war sie auch für seine militärische und politische Karriere ausschlaggebend.<sup>4</sup>

Garibaldi war sozusagen der Che Guevara des 19. Jahrhunderts, ein Berufsrevolutionär und Soldat, der schnell zur Ikone wurde. Keine Gestalt der italienischen Geschichte ist so oft und in so unterschiedlichen Medien dargestellt worden.<sup>5</sup> Garibaldi's Charisma und seine Fähigkeit,

3. autonome a.f.r.i.k.a. gruppe, Luther Blissett, S. Brünzels (Hrsg.), *Handbuch der Kommunikationsguerrilla*, Göttingen o.J.

4. Die ersten Mythisierungen Garibaldi's setzten schon Ende der 1840er Jahre ein, als in demokratisch-republikanischen Blättern Berichte über Garibaldi's Taten in Lateinamerika erschienen. Die erste Biographie kam bereits 1850, also unmittelbar nach der Niederlage der Repubblica Romana heraus, so dass die Verklärung zum Helden bereits Anfang der 1850er Jahre begann, um dann 1860 zu einem Massenphänomen zu werden. Der erste Biograph war der Republikaner G.B. Cuneo, *Biografia di Giuseppe Garibaldi*, hrsg. v. G. Spadolini, Milano 1974. Vgl. auch R. Ugolini, *Garibaldi, genesi di un mito*, Roma 1982 und v. a. L. Riall, *Storie d'amore, di libertà e d'avventura: la costruzione del mito garibaldino intorno al 1848-49*, in: A.M. Banti/R. Bazzocchi (Hrsg.), *Immagini della nazione nell'Italia del Risorgimento*, Roma 2002, S. 157-174. Zur Medialisierung der Figur Garibaldi und dem von ihm dazu selbst geleisteten Beitrag vgl. O. Calabrese, *Garibaldi tra Ivanboe e Sandokan*, Milano 1982.

5. In Biographien, historischen Romanen, Gedenkschriften, Postkarten, Filmen, Theaterstücken, Gedichten, Bildern, Lithographien, Denkmälern, auf Zierporzellan, Stickereien, Münzen, Aufklebern, Weinen etc. Für ei-

die sogenannten Massen für die „Sache der Nation“ zu entfachen, wurden bereits von seinen Zeitgenossen bewundert. Schon zu seinen Lebzeiten wurde er mit den Helden der antiken Mythologie gleichgestellt.<sup>6</sup> Garibaldi wurde zum Helden schlechthin einer zum Epos verklärten Wiederauferstehungsgeschichte der Nation. Frappierend ist aber auch der vielseitige politische Gebrauch, der von der Figur Garibaldi vor allem ab seinem Tod bis weit ins 20. Jahrhundert gemacht worden ist. Außer den christlich-konservativen Parteien gibt es keine politische Kraft, die sich nicht in irgendeiner Weise auf den „Löwen von Caprea“, den „Ritter der Menschheit“ oder den „Helden zweier Welten“ bezogen hat.<sup>7</sup>

Das kollektive Gedenken an Garibaldi bietet also ein interessantes Beispiel für die Analyse der nicht unumkämpften symbolischen Integration des italienischen Nationalstaates und der damit einhergehenden Begründung bzw. Herausforderung politischer Herrschaft.

### *Garibaldi vs. Garibaldi*

Eine Besonderheit des politischen Mythos Garibaldi<sup>8</sup> liegt in seiner zweifachen Funktion bzw. Ausrichtung. Auf der einen Seite war der Mythos staatstragend, also konservativ, von oben institutionalisiert und verbreitet; auf der anderen Seite etablierte sich recht bald ein radikaldemokratischer, republikanischer, vor allem aber oppositioneller

---

nen Überblick allein über die schriftliche Produktion vgl. A.C. Campanella, *Giuseppe Garibaldi e la tradizione garibaldina. Una bibliografia dal 1807 al 1970*, Bd. 2, S. 926-1163. Nur unter der Kategorie *Dichtung* zählt Campanella um die 642 Titel auf. Italienreisende werden außerdem bestätigen, dass es wahrscheinlich keine italienische Stadt gibt, die keine Straße, keinen Platz, kein Denkmal oder keine Gedenktafel zur Erinnerung an Garibaldi hat: E. Garibaldi, *Qui sostò Garibaldi. Itinerari garibaldini in Italia*, Brindisi 1982.

6. Zum Beispiel: C.A. Vecchi, *La Italia. Storia di due anni, 1848-49*, Torino 1851 und F. Cavallotti, *Garibaldi. Commemorazione pronunciata nel Teatro Castelli di Milano il 3 giugno 1883*, Milano 1883 (Auszug aus der Zeitung *Il Secolo* vom 5. Juni).

7. Einen kursorischen Überblick bietet M. Isnenghi, *Garibaldi*, in: ders. (Hrsg.), *I luogbi della memoria. Personaggi e date dell'Italia unita*, Roma/Bari 1997, S. 25-46.

8. Mit politischem Mythos ist hier „ein narratives Symbolgebilde“ gemeint, das ein „kollektives, auf das Ordnungsproblem sozialer Verbände bezogenes Wirkungspotential“ entfaltet. A. Dörner, *Politischer Mythos und symbolische Politik. Sinnstiftung durch symbolische Formen am Beispiel des Hermannmythos*, Opladen 1995. Auf eine ausführlichere Darlegung der theoretischen und begrifflichen Prämissen wird hier verzichtet. Es ist jedoch offensichtlich, dass dieser Artikel auf den Arbeiten von George Mosse, Eric Hobsbawm, Benedict Anderson und Jan Assmann beruht. In der italienischen Geschichtsschreibung sind insbesondere Emilio Gentile, Maurizio Ridolfi, Massimo Baioni, Ilaria Porciani, Simonetta Soldani und Bruno Tobia der Bedeutung von (politischen) Mythen, von Geschichtspolitik und der Erfindung von Traditionen nachgegangen.

Mythos, der von Radikalen, Republikanern, Sozialisten und Anarchisten getragen und inszeniert wurde.<sup>9</sup>

Auf eine ähnliche dichotomische Struktur hat der britische Risorgimentospezialist Paul Ginsborg in einem Artikel zum Risorgimentomythos in Großbritannien hingewiesen. Er unterscheidet dort zwischen einem propulsiven, also vorantreibenden, revolutionären, romantischen und einem konservativen, legitimierenden Risorgimentomythos. Ersterer sei ausschlaggebend in der revolutionären Phase der Nationaleinigungsbewegung gewesen, letzterer dagegen habe nahelegenderweise erst nach der Nationalstaatsgründung eine immer wichtigere Rolle gespielt.<sup>10</sup> Ginsborgs idealtypische Definition zweier Risorgimentomythen und vor allem ihre zeitliche Festlegung ist hilfreich, vielleicht jedoch zu schematisch. So zeigt das eminente Beispiel des Garibaldikultes, dass der propulsive Mythos nicht erlosch, sondern eine allmähliche Verschiebung seiner Ausrichtung erfuhr: Der propulsive wurde zum delegitimierenden Mythos.<sup>11</sup> So wandte sich der von der republikanischen bzw. „extremen“ Linken („l'estrema sinistra“) getragene Risorgimentomythos nicht mehr gegen das *ancien régime* und die verschiedenen Fremdherrschaften sondern gegen den bestehenden monarchischen Nationalstaat, seine Regierung und sein verklärendes Risorgimentobild. Wie leise sich diese Verschiebung vollzog, allein dadurch, dass ab 1861 der politische Kontext ein anderer war, und welche Rolle dabei die Garibaldi verehrung einnahm,

9. I. Porciani, *Stato, statue, simboli: i monumenti nazionali a Garibaldi e a Minghetti del 1895*, in: *Annale dell'Istituto per la scienza dell'amministrazione pubblica*, 1993, H. 1, S. 211-241, F. Della Peruta, *Il mito del Risorgimento e l'estrema sinistra dall'Unità al 1914*, in: *Il mito del Risorgimento*, Sonderheft von *Il Risorgimento*, 1995, H. 1-2, S. 32-70.

10. P. Ginsborg, *Il mito del Risorgimento nel mondo britannico: „la vera poesia della politica“*, in: *Il mito del Risorgimento*, S. 384-399.

11. Die englische Historikerin Lucy Riall redet sogar vom Gegenmythos Garibaldi: L. Riall, *Hero, saint or revolutionary? Nineteenth-century politics and the cult of Garibaldi*, in: *Modern Italy*, 1998, H. 3, S. 191-204. Ginsborgs und Rialls Unterscheidungen zwischen revolutionärem und staatstragendem Garibaldi mythos bzw. zwischen Mythos und Gegenmythos ist einerseits hilfreich, weil sie zwei unterschiedliche Traditionslinien des politischen Rekurses auf den Nationalhelden klar kennzeichnen, die beide bis weit ins 20. Jahrhundert wirksam bleiben. Allerdings stellt sich die Frage, ob es auf einer theoretischen Ebene sinnvoll ist, in diesem Falle einem Mythos einen Gegenmythos entgegen zu setzen, handelt es sich doch nicht um zwei getrennte, wenn auch polar aufeinander bezogene Symbole. Zumal der sogenannte Gegenmythos zeitlich gesehen, nicht nach dem Mythos entstand. Zu trennen wäre also vielmehr zwischen einer den Status Quo stabilisierenden und legitimierenden und einer den Status Quo destabilisierenden, delegitimierenden Ausrichtung des Garibaldi mythos. Beide Traditionslinien sind allerdings eng aufeinander bezogen.

zeigt der folgende Bericht des Journalisten Michele Cavaleri. In einem Brief an einen Freund erzählte er von Garibaldi's Besuch in Mailand im März 1862:

„Mi domandi del risultato di Garibaldi a Milano. Nemmeno al Corpus Domini, nemmeno al Giovedì Grasso tanta commozione, tanto entusiasmo, tanto amore. Ciò ti indica, come ti dissi, il malcontento provato, l'aspettazione nel futuro, la mania nel creduto idolo. Tutti vogliono libertà, giustizia, magnanima grandezza, gloria, indipendenza italiana; non l'hanno, sperano in Garibaldi.“<sup>12</sup>

Garibaldi wurde also schon sehr bald nach der italienischen Nationalstaatsgründung zum Symbol des noch nicht Erreichten, des Erträumten und Versprochenen, aber nicht Eingetretenen, also zum Träger einer positiven Gegenhoffnung, die im Gegensatz zur enttäuschenden Realität der Dinge stand. Die enttäuschende Realität der Dinge war jedoch nicht mehr die Herrschaft der Habsburger oder die Zersplitterung der italienischen Nation, sondern der neue, unvollkommene Nationalstaat. Garibaldi wurde zum besiegten Sieger und zum siegenden Besiegten.<sup>13</sup> Eben diese Ambivalenz der symbolischen Figur, zugleich erfolgreicher und scheiternder Held zu sein, führte dazu, dass Garibaldi vor allem nach seinem Tod 1882 nicht nur im Firmament der systemstabilisierenden Vaterlandsreligion eine zentrale Rolle einnahm, sondern gleichzeitig zum vehement ausgespielten Mythos der demokratisch-republikanischen Opposition wurde, also jener politischen Kräfte, die an dem Einigungsprozess zwar an vorderster Front beteiligt gewesen, 1861 jedoch bei der Begründung des monarchischen, liberalkonservativen Staates als Verlierer hervorgegangen waren.

Der Konflikt um die Deutungshoheit brach gleich am Todestag des Helden aus: Garibaldi's letzter Wille, verbrannt zu werden, wurde von staatlicher Seite verhindert, statt dessen balsamierte man den Leichnam

---

12. „Du fragst mich zur Wirkung Garibaldi's in Mailand. Soviel Rührung, soviel Enthusiasmus, soviel Liebe ist nicht einmal am Corpus Domini oder an Weiberfastnacht zu sehen. Das zeigt Dir, wie ich Dir bereits sagte, die empfundene Unzufriedenheit, die Erwartung in die Zukunft, die Begierde nach dem Idol, an das man geglaubt hatte. Alle wollen Freiheit, Gerechtigkeit, edelmütige Größe, Glorie, italienische Unabhängigkeit; sie haben's nicht und hoffen auf Garibaldi.“ Zit. n. M. Isnenghi, *I due volti dell'eroe. Garibaldi vincitore-vinto e vinto-vincitore*, in: S. Bertelli/P. Clemente (Hrsg.), *Tracce dei vinti*, Firenze 1994, S. 297.

13. Ebda.

ein. Nach einer vehementen Debatte, ob er auf Caprera oder in Rom bestattet werden solle, entschied sich die Regierung für den entlegeneren, symbolisch also ungefährlicheren Ort. Alberto Mario, Garibaldis alter Freund und Mitkämpfer, Republikaner und Vorsitzender des Bundes für die Demokratie lehnte es ab, zum Begräbnis in Caprera zu erscheinen. Was solle er dort, wo man Garibaldi mit dem königlichen Marsch verabschieden wolle. Das sei doch ein Widerspruch in sich. In Rom organisierte Mario jedoch einen großen Trauermarsch von der Piazza del Popolo bis zum Kapitol, mitten durch die Innenstadt. Die Trauergemeinde ging in offensichtlicher Abgrenzung zum katholischen Ritus ohne Kopfbedeckung. Im Organisationskomitee saßen neben Mario der radikale Abgeordnete und Schriftsteller Felice Cavallotti, Ernesto Nathan, Republikaner und zukünftiger Bürgermeister Roms, Adriano Lemmi, zukünftiger Präsident der wichtigsten Freimaurerloge, und Giovanni Bovio, zukünftiger Mitbegründer der Republikanischen Partei. Ihre Namen und politischen Karrieren sind eng mit dem Mythos Garibaldi verknüpft.<sup>14</sup>

Nicht nur in Rom wurden parallele Trauerfeiern veranstaltet. In Mailand kamen zum Beispiel 50.000 Menschen auf die Straße. Die städtischen Verwaltungen und Präfekturen hatten vom Innenminister die Order bekommen, sich an die Spitze der überall spontan initiierten Gedenkveranstaltungen zu stellen, um leichter die Kontrolle über die öffentliche Ordnung zu bewahren.<sup>15</sup> In Bologna hielt der Starschriftsteller und Dichter der Nation Giosuè Carducci eine Gedenkrede im städtischen Theater, die die folgende garibaldinische Gedenkrhetorik und -kultur bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts prägen sollte. Sie ist u.a. deswegen bemerkenswert, weil in ihr zum ersten Mal aus promin-

14. D. Mengozzi, *La morte immortale. La morte laica da Garibaldi a Costa*, Roma/Bari 2000, S. 185-226.

15. Ebda. Der Präfekt von Ravenna schreibt zum Beispiel am 30.6.1882 in seinem halbjährigen Bericht über die lokalen politischen Entwicklungen: „Commozione del paese per via della morte del Generale, ma le manifestazioni furono tutte ordinate e non diedero luogo ad inconvenienti di sorta, il che devevi soprattutto alla parte che vi presero le autorità governative e municipali.“ („Allgemeine Bestürzung aufgrund des Todes des Generals, doch alle Trauerveranstaltungen sind ohne jegliche Unruhen vonstatten gegangen. Dies ist vor allem der Verdienst der teilnehmenden staatlichen und städtischen Behörden.“) Archivio Centrale dello Stato, Roma, 1882, Ministero degli Interni, Rapporti dei prefetti 1882-1884, busta 18, fascicolo 52, sottofascicolo 1.

tem Munde eine neue, königstreue, aber antiparlamentarische und nationalistische Variante des Garibaldimythos formuliert wird. Carducci beschwört ein goldenes, ein heroisches Zeitalter der italienischen Geschichte, das er gegen die Parteienwirtschaft der Gegenwart auszuspielen versucht. Garibaldi ist in Carduccis Munde kein Revolutionär mehr, sondern der selbstlose und Eintracht stiftende Held schlechthin. Offensichtlich wird hier das Ideal der Nation gegen das parlamentarische Prinzip der Interessenvertretung gesetzt – nach dem Motto: historische Glorie vs. politischen Alltag.<sup>16</sup>

Der delegitimierende Garibaldimythos etablierte sich besonders von dem Moment an, als Garibaldi immer stärker vor allem durch die Politik des neuen Ministerpräsidenten Francesco Crispi neben die Figur König Vittorio Emanuele II. ins Zentrum des staatslegitimierenden Risorgimentokultes rückte.<sup>17</sup> Crispi war an den sizilianischen Verschwörungen gegen die Bourbonen und an Garibaldis „Befreiung Siziliens“ beteiligt gewesen. In den 80er Jahren stieg er zum wichtigsten Mann der seit 1876 regierenden Linksliberalen Gruppierung auf und spielte bei der Einführung einer neuen, bewussteren Symbolpolitik seitens des Staates eine maßgebliche Rolle.<sup>18</sup> Die Figur Garibaldi als der Volksheld schlechthin gewann in der stärker auf die Massen ausgerichteten Politik an enormer Bedeutung. In diesem Sinn schlug Crispi schon 1882 die Errichtung eines Nationaldenkmals für Garibaldi auf dem Gianicolo<sup>19</sup> vor und

---

16. G. Carducci, *Garibaldi. Prose, Riedizione anastatica*, Bologna 1982. An diesem prominenten Beispiel wird deutlich, wie schwer die Trennlinie zwischen Rialls Mythos und Gegenmythos auszumachen ist. Carducci beschreibt Garibaldi nicht als betrogenen Revolutionär, sondern als zeitlosen Heroen, als Vater der Nation. Seine Garibaldiinterpretation richtet sich nicht gegen den monarchischen Nationalstaat, sondern allein gegen das parlamentarische System und dessen politische Vertreter. Vgl. außerdem P. Alatri, *Carducci e il Risorgimento, in: Il mito del Risorgimento*, S. 102-109, R. Drake, *Byzantium for Rome: The Politics of Nostalgia in Umbertian Italy 1878-1900*, Chapel Hill 1980.

17. Zur Verehrung des Königs Vittorio Emanuele II. und der Mythisierung des Königshauses im Einigungsprozess vgl. U. Levra, *Fare gli italiani. Memoria e celebrazione del Risorgimento*, Torino 1992, F. Luciani, *La „monarchia popolare“. Immagine del Re e nazionalizzazione delle masse negli anni della sinistra al potere (1876-91)*, in: Cheiron, XIII, 1996, H. 25-26: *La monarchia nella storia dell'Italia unita. Problematiche ed esemplificazioni*, S. 141-187 u. C. Brice, *La monarchie, un acteur oublié de la nationalisation des Italiens?*, in: *Revue d'histoire moderne et contemporaine*, 1998, H. 1, S. 147-169.

18. F. Bonini, *Francesco Crispi e l'unità: da un progetto di governo a un ambiguo mito politico*, Roma 1997, C. Duggan, *Creare la nazione: vita di Francesco Crispi*, Bari/Roma 2000.

19. Der Gianicolo ist ein Hügel, der im Südosten unweit des Petersdom auf der rechten Tiberseite liegt. Dort wurden 1849 die entscheidenden Kämpfe zwischen den Truppen der Repubblica Romana und dem französischen Heer geführt. Seit den 1880er Jahren bemühten sich die italienische Regierung und die städtische Verwaltung, den Ort durch die Errichtung von Marmorbüsten der „Martyrer von Rom“ zu sakralisieren.

drängte dann darauf, dass das Denkmal zum 20. September 1895 fertig würde. Das Reiterdenkmal, das mit großem Pomp im Rahmen der Hauptstadtfeiern eingeweiht wurde, zeigt einen kolossalen Garibaldi, der müde, sozusagen nach vollbrachter Arbeit, über der Stadt thront. Pferd und Reiter verharren statisch. Es ist ein befriedeter, zum Abgang bereiter Vater der Nation. Die einzig provokante Geste liegt im Kopf, der wachsam Richtung Petersdom blickt. Die Feier der Eroberung Roms 1870 rückte damit Garibaldi ins Zentrum, der allerdings an ihr gar nicht beteiligt gewesen war, aber in den Jahren zuvor gegen den Willen der italienischen Regierung mehrmals den Versuch unternommen hatte. Er war jedoch vom italienischen und vom französischen Heer aufgehalten worden. Diesen Widerspruch hoben Republikaner, Radikale, Freimaurer und Irredentisten, Garibaldiner und eine Vielzahl von Verbänden hervor, die an den offiziellen Feierlichkeiten nicht teilnahmen, sondern eigene Gedenkveranstaltungen organisierten.<sup>20</sup>

Diese Rituale eines eigenen radikaldemokratischen und antiklerikalen Risorgimentomythos waren Ausdruck einer Opposition gegen die Regierung Crispi, der bei seinem Antritt als starker Mann der Linksliberalen große Hoffnungen im ganzen linken Spektrum geschürt hatte. Spätestens seit seiner brutalen Zerschlagung der Hungerrevolten in Sizilien 1894, der darauf erlassenen Sozialistengesetze und seinem Festhalten an einer erfolglosen und verschwenderischen Kolonialpolitik waren die Hoffnungen in Enttäuschung und vehemente Kritik umgeschlagen. Diese Gegendemonstrationen relativieren die gängige These einer gescheiterten Nationalisierung von oben<sup>21</sup>, denn an ihnen lässt sich auch die integrierende Kraft solcher konfliktreichen Aneignungen der Nation von unten aufzeigen. Doch über die spielerische Aneignung von unten hinaus findet in den „celebrazioni popolari“, den sogenannten Volksfeiern, eine Bündelung heterogener politischer und sozialer

20. Im römischen Staatsarchiv finden sich detaillierte Berichte und Telegramme der Sicherheitsdienste und Präfekten über die Aktivitäten der oppositionellen Parteien (Irredentisten, Republikaner und Sozialisten) anlässlich des nationalen Jubiläums, ACS, Francesco Crispi, Roma, fasc. 680, sf. 1. Vgl. auch Porciani, *Stato, statue, simboli* u. L. Berggren/L. Sjöstedt, *L'ombra dei grandi. Monumenti e politica monumentale a Roma (1870-1895)*, Roma 1996.

21. Vertreterin dieser These ist zum Beispiel Ilaria Porciani, *La festa della nazione. Rappresentazione dello Stato e spazi sociali nell'Italia unita*, Bologna 1997.

Kräfte der Opposition im gemeinsamen Ritual statt. Die Gegenveranstaltungen sorgten für die mediale Präsenz der Opposition und boten gleichzeitig eine politische Plattform außerhalb des Parlaments, wo die verschiedenen regierungskritischen und antimonarchischen Strömungen einerseits zusammenkommen und koalieren, andererseits um die potentielle Gefolgschaft konkurrieren konnten. So gaben die Gedenktage und -feiern in einer Phase, da das parlamentarische System noch nicht demokratisiert war, in der strenge Versammlungsgesetze galten und organisierte (Massen-)Parteien gerade erst entstanden, den willkommenen Anlass zu politischen Veranstaltungen und Foren, die der Selbstinszenierung, der internen Kommunikation und der Selbstorganisation dienten.<sup>22</sup>

Der Konflikt zwischen oppositionellem und staatstragendem Mythos trat auch im Verhältnis zwischen Zentrum und Peripherie zu Tage. Zum einen wiederholte sich in der Provinz im Kleinen das Spiel von offiziellem Gedenken und Gegenveranstaltung.<sup>23</sup> Es hing allerdings von der jeweiligen politischen Zusammensetzung der städtischen Regierungen ab, ob der republikanische bzw. radikale Garibaldimythos in die offiziellen Festlichkeiten einfluss, so dass es entweder zu keinen gespaltenen Gedenktagen kam oder sich die Trennung zwischen den verschiedenen Positionen anders gestaltete. In einigen Fällen fanden dann zum Beispiel Liberale, moderate Republikaner und Veteranenverbände zusammen, während Sozialisten und Anarchisten ihre Gegenveranstaltungen

---

22. Welche zentrale Rolle der Darstellung der sichtbaren Anwesenheit beigemessen wurde, kommt zum Beispiel in der häufig formulierten Aufforderung zum Ausdruck, dass alle „demokratischen“ Parteien und Organisationen mit ihren Fahnen und Abzeichen erscheinen sollten. Comitato Popolare per le Onoranze Centenarie a Giuseppe Garibaldi, *Manifesto con le norme per i Pellegrinaggi a Caprera, Mentana e Roma*, 18.6.1907, in: *Nel primo centenario della nascita di Giuseppe Garibaldi 1807-1907. Raccolta di manifesti, giornali, discorsi*, Biblioteca di storia moderna e contemporanea, Fo.Ris. II B 6. Auf demselben Ankündigungsplakat des Volkskomitees lädt man die Mitglieder ein, möglichst zahlreich zu einem der Ehrenbankette zu erscheinen, das doch eine brüderliche Zusammenkunft darstelle und dazu diene, die gemeinsamen Solidaritäts- und Freundschaftsverbindungen zu stärken. Oft bot der nationale Gedenktag den Anlass für die lokalen Parteigruppen in der Provinz, eine (wichtige) Persönlichkeit aus der römischen Zentrale als Redner zu gewinnen. Das Gedenkfest wurde zu einem zentralen Moment der parteiinternen Kommunikation – vor allem zwischen Zentrum und Peripherie. So freute man sich zum Beispiel auf einem Gedenktag der Radikalen von Matera besonders über die Ankunft des extra aus Rom eingetroffenen Redners, einem Mitglied des „Parteivorstandes“, und beklagte gleichzeitig die fehlende Kohäsion zwischen den einzelnen, lokalen Parteibüros und der Zentrale. *Vita*, 25.6.1907.

23. Bosi Marmotti, G., *Centenari garibaldini (1907-1982): emozioni e polemiche in parlamento e in Romagna*, in: *Studi Romagnoli*, 1982.



gen organisierten. Der Deutungskonflikt verlief also nicht immer an klaren Fronten, und diese situative Abhängigkeit nahm in dem Maße zu, in dem die oppositionellen Kräfte sich einerseits ab den 1890er Jahren immer stärker in organisierte Parteien ausdifferenzierten und gleichzeitig mit der allmählichen Erweiterung des Wahlrechts auf lokaler Ebene zum Teil in die politische Verantwortung kamen.<sup>24</sup>

In den Jahren 1907, 1910 und 1911 wiederholte sich in gewisser Weise dasselbe Spiel mit offiziellen und inoffiziellen Gedenkfeiern. 1907 zum Beispiel fanden in Rom die nationalen Gegenveranstaltungen zu der offiziellen Jubiläumsfeier des 100jährigen Geburtstags Garibaldis zufälliger Weise zeitgleich mit den städtischen Wahlen statt. Die Pilgerfahrer mussten rechtzeitig vor der Schließung der Urnen aus Caprera zurück sein.<sup>25</sup> Im Vorfeld der Wahlen dienten somit die „celebrazioni popolari“ auch als Wahlkampf für den von Ernesto Nathan angeführten *blocco popolare*, einer Koalition aus Linksliberalen, Republikanern, Radikalen und Sozialisten, die gegen den moderaten Block von Liberalkonservativen und Katholiken antrat. Der Antiklerikalismus, der in Garibaldi so leicht sein Symbol findet, wurde in dieser Situation zum politischen Bindemittel der laizistischen Linken, die schließlich die Wahlen in Rom gewann.<sup>26</sup>

Anlässlich der Gedenkveranstaltungen der Opposition kam es im ganzen Land immer wieder zu Schlägereien zwischen Demonstranten

24. Bezüglich der Konflikte innerhalb bzw. zwischen den verschiedenen Organisationskomitees, vgl. beispielsweise: *Provincia*, Como, 23.6. 1907 u. *Giornale d'Italia*, Roma, 9.7.1907. Vgl. auch D. Mengozzi, *Il mito di garibaldi e la dialettica fra integrazione e autonomia*, in: *Atti e memorie. Deputazione di storia patria per le province di Romagna*, Bd. 50 (1999), Bologna 2000, S. 111-151 u. M.T. Pasqualini Canato, *Il Monumento a Giuseppe Garibaldi, Rovigo 1882-1896*, Rovigo 1996.

25. *La Tribuna*, Roma, 11/12.6.1907, *Manifesto con le norme per i Pellegrinaggi a Caprera, Mentana e Roma*, 18.6.1907.

26. Auf der Garibaldifeier der Freimaurerlogen im Teatro Adriano hielt der Hauptkandidat des *blocco popolare* selbst die Gedenkrede: E. Nathan, *Per il centenario della nascita di Giuseppe Garibaldi (discorso celebrativo tenuto alle manifestazioni commemorative della Massoneria)*, Roma 1907. Zu seiner Person siehe: *Gran Maestro della Massoneria e sindaco di Roma: Ernesto Nathan, il pensiero e la figura a 150 anni della nascita. Atti del Convegno*, Roma 11.-12.11.1995, Roma 1998. Außerdem: E. Declava, *Anticlericalismo e lotta politica nell'Italia giolittiana. - II: L'Estrema sinistra e la formazione dei blocchi popolari (1905-1909)*, in: *Nuova Rivista Storica*, LIII, 1969, H. 5-6, S. 541-617. Der garibaldinische Hauptverband, der in Rom als garibaldinischer Veteranenverband schon zu Lebzeiten Garibaldis gegründet und von dessen ältestem Sohn jahrzehntelang geleitet worden war, beschloss in der Hauptversammlung, an alle Mitglieder die Empfehlung auszusprechen, bei den Kommunalwahlen die „demokratisch-liberale“ Liste zu wählen. *Protocollo dell'assemblea generale della Società Reduci Patrie Battaglie Giuseppe Garibaldi. In vista delle elezioni amministrative romane*, 30.6.1907, Archivio della Società Mutuo Soccorso Reduci Garibaldini, stanza 2, armadio 1, cartella 12.

und Polizei, zu Verhaftungen und zu parlamentarischen Untersuchungskommissionen.<sup>27</sup> Die Zeitungsberichte lesen sich oft wie die heutigen Darstellungen der globalisierungskritischen Demonstrationen und Gegengipfel. Und wie die heutigen Protestler eine andere, bessere Welt verlangen, so kehrt in den Reden und Gedenkfeiern der Opposition Garibaldi immer wieder als Chiffre eines anderen, eines besseren, eines gerechteren, eines geeinten Italiens.<sup>28</sup> Hier wirkt in gewisser Weise eine romantische Denkstruktur weiter: Die Sehnsucht nach einem goldenen Zeitalter, die in der Vorstellung eines anderen Italiens zum Tragen kommt; die zugleich in die Vergangenheit und Zukunft gerichtete Sehnsucht nach dem revolutionären, dem epischen Risorgimento, nach jener Zeit, in der alle Ideale eines geeinten Italiens unkompromittiert waren und gegen welche das gegenwärtige Italien, wie Prosa gegen Lyrik abfiel.<sup>29</sup> Felice Cavallotti's Gedenkrede von 1883 zum einjährigen Todesjubiläum nimmt bereits die wichtigsten Merkmale dieser garibaldinischen Nostalgie vorweg. Es ist eine vehemente Verteidigungsrede des Pathos, in der die Nüchternheit und Pragmatik einer Politik der faulen Kompromisse angeprangert werden. Cavallotti spielt die heroische und epische Vergangenheit gegen die prosaische Gegenwart aus. Dabei bedient er sich einer interessanten thermodynamischen Metaphorik: Leidenschaft und Heldentum (Garibaldi's und seiner Anhänger) erhalten das Attribut der Wärme, die aktuelle politische Wirklichkeit dagegen das der Kälte.<sup>30</sup>

27. *Lega Lombarda*, Milano, 4.6.1907, *L'osservatore cattolico*, 4.6.1907, *Il Giornio*, Napoli, 19.6.1907, *Eco d'Italia*, Genova, 19.6.1907, *L'illustrazione Italiana*, 7.7.1907. Für das Gedenkjahr 1911 dagegen: ACS, Min. Interno, D.G. P.S. Div. AA. GG. RR., 1911, S. 21, fasc. e 4 (XX Settembre), sf. Roma.

28. Beispielhaft sei hier aus der demokratisch-sozialistischen Zeitung *Moto*, Milano 1.6.1907, zitiert: „Non servi di Dio, non servi di trono sognò Garibaldi le genti del mondo, fedeli soldati della vera libertà [...] sul sacro tumulo che racchiude l'amata spoglia giurano i figli dell'Italia nuova, che essa sarà grande per forza dell'opera iniziata dal gigante e per quella fede che ci scalda il cuore.“ („Garibaldi erträumte sich die Menschen dieser Welt, die treuen Soldaten der echten Wahrheit, nicht als Diener Gottes, nicht als Diener eines Thrones [...] auf dem heiligen Grab, das die geliebten Reste umschließt, schwören die Söhne des neuen Italiens, dass es groß sein wird – dank des Anfangswerkes des Riesen und dank jenes Glaubens, der uns das Herz erwärmt.“)

29. N.G. Bufalino, *Giuseppe Garibaldi and Liberal Italy: History, politics and nostalgia, 1861-1915*, Ph.D. Thesis at University of Carlifonia, Berkeley 1991.

30. Cavallotti, *Garibaldi*. „Non datemi corone se venite dallo avere rinnegato, ingiuriato il martirio [...] datemi fiamme che prendano il posto delle fiamme che si spengono! Scaldate l'aria a me intorno! Non per nulla v'avevo chiesto la pira! Scaldate l'aria! Fa così freddo qui nel sepolcro! Pare il gelo della nuova Italia!“ („Gebt mir keine Kränze, wenn ihr das Martyrium verschmäht und beleidigt habt. [...] gebt mir Flammen, die den Platz der erlöschenden Flammen einnehmen. Nicht umsonst hatte ich Euch doch um einen Scheiterhaufen gebeten! Wärmt die Luft! Es ist so kalt hier in meinem Grab! Es ist wohl der Frost des neuen Italien!“).

Neben der demokratischen wurde in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg auch eine andere Version des delegitimierenden Garibaldi-mythos immer lauter. In der Tradition Giosu  Carduccis führten Intellektuelle und Politiker Garibaldi als nationalen Helden gegen das parlamentarische System, gegen den Kampf zwischen den Klassen und den Parteien ins Feld.<sup>31</sup> Beide Strömungen fanden 1914 im Drängen auf einen Kriegseintritt Italiens auf Seiten Frankreichs zusammen. Die einen wollten den Krieg, um die Ideale der Republik und der Freiheit gegen die barbarischen Teutonen zu verteidigen oder um durch eine Eskalation die lang ersehnte Revolution herbei zu führen, die anderen, um Italien am Kampf der Nationen zu beteiligen. Auch der nationalistische Mythos beschwor mit Garibaldi ein anderes, ein heroisches, k mpferisches, ein unabhängiges Italien.<sup>32</sup>

Diese Figur des Traumes oder der Forderung nach einem anderen Italien kehrte im faschistischen Rekurs auf Garibaldi wieder. Der Faschismus verstand sich als die Verwirklichung dieses anderen Italiens. Er war sozusagen der Vollender jener unvollendeten nationalen Revolution des Risorgimento. Im Faschismus kamen der delegitimierende und der legitimierende Garibaldi-mythos zusammen, indem einerseits die Opposition ausgeschaltet, andererseits aber eben auch an das revolutionäre und Avantgardistische der garibaldinischen Bewegung appelliert wurde. Die garibaldinischen Freiwilligen, die 1914 auf Seiten Frankreichs in den Krieg zogen, wurden als die Vorreiter des Faschismus gefeiert und stellten gleichzeitig das Bindeglied zwischen dem alten Garibaldinismus im roten Hemd und der neuen nationalen Bewegung im schwarzen Hemd dar.<sup>33</sup> Der Appell an ein anderes Italien trat

31. Drake, *Byzantium for Rome* und Bufalino, *Garibaldi and Liberal Italy*.

32. G. D'Annunzio, *Per la pi  grande Italia*, Roma 1915.

33. R. Garibaldi, *I fratelli Garibaldi dalle Argonne all'intervento*, Milano 1933, E. Garibaldi, *Fascismo garibaldino*, Roma 1928, M. Isnenghi, *Usi politici di Garibaldi dall'interventismo al fascismo*, in: F. Mazzonis/F. Angelo (Hgg.), *Garibaldi condottiero. Storia, teoria, prassi*, Milano 1984, S. 533-544, G. Sabatucci, *La Grande Guerra e i miti del Risorgimento*, in: *Il mito del Risorgimento*, S. 215-226. 1932 fielen die Feiern zum 50. Todestag Garibaldis mit dem zehnjährigen Jubiläum der „Rivoluzione Fascista“ zusammen. Auf dem Gianicolo wurde unweit von dem großen Garibaldidenkmal eine weibliche Reiterstatue im Gedenken an Anita Garibaldi eingeweiht. Mussolini hatte selbst großen Einfluss auf die künstlerische Gestaltung der Statue genommen. Die Einweihung bildete den Höhepunkt eines dreitägigen Gedenkfestes. Darüber hinaus fand die erste große nationale historische Ausstellung über Garibaldi statt, in der u. a. die Kontinuität zur faschistischen Bewegung deutlich inszeniert wurde.

aber auch in Form des antifaschistischen Garibaldimythos auf. In der Tradition des ersten Risorgimento und der ersten garibaldinischen Freiwilligen zogen die antifaschistischen Freiwilligen nach Spanien in den Krieg gegen Franco und kämpften später gegen das Mussoliniregime und die deutsche Besatzung für ein anderes, ein besseres, ein freies und ein gerechtes Italien.<sup>34</sup>

In den verschiedenen oppositionellen Ausprägungen des Garibaldimythos wurde der Held also immer zur Chiffre für die Utopie einer anderen Nation als das reale existierende Italien. Dabei stellte Garibaldi außer für die Garibaldiner nicht den eigentlichen Gruppengründungsmythos dar: Die Republikaner bezogen sich eher auf die Französische Revolution und Mazzini, die Sozialisten auf Marx und die Kommunisten auf die Oktoberrevolution. Vielmehr eröffnete der jeweilige Garibaldimythos den verschiedenen Gruppen den Zugang zum Diskurs der Nation. Durch den Rekurs auf den Helden mit dem roten Halstuch konnten die politischen Akteure im Namen der ganzen Nation sprechen und damit gleichzeitig an den staatslegitimierenden Nationskult anknüpfen und eben diesen auf radikale Weise hinterfragen. Dies weist darauf hin, dass die in der Forschung bisher dominierende Untersuchung der staatslegitimierenden Funktion von politischen Mythen der Nation zu kurz greift. So zeigt der Fall des Garibaldimythos, wie nationale Mythen sehr wohl den Nationalstaat delegitimierende Funktionen entfalten können.

### *Der Garibaldimythos und Europa*

Der umkämpfte Garibaldimythos blieb allerdings nicht nur ein italienisches Phänomen. Während der konservative, staatslegitimierende Garibaldimythos gezwungenermaßen seine Funktion nur innerhalb der nationalstaatlichen Grenzen erfüllen konnte, hatte sich der oppositionelle Mythos schon früh in vielen europäischen Ländern verbreitet.

---

34. F. Traniello, *Sulla definizione di Resistenza come „secondo Risorgimento“*, in: Presidenza del Consiglio dei ministri, Dipartimento per l'informazione e l'editoria, *Le idee costituzionali della Resistenza*, Roma 1997, S. 19-25, C. Pavone, *Le idee del Risorgimento: antifascismo e fascismo di fronte alla tradizione del Risorgimento*, in: *Passato e Presente*, 1959, H. 3, S. 850-918.

In der Mitte des 19. Jahrhunderts wurde Garibaldi u.a. in England, Frankreich und Deutschland zur Symbolfigur einer fortschrittlichen, romantischen, revolutionären und heroischen Nationsidee. Die Sizilianische Expedition von 1860 stellt sicherlich – auch dank der Einführung des Telegraphen – eines der ersten europäischen medialen Ereignisse dar: Berichte über die sich überstürzenden und so wundersam wirkenden Geschehnisse gelangten beinahe „live“ in die europäischen Metropolen der Zeit. Über keine historische Figur Italiens sind so viele Biographien, Berichte und Romane im Ausland erschienen.<sup>35</sup> Garibaldis Memoiren wurden zuerst 1859 vom amerikanischen Journalisten Theodore Dwight übersetzt und herausgegeben, während sich ein Jahr darauf Alexandre Dumas, der Autor der *Drei Musketiere*, daran setzte, sie auf französisch zu übersetzen und zu ergänzen.<sup>36</sup> Als der schöne Italiener 1864 nach London reiste, strömten Zehntausende Engländer zum Hafen. Die zeitgenössische Presse betonte dabei, wie sozial heterogen das versammelte Publikum und wie viele verzückte Frauen anwesend gewesen seien.<sup>37</sup> Der romantische Held Garibaldi verstärkte im späten 19. Jahrhundert die mittel- und nordeuropäische Faszination für Italien, das Land antiker Legenden und archaischer Idylle. Gleichzeitig ist sein europäischer symbolischer Erfolg aber vielleicht auch schon Ausdruck einer Idee von Völkerfreundschaft zwischen den Nationen.<sup>38</sup>

Indem englische, französische und deutsche Leser die Abenteuer-

35. Campanella, *Bibliografia Garibaldina*.

36. G. Garibaldi, *The Life of General Garibaldi. Written by himself. With sketches of his companions in arms*. Translated by his friend Theodore Dwight, New York 1859; ders., *Mémoires de Garibaldi*, traduits sur le manuscrit original par Alexandre Dumas, Paris 1860. Erst die Ausgabe von 1861 enthielt tatsächlich den Bericht über die *spedizione dei mille*, allerdings war sie im antirepublikanischen Frankreich Napoleons III verboten: G. Garibaldi, *Mémoires de Garibaldi publiés par Alexandre Dumas*, Paris 1860-61.

37. D. Beales, *Garibaldi in England: The politics of enthusiasm*, in: J. A. Davis/P.N. Ginsborg (Hg.), *Society and Politics in the Age of the Risorgimento*, Cambridge 1991, S. 184-216. Aufschlussreich über den Bekanntheitsgrad Garibaldis in England sind auch die vielen satirischen Vignetten, die ab 1860 in englischen Zeitungen erschienen: S. Abita, *Garibaldi nell'iconografia*, Milano 1982. Zur internationalen Verbreitung des Garibaldi-mythos: L. Riall, *Hero, saint and revolutionary*. Zum Echo auf Garibaldi im deutschsprachigen Raum: J. Petersen, *Il mito del Risorgimento nella cultura tedesca*, in: *Il mito del Risorgimento*, S. 447-472. Im Juni 1907 brach in Italien ein Skandal um das Grab Garibaldis und seiner Familie auf Caprera aus. Der Sohn Ricciotti hatte, ohne sich mit dem Rest der Familie abzusprechen, Bauarbeiten, angebliche Verschönerungen für das unmittelbare Jubiläum, veranlasst, so dass die Grabesstätte des jüngsten Garibaldi-Sohnes, die neben der des Vaters liegt, aufgerissen worden war. Über diesen Skandal erschienen zwischen dem 24. und dem 26. Juni zum Beispiel ausführliche Artikel im *Berliner Tageblatt*, im *Petit Parisien*, im *Daily Telegraph* u. a.

38. Riall, *Costruzione del mito garibaldino*, S. 171.

geschichten um Garibaldi verfolgten, eigneten sie sich die Geschicke eines anderen, eines fremden Landes an. Garibaldi ist damit also nicht ein Symbol europäischer Identität. Sein Mythos scheint vielmehr einen Kommunikationsraum zwischen verschiedenen europäischen Ländern eröffnet und somit als ein Vehikel europäischer Identitätsbildung gewirkt zu haben.

Der Kultursoziologe Bernhard Giesen unterscheidet fünf formative Diskurse im Zusammenhang mit der Geschichte der Konstruktion einer europäischen Identität. Obwohl sie jeweils in einer besonderen historischen Lage entstanden, schufen sie ein Repertoire von Vorstellungen der europäischen Einheit, auf das auch später noch zurückgegriffen werden konnte. Konstitutiv für diese Diskurse sind immer auch die in ihnen angelegten Vorstellungen der Außenseite der Gemeinschaft. Einer dieser Diskurse bestand aus den Ideen der sozialen und politischen Bewegungen, die gegen Ende des 18. Jahrhunderts aufkamen und Zugang zu Bürgerrechten und Teilhabe an politischen Prozessen für möglichst viele Gesellschaftsmitglieder forderten. Das natürliche Recht zur Selbstbestimmung bildete den Kern der Bürgerrechtsbewegungen. Hier konstituierte sich eine transnationale Öffentlichkeit Europas, die paradoxerweise die Nationalstaaten nicht überwand, sondern festigte: Nationale Selbstbestimmung war nur denkbar, wenn dieses Recht auch den anderen Nationen eingeräumt wurde.<sup>39</sup> Dieser romantische, propulsive Garibaldi-mythos ist sowohl Teil als auch Katalysator eben dieses „europäischen Diskurses“. Das Außen zu dieser Europavorstellung ist rein politischer Natur, es ist sozusagen die alte Welt des *Ancien Régime*.

Auch der postromantische delegitimierende Garibaldi-mythos, der sich in Italien nach 1882 rasch gegen die staatstragende, konservative und königstreue Interpretation des Risorgimento richtete, weist eine wichtige außenpolitische Dimension auf. Er war in erster Linie republikanisch, antiklerikal und antihabsburgisch. Im Namen Garibaldis argu-

---

39. B. Giesen, *Europäische Identität und transnationale Öffentlichkeit. Eine historische Perspektive*, in: H. Kaelble/M. Kirsch/A. Schmidt-Gemig (Hrsg.), *Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert*, Frankfurt a. M., S. 67-84.

mentierten Republikaner, Freimaurer, Radikale und Irredentisten gegen die diplomatische Allianz zwischen Italien und dem Habsburgischem Reich. In diesem Bündnis sahen sie den Verrat an Italien und an der nationalen Einigung. Ihr vehementer Antiklerikalismus ebenso wie die Opposition zu Österreich und zum Deutschen Reich führte dazu, dass diese Trägergruppen des Garibaldimythos sich außenpolitisch an Frankreich orientierten. Schließlich hatte Garibaldi ja nach dem Fall Napoleons III. Frankreich gegen die deutschen Truppen verteidigt. Auf der Ebene der politischen Zivilgesellschaft bildeten sich enge Vernetzungen zwischen Italien und Frankreich, so zum Beispiel über die antiklerikalen und freigeistigen Vereine *Giordano Bruno* und die *Società del Libero Pensiero*.<sup>40</sup> Der Garibaldimythos, der auch in Frankreich eine gewisse Tradition entfaltet hatte<sup>41</sup>, bot sich als ein diskursiver Raum für den Versuch an, ein romanisches gegen ein germanisches Europa oder auch eine mediterrane gegen eine mitteleuropäische Identität zu konstruieren. Diese kulturelle Opposition wurde schließlich 1914/1915 aktualisiert und in einer nationalistischen Version als Kampf zwischen dem freien, zivilisierten Europa und dem barbarischen und tyrannischen Europa propagiert.<sup>42</sup> So zogen 1914 italienische Freiwillige zusammen mit den vielen italienischen Gastarbeitern Frankreichs als garibaldinische Legion in den Ersten Weltkrieg. Mobilisiert wurde also eine Vorstellung Europas als Gral der Zivilisa-

40. E. Decleva, *Anticlericalismo e lotta politica nell'Italia giolittiana. - I. L' "esempio della Francia" e i partiti popolari (1901-1904)*, in: *Nuova rivista storica*, LII, 1968, H.2, S. 291-354. Auffällig ist zum Beispiel, dass im internationalen Ehrenkomitee des *Comitato popolare per le onoranze centenarie a Giuseppe Garibaldi* neben den italienischen Mitgliedern (u.a. Künstler, Zeitungsdirektoren, Abgeordnete und Bürgermeister) hauptsächlich französische Persönlichkeiten wie z.B. der Vizepräsident des französischen Parlaments vertreten waren, *Manifesto con le norme per i pellegrinaggi a Caprera, Mentana e Roma*.

41. M. Agulhon, *Le mythe de Garibaldi en France de 1882 à nos jours*, in: Ders., *Histoire vagabonde*, Bd. 2: *Idéologies et politique dans la France du XX<sup>e</sup> siècle*, Paris 1988, S. 85-131.

42. In dem Bericht über die Schlacht in den Argonnen des Obersten Marabini wird Peppino Garibaldis Erklärung vom 28.8.1914 zitiert, die der älteste Sohn Ricciotti gegenüber dem Direktor des *Cabinet civil au Ministère de la Guerre* ausgesprochen hatte: „Fidèles au nom et à la tradition que mon grand-père et mon père ont consacrés à Dijon en 1870-71, aujourd'hui mes frères et moi nous tiendrons pour hautement honorés si le Gouvernement républicain de la France veut accepter nos services, à l'heure des revendications des droits de la race latine.“ (Dem Namen und der Tradition treu, die mein Großvater und mein Vater in Dijon 1870-71 begründet haben, werden ich und meine Brüder uns tief geehrt fühlen, wenn das republikanische Frankreich unsere Dienste annehmen wollte, in dieser Stunde, da es die Rechte der romanischen Rasse in Anspruch zu nehmen und zu verteidigen gilt.“) C. Marabini, *Les Garibaldiens de l'Argonne* (mit einem autographierten Vorwort von G. D'Annunzio), Paris 1917, S. 50.

tion, das es gegen eine äußere Bedrohung zu beschützen und zu behaupten galt.<sup>43</sup>

Diese Gegenüberstellung zweier Europas spielte auch in den darauffolgenden Jahrzehnten eine wichtige Rolle. Für einen kurzen Zeitraum in der Mitte der 30er Jahre des 20. Jahrhundert versuchte eine frankophile und vor allem antigermanische Strömung des Faschismus die Allianz zwischen Italien und Nazideutschland zu verhindern. Ein Enkel Giuseppe Garibaldis, Ezio Garibaldi, gehörte dazu und schrieb in diesem Sinne über die natürliche und historische Verbundenheit zwischen Frankreich und Italien und warnte auf vorsichtige Weise vor einer zu starken kriegstreiberischen Allianz mit Deutschland.<sup>44</sup> Die Skepsis gegenüber Deutschland wurde in dem Versuch deutlich, gegen die Gleichsetzung von arischer und germanischer Rasse eine romanisch-arische Stammeslinie zu behaupten. Gleichzeitig erschienen in Ezio Garibaldis Zeitschrift *Camicia Rossa* mehrere Artikel, in denen heftigst gegen die antisemitischen Positionen von Telesio Interlandi polemisiert wurde.<sup>45</sup> Gegen Interlandis anthropologische Argumente setzten die faschistischen Neogaribaldiner ihr historisches Bewusstsein: Viele der Helden des Risorgimento seien jüdischer Herkunft gewesen und viele italienische Juden hätten im 19. Jahrhundert für die Einigung und Befreiung Italiens gekämpft.<sup>46</sup>

Schließlich trat die Vorstellung zweier Europa, eines zivilisierten und eines barbarischen, in den vierziger Jahren massiv wieder auf, diesmal im Kampf des Antifaschismus gegen das faschistische Europa.<sup>47</sup> Im italienischen Fall verwickelte sich durch die deutsche Besatzung Italiens nach dem Fall der Mussoliniregierung im Juli 1943 der

---

43. Als anschauliches und humoristisches Beispiel sei hier eine großformatige Vignette erwähnt, die 1915 in der satirischen (sozialistischen, wenn auch kriegsbefürwortenden) Zeitung *L'Asino* erschien: Die Karikatur zeigt im Hintergrund ein Schlachtfeld. Darüber tobt ein roter Himmel, aus dem in riesiger Gestalt Garibaldi heraustritt. Im Vordergrund stehen zwei zitternde, deutsche Soldaten. Der eine sagt bibbernd zum anderen: „Si dice che è il Cavaliere di tutta l'Umanità a condurli.“ („Man sagt, es sei der Ritter der ganzen Menschheit, der sie führt.“)

44. E. Garibaldi, *L'Italia e i problemi della pace, Discorso pronunciato alla Camera dei Deputati nella seduta del 22 maggio 1938*, Roma 31939.

45. Der Direktor der Tageszeitung *Il Tevere* und der Zeitschrift *Il Quadrivio* war einer der vehementesten Verfechter der Einführung der Rassengesetze in Italien.

46. *Camicia Rossa*, 1938.

47. C. Pavone, *Una guerra civile. Saggio storico sulla moralità della Resistenza*, Torino 1991.



Kampf gegen den Faschismus mit dem Kampf gegen die Deutschen. Auch aufgrund dieser Parallele mit den sogenannten Befreiungskriegen des 19. Jahrhunderts ließ sich so unter der Formel des „Secondo Risorgimento“ der italienische Widerstandskampf leicht in eine Linie mit dem Kampf um die Wiederauferstehung der Nation stellen.

Nachdem jedoch dieser Kampf gewonnen worden war, scheint die Idee eines anderen und besseren Italien seine Attraktivität eingebüßt zu haben. Denn bei den ersten freien und allgemeinen Parlamentswahlen von 1948 siegte die *Libertas* der Christdemokraten über den Garibaldi des *Fronte Democratico Popolare* mit 48% der italienischen Stimmen. Kommunisten und Sozialisten, die Träger der Revolutionsidee, hatten im Wahlkampf offensichtlich auf den revolutionären Garibaldi, auf den Kämpfer im roten Hemd rekurriert, um jedoch paradoxerweise in demokratischen Wahlen durch Konsensbildung an die Regierung zu gelangen. Ließe sich – am Schluss – sogar sagen, dass das Scheitern der Volksfront u.a. auf einem Missverständnis der mythischen Qualität der Figur Garibaldi beruhte? Nach der Erfahrung der Russischen Revolution von 1917 und der eigenen „faschistischen Revolution“ schien im aufkommenden Zeitalter des Kalten Krieges Revolution nicht mehr mit Demokratie kompatibel. Ein revolutionärer Garibaldi machte im Rahmen einer parlamentarischen Demokratie weniger Sinn, weil er Angst schürte. In den Augen der Mehrheit schien Garibaldi 1948 für ein anderes Italien zu stehen, aber diesmal für ein rotes und damit ein stalinistisches.<sup>48</sup>

---

48. Die Christdemokraten arbeiteten stark an dieser Gleichsetzung von Garibaldi, *Fronte popolare* und UdSSR. Auf einem ihrer Wahlplakate konnte man ein Garibaldi-gesicht sehen, das auf den Kopf gestellt zu einer stalinischen Fratze wurde. C. Ottaviano/P. Soddu (Hrsg.), *La politica sui muri: i manifesti politici dell'Italia repubblicana 1946-1992*, Torino 2000.

# „EUROPÄISCHE GESCHICHTSGEMEINSCHAFT“: GESCHICHTSBEGRIFFE IN DER DISKUSSION UM BEDINGUNGEN UND MÖGLICHKEITEN EUROPÄISCHER DEMOKRATIE

Felix Hanschmann

## I. Zum Begriff der „Geschichtsgemeinschaft“

Bei aller Vorsicht, die geboten ist, weil der Begriff der Geschichtsgemeinschaft, der zur Zeit vor allem in der Diskussion um Bedingungen und Möglichkeiten von Demokratie auf europäischer Ebene zu finden ist, in Verfassungslehre und Europarechtswissenschaft selten expliziert wird und elaborierte Ausführungen über seine Bedeutungsgehalte kaum auszumachen sind, kann das die Diskussion dominierende Begriffsverständnis in einer abstrahierenden Zusammenfassung zunächst folgendermaßen beschrieben werden: Die Angehörigen eines Kollektivs teilen nicht nur eine gemeinsame Geschichte, sondern dieser Umstand verbindet darüber hinaus die vereinzelt Individuen überhaupt erst zu einem Kollektiv und konstituiert die spezifische Besonderheit und Individualität des Kollektivs gegenüber anderen Kollektiven.<sup>1</sup> „Geschichtsgemeinschaft“ impliziert in dieser Perspektive die Vorstellung, dass soziale Integration, einerlei ob als subjektiv gefühlter Mentalzustand oder als objektives Band zwischen Individuen gedacht, zumindest auch auf dem Umstand basiert, *dieselbe* Geschichte mit anderen zu teilen. Das Wachsen „in gemeinsamer Geschichte“<sup>2</sup>, die „Prägung der Freiheitsberechtigten durch eine gemeinsame Geschichte und Er-

---

1. Kirchhof, Paul, *Europäische Einigung und der Verfassungsstaat der Bundesrepublik Deutschland*, in: Isensee, Josef (Hrsg.), *Europa als politische Idee und als rechtliche Form*, Berlin 1993, 65 f., 79, spricht von „Eigenständigkeit“: „Die europäischen Staaten der Gegenwart [...] bewahren aber ihre Eigenständigkeit in [...] der kulturellen Gemeinsamkeit von [...] geschichtlicher Erfahrung“. Der zitierte Text ist weitgehend identisch mit: Paul Kirchhof, *Der deutsche Staat im Prozess der europäischen Integration*, in: Isensee, Josef - Kirchhof, Paul (Hrsg.), *Handbuch des Staatsrechts*, Heidelberg 1997, Bd. VII, § 183.

2. Vgl. Kirchhof, Paul, *Europäische Einigung und der Verfassungsstaat der Bundesrepublik Deutschland*, in: Isensee, Josef (Hrsg.), *Europa als politische Idee und als rechtliche Form*, Berlin 1993, S. 64 und 91: die „in gemeinsamer Geschichte [...] gewachsenen, im gemeinsamen Schicksal zusammengehörenden Staatsvölker“ und: „in gemeinsamer Geschichte, Sprache und Kultur gewachsenen, in gemeinsamem Schicksal zusammengehörenden Staatsvölker und ihrer Staaten.“

fahrung“<sup>3</sup>, die „Gemeinsamkeit des geschichtlichen Lebens“<sup>4</sup> oder schlicht „die allen gemeinsame Geschichte“<sup>5</sup> wirkt „gemeinschaftsbildend“<sup>6</sup> und vermag „ein Volk zumindest über eine gewisse Zeit hinweg zusammenzuschweißen“.<sup>7</sup> Hebt man nicht nur auf die „gemeinsamen Erlebnisse“ ab und bezieht des Weiteren auch „die Erinnerung an *gemeinsam bestandene Bedrohungen*“ oder „an gemeinsam überwundene Gefahren“ und „das Bewusstsein *großer gemeinsamer Leistungen*“<sup>8</sup> mit ein, dann erstreckt sich das aus der Geschichte fließende Band der Zusammengehörigkeit über die jeweils lebende Generation eines Kollektivs hinaus auf die Toten und zukünftig Geborenen. Innerhalb eines Volkes wird aus dem „Erbe überkommenen Reichtums wie überkommener Schuld“ eine Solidarhaftung generiert, die „das gegenwärtige, lebende Volk [...] mit den vergangenen und den künftigen Generationen [verknüpft].“<sup>9</sup> Gemeint ist also nicht allein das gemeinsame Erleben von Geschichte, sondern ein generationenübergreifendes Sich-Befinden in einem Strom der Über- und Vermittlung von Vergangenem, dem man als Individuum ausgesetzt ist.<sup>10</sup> Schon bei Carl Schmitt erscheinen „gemeinsame geschichtliche Schicksale, Traditionen und Erinnerungen“ und die „Gemeinsamkeit des geschichtlichen Lebens“ als vorpolitische und die Gleichheit der Bürger substantiell begründende Elemente, die „zur Einheit der Nation und zum Bewusstsein dieser Einheit [...] beitragen“. Einerseits, so Schmitt unter gewohnter Geringschätzung republikanischer Integrationspotentiale, setze „die

3. Kirchhof, Paul, *Der demokratische Rechtsstaat - Die Staatsform der Zugehörigen*, in: Isensee, Josef - Kirchhof, Paul, *Handbuch des Staatsrechts*, cit. Bd. IX, § 221 Rn. 14 und 15.

4. Schmitt, Carl, *Verfassungslehre*, 8. Aufl., Berlin 1993, 231.

5. Augustin, Angela, *Das Volk der Europäischen Union*, Berlin 2000, 135. Ähnlich: Herzog, Roman, *Allgemeine Staatslehre*, Frankfurt a.M. 1971, 42 und 43; „die gemeinsame *Geschichte*“.

6. Augustin, Angela, *Das Volk der Europäischen Union*, Berlin 2000, 135.

7. Herzog, Roman, *Allgemeine Staatslehre*, Frankfurt a.M. 1971, 82.

8. Herzog, Roman, *Allgemeine Staatslehre*, Frankfurt a.M. 1971, 43 und 82.

9. Isensee, Josef, *Abschied der Demokratie vom Demos*, in: Schwab, Dieter - Giesen, Dieter - List, Joseph - Strätz, Hans-Wolfgang (Hrsg.), *Staat, Kirche, Wissenschaft in einer pluralistischen Gesellschaft*, Berlin 1989, 705, 710.

10. Zutreffend schreibt Augustin, Angela, *Das Volk der Europäischen Union*, Berlin 2000, 135, dass Kennzeichen der Geschichtsgemeinschaft „die allen gemeinsame Geschichte sein [soll], die auch als allen gemeinsame Geschichte angesehen und überliefert wird.“ Augustin ist insofern eine Ausnahme, als sie den Begriff der Geschichtsgemeinschaft näher analysiert und auf mögliche Einwände hinweist. Siehe: a.a.O., 135-138. Allerdings unterstellt auch Augustin die Plausibilität des Begriffs, um im weiteren Verlauf ihrer Dissertation zu prüfen, ob eine Geschichtsgemeinschaft auf europäischer Ebene gegeben ist.

französische Revolution von 1789 [...], trotz ihrer Ideen von Menschheit und allgemeiner Brüderlichkeit aller Völker, die französische *Nation* als geschichtlich gegebene Größe voraus“; andererseits könnten „echte Revolutionen und siegreiche Kriege [...] das Gefühl nationaler Zusammengehörigkeit begründen“. <sup>11</sup> Anknüpfen können solche Ausführungen an John Stuart Mill, demzufolge die stärksten Kräfte, die zur Bildung einer Nation führten, „die Gleichheit der politischen Vergangenheit, der Besitz einer nationalen Geschichte und die daraus folgenden Gemeinsamkeit der Erinnerungen; gemeinsamer Stolz und Demütigung, Freude und Bedauern, welche mit denselben Ereignissen der Vergangenheit assoziiert werden“, seien. <sup>12</sup> In ähnlicher Weise sah Ernest Renan die Nation als ein „principe spirituel“, welches maßgeblich aus „la possession en commun d'un riche legs de souvenirs“ bestehe und ein „aboutissant d'un long passé d'efforts, de sacrifices et de dévouements“ sei. <sup>13</sup> Die weitgehend fehlenden Erläuterungen, wie Geschichte die ihr zugeschriebene Wirkung der Begründung eines Bandes der Zusammengehörigkeit entfalten kann, lassen vermuten, dass diesbezüglich häufig von einer Selbstverständlichkeit ausgegangen wird. Selten finden sich Ausführungen, wie die, dass Geschichte deshalb „gemeinschaftsbildend oder zumindest -kennzeichnend“ sei, „weil sie allen Betroffenen die gleiche kulturell-historische Grundlage“ vermittele. <sup>14</sup> Sichtet man die juristische Literatur, in der auf den Begriff der Geschichtsgemeinschaft eingegangen wird, stellt man weiter fest, dass sich die mit dem Teilen einer gemeinsamen Geschichte verbundenen Wirkungen nicht in der Begründung einer Zusammengehörigkeit erschöpfen. Die gemeinsame Geschichte, auch als eine das Volk „konstituierende Kulturtatsache“ <sup>15</sup> bezeichnet, soll, so der Heidelberger

11. Schmitt, Carl, *Verfassungslehre*, 8. Aufl., Berlin 1993, 231.

12. Mill, John Stuart, *Betrachtungen über Repräsentativ-Regierung*, Leipzig 1873, zitiert nach: Dellavalle, Sergio, *Für einen normativen Begriff von Europa: Nationalstaat und europäische Einigung im Lichte der politischen Theorie*, in: Bogdandy, Armin von (Hrsg.), *Die europäische Option*, Baden-Baden 1993, 237, 251.

13. Renan, Ernest, *Qu'est-ce qu'une nation? et autres écrits politiques*, Paris 1995. Eine deutsche Übersetzung findet sich in: Jeismann, Michael - Ritter, Henning (Hrsg.), *Grenzfälle. Über neuen und alten Nationalismus*, Leipzig 1993, 290-311. Die zitierte Stelle findet sich dort auf den Seiten 307 und 308.

14. So ein Ansatz bei: Augustin, Angela, *Das Volk der Europäischen Union*, cit., 135-138.

15. Herzog, Roman, *Allgemeine Staatslehre*, Frankfurt a.M. 1971, 41 f.

Verfassungsrechtler und ehemalige Richter am Bundesverfassungsgericht Paul Kirchhof, auch die „Idee des Gemeinsamen in der res publica“ fördern und „die Staatsgewalt in die Grenzen der freiheitlichen Demokratie zurücknehmen“.<sup>16</sup> Darüber hinaus werden unter Bezug auf eine gemeinsame Geschichte Inklusionen und Exklusionen begründet, Eigenes markiert und Abgrenzungen gegenüber Fremdem vorgenommen. Neben Merkmalen wie Ethnie, Kultur, Religion oder Sprache ist es die spezifische „geschichtliche Erfahrung“, aus der sich die Besonderheiten einer „in sich homogenen und nach außen abgrenzbaren Einzelgemeinschaft“<sup>17</sup> ergeben. Spätestens hier wird deutlich, welche Interdependenzen zwischen Geschichte, Geschichtsgemeinschaft und der homogenen Struktur eines Kollektivs bestehen. Für einige Autoren wird das Teilen einer Geschichte zu einer entscheidenden Bedingung sowohl für die Einheitsbildung als auch für die Dauerhaftigkeit und Stabilität eines politischen Verbandes, für das Hinnehmen von Mehrheitsentscheidungen durch die unterlegene Minderheit genauso wie für das widerstandslose Ertragen von Umverteilungsmaßnahmen hypostatisiert. So vertreten beispielsweise Ernst-Wolfgang Böckenförde und Josef Isensee die Auffassung, dass es, um das aus Individuen bestehende Kollektiv zusammenzuhalten, zu befrieden und zu stabilisieren, einer „relativen“<sup>18</sup> oder „effektive[n] Homogenität als Grundbestand an Gemeinsamkeiten“<sup>19</sup> bedarf, die wiederum ihre Grundlage in „gemeinsam durchlebter politischer Geschichte“<sup>20</sup> findet. Dabei bezeichnet Josef Isensee Geschichte ausdrücklich als eine „objektive Vorgegebenheit“<sup>21</sup>, in die der Einzelne hineingeboren wird und an die

16. Kirchhof, Paul, *Der demokratische Rechtsstaat - Die Staatsform der Zugehörigen*, in: Isensee, Josef - Kirchhof, Paul, *Handbuch des Staatsrechts*, cit., Bd. IX, § 221 Rn. 14 und 15.

17. Schmitz, Thomas, *Integration in der Supranationalen Union*, Baden-Baden 2001, 33.

18. Böckenförde, Ernst-Wolfgang, *Demokratie als Verfassungsprinzip*, in: Isensee, Josef - Kirchhof, Paul (Hrsg.), *Handbuch des Staatsrechts*, Bd. I, Heidelberg 1987, § 22, passim.

19. Isensee, Josef, *Abschied der Demokratie vom Demos*, in: Schwab, Dieter - Giesen, Dieter - Listl, Joseph - Strätz, Hans-Wolfgang (Hrsg.), *Staat, Kirche, Wissenschaft in einer pluralistischen Gesellschaft*, Berlin 1989, 705, 708.

20. Böckenförde, Ernst-Wolfgang, *Demokratie als Verfassungsprinzip*, in: Isensee, Josef - Kirchhof, Paul (Hrsg.), *Handbuch des Staatsrechts*, Bd. I, Heidelberg 1987, § 22, Rn. 64.

21. Isensee, Josef, in: ders., *Europa als politische Idee und als rechtliche Form*, Berlin 1993, 122 f.; Kirchhof Paul, *Europäische Einigung und der Verfassungsstaat der Bundesrepublik Deutschland*, in: Isensee, Josef (Hrsg.), *Europa als politische Idee und als rechtliche Form*, Berlin 1993, 81 f.: „Diese Gebundenheit [an das Vorgefundene, F.H.] meint nicht die bloße Abhängigkeit von einem Zeitgeist, sondern Hineingeborenwerden

man unabhängig von willkürlicher Einflussnahme gebunden ist.<sup>22</sup> Die Geschichte als objektive Vorgegebenheit stellt sicher oder lässt es zumindest wahrscheinlich erscheinen, das ein für die Verwirklichung von Demokratie erforderlicher „Wille zur politischen Einheit“<sup>23</sup> entsteht, „die rechtliche Einheit des Volkes [...] auf Dauer [...] lebensfähig“<sup>24</sup> ist und der „Staat bestehen“<sup>25</sup> kann.<sup>26</sup> Rolf Grawert, einer der profundersten Kenner des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts, macht darauf aufmerksam, dass, nachdem Biologen die These von der ethnischen Homogenität nicht plausibel machen konnten, Homogenitätsbehauptungen seit dem 19. Jahrhundert auf die unterstellte „kollektive Prägekraft der Geschichte“ gestützt wurden. Und er fragt sarkastisch: „Also: warum statt der Ethnologen nicht die Historiker?“<sup>27</sup>

## II. „Europäische Geschichtsgemeinschaft“

Berücksichtigt man zum einen die soeben in aller Kürze geschilderten Funktionen und Wirkungen, die dem Begriff der Geschichte und der Geschichtsgemeinschaft von den zitierten Autoren zugeschrieben werden und zum anderen die Bedeutung, die diese Autoren in der Diskussion um Bedingungen und Möglichkeiten von Demokratie

---

in Kultur und Geschichte.“

22. Vgl. Kirchhof Paul, *Europäische Einigung und der Verfassungsstaat der Bundesrepublik Deutschland*, in: Isensee, Josef (Hrsg.), *Europa als politische Idee und als rechtliche Form*, Berlin 1993, 81 f. Der Vorstellung eines Hineingeborenwerdens in eine und der sofortigen Vertrautheit mit dieser Gemeinschaft setzt Michel Foucault, *Von der Freundschaft als Lebensweise. Michel Foucault im Gespräch*, Berlin 1984, 56, das Bild der Geburt als einer Begegnung zwischen Fremden, die im Laufe der Zeit erst noch lernen müssen miteinander auszukommen, entgegen: „Leute, die wir nicht kannten und die uns nicht kannten, haben es so eingerichtet, dass wir eines Tages plötzlich existierten. Sie gaben vor und haben es sich zweifellos eingebildet, uns zu erwarten. Jedenfalls haben sie unseren Eintritt in die Welt‘ mit viel Sorgfalt und ein wenig unbeholfener Feierlichkeit vorbereitet.“

23. Isensee, Josef, in: ders., *Europa als politische Idee und als rechtliche Form*, Berlin 1993, 122 f.

24. Isensee, Josef, *Abschied der Demokratie vom Demos*, in: Schwab, Dieter - Giesen, Dieter - Listl, Joseph - Strätz, Hans-Wolfgang (Hrsg.), *Staat, Kirche, Wissenschaft in einer pluralistischen Gesellschaft*, Berlin 1989, 705, 708.

25. Isensee, Josef, in: ders., *Europa als politische Idee und als rechtliche Form*, Berlin 1993, 122 f.

26. Zur Einheitsbildung aufgrund einer gemeinsamen Geschichte: Merten, Detlef, *Bürgerverantwortung im demokratischen Verfassungsstaat*, VVDStRL, Bd. 55 (1996), 26: „Die regelmäßig durch gemeinsame [...] Geschichte geprägte Gemeinschaft formt sich in der Nation zur politischen Einheit, die im Rahmen von Assimilationsbedarf und Assimilationskraft Fremde einbürgern kann, wenn und soweit diese assimilationswillig sind.“ Siehe auch: Schmitz, Thomas, *Integration in der Supranationalen Union*, Baden-Baden 2001, 33.

27. Grawert, Rolf, *Der deutschen supranationaler Nationalstaat*, in: ders. - Schlink, Bernhard - Wahl, Rainer - Wieland, Joachim (Hrsg.), *Offene Staatlichkeit. Festschrift für Ernst-Wolfgang Böckenförde*, Berlin 1995, 125, 132.

auf europäischer Ebene einnehmen, verwundert es nicht, dass sich der Fokus der Aufmerksamkeit auch in der Verfassungs- und Europarechtswissenschaft in den letzten Jahren auf die Suche einer genuin europäischen Geschichte verschiebt.<sup>28</sup> Dabei kann der Bezug auf Geschichte, je nachdem, ob man einer Intensivierung der europäischen Integration positiv oder ablehnend gegenübersteht, entweder die historischen Gemeinsamkeiten akzentuieren oder die Besonderheit, Dominanz und Bedeutung der jeweiligen nationalen Geschichten unterstreichen. In beiden Fällen wird allerdings als selbstverständlich vorausgesetzt, dass mit zunehmender Integrationsdichte das Bedürfnis nach europäischer Geschichte steigt. Um eine Zukunft haben zu können, so die weit geteilte Annahme, müsse Europa über eine Vergangenheit verfügen und sich zu einer Geschichtsgemeinschaft entwickeln. Eine solche bestünde dann, „wenn die Bevölkerung die Ereignisse auf europäischem Boden als europäische Geschichte ansieht.“<sup>29</sup> Dass „die bisherigen nationalen Geschichten schrittweise in eine gemeinsame europäische Geschichte

28. Auch die für Geschichte primär zuständigen Historiker bleiben nicht untätig, wie ein Blick auf die entsprechenden Publikationen der letzten 15 Jahre verdeutlicht. Festzustellen ist ohne Zweifel eine Veränderung hinsichtlich der behandelten Frage- und Problemstellungen sowie der Forschungsinteressen. So können beispielsweise zaghafte Sondierungsversuche ausgemacht werden, die die Möglichkeiten eines Faches mit dem Namen „Europäische Rechtsgeschichte“ ausloten. Hierzu: Schulze, Reiner (Hrsg.), *Europäische Rechts- und Verfassungsgeschichte: Ergebnisse und Perspektiven der Forschung*, Berlin 1991; ders., *Un nouveau domaine de recherche en Allemagne: l'histoire du droit européen*, in: *Revue du droit français et étranger* 1992, 29-48; Stolleis, Michael, *Das „europäische Haus“ und seine Verfassung*, in: *KritV* 1995, 275 ff. Erste Lehrbücher zur „Europäischen Rechtsgeschichte“ sind bereits auf dem Markt: Hattenhauer, Hans, *Europäische Rechtsgeschichte*, 3. Aufl., Heidelberg 1999. Das Buch erschien erstmals im Jahre 1992. Aus der fast unüberschaubar gewordenen Vielzahl von Büchern zu einer „europäischen Geschichte“, zur Geschichte des Begriffs „Europa“ bzw. zu einer „europäischen Identität“, siehe: Norman Davies, *Europe. A history*, Oxford 1996; Sergio Romano, *Disegno della storia d'Europa. dal 1789 al 1989*, Milano 1991; *Siedler Geschichte Europas*, 4 Bde., Berlin 1998-99; Ferdinand Seibt, *Die Begründung Europas. Ein Zwischenbericht über die letzten tausend Jahre*, Frankfurt a.M. 2002; Jacques Le Goff, *Jacques Le Goff erzählt die Geschichte Europas*, Frankfurt a.M. 1997; Propyläen Geschichte Europas, 6. Bde., Frankfurt a.M. 1975-78; Schultz, Helga, *Handwerker, Kaufleute, Bankiers. Wirtschaftsgeschichte Europas 1500-1880*, Frankfurt a.M. 1997; Schulze, Hagen, *Die Wiederkehr Europas*, Berlin 1990; Schmale, Wolfgang, *Geschichte Europas*, Wien 2000; Schmidt, Rainer, *Die Wiedergeburt der Mitte Europas. Politisches Denken jenseits von Ost und West*, Berlin 2001; Altrichter, Helmut/Bernecker, Walther L., *Geschichte Europas im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 2002; Delanty, Gerard, *Inventing Europe. Idea, Identity, Reality*, London 1995; Heater, Derek Benjamin, *The Idea of European Unity*, London 1994; Nelson, Brian/Roberts, David/Veit, Walter (Hrsg.), *The Idea of Europe. Problems of National and Transnational Identity*, New York 1992.

29. Augustin, Angela, *Das Volk der Europäischen Union*, Berlin 2000, 137. Siehe auch: Speth, Rudolf, *Europäische Geschichtsbilder heute*, in: Bock, Petra - Wolfrum, Edgar (Hrsg.), *Umkämpfte Vergangenheit*, Göttingen 1999, 159-175, vor allem 165: „Europa braucht eine Vergangenheit, um eine Zukunft zu haben, so könnte man das Anliegen der Historiker, die eine europäische Geschichte schreiben wollen, zusammenfassen.“ Ähnlich das Vorwort von Le Goff, Jacques, in: Schulze, Hagen, *Staat und Nation in der europäischen Geschichte*, München 1994, 5. Siehe schließlich auch: Schulze, Hagen, *Phoenix Europa*, Berlin 1998, passim.

umgeschrieben“<sup>30</sup> oder wenigstens die auf nationale Gesichtspunkte verengten Sichtweisen auf europäische Geschichte relativiert werden, wird als Bedingung gesehen für die Herausbildung eines europäischen Zusammengehörigkeitsbewusstseins, das als Grundlage einer europäischen Nation dienen könnte.<sup>31</sup> Vor diesem Hintergrund ist verständlich, dass Untersuchungen zu erkunden versuchen, ob und wie Europa in den Schulbüchern der Mitgliedstaaten der Europäischen Union dargestellt und im Unterricht vermittelt wird<sup>32</sup>, und es erscheint angesichts der immensen Bedeutung, die einer gemeinsamen Geschichte für die europäische Integration beigemessen wird, auch konsequent, wenn Ernst-Wolfgang Böckenförde mit Blick auf die Entstehungsbedingungen der „Nationbildung im 19. Jahrhundert“ für die „Herausbildung eines ‚Volkes der Europäer‘“ vorschlägt, einen „allgemeinen Unterricht in europäischer Geschichte nach einem gemeinsam erarbeiteten Curriculum“ in Europas Schulen einzuführen.<sup>33</sup> Das erstmals im Jahre 1992 publizierte und mittlerweile in 4. Auflage erschienene „Europäische Geschichtsbuch“, das für die Sekundarstufe I und II geeignet ist und in dem 14 Wissenschaftler aus 13 europäischen Ländern die Geschichte Europas darstellen<sup>34</sup>, oder die von der Europäischen Union betriebene Koordination der nationalen Sprach- und Bildungspolitiken können als ansatzweise Umsetzungen dieser Forderung gesehen werden, die darauf zielen „eine europäische Sichtweise der Geschichte Europas zu befördern.“<sup>35</sup> Ob man bereits heute von einer solchen Sichtweise und von einer europäischen Geschichtsgemeinschaft sprechen kann, wird so-

---

30. Hettlage, Robert, *Euro-Visionen. Identitätsfindung zwischen Region, Nation und transnationaler Union*, in: ders. - Deger, Petra - Wagner, Susanne (Hrsg.), *Kollektive Identität in Krisen. Ethnizität in Region, Nation, Europa*, Opladen 1997, 320, 327.

31. So ausdrücklich: Kahl, Wolfgang, *Montesquieu, Staat und Europa*, JöR 45 (1997), 11, 27. Siehe auch: Augustin, Angela, *Das Volk der Europäischen Union*, Berlin 2000, 135-138.

32. Hierzu: Pingel, Falk, *Befunde und Perspektiven - eine Zusammenfassung*, in: ders. (Hrsg.), *Macht Europa Schule? Die Darstellung Europas in den Schulbüchern der Europäischen Gemeinschaft*, Frankfurt a.M. 1995, 263-293.

33. Böckenförde, Ernst-Wolfgang, *Welchen Weg geht Europa?*, München 1997, 50 (Fn. 79).

34. Delouche, Frederic (Hrsg.), *Das europäische Geschichtsbuch. Von den Anfängen bis heute*, 4. Aufl., Stuttgart 2001.

35. Liebert, Ulrike, *Transformationen europäischen Regierens: Grenzen und Chancen transnationaler Öffentlichkeiten*, in: Klein, Ansgar u.a. (Hrsg.), *Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa*, Opladen 2003, 75, 80. Dort auch weitere Ausführungen zur Bologna-Erklärung vom 19. Juni 1999 und zum sog. Bologna-Prozess sowie seiner Bedeutung für die Vermittlung europäischer Geschichte.



wohl in der Rechtswissenschaft als auch unter Historikern, Politologen und Kulturwissenschaftlern kontrovers diskutiert. Der mit der Behauptung, dass das Vorhandensein einer europäischen Geschichtsgemeinschaft „aus der Sicht der Geschichtsschreibung oder aus dem Verständnis der Bevölkerung abgeleitet werden kann“<sup>36</sup>, formulierte Anspruch, stößt, wie ich unten zu zeigen versuche, auf erhebliche theoretische und praktische Schwierigkeiten. Dass die Sicherheit, die die Verwendung der bestimmten Artikel suggeriert („aus *der* Sicht *der* Geschichtsschreibung“; „aus *dem* Verständnis *der* Bevölkerung“), möglicherweise problematisch ist, wird bereits deutlich, wenn man sich die widersprüchlichen Aussagen zum Bestehen bzw. Nichtbestehen einer europäischen Geschichtsgemeinschaft ins Gedächtnis ruft. Implizit wird eine solche bejaht, wenn zur Abgrenzung der „kleine[n] Halbinsel Europa von der Ländermasse Asiens“ ein „geschichtliches Gedächtnis und Selbstbewusstsein der Europäer“ bemüht wird.<sup>37</sup> Aber auch bezogen auf Europa erschöpft sich die Funktion einer gemeinsamen Geschichte nicht in der Grenzziehung gegenüber dem Fremden, sondern vielmehr werde „das Ganze durch gemeinsame historische Erfahrungen und Erinnerungen“ überhaupt erst zusammengehalten.<sup>38</sup> Mit Bezug auf den oben bereits genannten John Stuart Mill sieht der Politologe Frank R. Pfetsch ein „europäisches Band“ in der „historische[n] Erinnerung an „kollektive Gefühle des Stolzes und der Scham, der Freude und des Leides“, und in einer „gemeinsam erlebte[n] bzw. durchlittene[n] Geschichte“ begründet.<sup>39</sup> Demgegenüber tendieren nicht nur Rechtswissenschaftler dazu, Geschichts- und Erinnerungsgemeinschaften bisher vor allem allein in den Völkern der europäischen Nationalstaaten zu se-

36. Augustin, Angela, *Das Volk der Europäischen Union*, Berlin 2000, 136.

37. Isensee, Josef, *Europäische Union – Mitgliedstaaten. Im Spannungsfeld von Integration und nationaler Selbstbehauptung, Effizienz und Idee*, in: Konferenz der deutschen Akademien der Wissenschaften (Hrsg.), *Europa – Idee, Geschichte, Realität*, Mainz 1996, 71, 97. Siehe auch aus politologischer Perspektive: Kielmannsegg, Peter Graf, *Integration und Demokratie*, in: Jachtenfuchs, Markus - Kohler-Koch, Beate (Hrsg.), *Europäische Integration*, Opladen 1996, 47, 56 f.: „Erfahrungen, die die Europäer als Europäer machen – das setzt übrigens auch Abgrenzung vom Nicht-Europäischen voraus, wie denn alle Identitätsbildung elementar mit Abgrenzung zu tun hat.“

38. Pfetsch, Frank R., *Die Problematik der europäischen Identität*, Aus Politik und Zeitgeschichte B 25-26/1998, 3, 8f.

39. A.a.O.

hen.<sup>40</sup> Von einer „Gemeinsamkeit der Erinnerung“ könne in Bezug auf Europa deshalb nicht gesprochen werden, weil das, „was war, [...] nicht als eine gemeinsame europäische Vergangenheit erinnert [wird], sondern als eine Mehrzahl von Völkergeschichten“. Auf der Suche nach einer europäischen Geschichte stoße man nur auf „partikulare Erinnerungen an eine partikulare Vergangenheit“ und „Hinterlassenschaften einer Geschichte, die jedes Volk anders erlebt hat“, kaum aber auf eine gemeinsame europäische Geschichte.<sup>41</sup> Wolle man „Europa aus sich selbst heraus und auf sich selbst bezogen normativ gehaltvoll und zugleich ohne heroische Idealisierungen definieren“, zerfalle „es sofort in Teilgruppen von Nationalstaaten, die jeweils intern – historisch, ökonomisch, politisch, konfessionell – größere Affinitäten aufweisen als zu anderen, ebenfalls „europäischen“ Ländern, im Verhältnis zu denen die gemeinsame Geschichte eher als trennend denn als verbindend erinnert wird.“<sup>42</sup> Da die europäische Integration weder aus Revolutionen oder bedeutenden historischen Konflikten hervorgegangen sei und Europa mangels charismatischer Gründerfiguren und mythischer Plätze auch nicht über symbolische Zentren verfüge, ferner nicht auf eine große historische Erfahrung in der Art eines gemeinsamen Aufstandes gegen eine fremde Usurpation oder die erfolgreiche Abwehr einer Invasion von Außen zurückblicken könne, gäbe es keinen „Anlass zu einer Erinnerung europäischer Vergangenheit“<sup>43</sup> und folglich auch keine europäische Geschichtsgemeinschaft.

### III. *Verwendete Geschichtsbegriffe: objektivistisch, holistisch, statisch*

Es soll im Folgenden nicht der nahezu aussichtslose Versuch unter-

---

40. Für die Rechtswissenschaft siehe vor allem die oben unter I zitierten AutorInnen.

41. Kielmansegg, Peter Graf, *Lässt sich die Europäische Gemeinschaft demokratisch verfassen?*, Europäische Rundschau 22/1994, 23, 27-29; ders., *Integration und Demokratie*, in: Jachtenfuchs, Markus - Kohler-Koch, Beate (Hrsg.), *Europäische Integration*, Opladen 1996, 47, 56 f.

42. Offe, Claus, *Demokratie und Wohlfahrtsstaat: Eine europäische Regimereform unter dem Stress der europäischen Integration*, in: Streeck, Wolfgang, *Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie*, Frankfurt a.M. 1998, 99, 120.

43. Giesen, Bernhard, *Intellektuelle, Politiker und Experten: Probleme der Konstruktion einer europäischen Identität*, in: Schäfers, Bernhard (Hrsg.), *Lebensverhältnisse und soziale Konflikte im neuen Europa*, Frankfurt a.M. 1993, 492, 495.

nommen werden, die Frage zu beantworten, ob die Rede von einer europäischen Geschichtsgemeinschaft berechtigt ist oder nicht. Es soll den soeben genannten divergierenden Aussagen über das Vorliegen einer europäischen Geschichtsgemeinschaft also keine weitere hinzugefügt werden. Bevor man sich diesbezüglich festlegt und sich einem der beiden Lager anschließt, erscheint es sinnvoller (und spannender), zunächst das oben skizzierte spezifische Verständnis von Geschichte und Geschichtsgemeinschaft zu analysieren und danach zu fragen, ob die von den oben genannten Verfassungsrechtlern vorgenommenen Verknüpfungen des Geschichtsbegriffs mit Begriffen wie „Objektivität“, „Tatsache“, „Vorgegebenheit“ bzw. „Homogenität“ überzeugend sind.

Rekapituliert man die beschriebenen Bedeutungsgehalte sowie die Kontexte, in denen der Begriff der Geschichte verwendet wird, fällt auf, dass es nicht allein darum geht, dass Geschichte etwas ist, mit dem sich ein Kollektiv beschäftigt und das von einem Kollektiv bearbeitet, vielleicht auch verarbeitet wird. Dass das gegenwärtige politische, soziale, ökonomische und kulturelle Leben eines Kollektivs immer und maßgeblich geprägt ist von historischen Prozessen, kann nicht bezweifelt werden. Historische Erfahrungen und Erzählungen beeinflussen das Denken von Menschen und spielen eine nicht unerhebliche Rolle bei der Konstruktion individueller und kollektiver Selbstverständnisse. „Weil politische Kollektive [...] nur selten wirklich neue Gedanken [haben]“, so der Frankfurter Rechtshistoriker Michael Stolleis, „leben [sie] überwiegend von jahrhundertlang angesammelten Ideen-vorräten“. <sup>44</sup> Angesichts der „absoluten Dominanz historischer Erfahrungen“ und der permanenten Bewegung in einer „Umwelt mit einem historisch aufgefüllten Gedächtnis“ <sup>45</sup> können Selbstverständigungsdiskurse zu einem erheblichen Teil gar nichts anderes sein als Diskurse, in denen auf „Vorräte an Erinnerungen, Gedanken und politischem Habitus sowie ihre kontinuierliche Modernisierung und Umschichtung“ <sup>46</sup>

44. Stolleis, Michael, *Das europäische Haus und seine Verfassung*, in: KritV 1995, 275, 294.

45. Wehler, Hans-Ulrich, *Aus der Geschichte lernen?*, München 1988, 12.

46. Stolleis, Michael, *Das europäische Haus und seine Verfassung*, in: KritV 1995, 275, 294. Zur Bedeutung von Geschichte in kollektiven Erinnerungs- und Selbstverständigungsdiskursen, siehe aus der unüberschaubar gewordenen Anzahl an Publikationen nur die Beiträge in: Rösen, Jörn (Hrsg.), *Die Vielfalt der Kulturen: Er-*

zurückgegriffen wird. Insofern halten die Historiker Friedrich Jäger und Jörn Rüsen zutreffend fest, dass alles

„...historische Denken dem Bedürfnis handelnder und leidender Menschen [entspringt], sich im zeitlichen Wandel ihrer Welt und ihrer selbst zurechtzufinden. Menschen orientieren ihre Lebenspraxis an Zukunftserwartungen, die ihrer Erfahrung von der Vergangenheit entsprechen müssen. Sie ordnen damit zugleich sich selbst, ihr eigenes Ich, in einen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft übergreifenden Zeitzusammenhang ein. Historisches Denken ist also grundsätzlich nicht nur ein Orientierungsfaktor der menschlichen Lebenspraxis, sondern auch ein Faktor menschlicher Selbstbestimmung; es dient der Bildung historischer Identität: d.h., mit ihm sagen Menschen (einzelne Individuen und Gruppen, ja Gesellschaften und ganze Kulturen) aus, wer sie selbst in den handelnd betriebenen und leidend erfahrenen zeitlichen Veränderungen ihrer Welt sind und bleiben wollen und in welche übergreifenden Zeitzusammenhänge sie sich selbst einordnen.“<sup>47</sup>

Es ist also keinesfalls so, dass von Seiten der Geschichtswissenschaft die integrative und politische Systeme legitimierende Wirkung, die Geschichts- und Erinnerungsdiskurse und die in ihnen verwendeten „Geschichtsbilder“ entfalten können, bestritten würde. Im Gegenteil scheint es eine weit verbreitete Erkenntnis zu sein, dass Geschichte zu einer „Mobilisierungsressource im politischen Kampf um Masseneinfluss und Macht“ benutzt und Vergangenes zweckgerichtet eingesetzt werden kann, „um gemeinsame Bezüge zwischen diffusen Gruppen zu schaffen“<sup>48</sup> und Legitimation für politische Systeme zu generieren.<sup>49</sup>

In den zitierten rechtswissenschaftlichen Arbeiten scheint der mit dem Begriff der Geschichtsgemeinschaft transportierte Geschichtsbegriff indes signifikant anders verstanden zu werden. Oder anders for-

---

*innerung, Geschichte, Identität*, Frankfurt a.M. 1998, sowie das faszinierende Buch des Ägyptologen Jan, Assmann, *Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen*, München 1999.

47. Jaeger, Friedrich - Rüsen, Jörn, *Geschichte des Historismus*, München 1992, 42. Ähnlich: Langewiesche, Dieter, *Nation, Nationalismus, Nationalstaat in Deutschland und Europa*, München 2000, 82: „Mit Geschichtsbildern versuchen die Menschen der Vergangenheit Sinn abzugewinnen für ihre eigene Gegenwart und für die Zukunft.“ Ders., *Geschichte als politisches Argument: Vergangenheitsbilder als Gegenwartskritik und Zukunftsprognose – die Reden der deutschen Bundespräsidenten*, in: Saeculum 43 (1992), 36, 36: „Geschichte [wird] in der politischen Öffentlichkeit eingesetzt, um sich über die eigene Gegenwart Rechenschaft abzulegen und zugleich Perspektiven für die Zukunft zu entwickeln.“

48. Wolfrum, Edgar, *Geschichtspolitik und deutsche Frage. Der 17. Juni im nationalen Gedächtnis der Bundesrepublik (1953-89)*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 24 (1998), 382, 382.

49. Vgl. Speth, Rudolf, *Europäische Geschichtsbilder heute*, in: Bock, Petra - Wolfrum, Edgar (Hrsg.), *Umkämpfte Vergangenheit*, Göttingen 1999, 159 ff.; Sander, Günther, *Hegemonie und Erinnerung: Zur Konzeption von Geschichts- und Vergangenheitspolitik*, in: *ÖZP* 30 (2001), 5 ff.

muliert: Der Begriff wird in diesen Arbeiten mit Merkmalen verbunden, die ihn aus der Perspektive der Geschichtswissenschaft und der Geschichtstheorie problematisch erscheinen lassen. Ruft man sich die juristische Rhetorik von der „objektiven Vorgegebenheit“, der „konstituierenden Kulturtatsache“, der homogenisierenden Wirkung oder der *Einheitsbildung* in Erinnerung, kommt ein Geschichtsverständnis zum Vorschein, das zum einen davon ausgeht, dass Geschichte die Angehörigen eines bestimmten Kollektivs nicht nur mit einem Zusammengehörigkeitsgefühl versorgen, sondern darüber hinaus ein spezifisches Kollektiv als Einheit konstituieren kann. Die Entfaltung einer einheitsbildenden Wirkung legt aber die Unterstellung nahe, dass es *eine* Geschichte gibt, die für alle Angehörigen des Kollektivs *dieselbe* Geschichte ist. Damit verbunden ist, wie bereits erwähnt, die explizit formulierte Annahme, Geschichte sei eine objektive Gegebenheit, die von Kollektiven und Individuen „vorgefunden“ wird. Dies kann so interpretiert werden, dass jeder politischen Organisation ein fester Bezugspunkt in der Art eines Arsenalts objektiver Aussagen über Vergangenes vorausliegt. Vor dem Hintergrund eines solchen Geschichtsverständnisses erscheint es nicht unberechtigt, anzunehmen, dass hier ein „objektivistischer Begriff von Geschichte als der einen totalen Geschichte“<sup>50</sup> zum Ausdruck kommt. Damit wird ein Begriff von Geschichte zugrunde gelegt, der sich im 19. und 20. Jahrhundert in der Geschichtswissenschaft durchgesetzt hat und für deren Emanzipation, Etablierung und Professionalisierung als Wissenschaft erforderlich war.<sup>51</sup> Betrachtet man die Entstehungsbedingungen von Geschichte als wissenschaftlicher Disziplin Ende des 18. Jahrhunderts und stellt die Bedeutung, die Empirismus und Idealismus in diesen Prozessen eingenommen haben, in Rechnung, wird deutlich, warum sich zunächst jener

50. So der Historiker Mommsen, Wolfgang J., *Der perspektivische Charakter historischer Aussagen und das Problem von Parteilichkeit und Objektivität historischer Erkenntnis*, in: Koselleck, Reinhart - Mommsen, Wolfgang J. - Rüsen, Jörn (Hrsg.), *Objektivität und Parteilichkeit*, München 1977, 443.

51. Vgl. Wehler, Hans-Ulrich, *Aus der Geschichte lernen?*, München 1988, 19 f.; Lorenz, Chris, *Konstruktion der Vergangenheit*, 22 ff. Zur Bedeutung des Empirismus für die Entstehung einer Geschichte als Wissenschaft: Simon, Christian, *Historiographie*, Stuttgart 1996, 164 ff., 187 ff.; Koselleck, Reinhart, *Standortbestimmung und Zeitlichkeit*, in: ders. - Mommsen, Wolfgang J. - Rüsen, Jörn (Hrsg.), *Objektivität und Parteilichkeit*, München 1977, 23 f.; Jaeger, Friedrich - Rüsen, Jörn, *Geschichte des Historismus*, München 1992, 34 ff.

„naive Objektivismus“, der „durch Subjektivitätsverzicht erkaufte“ wurde<sup>52</sup>, durchgesetzt hat. Einerseits konnte historische Erkenntnis unter den epistemologischen Vorgaben des Empirismus nur dann den Anspruch auf Wissenschaftlichkeit geltend machen, wenn sie sich auf Beobachtungsdaten, auf primäre Quellen, auf Fakten stützen konnte. Mit

„...der dokumentarischen Spur und dem Archiv [tritt] ein epistemologisches Paradigma in Erscheinung, das die Autonomie der Geschichte gegenüber einer anderen Instanz sicherstellt, nämlich gegenüber den Naturwissenschaften. Dem galileischen Paradigma, das durch die Beziehung zwischen Experiment, Modellbildung und Verifikation definiert ist, wird ein Paradigma gegenübergestellt, welches der semiotischen Natur des Gegenstandes Rechnung trägt.“<sup>53</sup>

Andererseits ermöglichte es der Idealismus, aus der Individualität der historischen Erscheinungsformen „das Allgemeine, das Geheimnis des Weltenganges zu dechiffrieren“ und ein teleologisches Band zwischen historischen Einzelheiten knüpfen zu können. Damit war, so die Suggestion idealistischen Denkens, ein „privilegierter Zugriff auf den sinnhaften Gang des Weltgeschehens im ganzen“ gesichert.<sup>54</sup> Reinhart Koselleck zufolge gehört es

„seit alters zur Topologie der Kunst- und Wissenschaftslehren der Historie [...], dass die Berichte über menschliches Tun und Lassen, über Taten und Leiden vom Historiker wahrheitsgetreu abzufassen seien. Und die Versicherung, entsprechend verfahren zu wollen, taucht laufend in den Werken der Geschichtsschreibung auf. Die Regeln, nicht lügen zu dürfen und die volle Wahrheit sagen zu sollen, gehören seit Lukian oder Cicero zur methodischen Selbstversicherung aller Historiker, um nicht in das Reich der Fabeldichter verwiesen zu werden.“<sup>55</sup>

---

52. So Jaeger, Friedrich - Rösen, Jörn, *Geschichte des Historismus*, München 1992, 38, 73, 81 ff, ausdrücklich bezogen auf Leopold von Ranke erkenntnistheoretischen Ausgangspunkt.

53. Ricoeur, Paul, *Zwischen Gedächtnis und Geschichte*, Transit 22 (2002), 3, 6. Zu den Veränderungen der epistemologischen Paradigmen und den Wirkungen, die sich daraus für die Entstehung der modernen Geschichtsschreibung ergaben, siehe: Lorenz, *Konstruktion der Vergangenheit*, 22 ff. Speziell zur Bedeutung des Empirismus für die Geschichtsschreibung: Simon, Christian, *Historiographie*, Stuttgart 1996, 164 ff., 187 ff.; Koselleck, Reinhart, *Standortbestimmung und Zeitlichkeit*, in: ders. - Mommsen, Wolfgang J. - Rösen, Jörn (Hrsg.), *Objektivität und Parteilichkeit*, München 1977, S. 23f.; Jaeger, Friedrich - Rösen, Jörn, *Geschichte des Historismus*, München 1992, 34ff.

54. Jaeger, Friedrich - Rösen, Jörn, *Geschichte des Historismus*, München 1992, 147. Zur Bedeutung der idealistischen Geschichtsphilosophie für die Entstehung des Historismus: a.a.O., 30 ff., 47 ff. Auch wenn sich „Historismus [...] als Geschichtswissenschaft und als eine professionalisierte Form des historischen Denkens in seinem Selbstverständnis weitgehend als Emanzipation von der idealistischen Geschichtsphilosophie begriffen“ habe, gründe er, so die Autoren, „trotz dieses Selbstverständnisses auf zentralen gedanklichen Elementen des deutschen Idealismus; ja ohne ihr Anregungspotential ist er gar nicht erst denkbar.“

55. Koselleck, Reinhart, *Standortbestimmung und Zeitlichkeit*, in: ders. - Mommsen, Wolfgang J. - Rösen, Jörn (Hrsg.), *Objektivität und Parteilichkeit*, München 1977, 19.

Zweifel, ob die Ansprüche, mit denen Historiker konfrontiert werden, das Vergangene als Bild „in keiner Weise entstellt, verblasst oder verzerrt“ wie ein Spiegel zurückzuwerfen<sup>56</sup>, unter (erkenntnis- und geschichts-)theoretischen sowie methodischen Aspekten eingelöst werden können und die von Leopold von Ranke dem Historiker gestellte Aufgabe, „bloß [zu] zeigen, wie es eigentlich gewesen“<sup>57</sup> ist, von diesem erfüllt werden kann, scheinen indes angebracht. Einerseits will *die* historische Wahrheit, die „nur Eine sein“ kann<sup>58</sup>, nicht unvermittelt und rein erscheinen, andererseits bereitet es offensichtlich erhebliche Schwierigkeiten, *die* Geschichte als ein dem erkennenden Subjekt gegenüberstehendes (totales) Objekt zu denken. Würden sich diese Zweifel bestätigen, müsste auch der objektivistische Geschichtsbegriff, der den zitierten rechtswissenschaftlichen Arbeiten inhärent ist und deren Aussagen zur – nationalen und europäischen – Geschichtsgemeinschaft und die damit verknüpften Wirkungen trägt, überdacht werden. Seine fortdauernde Verwendung wäre dann nur ein weiterer Beweis dafür, dass die Vermeidung interdisziplinärer Seitenblicke ihren Sinn darin findet, das eigene Begriffsgebäude aufrechterhalten zu können.

#### IV. *Interdisziplinäre Seitenblicke*

Eine umfassende Darstellung der Einwände gegen ein objektivisti-

56. So die bereits von Lukian, *Wie man Geschichte schreiben soll*, Kap. 51, formulierte und häufig wiederholte Metapher vom Historiker als Spiegel des Vergangenen. Zitiert nach: Koselleck, Reinhart, *Standortbestimmung und Zeitlichkeit*, in: ders. - Mommsen, Wolfgang J. - Rösen, Jörn (Hrsg.), *Objektivität und Parteilichkeit*, München 1977, 20. Koselleck, a.a.O., sieht in der Spiegel-Metapher eine „häufige Variante der erkenntnistheoretischen Unbekümmertheit. Siehe hierzu auch: Ricoeur, Paul, *Zwischen Gedächtnis und Geschichte*, Transit 22 (2002), 3, 7ff.

57. So in seiner im Jahre 1824 geschriebenen *Geschichte der romanischen und germanischen Völker von 1494 bis 1514*, Sämtliche Werke, Bd. 33/34, Leipzig 1874, S. VII (Einleitung zur 1. Ausgabe von 1824). Das vollständige Zitat lautet: „Man hat der Historie das Amt, die Vergangenheit zu richten, die Mitwelt zum Nutzen zukünftiger Jahre zu belehren, beigemessen: so hoher Ämter unterwindet sich gegenwärtiger Versuch nicht: er will bloß zeigen, wie es eigentlich gewesen.“ Später formulierte Leopold von Ranke, *Englische Geschichte*, Bd. 2, Berlin 1860, 3 (Einleitung zum Buch 5): „Ich wünschte mein Selbst gleichsam auszulöschen, und nur die Dinge reden, die mächtigen Kräfte erscheinen zu lassen“. Zu „Rankes Begriff der historischen Objektivität“: Viehaus, Rudolf, *Rankes Begriff der historischen Objektivität*, in: Koselleck, Reinhart - Mommsen, Wolfgang J. - Rösen, Jörn (Hrsg.), *Objektivität und Parteilichkeit*, München 1977, 63-76. Zu Rankes Arbeiten mit Quellen, Archiven und Bibliotheken und seiner Bedeutung für „eine neue Vorgehensweise, die auf einer neuen Art Forschung basierte und in einer neuen Form der Dokumentation zutage trat“, siehe: Grafton, Anthony, *Die tragischen Ursprünge der deutschen Fußnote*, München 1998, 48ff.

58. Ranke, Leopold von, *Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation*, Bd. 1, 6. Aufl., Leipzig 1881, X (Vorrede).

sches Verständnis von Geschichte kann hier aus Platz- und Zeitgründen nicht erfolgen. Es können im Folgenden aber einige zentrale Einwände kurz dargestellt werden, die bereits erkennen lassen, dass jenes Geschichtsverständnis seine Plausibilität und Überzeugungskraft schon seit längerem verloren hat und die Wirkungen, die man der Geschichte in Teilen der Verfassungslehre zuschreibt, überdacht und neu konzipiert werden müssen.

## 1. Geschichtstheorie

Man muss dem postmodernen *linguistic turn*, der auch Teile der Geschichtstheorie erfasst hat, nicht folgen und in einem radikalen Textualismus Geschichte nur noch als Text betrachten, man muss auch nicht die Grenze zwischen fiktionaler Literatur und wissenschaftlicher Geschichte, Geschichtsschreibung und Geschichtswissenschaft, Fakten und Fiktionen aufheben, um zu erkennen, dass das Einlösen von Objektivitäts- und Wahrheitsansprüchen in der Geschichtswissenschaft problematisch geworden ist.<sup>59</sup> Auch weniger radikale Geschichtstheoretiker als Hayden White<sup>60</sup> kommen zu dem Ergebnis, dass es *die* historische Wahrheit nicht geben kann und nicht geben wird. Zu ersetzen sei jene totalitäre Vorstellung der *einen* Geschichte durch eine nicht reduzierbare Vielfalt differenzierender Interpretationen *der* Geschichte: *Geschichten* statt *Geschichte* lautet die Parole.<sup>61</sup> Hagen Schulze hat

59. Zum sog. „linguistic turn“ in der Geschichtswissenschaft: Lorenz, Chris, *Konstruktion der Vergangenheit*, 127 ff. (Kap. VIII); Simon, *Historiographie*, Stuttgart 1996, 276 ff. Stellenweise sehr polemisch: Wehler, Hans-Ulrich, *Historisches Denken am Ende des 20. Jahrhunderts*, 63 ff.

60. Siehe vor allem: White, Hayden, *Metahistory. Die historische Einbildungskraft im 19. Jahrhundert in Europa*, Frankfurt 1991; ders., *Die Bedeutung der Form. Erzählstrukturen in der Geschichtsschreibung*, Frankfurt 1990. An anderer Stelle, *The Fictions of Factual Representation*, in: *Topics of discourse. Essays in cultural criticism*, Baltimore 1978, 121-134, 127f, schreibt White: „there is no such thing as a single correct original description of anything, on the basis of which an interpretation of that thing can subsequently be brought to bear.“ In *Metahistory*, 60f., hatte White schon für das 19. Jahrhundert konstatiert: „Die ungehemmte Entfaltung einer Vielzahl gleichermaßen umfassender und einleuchtender, jedoch einander wechselseitig ausschließender Panoramen derselben Ereignisse genügte, um das Vertrauen in den Anspruch der Geschichtsschreibung auf ‚Objektivität‘, ‚Wissenschaftlichkeit‘ und ‚Realismus‘ zu erschüttern.“ Die „Krise des Historismus“, so White, a.a.O., spiegelte sich bereits im Werk Jacob Burckhardts, „das von einem deutlich ästhetizistischen Geist geprägt ist, einen skeptischen Standpunkt und eine zynische Haltung vertritt und jede Bemühung, die wahre Natur der Dinge in Erfahrung zu bringen, in Zweifel zieht.“ Kritisch zu Hayden White und seinen Thesen: Oexle, Otto Gerhard, *Sehnsucht nach Klio. Hayden Whites Metahistory – und wie man darüber hinwegkommt*, in: *Rechtshistorisches Journal* 11 (1992), 1-18; Walther, Gerrit, *Fernes Kampfgetümmel. Zur angeblichen Aktualität Hayden Whites Metahistory*, in: *Rechtshistorisches Journal* 11 (1992), 19-40.

61. Siehe etwa: Lorenz, Chris, *Konstruktion der Vergangenheit*, 155 und 165; ders. *Historical knowledge and*



die Vielfalt der Geschichten und die Pluralität der vielen möglichen Lesarten *der* Geschichte am Beispiel der parlamentarischen Debatte über die sog. „Ostverträge“ vom 22. März 1972 wie folgt beschrieben: „Man redete von mehreren möglichen deutschen Zukünften und deshalb auch von mehreren deutschen Vergangenheiten. Vier ganz unterschiedliche Vorstellungen von der deutschen Geschichte beherrschten die Debatte: Der Oppositionssprecher Richard v. Weizsäcker meinte, alle deutsche Politik müsse darauf gerichtet sein, den deutschen Nationalstaat wieder so herzustellen, wie ihn Bismarck 1871 gegründet habe. „Ich meine“, so v. Weizsäcker an eine berühmt gewordene Formulierung von Ernest Renan anknüpfend, „Nation ist ein Inbegriff von gemeinsamer Vergangenheit und Zukunft, Sprache und Kultur, von Bewusstsein und Wille, von Staat und Gebiet. Mit allen Fehlern, mit allen Irrtümern des Zeitgeistes und doch mit dem gemeinsamen Willen und Bewusstsein hat diesen unseren Nationsbegriff das Jahr 1871 geprägt. Von daher – und nur von daher – wissen wir Heutigen, dass wir uns als Deutsche fühlen. Das ist bisher durch nichts anderes ersetzt.“ Der Widerspruch war vehement und kam aus allen Lagern. Ein Sprecher der SPD verwies auf den Unterschied zwischen Staat und Nation und erklärte, im Bismarck-Staat sei der größte Teil der Nation unterdrückt worden. Wer sich auf deutsche Geschichte berufen wolle, um die Zukunft zu gestalten, müsse an die freiheitlichen Traditionen der Bauernkriege, der Aufklärung, der Arbeiterbewegung und des Widerstandes gegen Hitler anknüpfen. Mehrere süddeutsche Redner sahen sich in völlig anderen historischen Zusammenhängen: Deutschland sei eigentlich nichts anderes als ein Bündel aus vielen Staaten, Regionen und Städten, Preußen, Bayern, Württemberg, Sach-

---

*historical reality. A plea for ‚internal realism*, in: History and Theory 33 (1994) 3, 297-372; Stolleis, Michael, *Rechtsgeschichte als Kunstprodukt - Zur Entbehrlichkeit von Begriff und Tatsache*, Baden-Baden 1997; Sander, Günther, *Hegemonie und Erinnerung: Zur Konzeption von Geschichts- und Vergangenheitspolitik*, in: ÖZP 30 (2001), 5-17; Ash, Timothy Garton, *Mesomnesie*, Transit 22 (2002), 32-48; Ricoeur, Paul, *Reflections on a new ethos for Europe, Philosophy and Social Criticism* vol. 21 no 5/6, 3-13; Mommsen, Wolfgang J., *Geschichte und Geschichten: Über die Möglichkeiten und Grenzen der Universalgeschichtsschreibung*, in: Saeculum 43/1 (1992), 124-135; ders., *Der perspektivische Charakter historischer Aussagen und das Problem von Parteilichkeit und Objektivität historischer Erkenntnis*, in: Koselleck, Reinhart - Mommsen, Wolfgang J. - Rösen, Jörn (Hrsg.), *Objektivität und Parteilichkeit*, München 1977, 443ff. In Fußnote 8, a.a.O., spricht Mommsen von der „Wiederentdeckung einer Mehrheit von Geschichten“.

sen-Coburg-Gotha, Hamburg und vielen anderen, die sich erst sehr spät in ihrer Geschichte und dann auch nur für kurze Zeit zu einem Nationalstaat zusammengeschlossen hätten.“<sup>62</sup>

## 2. Erkenntnistheorie

Anlass dafür, ein objektivistisches Geschichtsverständnis zu überdenken, können neben geschichtstheoretischen Erkenntnissen damit in Zusammenhang stehende erkenntnistheoretische Aufklärungen sein. So zeigt die von Historikern rezipierte Hermeneutik, dass sowohl bei der Interpretationsarbeit des Historikers als auch bei der sich über Geschichte verständigenden Öffentlichkeit die jeweiligen politischen, religiösen, sozialen und intellektuellen Prägungen des Interpreten eine Rolle spielen und Interpretation und Ergebnis der Interpretation beeinflussen. Differenzierende Vorverständnisse und gesellschaftliche Perspektiven prägen unvermeidlich historische Begriffe und Aussagen. Auch die Frage, wie Quellen interpretiert werden, ist abhängig von den jeweiligen weltanschaulichen oder politischen Dispositionen des Exegeten. In jeder historischen Aussage finden sich danach unvermeidlich und irreversibel Inhaltsbestandteile, die nicht den geschichtlichen Gegenstand, sondern den konkreten Standort des Historikers innerhalb gesellschaftlicher Konstellationen kennzeichnen.<sup>63</sup> Der Historiker vermag demnach „die geschichtliche Wirklichkeit in ihrer prinzipiell unendlichen Mannigfaltigkeit nie unmittelbar zu erfahren, sondern immer nur vermittelt durch die Perspektiven, die er selbst in den Erkenntnisprozess einbringt, und durch die Kategorien, Hypothesen, Theorien und Paradigmata, mit denen er die jeweils relevanten Data aus der unendlichen Menge primärer Informationen selektiert und – was vergleichsweise bedeutsamer ist – erklärend ordnet, gleichviel ob in der Form einer herkömmlichen narrativen Darstellung oder einer systematischen Präsentation, die sich von bestimmten expliziten

---

62. Schulze, Hagen, *Kleine deutsche Geschichte*, München 1996, 253 f.

63. Vgl. hierzu vor allem die Beiträge in dem Sammelband „*Objektivität und Parteilichkeit*“, hrsg. von Reinhart Koselleck, Wolfgang J. Mommsen und Jörn Rüsen, München 1977. Aus neuerer Zeit: Wehler, Hans-Ulrich, *Historisches Denken am Ende des 20. Jahrhunderts*, Göttingen 2001.

Theorien oder Erklärungsschemata leiten lässt.“<sup>64</sup> Mit der ihm eigenen Ironie hat dies Niklas Luhmann dahingehend zusammengefasst, dass die „Forscher, die man mit dem Auftrag festzustellen, wie es wirklich war, ins Feld jagt, nicht zurück[kommen]; sie apportieren nicht, sie rapportieren nicht, sie bleiben stehen und schnuppern entzückt an den Details.“<sup>65</sup>

### 3. Konstruktion und Geschichte

Schließlich sei, um die Verbindungen eines Geschichtsbegriffes mit Begriffen wie „Tatsache“, „Objektivität“ und auch „Vorgegebenheit“ zu erschüttern, abschließend noch in aller Kürze auf Ergebnisse neuerer Forschungsarbeiten zu den Entstehungsbedingungen der europäischen Nationalstaaten hingewiesen. Insbesondere die Arbeiten von Eric J. Hobsbawm<sup>66</sup>, Ernest Gellner<sup>67</sup>, Benedict Anderson<sup>68</sup>, Hagen Schulze<sup>69</sup> oder Dieter Langewiesche<sup>70</sup>, aber auch vieler Mediävisten<sup>71</sup>, haben in beeindruckender

64. Mommsen, Wolfgang J., *Der perspektivische Charakter historischer Aussagen und das Problem von Parteilichkeit und Objektivität historischer Erkenntnis*, in: Koselleck, Reinhart - Mommsen, Wolfgang J. - Rüsen, Jörn (Hrsg.), *Objektivität und Parteilichkeit*, München 1977, 445.

65. Luhmann, Niklas, *Ideengeschichten in soziologischer Perspektive*, in: Matthes, Joachim (Hrsg.), *Lebenswelt und soziale Probleme, Verhandlungen des deutschen Soziologentages zu Bremen 1980*, Frankfurt a.M. 1981, 49. Man kann, so Luhmann, a.a.O., 50, „immer nur die Geschichte der Gegenwart schreiben“.

66. Hobsbawm, Eric J., *Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780*, Frankfurt a.M./New York 1991; ders. – Ranger, Terence O., *The Invention of Tradition*, Cambridge 1983.

67. Gellner, Ernest, *Nationalismus: Kultur und Macht*, Berlin 1999; ders., *Nationalismus und Moderne*, Hamburg 1995.

68. Anderson, Benedict, *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines erfolgreichen Konzepts*, Frankfurt a.M./New York 1993.

69. Schulze, Hagen, *Staat und Nation in der europäischen Geschichte*, München 1999; ders., *Die Wiederkehr Europas*, Berlin 1990; ders., *Gibt es überhaupt eine deutsche Geschichte?* Stuttgart 1998; ders., *Kleine deutsche Geschichte*, München 1996.

70. Langewiesche, Dieter, *Nation, Nationalismus, Nationalstaat in Deutschland und Europa*, München 2000.

71. Wichtige Ergebnisse in Bezug auf Kontinuitäten und Diskontinuitäten konnten die im Kontext des von der DFG geförderten Sonderforschungsbereichs „Die Entstehung der europäischen Nationen im Mittelalter“ entstandenen Arbeiten bringen. Siehe etwa: Ehlers, Joachim, *Die deutsche Nation des Mittelalters als Gegenstand der Forschung*, in: ders. (Hrsg.), *Ansätze und Diskontinuität deutscher Nationsbildung im Mittelalter*, Sigmaringen 1989, 11-58; ders., *Mittelalterliche Voraussetzungen für nationale Identität in der Neuzeit*, in: Giesen, Bernhard (Hrsg.), *Nationale und kulturelle Identität: Studien zur Entwicklung des kollektiven Bewusstseins in der Neuzeit*, Frankfurt a.M. 1991, 77-99; ders., *Die Entstehung des Deutschen Reiches*, München 1994; Schneidmüller, Bernd, *Die mittelalterlichen Konstruktionen Europas. Konvergenz und Differenzierung*, in: Duchhardt, Heinz - Kunz, Andreas (Hrsg.), *«Europäische Geschichte» als historiographisches Problem* (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz. Abteilung Universalgeschichte. Beiheft 42), Mainz 1997, 5-24; Bues, Almut - Rexheuser, Rex (Hrsg.), *Mittelalterliche nationes - neuzeitliche Nationen: Probleme der Nationenbildung in Europa*, Wiesbaden 1995; Werner, Karl Ferdinand, *Der Streit um die Anfänge. Histo-*

Weise dargelegt, in welchem Maße Geschichtsbilder entworfen, nationale Geschichten konstruiert und missbraucht wurden. Ursprünge, Anfangs- und Herkunftspunkte wurden gesucht und – keine Überraschung – in den meisten Fällen auch „gefunden“, genetisch-teleologisch verstandene Prozesse, die sich, nachdem sie abgeschlossen waren, in kontinuierliche Stabilitäten wandelten, wurden offen gelegt, diskontinuierliche Brüche, heterogene Strukturen, amorphe Verflechtungen, gleitende Fusionen und fließende Übergänge wurden hingegen beseitigt und die objektive und unveränderliche Existenz des Kollektivs mit all seinen Merkmalen und Eigenschaften in einer fernen Vergangenheit verwurzelt. Die beabsichtigte literarische Archaisierung, die Formulierung romantischer Appelle an alte Traditionen und nostalgische Sehnsüchte nach einer fernen Vergangenheit wurden – ohne Zweifel erfolgreich – dazu benutzt, ein gemeinsames Herkunftsbewusstsein zu erzeugen und zu vermitteln. Die Aneignung und Manipulation der Geschichte sollte die Identität eines Kollektivs in der Gegenwart sichern und Aufschlüsse über die Gestaltung von dessen Zukunft geben. So beteiligte sich die Geschichtswissenschaft durch Geschichtsklitterung und Mythenbildung mit hohem intellektuellem Aufwand an der Herausbildung und Verfestigung der europäischen Nationalstaaten. Spricht man heute über eine europäische Geschichtsgemeinschaft, sollte auch dies bedacht werden.

## V. *Schlussfolgerungen*

Es stellt sich die Frage, was nach all dem für den Begriff der Geschichtsgemeinschaft, dessen Bedeutung im Zuge der fortschreitenden europäischen Integration wohl nicht nur im juristischen Diskurs eher

---

*rische Mythen des 19./20. Jahrhunderts und der Weg zu unserer Geschichte*, in: Hildebrand, Klaus (Hrsg.), *Symposium Wem gehört die deutsche Geschichte? Deutschlands Weg vom Alten Europa in die Europäische Moderne*, Köln 1987, 19-35; ders., *Von den 'Regna' des Frankenreichs zu den 'deutschen Landen'*, in: Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik 94 (1994), 69-81. Zur Begriffsgeschichte von „Volk, Nation, Nationalismus, Masse“ im Mittelalter, siehe: ders., in: Brunner, Otto - Conze, Werner - Koselleck, Reinhart (Hrsg.), *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 7, Stuttgart 1992. Siehe schließlich auch: Geary, Patrick J., *Europäische Völker im frühen Mittelalter*, Frankfurt a.M. 2002.

noch zunehmen dürfte, bleibt. In deutlichem Widerspruch zu dem oben beschriebenen, in Teilen der Verfassungslehre vertretenen Verständnis von Geschichte, wird man zunächst ganz entschieden festhalten müssen, dass die Fiktion der *einen* Geschichte aufzugeben ist. Die Geschichte fungiert als eine missverständliche Metapher für einen Ort, an dem die Pluralität der miteinander konkurrierenden Geschichten vorherrscht – eine Pluralität, die bestehende, zur Verfestigung neigende oder als selbstverständlich betrachtete Identitäten permanent irritiert, aufwühlt und untergräbt. Wenn es, wie der Historiker Wolfgang Mommsen in Anlehnung an Max Weber schreibt, für uns „gar keinen anderen Weg mehr gibt, als die „Entzauberung“ der Geschichte als eines einzigen, objektiven, für uns einsehbaren Prozesses [...] hinzunehmen“ und „wir nicht mehr davon ausgehen können, dass es die eine Geschichte in einem objektiven Sinne gibt, oder das der geschichtliche Prozess einen objektiven Sinngehalt in sich trägt, der sich bei genügend intensiver voraussetzungsloser Inspektion der Quellen objektiv erfassen und explizieren lässt“<sup>72</sup>, dann bekommt meiner Ansicht nach etwas Bedeutung, für das – nicht allein, aber *qua* Profession doch in einer besonderen Weise – Juristen in nicht unerheblichem Maße verantwortlich sind. Öffnet sich mit der Verabschiedung der Geschichte als Singular und dem Ende einer teleologisch konzipierten Totalgeschichte ein Terrain, auf dem verschiedene Akteure am geschichtlichen Gedächtnis arbeiten und um die Deutung des Vergangenen streiten, muss eine freiheitlich-demokratisch organisierte und pluralistisch strukturierte Gesellschaft dafür Sorge tragen, dass Geschichte umstritten bleibt, d.h. nicht bestimmte Lesarten der Geschichte präferiert, andere hingegen diskriminiert werden. Wissenschaftliche und öffentliche Diskurse über Geschichte müssen so strukturiert sein, dass sie dem totalisierenden Anspruch staatlich-offizieller Geschichtskonstruktionen widerstehen und diese als gefährliche Versuche, politischer Macht unter Berufung auf angebliche historische Kontinuitäten Legitimation und Stabilität

---

72. Mommsen, Wolfgang J., *Der perspektivische Charakter historischer Aussagen und das Problem von Parteilichkeit und Objektivität historischer Erkenntnis*, in: Koselleck, Reinhart - Mommsen, Wolfgang J. - Rösen, Jörn (Hrsg.), *Objektivität und Parteilichkeit*, München 1977, 449.

zu verleihen, entlarven können.<sup>73</sup> Die Verständigung über Geschichte muss in einer demokratischen Gesellschaft eine „Diskussion ohne Ende“<sup>74</sup> sein. Beunruhigend ist nicht die Unentscheidbarkeit, Widersprüchlichkeit und die „Pluralität von Standpunkten, die notwendigerweise zur geschichtlichen Erkenntnis gehören“<sup>75</sup>, beunruhigen sollte im Gegenteil jeder Versuch der Schließung des Diskurses, jede Zensur, jede hegemoniale Definition und Bestimmung des Vergangenen und jede Oktroyierung verbindlicher Geschichtsbilder. Das, was Jean-François Lyotard aus der Analyse der Differenzen zwischen mythischen und emanzipatorischen Erzählungen und zwischen Despotismus und Republikanismus entwickelt, dass es in „der Republik [...] mehrere Erzählungen [gibt], weil es mehrere mögliche finale Identitäten gibt; und nur eine einzige Erzählung im Despotismus, weil es nur einen Ursprung gibt“<sup>76</sup>, kann auf die Art und Weise des Umgangs einer Gesellschaft mit ihrer Geschichte übertragen werden: Wo zur Begründung der Legitimität eines politischen Systems auf *eine* Geschichte zurückgegriffen wird, sei es im Unterschied zu Lyotard eine mythische *oder* eine emanzipatorische (z.B. auch sozialistische), und zugleich andere histo-

---

73. Zur Funktion, zu den Handlungsspielräumen, zu Rolle und zu den Aufgaben der Geschichtswissenschaft in der ehemaligen DDR: Möller, Horst, *Geschichtsbilder oder Geschichtsbild? Ein Vergleich zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR*, in: Hildebrand, Klaus (Hrsg.), *Symposium: Wem gehört die deutsche Geschichte? Deutschlands Weg vom Alten Europa in die Europäische Moderne*, Köln 1987, 36ff.; Sabrow, Martin, *Das Diktat des Konsenses: Geschichtswissenschaft in der DDR 1949-1969*, München 2001. Ebenfalls hierzu, jedoch konzentriert auf das Verhältnis der DDR-Geschichtswissenschaft zur nationalsozialistischen Vergangenheit: Kaepfner, Joachim, *Eerstarrte Geschichte: Faschismus und Holocaust im Spiegel der Geschichtswissenschaft und Geschichtspromaganda der DDR*, Hamburg 1999, 39ff.; Herf, Jeffrey, *Zweierlei Erinnerung: die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland*, Berlin 1998, und die Beiträge von Groehler (17ff.), Danyel (31ff.), Lemke (61ff.), Frei (125ff.) und Timm (213ff.) in: Danyel, Jürgen (Hrsg.), *Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in den beiden deutschen Staaten*, Berlin 1995.

74. Lorenz, Chris, *Konstruktion von Vergangenheit*, 34.

75. Koselleck, Reinhart, *Standortbestimmung und Zeitlichkeit*, in: Koselleck, Reinhart - Mommsen, Wolfgang J. - Rüsen, Jörn (Hrsg.), *Objektivität und Parteilichkeit*, München 1977, 29.

76. Lyotard, Jean-François, *Memorandum über die Legitimität*, in: ders., *Postmoderne für Kinder: Briefe aus den Jahren 1982-1985*, Wien 1996, 70. Lyotard schreibt, a.a.O., 66f.: „unsere Tendenz, die Erzählung als archaische Legitimation überzubelasten, ist in unserer Problematik hier, nämlich der des modernen Totalitarismus, als solche interessant. Sie ist sogar wesentlich. Gerade diese Überbewertung erklärt [...], wie es dem Nationalsozialismus möglich war, mit Erfolg auf den Mythos zu rekurrieren, um der republikanischen Autorität [...] seine eigene despotische Autorität entgegenzusetzen zu können. Der Nationalsozialismus hat den Namen des Ariens an die Stelle der Idee des Bürgers gesetzt. Er hat seine Legitimität auf die Saga der nordischen Völker gegründet und den modernen Horizont des Kosmopolitismus aufgegeben. [...] Der Nationalsozialismus hat diesem Volk die Namen und die Erzählungen geliefert, die es ausschließlich diesem Volk erlaubt haben, sich mit den germanischen Helden zu identifizieren und die durch Ereignisse wie die Niederlage und Krise verursachten Wunden heilen zu lassen.“

rische Erzählungen diskriminiert werden, sollte man alarmiert sein. Denn geschichtspolitische Konflikte reflektieren die politisch-kulturelle Konstellation einer pluralistischen Gesellschaft und sind in diesem Sinne nicht zuletzt Ausdruck des Maßes an republikanischer Offenheit und Toleranz, das in einer Gesellschaft zu finden ist. Auf der anderen Seite produzieren sie die Konfliktstruktur stets aufs Neue und sind damit Bestandteil des gesellschaftlichen Kampfes um kulturelle Hegemonie.<sup>77</sup> Eine europäische Geschichtsgemeinschaft kann dann nicht, wie Teile der deutschen Verfassungslehre glauben, das Ergebnis einer objektiven Vorgegebenheit sein, in die Europäer hineingeboren werden. Sie kann und sollte vielmehr als Metapher für einen dezentralisierten Platz der Verständigung und Auseinandersetzung der Europäer über die unendliche Vielzahl *ihrer Geschichten* verstanden werden. Das einende, Gemeinsamkeit stiftende Element, das man der Geschichtsgemeinschaft zuschreibt, würde dann, anlehnend an eine paradoxe Formulierung Yehuda Bauers über das jüdische Volk<sup>78</sup>, in der grundsätzlichen Uneinigkeit in Bezug auf die gleiche Vergangenheit liegen.

---

77. Vgl. Sander, Günther, *Hegemonie und Erinnerung: Zur Konzeption von Geschichts- und Vergangenheitspolitik*, in: ÖZP 30 (2001), 5, 5. Kulturelle Hegemonie definiert Sander im Kontext von Geschichts- und Vergangenheitspolitik als „die im gesellschaftlichen Konflikt artikulierte Bestrebung politischer Akteure, gruppen- oder klassenübergreifende Geschichtsdeutungen zu definieren, die gesellschaftliche Konstruktion des Vergangenen zu bestimmen. In diesem Sinne entscheidet die kulturelle Hegemonie, was wie erinnert wird, welche diskursiven Strategien und semantisch-symbolischen Operationen das Vergangene konstruieren, welchen Stellenwert es im kommunikativen und kulturellen Gedächtnis erhält.“ Zum Anspruch auf kulturelle Hegemonie unter Berufung auf Geschichte, siehe auch: Wippermann, Wolfgang, *Wessen Schuld? Vom Historikerstreit zur Goldbogen-Kontroverse*, Berlin 1997, 116 und 127; Steinbach, Peter, *Postdiktatorische Geschichtspolitik. Nationalsozialismus und Widerstand im deutschen Geschichtsbild nach 1945*, in: Bock, Petra - Wolfrum, Edgar (Hrsg.), *Umkämpfte Vergangenheit*, Göttingen 1999, 17, 24; Langewiesche, Dieter, *Geschichte als politisches Argument: Vergangenheitsbilder als Gegenwartskritik und Zukunftsprognose - die Reden der deutschen Bundespräsidenten*, in: Saeculum 43 (1992), 36-53.

78. Vgl. Bauer, Yehuda, *Geschichtsschreibung und Gedächtnis am Beispiel des Holocaust*, Transit 22 (2002), 178, 178.

# DER KONFLIKT ZWISCHEN „DEUSCHTUM“ UND „POLENTUM“ NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG AM BEISPIEL NIEDERSCHLESIENS

Davide Artico

Die Diskussion über den Konflikt zwischen „Deutschtum“ und „Polentum“ in Niederschlesien darf sich nicht nur auf die Zeit im und nach dem Zweiten Weltkrieg beschränken, den Moment, in dem der Konflikt unter tragischen Umständen offensichtlich wurde. Vielmehr erfordert die Komplexität der ideologischen Hintergründe eine diachronische Betrachtung des Verhältnisses der beiden Nationalitäten zueinander und eine Untersuchung der verschiedenen Etappen der Auseinandersetzungen. Drei separate Schwerpunkte sind hier denkbar:

1. Der Konflikt zwischen „Deutschtum“ und „Polentum“ vor dem Ersten Weltkrieg.
2. Der antigermanische politische Gedanke in der Zwischenkriegszeit.
3. Der Nationalismus nach dem Zweiten Weltkrieg in Niederschlesien.

## *1. Der Konflikt zwischen „Deutschtum“ und „Polentum“ vor dem Ersten Weltkrieg*

Ende des 19. Jahrhunderts stellten die Polen im Deutschen Reich die größte nationale Minderheit, d.h. ungefähr 6% der Gesamtbevölkerung, dar. In Preußen lag der Prozentsatz sogar noch höher; hier machte die polnische Minderheit ca. 10% der Bevölkerung aus. Östlich der Oder gab es demographische Inseln, in denen sogar 45% der Bevölkerung Polen waren.

Während der Regierungszeit Bismarcks und unter Wilhelm II. waren alle Reichseinwohner selbstverständlich deutsche Bürger. Stellt man die Frage nach Kennzeichen der polnischen Nationalidentität, so ge-



stattet eine Untersuchung zu Lehrbüchern, die in Grundschulen verwendet wurden, die Feststellung, dass polnische Gemeinden in Preußen, wie auch im habsburgischen Galizien und in Russland, insbesondere durch die zwei Grundelemente „Kultur“ und „Tradition“ geprägt waren.

Die polnische „Tradition“ vor dem Ersten Weltkrieg

Eric Hobsbawm hat die Prozesse der Verfestigung von „Tradition“, bzw., wie er selbst schreibt, die „Erfindung der Tradition“, untersucht. Ausgangspunkt sind dokumentierbare Ereignisse, die jedoch aus ihrem Kontext herausgenommen werden und so einen Gefühlston erhalten, der sie zum Mythos erhebt. Die Ereignisse, auf denen die Tradition basiert, liegen außerhalb der Geschichte. Ihre Ausbaufähigkeit wird gerade dadurch möglich, dass sie sich in einer ewigen Gegenwart befinden.

Viele Elemente der polnischen Tradition stammten aus dem spätmittelalterlichen Epos der polnisch-litauischen Adelsrepublik. Der Schriftsteller Henryk Sienkiewicz versetzte beispielsweise seinen Roman *Krzyżacy* (Die Kreuzritter), in dem er die Tannenberg-Schlacht von 1410 beschrieb, in dieses Milieu. Die vereinigten Armeen Polens und Litauens schlugen damals den Deutschen Orden. Aus diesem Geschehen wollte man Ende des 19. Jahrhunderts den nationalistischen Schluss ziehen, diese Schlacht sei Teil des ewigen Kampfes zwischen der gierigen und rücksichtslosen deutschen Besatzungsmacht und dem seine Freiheit verteidigenden slawischen Volk gewesen. Dabei handelt es sich selbstverständlich um eine subjektive Interpretation des Geschichtsverlaufs, denn im Mittelalter gab es noch keine „nationale Identität“ im gegenwärtigen Sinne. Das wird u.a. dadurch deutlich, dass auch Ritter aus Böhmen und Mähren und sogar deutschsprachige Söldnertruppen aus Schlesien unter polnischen Bannern kämpften. Außerdem handelten die Kreuzritterorden im 15. Jahrhundert auf eigene Faust und nicht für ein Deutschland, das damals noch gar nicht existierte. Ende des 19. Jahrhunderts wollte man das Ereignis jedoch ethnisch

auslegen, so dass die Tradition es zu einem Sieg des „Slawentums“ über das „Deutschtum“ erklärte.

Ebenso wurde die Lubliner Union von 1569, die von der Tradition des 19. Jahrhunderts wiederentdeckt wurde, zum Mythos erhoben. Dabei handelt es sich um ein noch größeres Paradoxon: Obwohl die lutheranischen und calvinistischen Protestanten 1569 die Mehrheit im *Sejm* darstellten, befand sich die Lubliner Union in der Tradition des 19. Jahrhunderts ausschließlich unter der Herrschaft Siegmunds des Alten (1587-1632), der eine Politik der systematischen Diskriminierung der Protestanten begonnen hatte. Dabei wurden aber die ersten zwanzig Jahre der Lubliner Union und ihrer Existenz als Staat zensiert, weil in diesem Zeitraum eine breite Glaubensfreiheit herrschte. Dieser Prozess wurde sicherlich von der polnischen Reaktion gegen den Kulturkampf Bismarcks beschleunigt. Jedenfalls war das Identifikationsmerkmal der „Konfession“ neben dem des „Blutes“ schon Ende des 19. Jahrhunderts in der nationalen Identität der Polen präsent.

Die wissenschaftliche Geschichtsforschung auf dem Gebiet des ehemaligen Polen war im 19. Jahrhundert in zwei Richtungen gespalten. Die Historiker der Universität Krakau, im österreichischen Teilgebiet, vertraten in Anlehnung an Joachim Lelewel (1786-1861) neoromantische Positionen. Ihnen zufolge waren hauptsächlich innere Faktoren für den Niedergang der alten *Rzeczpospolita* verantwortlich. Die Gegenposition nahm die „Warschauer Schule“ Smoleńskis und Korzons ein, die eher den Teilungsmächten die Hauptschuld am Ende Polens 1795 gaben. Ihnen entsprach eine zum großen Teil ethnische Auffassung von Nationalität.

## *2. Der antideutsche politische Gedanke in der Zwischenkriegszeit*

Die inhaltlichen Unterschiede im Bereich polnischer Geschichtsforschung wurden am Vorabend des Ersten Weltkriegs durch parteipolitische Differenzen ersetzt. Nachdem das Ziel der Unabhängigkeit erreicht war, brach eine Debatte über die gesellschaftliche Funktion der Wissenschaft aus. Dabei waren die Anhänger einer „reinen Wissenschaft“ und die einer nationalorientierten Wissenschaft gleich stark ver-

treten. In den Kreisen der *Endecja*, d.h. der äußerst nationalistischen polnischen Partei Dmowskis, wurde das Modell der „Wissenschaft für den Staat“ bevorzugt und mit dem Gedanken der Emanzipation von der „deutschen“ Methodologie verbunden.

In seinen politischen Schriften stellte Roman Dmowski fest, die nationalen Interessen der Polen hätten absolute Priorität gegenüber den Rechten anderer Völker, wobei er Gewaltanwendung als Mittel zur Durchsetzung ihres Willens nicht ausschloss. Tatsächlich plädierte die *Endecja* für eine territoriale Neuorientierung Polens zum Westen hin, d.h. zum sogenannten „piastischen Erbe“. So stellte man die Geschichte noch einmal instrumentalisiert dar. Diesmal war es die Geschichte des Piastischen Staats, der von Ende des 10. bis Mitte des 14. Jahrhunderts den heutigen polnischen Westen bis zur Oder umfasste. Die Posener Universität entwickelte sich damals immer mehr zum wissenschaftlichen Zentrum des Westgedankens.

Ein weiterer Vertreter des ethnisch-antideutschen Gedankens in Polen war in der Zwischenkriegszeit zweifellos Wojciech Korfanty. 1901 wurde Korfanty Chefredakteur der Kattowitzer Zeitung „Oberschlesier“. Die Zeitung war nationalistisch orientiert. Oft wurden Artikel veröffentlicht, die die Politik Dmowskis unterstützten. Doch vor der Unabhängigkeit Polens war die feindselige Haltung Korfantys meist gegen die preußische Politik und nicht gegen alle Deutschen gerichtet. Das wird in seinen Reden im Reichstag (1903-1912) und im preußischen Landtag (1903-1918) deutlich. Hauptthema dieser Reden war nicht die polnische nationale Angelegenheit, sondern die Grundlage des sozialen Gedankens im Wilhelminischen Reich. Dabei kritisierte Korfanty nicht das deutsche Volk an sich. Er behauptete vielmehr, Preußen als Staat sei der Gegensatz zum Rechtsstaat. Dabei berief er sich auf die Ideen des Vormärz und sogar der Französischen Revolution.

Die nationalistische Wende Korfantys fand Ende des Ersten Weltkriegs statt. Nicht nur Oberschlesien und Posen, sondern auch Mischgebiete, wie Königsberg, Danzig und der Regierungsbezirk Oppeln in Mittelschlesien, sollten seiner Meinung nach von Polen annektiert werden. Interessant ist hier, dass Niederschlesien in den Forderungen

Korfantys nicht genannt wurde. Tatsächlich stellten die damals in Breslau lebenden Polen nur ungefähr 1% der Gesamtbevölkerung dar.

Nach dem 11. November 1918 wurde Korfanty einer der Anführer der polnischen Aufstände in Oberschlesien und im Posener Gebiet. Überhaupt wurde Korfanty in den 20er Jahren ein sehr kriegerischer Nationalist. Im darauffolgenden Jahrzehnt wurde sein Nationalismus sogar zu einer Art Rassismus. 1933 schrieb er: „Im Charakter des deutschen Volkes gibt es keine Elemente, aufgrund deren man irgendeine Ruhe, irgendein Gleichgewicht von Meinungen und Zwecken, irgendeine Logik in Gedanken und Gefühlen bemerken könnte. Das deutsche Volk ist eine unerforschbare und teuflische Kraft“<sup>14</sup>.

1933 stellte Korfanty das ganze deutsche Volk ohne Ausnahme wegen des Nationalsozialismus unter Anklage. Er schrieb über den deutschen Charakter, als ob man ihn absolut nicht verändern könne, weil er eine Art genetisches Erbe sei. Die logische Konsequenz dieser und ähnlicher Behauptungen war die ethnische Säuberung Westpolens nach dem Zweiten Weltkrieg.

### *3. Der Nationalismus nach dem Zweiten Weltkrieg in Niederschlesien*

Am 6. Mai 1945 gab die „Festung“ Breslau zwei Tage vor der gesamtdeutschen Kapitulation auf. Auf die Kapitulation folgte die Besetzung ganz Schlesiens bis zur Lausitzer Neiße durch die polnische Miliz und Zivilverwaltung. Polen hatte zweifellos am meisten unter der nationalsozialistischen Herrschaft in Mitteleuropa gelitten. Als Staat wurde es 1939 ausgelöscht, seine Bürger galten nach der Ideologie Hitlers als „Untermenschen“, die man versklaven, vertreiben oder töten durfte. Der über Jahre aufgestaute Hass konnte sich jetzt gegen alle deutschsprachigen Autochthonen richten.

Deutliche Beispiele für diese Einstellung vieler Polen kann man in der „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“ finden, die 1959-1960 veröffentlicht wurde.

---

1. W. Korfanty, *Szal niemiecki*, Polonia, 1933, N. 3042.

In einem Bericht liest man: „Allerdings, und hier zeigten sich wieder positive Kräfte der russischen Militärverwaltung, leistete die russische Kriegskommandantur auf Ansuchen häufig Schutz und Hilfe gegen polnische Gewalttaten<sup>2</sup>“.

Nach allem Leid, das dem polnischen Volk durch die Nazis zugefügt wurde, mussten natürlich Hass- und Rachegefühle die Oberhand gewinnen. Allerdings waren die deutschen Antifaschisten und die wenigen Juden, die überlebt hatten, genauso Freiwild für die neuen polnischen Siedler. Ein Bezirksbürgermeister erläutert: „Der Pole ist Nationalist, sogar Chauvinist und Militarist. Es wiederholt sich alles in ihm, was uns an den Nazis hassenswert erschien<sup>3</sup>“.

Deutliche Beispiele, die diese letzte Behauptung bestätigen, kann man in Dokumenten im Staatsarchiv Breslau finden. Es geht besonders um die polnischen Juden und um die Anhänger der Bekennenden Kirche.

### 3.1 Waren die polnischen Juden eine religiöse oder eine nationale Minderheit?

Groß-Rosen war während des Krieges eines der drei größten Konzentrationslager in Deutschland. Dort wurden Kriegsgefangene und nach dem 8. September 1943 auch italienische Soldaten gefangen gehalten. Einer Schätzung zufolge beläuft sich die Zahl der jüdischen Gefangenen, die wegen ihrer hohen Arbeitsproduktivität nach Groß-Rosen geliefert wurden, auf 50.000. Am Ende des Krieges lebten nur noch 18.000, von denen ungefähr 10.000 polnische Juden waren. Anfang Juli 1945 haben nur 7.860 von ihnen Niederschlesien als neue Heimat gewählt<sup>4</sup>.

Am 6. Juli 1945 schlossen die polnische Interimsregierung und die sowjetischen Behörden eine Vereinbarung, aufgrund der alle Bewohner der ehemaligen polnischen Gebiete östlich der Curzon-Linie, die

---

2. Bundesministerium für Vertriebene, *Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa*, 1960, Band 1/2, S. 329.

3. *Ibidem*, S. 334.

4. Breslauer Staatsarchiv, Woiwodschaftskomitee der polnischen Juden, Bündel 5, S. 35.

schon am 17. September 1939 die polnische Staatsbürgerschaft besessen hatten, nach Polen emigrieren durften. Im September 1945 begann die Umsiedlung der jüdischen Polen aus den sowjetisierten Gebieten. Außer ihnen zogen auch mehrere Juden aus Warschau und anderen Gebieten Mittelpolens nach Westpolen, so daß die jüdische Bevölkerung in Niederschlesien bald zunahm. Ende März 1946 lebten mehr als 34.000 Juden in der Region. Ende des Jahres hatten sich ungefähr 80.000 dort angesiedelt<sup>5</sup>.

Aufgrund dieses großen Zustroms der jüdischen Bevölkerung kam es in mehreren Fällen zu Intoleranz und Diskriminierung seitens der Verwaltungsbehörden. Offiziell schützte der polnische Staat alle Mitglieder der Komitees polnischer Juden, praktisch benahmten sich die lokalen Behörden aber sehr unterschiedlich. Das Bezirksbüro der öffentlichen Sicherheit schrieb beispielsweise am 15. September 1945 an das Hirschberger jüdische Komitee, es sollte all jenen die Mitgliedschaft kündigen, die „Halbjuden oder Vierteljuden“ waren, „um nichts über die Deutschen zu sagen“<sup>6</sup>. Zudem behauptete der polnische Sicherheitskommandant, dass er die „Nürnberger Gesetze“ nicht anerkenne. Seiner Meinung nach war ein internationaler Grundsatz zum Schutz deutscher Bürger, die wegen ihres jüdischen Glaubens von den Nazis verfolgt waren, ungültig. Einerseits wird hier deutlich, dass einige polnische Behörden einfach annahmen, dass ausnahmslos alle deutschen Bürger für die Verbrechen der Nazis verantwortlich waren. Andererseits handelte es sich auch um eine Art Rassismus, wenn der Funktionär über „Halbjuden“ und „Vierteljuden“ sprach. Das „Judentum“ war seiner Meinung nach keine Religionsfrage, sondern es ging darum, ob man „jüdisches“ beziehungsweise „deutsches“ Blut hatte. Das bringt das Stichwort „Geltungsjude“ in Erinnerung, womit die Nazis die Menschen bezeichnet hatten, die keine gläubigen Juden waren, aber aus einer jüdischen Familie stammten.

Am 4. Juli 1946 fand in Kielce ein antisemitischer Pogrom statt, bei

---

5. Bronsztejn, Szyja, *Z dziejów ludności żydowskiej na Dolnym Śląsku po II wojnie światowej*, Breslau, Polskie Wydawnictwo Naukowe, 1993, S. 12.

6. Breslauer Staatsarchiv, Woiwodschaftsamt, Bündel VI/269.

dem 42 Juden umgebracht und ungefähr 100 verletzt wurden. Die Gewalttat wurde gemäß einem mittelalterlichen „Drehbuch“ verübt. Man erzählte sich nämlich, dass einige katholische Kinder von Juden entführt würden, um bei einem satanischen Ritus als Opfer zu dienen. Eine wütende Menge griff daraufhin den Sitz des lokalen Judenkomitees an. Viele katholische Bischöfe rechtfertigten den Angriff später damit, dass sie öffentlich behaupteten, die Gewalttäter seien von den Juden provoziert worden<sup>7</sup>. Unter den Prälaten, die den polnischen Antisemitismus rechtfertigten, war auch Karol Milik, der apostolische Verwalter für Niederschlesien.

1947 begann eine große Emigration polnischer Juden nach Israel. Gründe dafür waren unter anderem auch solche antisemitischen Ereignisse. Ende 1949 lebten nur noch 30.000 jüdische Polen in Niederschlesien, die meisten von ihnen in der Hauptstadt Breslau.

### 3.2 Der unbequeme Antifaschismus der *Bekennenden Kirche*

In einem anonymen „Bericht über die Lage der Evangelischen Kirche Waldenburg“ vom 12. September 1945 werden folgende Feststellungen getroffen:

„Allein in Schlesien waren im März 1935 etwa 200 Pfarrer mehrere Tage in Haft. Zu diesem Vorgehen politischer Stellen kamen die vielfachen Disziplinarverfahren gegen Pfarrer der Bekennenden Kirche durch die Kirchenbehörden. So wurde ein schlesischer Pfarrer bestraft, weil er im Dienst für die bedrängten Protestanten in Polen gebetet hatte, die jetzt unter deutscher Herrschaft schwer zu leiden hätten. [...] Die Betreuung der nicht-arischen Christen Breslaus erfolgte fortan, nachdem das Konsistorium sich hiervon zurückgezogen hatte, allein durch die Bekennende Kirche, die eine Vikarin damit beauftragte. Diese hatte, noch in der Festungszeit Breslaus, solange die Bahn es gestattete, die Lager der Nichtarier besucht und mit ihnen Andachten und Abendmahlfeiern gehalten. Als im Jahre 1938 Krieg mit der Tschechoslowakei drohte, veröffentlichten die führenden Männer der Bekennenden Kirche eine Gebetsliturgie, in der mit allem Ernst vor dem Grauen und Schrecken des Krieges gewarnt und das deutsche Volk wegen seiner Sünden zur Buße gerufen wurde. Daraufhin wurden die Verfasser dieser Liturgie öffentlich in der deutschen Presse der Sabotage und des Vaterlandsverrates beschuldigt, ihrer Ämter enthoben und gegen alle Pfarrer, die für sie eintraten, Disziplinarverfahren eingeleitet<sup>8</sup>.“

7. Kersten, Krystyna, *Polacy – Żydzi - komunizm. Anatomia pólprawd 1939-1968*, Warschau, PWN, 1992.

8. Breslauer Staatsarchiv, Verwaltung der Evangelischen Kirche, Bündel 10, S. 11-14.

Nicht zufällig betrifft der Bericht Waldenburg. Die Gebiete im Süd-Westen Niederschlesiens waren 1945 wegen der „Festung“ Breslau und des gleichzeitigen Vormarsches der russischen Front in Richtung Berlin sehr gut erhalten geblieben. Die meisten Einwohner hatten nicht die Flucht ergriffen, obwohl ungefähr zwei Drittel der gesamten Bevölkerung Schlesiens nach Sachsen oder in das tschechische Sudetenland hatten fliehen müssen. Nach einer „Denkschrift über den besonderen Notstand der Evangelischen Kirche Nieder- und Oberschlesien“, die Ende Oktober 1945 in Berlin geschrieben wurde, waren die Pfarrstellen in nur wenigen Kreisen der kirchlichen Notwendigkeit entsprechend besetzt. Dies sei gerade in den südwestlichen Kreisen Glatz, Frankenstein, Schweidnitz, Reichenbach, Schönau, Landshut, Hirschberg, Görlitz und Waldenburg der Fall gewesen<sup>9</sup>. Dort waren fast alle Einwohner und Geistlichen geblieben.

Im Waldenburger Bericht wird an eine Vikarin erinnert, die die sogenannten „Lager der Nichtarier“ besuchte, um dort Gottesdienste für die Gefangenen zu halten. Wahrscheinlich handelt es sich um Katharine Staritz, eine 1903 in Breslau geborene Diakonisse, die zur ersten weiblichen Stadtvikarin der altpreußischen Evangelischen Kirche befördert wurde. Schon zu Beginn der antisemitischen Verfolgung im Dritten Reich hatte sie mehreren jüdischen Familien geholfen zu fliehen. Nach ihrer Verhaftung durch die Gestapo wurde sie in Ravensbrück interniert<sup>10</sup>.

Aus dem Waldenburger Bericht ergibt sich, dass die Bekennende Kirche während des ganzen Krieges und besonders in der Festungszeit in Breslau immer präsent war. Ihr Verhältnis war nicht nur zu den nationalsozialistischen Behörden, sondern auch zu dem nazifreundlichen evangelischen Reichsbistum negativ gewesen, was sich in zahlreichen Disziplinarverfahren, Redeverböten und sogar Verhaftungen widerspiegelte. Diese politische Verlässlichkeit der Geistlichen der Bekennenden Kirche wurde oft von den russischen Besatzungsbehörden

---

9. *Ibidem*, S. 4.

10. Witt, Janusz, *Obrońcy wiary i wolności wielcy ewangelicy Wrocławia*, „Zwiastun Ewangelicki“, 2000, N. 20.



und manchmal auch von den Vertretern der polnischen Regierung geachtet. Die sowjetische Kommandantur beschäftigte beispielsweise in Liegnitz 1946 sogar 850 Geistliche und Laien als Lehrer. Damit mussten sie nicht sofort ausgesiedelt werden und konnten so die Seelsorge für die deutschsprachige Gemeinde bis zum Ende der Operation Schwalbe sichern<sup>11</sup>.

Trotzdem missbrauchten die lokalen polnischen Behörden oft ihre Macht. Pfarrer Walther Scholz wurde beispielsweise am 15. Mai 1946 von einigen Milizsoldaten verhaftet und gefoltert, weil sie trotz einer sorgfältigen Durchsuchung in seiner Kirche keine Waffen gefunden hatten; sie waren jedoch überzeugt, dass er die Waffen irgendwo versteckt hatte<sup>12</sup>. Manchmal nahmen an dem Missbrauch auch katholische Priester teil. Im Sommer 1946 wurden zum Beispiel alle Mitglieder der Gemeinde Peterswaldau am gleichen Tag verhaftet. In demselben Moment besetzte ein katholischer Geistlicher die Kirche und das Pfarrhaus<sup>13</sup>.

Die katholischen Priester leiteten manchmal sogar die Zwangsräumungsgruppen. Nach dem Bericht eines Vikars aus Warmbrunn vom 9. Juli 1946 meldete sich plötzlich eine „Kommission“ bei ihm zu Hause. Ihm wurde erklärt, dass das ganze kirchliche Anwesen aufgrund einer Verordnung des Starosten sofort in Beschlag genommen und der katholischen Kirche überwiesen werden sollte. Der mit einer Maschinenpistole bedrohte Vikar durfte nicht einmal Bibeln und Hymnenbücher mitnehmen. Die zwei anwesenden katholischen Priester behaupteten, seine Seelsorge sei noch immer nur „Hitlerpropaganda“. Als der Vikar ein Dokument zeigte, in dem die polnische Sicherheitspolizei erklärte, dass er als Dissident in einem nationalsozialistischen Konzentrationslager verhaftet worden war, antwortete einer der Priester, er sollte ihn die tätowierte Nummer sehen lassen<sup>14</sup>.

---

11. Breslauer Staatsarchiv, Verwaltung der Evangelischen Kirche, Bündel 10, S. 31.

12. *Ibidem*, S. 105.

13. Breslauer Staatsarchiv, Verwaltung der Evangelischen Kirche, Bündel 10, S. 40.

14. *Ibidem*, S. 60.

#### 4. *Schlussfolgerungen*

Aus diesen Beispielen lassen sich die folgenden Schlüsse ziehen:

- Den kommunistischen Behörden, die nach dem Zweiten Weltkrieg die ehemaligen deutschen Gebiete östlich der Oder und der Lausitzer Neiße okkupierten, war der polnische nationalistische Gedanke nicht fremd. Besonders war ihre Ideologie mit dem Westgedanken der Zwischenkriegszeit und mit dem „piastischen Erbe“ verknüpft.
- In diesem Rahmen spielte Niederschlesien eine untypische Rolle, denn vor dem Krieg hielt man diese Region überhaupt nicht für polnisches Gebiet, sondern es wurde der polnischen Regierung von Stalin als „Entschädigung“ auferlegt. Deshalb galt hier das Prinzip des „Nationalbodens“ nicht, sondern es wurden die Elemente des „Blutes“ und der „Konfession“ besonders stark betont.
- Das „Polentum“ aufgrund des „Blutes“ und der „Konfession“ war nicht nur gegen das „Deutschtum“ gerichtet, sondern auch gegen alle Eigenschaften, die nicht zum nationalistischen Stereotyp passten. Zu ihnen kann man auch das „Judentum“ rechnen.

## **II**

### ***POLITIK UND PARTEIEN***



## DAS REALPOLITISCHE PARADIGMA DES DEUTSCHEN NATIONALLIBERALISMUS AM BEISPIEL ROCHAUS UND TREITSCHKES (1848-1866)

Federico Trocini

Seit 1791 hat das Phänomen des Nationalstaats den grundsätzlichen Anhaltspunkt der Entstehungs- und Festigungsmechanismen des Kollektivbewusstseins dargestellt. Nach zweihundert Jahren heftiger Diskussion bleibt die Nation ein äußerst vielschichtiger und unbeständiger Gegenstand: scheinbar ein klar erfassbarer Begriff, der dazu neigt, falsch verstanden zu werden, wie Ernest Renan 1882 befand<sup>1</sup>. Weder die objektiven noch die subjektiven Bestimmungen dieses Begriffs haben sich als ausreichend herausgestellt. Man ist, im Gegenteil, gar dazu verführt, rückblickend de Maistre recht zu geben, der bemerkte, dass die Nation ein bequemer Begriff sei, „da aus ihm gemacht wird, was man will“<sup>2</sup>. Entgegen aller Vorhersagen hat die Nation ihr Beschwörungspotenzial noch nicht erschöpft: Die exklusive Gehorsamsverpflichtung der nationalen Souveränität bleibt ein außerordentlich starkes Legitimationswerkzeug, und im Laufe der letzten Jahrzehnte ist die Frage nach der zukünftigen Bedeutung der Nation und der Nationalismen mit zunehmender Beharrlichkeit wieder gestellt worden<sup>3</sup>.

Ziel dieses Beitrags ist es also nicht, zu enthüllen, was eine Nation ist. Weder die substantielle noch die ideologische Natur der Nation wird in Frage gestellt, sondern mit dem klassischen Bezug auf den ungelösten Knoten „des deutschen Wegs zur Einheit“ wird polemisch das Augenmerk auf das engmaschige Gewebe von Prinzipien, Interessen, Ideologien und Machtverhältnissen gerichtet, das jede nationale Staatsbildung kennzeichnet und das im transnationalen Aufbauprozess der europäischen Gemeinschaft eine wichtige Rolle spielen könnte.

---

1. Renan, E., *Qu'est-ce qu'une nation (1882)*, *Oeuvres complètes*, Calmann-Lévy, Paris 1947, S. 887-906.

2. De Maistre, J., *Considerazioni sulla Francia*, Editori Riuniti, Rom 1985, S. 32.

3. Berger, S., *The Search for Normality*, Berghahn Books, Providence-Oxford 1997.

*Der annus mirabilis und das Ende der klassisch-idealistischen Epoche*

Nach dem Revolutionsjahr 1848 durchlebte das europäische Gewissen eine tiefe Krise, die nicht nur von Marx, sondern auch von Gegenrevolutionären wie Donoso Cortès aufgegriffen wurde.

Auf die Betrachtungen Mazzinis zu der neuen Beziehung zwischen der Masse und den politischen Führern gab Kierkegaard eine ideale Antwort<sup>4</sup>. In *Das Eine, was Not tut* zeigte Kierkegaard den Eintritt der Massen in die Politik auf, der sowohl das Ende der Homogenität der bürgerlichen Gesellschaft wie auch den Untergang des liberalen Vertrauens in die Vernunft als Schlichtungswerkzeug politischer und sozialer Widersprüche bedeutete.

Mit dem problematischen Zusammenhang der sozialen und der nationalen Frage, beziehungsweise mit dem Abzeichnen des Spannungsverhältnisses zwischen Freiheit, Einheit und Macht, stellte man die allgemeine Frage nach einer globalen Neugründung der grundlegenden politischen Kategorien und der Legitimationsprinzipien des deutschen Liberalismus.

„Was unsere Zeit nach allen Seiten hin charakterisiert, das ist ihr *Realismus*. Kein Zweifel bleibt: die Welt ist des Spekulierens müde“<sup>5</sup>. Diese Äußerung von Theodor Fontane aus dem Jahre 1853 bringt zum Ausdruck, was die ästhetischen wie die politischen Programme des Nachmärz fast einhellig vertraten: Die klassisch-idealistische Epoche hat ihre Energie im Revolutionsjahr verausgabt.

Das abstrakte Vernunftethos wurde belächelt und durch eine realistische Deutung der Wirklichkeit ersetzt. Trotz der politischen Niederlage des Jahres 1848, welche die machtpolitische Suprematie des landbesitzenden Adels noch einmal bestätigte und gleichzeitig den Antagonismus zwischen bürgerlich-liberalen und unterbürgerlich-sozialen

4. In einem Brief an Ippolito Benelli drückte Mazzini 1831 die Notwendigkeit einer Erneuerung der demokratischen Strategie folgendermaßen aus: „Jetzt brauchen wir die Massen: wir müssen ein Wort finden, das die Macht hat, Heere von Männern zu bilden, die entschlossen sind, hartnäckig und ausdauernd zu kämpfen; Männer, die einen moralischen Nutzen darin sehen, sich in den Ruinen ihrer Städte zu begraben; Männer, die in unsere Spuren treten, überzeugt, dass das, wohin wir sie führen, das Beste für sie ist“; Mazzini G., *Scritti editi e inediti*, vol. V, Imola 1909, S. 55.

5. Fontane, T., *Unsere lyrische und epische Poesie seit 1848* (1853), *Sämtliche Werke*, Bd. XXI/1, München 1963, S. 7 f.

Emanzipationsansprüchen hervortreten ließ, lag dem Realismus des liberalen Bürgertums ein im wesentlichen optimistisches Lebensgefühl zugrunde. Die zuversichtliche Stimmung war dem Durchbruch der industriellen Revolution, die neue Machtsphären begründete und die öffentliche Einflusslosigkeit des Bürgertums dementierte, zu verdanken<sup>6</sup>.

Die Gründe der bürgerlichen Verwirrung zwischen politischer Verunsicherung und dem Optimismus hinsichtlich einer erfolgreichen ökonomisch-technischen Entwicklung wurden 1854 in Droysens *Zur Charakteristik der europäischen Krisis* vorweggenommen. Er bemerkte, dass der allmähliche Erfolg des Begriffs von Gleichheit jenen von Freiheit völlig verdreht habe und dass die unumkehrbare Zerstörung der „guten alten Zeit“, ihren Ursprung in dem Zusammenhang zwischen kapitalistischer Entwicklung und der neuen Rolle des Staates habe.

Die Voraussetzungen der Reformulierung der liberalen Politik stützten sich auf die Revolutionserfahrungen sowie auf die Bemühungen, die sozialen Auswirkungen des wirtschaftlichen Aufschwungs auszugleichen. Aus dieser Sicht ist Rochaus Überlegung zweifellos eine paradigmatische Synthese. Mit dem 1853 erschienenen ersten Teil der *Grundsätze der Realpolitik* griff er nicht nur richtungsweisend in die Debatte ein, sondern bot ihr auch das epochale Schlagwort: „Realpolitik“.

### *Die Voraussetzungen der realpolitischen Strategie Rochaus*

Rochaus Entwurf stellte sich nicht nur als bloßer Verzicht oder bloße Unterordnung dar, sondern als grundsätzliche Option, die im Begriff stand, den Liberalismus von seinem demokratischen Erbteil zu entlasten. Die wichtigste Voraussetzung dieser positiven politischen Strategie war die funktionelle Anerkennung der Gesellschaft als Raum, in dem einigungsbedürftige Konflikte im Gange waren. Diese Beobachtung setzte sowohl den dialektischen Inhalt einer immer stärker klas-

---

6. Wehler, Hans-Ulrich, *Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918*, 6. erneuerte Auflage, Göttingen 1988, S. 24-30. Der Durchbruch der industriellen Revolution in Deutschland wurde durch einen schnellen und in den folgenden zwei Jahrzehnten (1846-1873) fast krisenfreien wirtschaftlichen Aufschwung gekennzeichnet, der den Grundstein für die zukünftige ökonomische Macht Deutschlands legte. Gleichzeitig wurden die Symptome des Niedergangs des „liberalen Jahrhunderts“, die in den anderen europäischen Ländern erst kurz vor dem ersten Weltkrieg offenbar wurden, vorverlegt.

senstrukturierten Gesellschaft als auch das zunehmende Bedürfnis der oberen Kontrollinstanz um.

Zweitens wurde das Proletariat als potentiell drohende Macht entdeckt. Angesichts dessen nahm das Wortpaar „Einheit“ und „Freiheit“ eine Bedeutung an, die jegliche Möglichkeit eines revolutionären Traumas ausschließen sollte. In seinen Betrachtungen über den bonapartistischen Staatsstreich Frankreichs behauptete Rochau, dass die Freiheit immer stärker bedroht sei; die Politik der Masse sei etwas „Vulkanisches“ und unfähig, sich gegen radikale Vorfälle zu verteidigen.

Um eine Aktion von unten zu verhindern und um das Risiko der zyklischen Krisen von Anarchie und Tyrannei zu vermindern, wurde die Befriedigung des nationalen Strebens in einer konservativen und „ordentlichen“ Form für eine unentbehrliche Bedingung gehalten. Gemeinsam mit der industriellen Revolution, die das Primat der Ökonomie über die Politik bestimmt hatte, bedeutete dies eine ideologische Verarmung und eine größere Bereitschaft zum Pragmatismus, beziehungsweise eine bewusste Annäherung an die konservativen Mächte im Sinne eines Verzichts auf verfassungspolitische Alternativen gegenüber der Monarchie.

Dass auf die Grundsatzprinzipien der Kron-Zentralität und des Staatsoberhauptes zurückgegriffen wurde, kann als Reaktion auf die politische Schwäche der liberalen Doktrin gewertet werden, mehr noch aber war es mit der Überzeugung zu erklären, dass die politische Einheit die dringendsten Fragen löse und der ökonomische Machtzuwachs des Bürgertums sich auch politisch niederschlagen werde. Bereits die ersten Sätze von Rochaus Essay kennzeichnen die Wende, die das bürgerliche Denken nach der gescheiterten Revolution vollzogen hat: Ist den bürgerlichen Interessen der „Anteil an der Gesamtvertretung“ erst einmal gesichert, so sei es im weiteren „ziemlich gleichgültig, durch welche Mittel die Politik deren Ansprüche befriedigt“<sup>7</sup>. Auf einer ähnlichen Linie argumentiert Treitschke: „Ich halte die Freiheit usw. für reine Phrasen, solange kein Volk vorhanden ist, die ein-

---

7. Rochau von, L. A., *Grundsätze der Realpolitik. Angewendet auf die staatlichen Zustände Deutschlands*, Frankfurt a. M. / Berlin / Wien 1972, S. 43.



zige Grundlage jeder staatlichen Entwicklung. Der Weg, der am raschesten zu dieser nationalen Einigung führt, ist mir der liebste, und sollte es der Despotismus sein“<sup>8</sup>.

### *Das „Machtgesetz“ und die „konstitutionelle Politik“*

Postulate, die im „Bereich der philosophischen Spekulation“ gewonnen wurden, sind Rochau zufolge als weltfremde Leerformeln aus dem politischen Diskurs zu verbannen.

„Der politische Organismus der menschlichen Gesellschaft, der Staat, entsteht und besteht vermöge eines Naturgesetzes, welches der Mensch mit oder ohne Bewusstsein freiwillig oder unwillkürlich erfüllt. In diesem Sinne sei jenes alte Wort gesprochen: der Mensch ist ein politisches Tier“<sup>9</sup>.

Das so eingeführte Naturgesetz, das den Menschen *qua* Naturwesen und nicht mehr *qua* Vernunftwesen zum *zoon politikon* erklärt, wird im folgenden – eine sozialdarwinistische Argumentation voraussetzend – als „Gesetz der Stärke“ bestimmt. Die Politik sei ein unaufhörlicher Kampf um Macht, der nur Sieg oder Niederlage kenne: „Die politische Macht kennt keine Grenze als eine andere Macht, und zwischen zwei Mächten, die einander ausschließen, ist der Vernichtungskampf eine durch kein Raisonement zu beseitigende Notwendigkeit“<sup>10</sup>.

Damit legitimiert sich politische Herrschaft einzig durch ihren Erfolg: „Der Erfolg ist der Urteilsspruch der Geschichte, des ‚Weltgerichts‘, der höchsten Instanz, von der es keine Appellation in menschlichen Dingen gibt“<sup>11</sup>. Rochau demonstriert dieses Kriterium am Beispiel der Revolution: „Mit dem Erfolge ist die Revolution der Sieg der stärkeren Kraft über die schwächere und also die politische Rechtfertigung ihrer selbst; ohne den Erfolg ist die Revolution die Auflehnung der

---

8. Cornicelius, Max (Hrsg.), *Heinrich von Treitschkes Briefe*, Leipzig 1914, Bd. I (An Heinrich Bachmann, 19. November 1854), S. 260.

9. Rochau von, L. A., *Grundsätze der Realpolitik*, cit. S. 25.

10. *Ibidem*, S. 125.

11. Rochau von, L. A., *Recht und Macht*; *Wochen-Blatt des National-Vereins* (4. Oktober 1866), zit. nach Faber, K.G., *Realpolitik als Ideologie*, S. 22.

schwächeren Kraft gegen die stärkere und also die politische Verurteilung ihrer selbst“<sup>12</sup>. Damit postulierte er die Beherrschung des „Machtgesetzes“ als grundsätzliche Wahrheit jeder Regierungstätigkeit.

Dieser realpolitische Begriff der Macht neigte dazu, weder das Prinzip der traditionellen Eliten noch das Machtmonopol des absoluten Staats aufzugreifen, sondern die berechtigten Kräfte der bürgerlichen Gesellschaft zum Ausdruck zu bringen. Das „Machtgesetz“ nahm eine dynamische Auffassung der „konstitutionellen Politik“ als Rechtslage an, durch die sich die sozialen Mächte mit dem Staat integrieren konnten:

„So lange es Staaten gegeben hat, sind in der Politik immer nur Machtfragen, niemals Rechtsfragen abgehandelt worden. Was man Staatsrecht nennt, ist meiner Ansicht nach nur ein Euphemismus. Das klingt sehr faustrechtlich, ist aber nicht so schlimm, denn ich verstehe unter Macht nicht bloß die rohe Gewalt, sondern jede politische Lebensfähigkeit. Ein positives Staatsrecht ist dann gut, wenn es diejenigen gesellschaftlichen Gewalten, welche die meiste politische Fähigkeit besitzen, auch als die rechtlich herrschenden anerkennt.“<sup>13</sup>

### *Die Masse und die tyrannische Meinung*

Laut Rochau hat eine stabile politische Herrschaft ihr Fundament in gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen. Als ausschlaggebende Machtfaktoren nennt Rochau „Reichtum, Meinung und Intelligenz“. Entsprechend seiner anti-idealistischen Grundhaltung qualifizierte er die Meinungswirksamkeit nicht mehr durch „die Tiefe des Gedankens“, sondern durch ihre Verbreitung: „Die Politik, welche sich in ein richtiges Verhältnis zur Idee setzen will, hat es viel weniger mit der Wahrheit derselben zu tun als mit der Frage: wie weit die Menschen fähig und bereit sind, die Idee in sich aufzunehmen und ihr zu dienen.“<sup>14</sup> Rochaus Gedanken drücken eine wichtige Tatsache aus: In einer Zeit, in der die Politik sich auf dem Weg befand, ein Massenausmaß anzunehmen, konnte die Wahrheit der Ideen nur an deren Erfolg und Macht gemessen werden. Damit zeichnete sich Kritik an einem der grundsätzlichen Begriffe des klassischen Liberalismus ab, nämlich an der öffentlichen Meinung.

12. Rochau von, L.A., *Grundsätze der Realpolitik*, cit., S. 52.

13. *Heinrich von Treitschkes Briefe*, Bd. I (An Heinrich Bachmann, 25. März 1855), S. 295.

14. Rochau von, L. A., *Grundsätze der Realpolitik*, cit., S. 43 und S. 45 f.

Auf der Basis des bekannten Arguments von der Beeinflussbarkeit der Massen durch „Brotherren“ und „Demagogen“ bestritt Rochau gleichzeitig die Existenz der Meinung der Klassen unterhalb des Bürgertums: Rochau spricht von „Hunderttausende[n] von Männern, [...] denen jede politische Meinung und jeder politische Wille fehlt, deren Stimmen deshalb bei der Berechnung der Volksmeinung und des Volkswillens gar keinen Wert haben, deren Stimmen das Ergebnis dieser Berechnung unter allen Umständen nur verfälschen können.“<sup>15</sup>

Auch Treitschke, der einen maßgeblichen Beitrag zur Neuorientierung der liberalen Kräfte leistete, nahm die Verletzungen von Freiheit und Gleichheit mit zunehmender Sorge wahr: Gegen Humboldt und den Liberalismus des Vormärz polemisierend, definierte er neben einem freien Gemeinschaftssinn auch eine tyrannische Meinung. Nicht mehr moralische Autorität oder Maß der Bürgeranteilmahme am Staatsleben seien maßgeblich für die öffentliche Meinung:

„Mit der steigenden Gesittung ergeben sich neue, ungeahnte Gefahren für die Freiheit. Nicht bloß die Staatsgewalt kann tyrannisch sein; auch die nichtorganisierte Mehrheit der Gesellschaft kann durch die langsam und unmerklich, doch unwiderstehlich wirkende Macht ihrer Meinung die Gemüter der Bürger gehässigem Zwange unterwerfen.“<sup>16</sup>

### *Der Borussianismus Treitschkes und die „positiv leitende“ Rolle des Staates*

Trotz seines Rufs als Förderer eines aggressiven Pangermanismus steht Treitschke mit seiner Ausbildung und wichtigsten Schriften in der Tradition des preußisch-deutschen Nationalliberalismus<sup>17</sup>. Der Borussianismus Treitschkes, der ideologisch die positivistischen Attribute des Fortschritts und den liberalen Historismus verknüpfte, bedeutete das Umreißen einer neuen nationalen Strategie, deren Ethos sich auf den Protestantismus und auf die Zusammenarbeit zwischen Mittelstand und preußischer Monarchie gründete, und begleitete die Positionie-

15. Rochau von, L. A., *Grundsätze der Realpolitik*, cit., S. 87 f.

16. Treitschke, von H., *Aufsätze, Reden und Briefe*, in: Schiller, Karl Martin (Hrsg.), Meersburg 1929, Bd. II, *Die Freiheit* (1861), S. 17.

17. G. De Ruggiero, *Storia del liberalismo europeo*, Laterza, Bari 1925, S. 288.

rung des gemäßigten Liberalismus auf der Grundlage des politischen Realismus.

In seiner Dissertation *Die Gesellschaftswissenschaft. Ein kritischer Versuch* kritisierte Treitschke 1858 den Anspruch vieler zeitgenössischer Liberaler, die Gesellschaftswissenschaften von den Staatswissenschaften zu unterscheiden. Die zwischen Gesellschaft und Staat tatsächlich errichtete Spannung war Treitschkes Meinung nach das Zeichen einer Krise, die durch das allgemeine Ordnungsprinzip des Nationalstaats überwunden werden müsse.

Da die Darstellung der Gesellschaft außerhalb ihres Kontextes von Staat und Wissenschaften laut Treitschke nur dazu führen würde, „leere Abstraktionen“ ins Leben zu rufen, stimmte die Polemik Treitschkes mit der Forderung einer starken gegenseitigen Durchdringung von Volk und Staat und mit der Beanspruchung der universellen Natur des Staates gegen jede Form von sozialem Partikularismus überein: „Der Staat ist die einheitlich organisierte Gesellschaft“<sup>18</sup>. Die politische Lösung der Frage bestand in einer notwendigen Wiederbelebung der Staatszentralität, die, obwohl in grundsätzlich neuen Formen, dem Staat die Rolle eines „positiv Leitenden“ und nicht Unterdrückenden zuschrieb.

Die gesellschaftliche Heterogenität müsse durch einen Prozess ständiger Organisation „in dem“ und „von dem“ Staat ausgeglichen und aufgehoben werden. Die Funktion des Staates sei es, der Gesellschaft zu garantieren, am Staatsleben teilzunehmen. Um den Untergang des gesamten politischen Lebens unter der bedingungslosen Kontrolle der Gesellschaft zu vermeiden, müsse der Staat das gesamte Volksleben umfassen, durch das Recht ordnen und durch seine Macht die Unabhängigkeit nach außen wahren. Als historisch-organische Einheit des Volkes habe der Staat seine eigene Gestalt in der Gesellschaft gefunden. Gleichzeitig sei das Nationalbewusstsein zum grundsätzlichen Bewegungsfaktor des Staatsapparats geworden.<sup>19</sup>

---

18. Treitschke von, H., *Die Gesellschaftswissenschaft. Ein Kritischer Versuch*, hrsg. von Erich Rothacker, Halle 1927, S. 15 und S. 68.

19. *Ibidem*, S. 10.

*Das logische Primat des Staates gegen die „wunderbaren Illusionen“ der Nation*

Trotz seiner immanenten Verbindung mit der Volksgemeinschaft, so Treitschke, nehme der Staat, dessen Ursprung unreflektiert sei, der Nation gegenüber eine logische Vorrangstellung ein: Wie die Freiheit, so sei auch die Nation außerhalb des Staates unvorstellbar. Treitschkes Staatsauffassung widersetzte sich den aufgeklärten „leeren Abstraktionen“, zu denen auch die Nation zu zählen sei: Faktoren wie Rasse, Sprache oder Religion seien ganz nebensächlich im Vergleich zur Legitimität des Zusammenlebens, die nur durch Erbrecht oder Eroberung erreicht werden könne. Da weder Erbrecht noch Eroberung etwas mit dem Volk zu tun haben, entstehe der Staat nicht aus dem Volkswillen<sup>20</sup>.

Die Nation ist im Denksystem Treitschkes trotz ihrer unentbehrlichen Rolle in der politischen Gestaltung der Gesellschaft nichts Festes: Beim Thema „Blutsverwandtschaft“ neigten die Völker dazu, sich „wunderbaren Illusionen“ hinzugeben. Treitschkes Begriff von Nation, wenn dem Staat nicht völlig untergeordnet, ist rein funktionell und wird nicht als Gefühlsentität, sondern als Machtwerkzeug dargestellt. Auch wenn Staat und Nation dazu tendierten, unvermeidbar überein zu stimmen, gehöre die Notwendigkeit, sich jenseits seiner Grenzen auszuweiten, zur Natur des Staates.

Mit der Akzentverschiebung zwischen den Begriffen „Freiheit“ und „Macht“ konnte Treitschke die liberale Lehre in jene Tradition einbinden, die schon bei Hegel und Ranke das Primat der Machtstaatslogik behauptet hatte. Obwohl dies nicht die völlige Aufgabe seiner liberalen Prinzipien bedeutete, veränderte sich doch seine „positive“ Theorie des Staates durch diese Apologie des Machtstaats.

---

20. 1871 wurde weder die Nation noch ein Teil von ihr souverän; unter der Hegemonie Preußens blieben nur die Fürsten souverän.

### *Die Freiheit und die bürgerliche Aristokratie*

Derselbe einheitliche Ansatz wurde 1861 durch die Konzeption eines besonderen Begriffs von Freiheit weiterentwickelt. In dem Wunsch, sich mit der Spitze des europäischen Liberalismus (von Mill zu Tocqueville) zu vergleichen, äußerte Treitschke die Auffassung, es sei notwendig, dass sich der deutsche Liberalismus von dem „negativen“ Begriff von Freiheit, der in dem Staat nur eine Bedrohung sah, verabschiede. Als Fähigkeit, eine „positive“ Verbindung mit dem Staat zu schaffen und gleichzeitig dem Bürger seine Selbstverwirklichung in der „guten und schönen Gesamtheit des Staates“ zu erlauben, wurde die Freiheit nicht mehr „aus dem Staat“, sondern „in dem Staat“ begrifflich dargelegt. Mit dieser Charakterisierung verband man die Theoretisierung einer spezifisch „deutschen Freiheit“, die sich entschieden von dem Konzept der Gleichheit abgrenzte: „Die Gleichheit ist ein inhaltloser Begriff, sie kann ebenso wohl bedeuten: gleiche Knechtschaft aller als gleiche Freiheit aller“<sup>21</sup>.

Die politische Freiheit, die beschränkt sein musste und nur im Innern des Staats möglich war, postulierte eine gegenseitige Verknüpfung zwischen der Staatsverfassung und der Persönlichkeitsbildung, die keine universelle, sondern heldenhafte Selbstbehauptung bedeutete.

Das Zurückgreifen auf eine im positiven Sinne *leitende* Rolle des Staates und die Bildung einer neuen bürgerlichen Elite mit einer stark exklusivistischen und aristokratischen Komponente waren darauf ausgerichtet, die auf die „Freiheit der Moderne“ folgenden Konflikte zwischen Staat und Gesellschaft zu lösen und die unabwendbaren Demokratisierungsprozesse zu leiten. Durch die spezifische Beziehung, die zwischen dem Staat, der bürgerlichen Aristokratie und der Nation entstand, sollte der konservative Freiheitsbegriff Treitschkes die entscheidende Funktion, das dynamische Prinzip der gesamtpolitischen Ordnung werden.

So konnte Treitschke die Gegenseitigkeit zwischen Volk – welches

---

21. Treitschke von H., *Aufsätze, Reden und Briefe*, cit., S. 14 f.

aber als idealer Widerschein der bürgerlichen Aristokratie gesehen wurde – und Staat behaupten, in der letzterer die Vollendung einer ethischen Pflicht des ersteren darstellte:

„Denn nur wo das lebendige zweifellose Bewusstsein des Zusammengehörens alle Glieder des Staates durchdringt, ist der Staat, was er seiner Natur nach sein soll, das einheitlich organisierte Volk. Daher der Drang, fremdartige Volkselemente auszuschneiden, und in zersplitterten Nationen der Trieb, das engere der beiden ‚Vaterländer‘ abzuschütteln.“<sup>22</sup>

Treitschkes nationalliberale Staatslehre, die in der politischen Freiheit eine wichtige Rolle für die Versöhnung zwischen Staat und Gesellschaft erkennt, schreibt einer hochspezialisierten Elite, die die Volkssouveränität der Nation politisch neutralisiert, die politische Herrschaft zu.

Im Verständnis des autoritären Machtapparats von Treitschke und Rochau lassen sich bereits jene Denkfiguren finden, die dem politischen Liberalismus nach 1866 eine fast bruchlose Anpassung an die Politik Bismarcks ermöglichten. Dies gilt in erster Linie für die harte Polemik gegen die politische Unfähigkeit des deutschen Bürgertums und einen zunehmend rigiden politischen und kulturellen Aristokratismus. Die zutiefst unpolitische Haltung der deutschen idealistischen Bildung hatte den deutschen Bürger „in einen gewissen Gegensatz zu den aristokratischen Existenzen“ gebracht. Den rettenden Ausweg aus der bürgerlichen Handlungslosigkeit fand Treitschke in der Ernennung des Adels zur politischen Klasse<sup>23</sup>.

In *Der Krieg und die Bundesreform* (1866) rechnete Treitschke mit dem Liberalismus ab. Die dogmatische Opposition gegen die Bismarck'sche Kriegspolitik sei der Höhepunkt allen bisherigen kraftlosen Dilettierens des Liberalismus auf dem politischen Parkett gewesen: Die dogmatische Auseinandersetzung zwischen Macht und Frei-

22. Treitschke von H., *Aufsätze, Reden und Briefe*, Bd. II, *Die Freiheit*, cit., S. 14.

23. Ähnlich drückte sich Hermann Baumgarten in seinem *Der Deutsche Liberalismus* aus: „Der Bürger ist geschaffen zur Arbeit, aber nicht zur Herrschaft, und des Staatmannes wesentliche Aufgabe ist zu herrschen“. Es sei „einer der verderblichsten Irrtümer zu meinen, jeder tüchtige Gelehrte, Advokat, Kaufmann, Beamte, der Interesse habe an öffentlichen Dingen und fleißig die Zeitung lese, sei befähigt, aktiv in die Politik einzugreifen“. Baumgarten H., *Der deutsche Liberalismus. Eine Selbsterkritik*, hrsg. von Adolf M. Birke, Frankfurt a. M. / Berlin / Wien 1974, S. 43 und S. 44.

heit habe ihr Ende gefunden und der Kampf um die Macht müsse beginnen<sup>24</sup>.

### *Die Ausgrenzung der Demokratie und bonapartistische Tendenzen*

Die politische Neutralisierung der Masse, die durch das Motiv der sozialen Bedrohung legitimiert wurde, rechtfertigte laut Treitschke die Ablehnung jener, die das neue Souveränitätsmonopol bestritten, und diskreditierte jegliche Forderung nach einer demokratischen Verfassung als idealistische Borniertheit. Die Demokratie wurde nicht aus dem Vokabular gestrichen, sondern idealisiert und zum expliziten Gegenbegriff des Politischen umgebogen. Zweck von Treitschkes nationaler Führungsaristokratie war damit ein Repräsentativsystem ohne das Volk: ein Volksnationalregime, das dem Volk die Staatsbürgerschaft stiftete, ohne direkte politische Folgen mit sich zu bringen.

Aus der Logik der inneren/äußeren Feinde und aus der gleichzeitigen Nebeneinanderstellung von integrativen und ent-emanzipierenden Prozessen folge der Ausschluss bestimmter Gruppen als Vollendung des nationalen Aufbaus. Damit hat Treitschke eine Skizze der inneren Organisation des künftigen Staates entworfen, die in ihren wesentlichen Punkten geeignet war, das sich nach der Reichsgründung etablierende „bonapartistische“ System zu charakterisieren.

In seiner Polemik gegen den Sozialismus (1875) ging Treitschke noch weiter. Als Staatsrechtsprinzip erhielt er die soziale und politische „natürliche Ungleichheit der Menschen“ aufrecht, die durch soziale und politische Reformen nicht zu überwinden sei. Die Gleichheitsreformen, die vom Proletariat gefordert wurden, nahmen sich deshalb als krankhafte Verirrungen eines „grundprosaischen Radikalismus“ aus, „der über alle schöne von der Natur und Geschichte gesetzte Mannigfaltigkeit des Menschendaseins johlend hinwegspringt“<sup>25</sup>.

Rochau präsentierte ein weiteres Argument gegen die Demokrati-

---

24. Treitschke von, H., *Aufsätze, Reden und Briefe*, Bd. III, *Der Krieg und die Bundesreform* (1866), S. 262.

25. Treitschke von, H., *Politik. Vorlesungen gehalten an der Universität zu Berlin*, hrsg. von Max Cornicelius, Leipzig 1899, Bd. I, S. 49 und S. 249 und auch Treitschke von, H., *Der Socialismus und seine Gönner*, Reimer, Berlin 1875.



sierung der politischen Verhältnisse. Er beobachtete, dass die Furcht vor dem sozialen Umsturz sich „zu einer konservativen Macht ersten Ranges“ entwickelt habe, die das Bürgertum wider seine eigenen Interessen veranlassen könne, „sich jeder Macht in die Arme zu werfen, bei welcher es Schutz gegen eine solche Gefahr fände, und wäre es der nackte Absolutismus“<sup>26</sup>.

Gegenüber dem Sozialismus, der nicht nur wegen seines Verbalradikalismus, sondern wegen seiner Eigentumstheorie eine Gefahr für die bürgerliche Gesellschaft darstellte, lässt Rochau die Distanzierung in eine offene Kampfansage übergehen: „Die deutsche Nationalpolitik hat keinen schlimmeren Feind als den revolutionären Sozialismus – einen Feind, der nicht durch Zugeständnisse beschwichtigt, sondern im offenen schonungslosen Krieg niedergekämpft sein will.“<sup>27</sup>

### *Die „konservative Revolution“ und der Nationalstaat als problematische Faktoren*

Die sogenannte „konservative Revolution“ nahm 1871 die doppeldeutige Gestalt eines Januskopfes an. Einerseits brachte sie die Gefahr einer Umkehrung jeglicher traditioneller Legitimationsprinzipien mit sich, andererseits beschwor sie das Schreckgespenst des Cäsarismus durch den immer häufigeren Hinweis auf den Faktor der Persönlichkeit. Grundsätzliches Werkzeug dieses politischen Unternehmens war die Realpolitik, die trotz ihres vermeintlich anti-ideologischen Wesens eine ideologische Option darstellte, die im ersten Moment die Konvergenz zwischen liberaler Tradition und Konservativismus erlaubte und danach die Masse politisch neutralisierte. Dies bedeutete nicht nur den vorläufigen Sieg der traditionellen Eliten, sondern die Kapitulation einer an Prinzipien orientierten politischen Strategie hinsichtlich der Staatslogik, sowie die Entpolitisierung des Bürgertums, das auf lange Sicht eine führende Klasse blieb, ohne herrschende Klasse zu werden.

---

26. Rochau von L. A., *Grundsätze der Realpolitik*, S. 144 und S. 148.

27. *Ibidem*, S. 148.

Wegen dieser Elemente, die sich nicht nur zwischen 1866 und 1871 finden, blieb der deutsche Nationalstaat ein problematisches Gebilde. Obwohl Preußen seine politische Suprematie über Deutschland durch die staatlichen Institutionen – die Bürokratie und das Heer – behaupten konnte, war die nationale Einheit Deutschlands viel mehr als der anachronistische Ausdruck der preußischen Staatsräson. Preußen, das den Nationalismus als Gegengift benutzte, um die sozialen Brüche zu kitzen, war imstande, die Dynamik der Massenpolitik zu beschränken, die Arbeiterbewegung und den politischen Katholizismus zu disziplinieren und den nationalen Liberalismus in den ökonomischen Bereich umzuleiten. Am Vorabend des neuen Jahrhunderts war klar, dass die Fragen, die sich 1848 gestellt hatten, nicht gelöst, sondern nur verschoben worden waren.

# DIE REPUBLIKANISCHE IDENTITÄT DER SPD IN DEN ERSTEN JAHREN DER WEIMARER REPUBLIK

Roberto Brogi

## 1. *Einleitung*

Die deutsche Sozialdemokratie stellte die wichtigste Kraft im politischen System der Weimarer Republik dar. Sie identifizierte sich mit der Demokratie und mit der Republik. Ihre *republikanische* Identität<sup>1</sup> reicht jedoch nicht aus, um ihre Entwicklung in den zwanziger Jahren zu erklären. Um diese zu verstehen, muß man sich mit der *nationalen* Identität der Partei befassen<sup>2</sup>. Die Einschätzung der Stärken und Schwächen der SPD in den zwanziger Jahren ist auch wichtig zur Beurteilung und Erklärung des Endes der ersten deutschen Demokratie, insofern sich die Sozialdemokratie in der Rolle als deren Hauptverteidiger gegen die Angriffe der Konservativen, der reaktionären extremen Rechten und der bolschewistischen Linken bewähren mußte.

Das Gewicht dieser Verantwortung hat sie ungeheuer belastet und hat historisch nachgewirkt bis in die Sozialdemokratie der Bundesrepublik hinein, die zwar ein völlig eigenständiges Profil besitzt, sich jedoch auch als Erbin der von der SPD während der Weimarer Republik getroffenen Entscheidungen begreift.

Die große Herausforderung der deutschen Sozialdemokratie bestand in den 20er Jahren darin, die proletarischen Massen in den Staat zu integrieren. Schon während des Krieges führten die Politik des „Burgfriedens“, d.h. ein mit Hinblick auf die Kriegsanstrengungen notwendiger sozialer Frieden, und eine nationale Politik zur Unterstützung der Regierung bei ihrem Krieg gegen die zaristische Autokratie (daß man auch gegen die westlichen Demokratien kämpfte, stellte ein erheb-

---

1. Dazu siehe Buchner, B., *Um nationale und republikanische Identität. Die deutsche Sozialdemokratie und der Kampf um die politischen Symbole in der Weimarer Republik*, Bonn, Dietz 2001.

2. Siehe auch Grebing, H., *Sozialdemokratie und Nation. Zur Geschichte der Diskussion der „nationalen Frage“ in der SPD vor und nach 1945*, in: K. Schönhoven - D. Staritz (Hrsg.): *Sozialismus und Kommunismus im Wandel. Hermann Weber zum 65. Geburtstag*, Köln, Bund-Verlag 1993, S. 70-73.

liches Dilemma dar) dazu, daß sich die SPD des nationalen Problems nachdrücklicher bewußt wurde. Es kam zu internen Parteikonflikten und zur Abspaltung der Unabhängigen Sozialdemokraten (USPD) im Jahre 1917<sup>3</sup>. Die Revolution und die Übernahme der Macht waren ein wichtiger Katalysator in der nationalen Bewußtseinsentwicklung des deutschen Proletariats. Zum ersten Mal in der Geschichte des Reiches gab es eine rein sozialistische Regierung. Die Einbeziehung der proletarischen Massen in einen nationalen Rahmen und auf demokratischer Ebene schien zu einem glücklichen Ergebnis zu führen. Die Kontraste innerhalb der sozialistischen Front und der Spartakus-Aufstand vom Januar 1919 führten jedoch zur Teilung der deutschen Linken. Die SPD trug deshalb ihren Kampf um die eigene politische Zukunft als Führungspartei der arbeitenden Massen und der deutschen Demokratie zweigleisig aus: Auf der einen Seite wurde versucht, das Fabrik-Proletariat in einen nationalen Rahmen zu integrieren. Auf der anderen Seite strebte die SPD danach, ihren Konsensbasis auf soziale Gruppen auszuweiten, die ihr, wie z.B. der Mittelstand, bis dahin distanziert gegenüber gestanden hatten. Es war der Versuch, den eigenen Klassen-Charakter zu überwinden und zu einer Volkspartei zu werden. Das Scheitern dieser Politik, das die Partei in der Zeit von Januar 1919 (Wahlen zur Nationalversammlung) bis Juni 1920 (Reichstagswahlen) erlebte und das auch an der großen Zahl der nach links rückenden „Abtrünnigen“ ablesbar war, führte in der Partei zu Spannungen zwischen den gemäßigten Positionen, die zum Beispiel das neue, auf dem Görlitzer Kongreß 1921 verabschiedete Parteiprogramm charakterisieren, und der Ablehnung dieses Programms zwecks Förderung der Wiedervereinigung mit den unabhängigen Sozialdemokraten 1922.<sup>4</sup>

Das Problem der Integration der sozialistischen Massen in den deutschen Staat bestand bereits vor der Geburt der Weimarer Republik, aber erst mit Weimar ergab sich die *republikanische* Herausforderung. Die

---

3. Vgl. Broué, P., *Rivoluzione in Germania 1917-1923*, Turin, Einaudi 1977, besonders S. 76-86. Zur Geschichte der USPD siehe Krause, H., *USPD: Zur Geschichte der unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*, Frankfurt a.M., Europäische Verlagsanstalt 1975.

4. Winkler, H.A., *Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, 1918 bis 1924*, Berlin, Dietz 1985, S. 449-450.

SPD-Basis nahm die Verteidigung und den Schutz der Republik und der Demokratie als eine Art eigenen Grundwert wahr. Der konservative Charakter der alten, in der Basis vorherrschenden Lehre bremste jedoch die Parteispitze beim Versuch, die Koalitionsfrage endgültig zu lösen. Das Problem bestand darin, die notwendigen Kompromisse mit den bürgerlichen Kräften einzugehen, um die republikanische Front zu verstärken<sup>5</sup>.

„Die Aktivisten in der sozialdemokratischen Solidargemeinschaft haben [...] unzweifelhaft Kraft und Zuversicht für ihre sehr viel profanere, oftmals deprimierende Alltagspraxis geschöpft, nicht anders gewiß wie viele Christen Trost und Erbauung in der kirchlichen Andacht fanden. Aber gerade indem sich die Sozialdemokraten in die Gemäuer einer proletarisch-sozialistischen Gegenkirche verschanzten und sich eine eigene Liturgie schufen, schotteten sie sich gegenüber anderen Lebensbereichen, Denkformen und Einstellungen ab, ja negierten in ihrer Verabsolutierung der proletarischen Existenz und im Mythos der allein siegreichen Arbeiterklasse, daß andere soziale Schichten in der Zukunft überhaupt eine Daseinsberechtigung hätten.“<sup>6</sup>

Auch Heinrich August Winkler betont die traditionalistische Verwurzelung der Weltanschauung der SPD-Angehörigen in der damaligen Gesellschaft:

„Ideologischer Konservatismus hat das Verhalten der Sozialdemokratie geprägt, unabhängig davon, ob ihre Rolle 1918/19 eine revolutionäre oder in den Jahren danach eine parlamentarische war. Dieser Konservatismus kann nicht einfach als subjektives Fehlverhalten gedeutet werden. Die Entscheidungen und Nichtentscheidungen der führenden Sozialdemokraten müssen vor dem Hintergrund von Verhältnissen gesehen werden, die sich zu einem guten Teil dem Einfluß der Akteure entzogen. Dazu gehören auch ideologische Traditionsbestände, die ihrerseits Ausdruck besonderer gesellschaftlicher und politischer Bedingungen waren.“<sup>7</sup>

Die Annahme der republikanischen und demokratischen Idee wurde von der Partei-Spitze vorausgesetzt. Schwierigkeiten ergaben sich, als man versuchte, diese gemäßigte Position für die Basis akzeptabel zu machen und auf die während der Revolution entstandene Räte-Be-

---

5. Über die Probleme der Spitze der SPD in der Wilhelminischen Zeit und in den Anfängen der Weimarer Republik siehe Miller, S., *Die Sozialdemokratie in der Spannung zwischen Oppositionstradition und Regierungsverantwortung in den Anfängen der Weimarer Republik*, in: H. Mommsen (Hrsg.): *Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei*, Frankfurt a. M., Athenäum Verlag 1974, S. 84-105.

6. Vgl. Lösche, P., Walter, F., *Die SPD: Klassenpartei - Volkspartei - Quotenpartei. Zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung*, Darmstadt, Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1992, S. 66.

7. Vgl. Winkler, H.A., *Die Sozialdemokratie und die Revolution von 1918/19. Ein Rückblick nach sechzig Jahren*, Berlin - Bonn, Dietz 1980, S. 70-71.

wegung zu verzichten. Aus einer proletarischen Anti-System-Ideologie der SPD-Anhänger während der wilhelminischen Ära mußte man nun eine nationale und republikanische Idee konstruieren, die gleichzeitig fest mit der marxistischen Ideologie verbunden blieb, sich aber den nötigen Zugeständnissen bei der Machterhaltung nicht verschloß und als Konsequenz, um die eigene Basis erweitern zu können, auf die Idee des Klassenkampfes und der Revolution verzichten konnte. Der Republikanismus war aus diesen Gründen eine fast zwingende Richtungsentscheidung, blieb jedoch äußerst unzulänglich. Die traditionelle proletarische Ideologie bildete – anstatt sich in den neuen Republikanismus einzugliedern – eine Paralleldoktrin. Sie verhinderte ein Erstarken der eigentlichen republikanischen Idee und schwächte die Anziehungskraft des gemäßigten Marxismus im Verhältnis zur Propaganda der extremen Linken.

Im Verlauf der hier untersuchten Jahre (1918-1923) versuchte die SPD mit aller Kraft, sich von einer Klassenpartei in eine Volkspartei zu verwandeln. Sie bekam die „Bürde der Macht“ zu spüren, sie ging Koalitionen ein und schied aus diesen wieder aus, zuerst mit den unabhängigen Sozialisten und dann mit den demokratischen Bürgerparteien. Und nicht zuletzt unterschrieb sie den Friedensvertrag von Versailles.

Die von mir ausgewerteten Quellen sind vor allem „öffentliche“ Quellen bzw. beziehen sich auf die politische Propaganda. Da es bei der Konstruktion einer republikanischen Identität vor allem um politische Kommunikation ging, fiel meine Wahl hauptsächlich auf Flugblätter und Plakate<sup>8</sup>, die durch Artikel der Berliner Parteizeitung „Vorwärts“ ergänzt werden. Flugblätter und Plakate waren in den ersten Nachkriegsjahren, zusammen mit der direkten Kommunikation während der Parteiversammlungen, das von den Parteien und politischen Bewegungen am meisten benutzte Medium, um für die eigenen Programme Konsens zu schaffen. Die politische Kommunikation verfolgte zwei Ziele: Einerseits richtete sie sich an die eigenen Parteigenossen und Sympathisanten mit der Absicht, die neuartigen Probleme der Ge-

---

8. Das von mir eingesehene Material befindet sich im Archiv der sozialen Demokratie (ab jetzt AdSD) der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn.

genwart ins Bewußtsein zu bringen, andererseits wollte man die Aufmerksamkeit eines breiteren, klassenübergreifenden Publikums auf sich ziehen, um in der großen Mehrheit des Volkes ein attraktives Bild der eigenen Partei zu vermitteln. Die SPD, die in ihrer Eigenschaft als Weltanschauungspartei der Propaganda und der Schaffung von Konsens immer große Aufmerksamkeit geschenkt hatte, setzte in diesem Kampf all ihre Kräfte ein. Die Ausweitung des allgemeinen Wahlrechts, die Senkung des Mindestwahlalters auf 20 Jahre und die Einführung eines Verhältniswahlrechts verstärkten in der SPD das Bewußtsein für die Notwendigkeit, bei einer Mehrheit der Bevölkerung um Zustimmung werben zu müssen. So erklärt sich die Zunahme von Flugblättern und Plakaten mit politischen Themen schon während der Revolution und auch in der Folgezeit. Die Breite des Publikums, an das man sich wandte, und die Allgemeinheit der Botschaften werden auch durch den steten Gebrauch des Slogans „Lesen und weitergeben“ bezeugt, ein interessantes Indiz, das die Bedeutung und den Gebrauch, den man von diesem Kommunikationsmittel machen wollte, vor Augen führt.

## *2. Die Revolution*

Als Philipp Scheidemann am Nachmittag des 9. November 1918 vom Balkon des Reichstags die Deutsche Republik ausrief, hatte die Revolution das alte preußisch-deutsche Staatssystem bereits hinweggefegt. Die SPD fürchtete eine Entwicklung nach russischem Muster, und ihr Engagement als neue Inhaberin der Exekutive ging dahin, die Ordnung aufrechtzuerhalten und die eigene Macht zu konsolidieren. All das hatte tiefgreifende Konsequenzen für die Zukunft der Institutionen des neuen demokratischen deutschen Staates und für die Handlungsfreiheit der Sozialdemokratie, die sich durch eine abwartende Haltung ausgezeichnet hatte.

In diesem Zusammenhang sind die zahlreichen an die nach dem Waffenstillstand heimkehrenden Truppen gerichteten Aufrufe zu sehen, die Revolution und die daraus resultierenden Vorteile zu akzeptieren. Auch wurde versucht – zumeist mit Flugblättern, die die „Zentrale

für Heimatdienst“<sup>9</sup>, ein von der Regierung kontrolliertes Organ, druckte – das Volk zu „belehren“, damit es den Unterschied zwischen der alten und der neuen Ordnung verstehen lerne<sup>10</sup>. Daneben bediente man sich auch häufig Auszügen aus dem „Vorwärts“, in denen die Revolution glorifiziert wurde und die Vorteile herausgestellt wurden, die sie dem deutschen Volk brachte.<sup>11</sup> In dieser didaktisch orientierten Kommunikationsform benutzte man keine stilistischen Kunstgriffe; es wurde nur der Titel in riesigen Großbuchstaben halbfett hervorgehoben, während der Inhalt keine Unterstreichungen oder optischen Effekte aufwies.

Die sozialen Klassen, an die die Flugblätter gerichtet waren, umfaßten ein breites Spektrum: Auf dem Höhepunkt des Volksaufstandes, am 9. November, brachte der „Vorwärts“ ein Extrablatt mit dem Titel „Arbeiter, Soldaten, Mitbürger!“ heraus<sup>12</sup>, um zum einen auf die traditionelle Bedeutung als Klassenpartei zu verweisen, zum anderen aber auch auf die Notwendigkeit, den Konsens auf die gesamte Bevölkerung auszuweiten.

In diesem Zusammenhang wandte man sich auch oft direkt an soziale Klassen, die traditionell nichts mit dem Fabrikproletariat gemeinsam hatten, und hob die Bedeutung der verschiedenen Beschäftigungsformen für die Gesellschaft hervor. Es handelte sich auch hier um einen kleinen Schritt auf dem widersprüchlichen Weg der SPD von einer Klassenpartei zu einer Volkspartei. Die Erarbeitung der republikanischen Identität der Sozialdemokratie wurde begleitet von der internen Diskussion um die Neubestimmung bestimmter Grundideen wie *Demokratie*, *Republik* und *Sozialismus*. Die Veränderung wurde auch an der Präsentation der Partei mittels der Trias „Sozialismus, Demokratie, Republik“ deutlich, die konstant für ihr neues demokratisches Erscheinungsbild eingesetzt wurde. Die SPD hatte im November

9. Siehe z.B. *Die alte und die neue Regierung*, AdsD, Abt. 6, Flugblätter, 6/FLBL005485.

10. Zur Rolle und zur Bedeutung dieses Institutes siehe Wippermann, K.W., *Politische Propaganda und staatsbürgerliche Bildung. Die Reichszentrale für Heimatdienst in der Weimarer Republik*, Köln, Verlag Wissenschaft und Politik 1976.

11. Siehe *Die Revolution!*, AdsD, Abt. 6, Flugblätter, ohne Signatur.

12. - -, *Arbeiter, Soldaten, Mitbürger!*, Vorwärts - 3. Extraausgabe, 9. November 1918, S. 1.



1918 die demokratische Form des Staates ohne Einschränkungen akzeptiert, auch in Hinsicht auf den Schaden, den der Bolschewismus in Rußland angerichtet hatte. Es handelte sich jedoch, wie gesagt, um eine Akzeptanz, die in gewisser Weise im Widerspruch zur eigenen revolutionären Tradition stand. Die Sozialdemokratie wollte eine soziale Republik in dem Sinne aufbauen, daß alle nur erdenklichen Mittel anzuwenden seien, um den schwachen Klassen zu helfen. Man glaubte deshalb, man müsse die wirtschaftlichen Sektoren, die für reif befunden wurden, verstaatlichen und darüberhinaus das für die damalige Zeit bereits fortschrittliche Sozialsystem Deutschlands verbessern.

„Wir wissen, daß von wirklicher Freiheit keine Rede sein kann, wo das Kapital herrscht. [...] Deswegen ist es das dringende Interesse aller wirklich freiheitlich Denkenden, daß wir nicht nur eine formal-demokratische Geldsackrepublik, sondern eine sozialistische Republik haben.“<sup>13</sup>

Man lehnte die „formale“, klassische Demokratie nach Art des 19. Jahrhunderts ab und hißte die neue Fahne der Sozialdemokratie als modernen, vollendeten Ausdruck des demokratischen Systems und als notwendige Basis für die zukünftige Errichtung der sozialistischen Gesellschaft, die immer als letztes Ziel der Partei im Hintergrund stand.

Von symbolpolitischer Warte aus betrachtet hielt sich die SPD allerdings an traditionelle Muster. Sie präsentierte sich weiterhin als eine Revolutionspartei, die die alte rote Fahne als Symbol der eigenen politischen Ziele nutzte. Der wichtige Schritt zu den Symbolfarben der neuen Republik „Schwarz-Rot-Gold“ war noch nicht vollzogen. Das geschah erst später, und selbst dann wurde Altes mit Neuem kombiniert, was zeigt, wie schwierig es war, sich endgültig auf einer vorrangig nationalen Ebene zu bewegen. Zum Beispiel spielte „Rot“ die Hauptrolle bei den Feiern zum 9. November. Es erwies sich als unmöglich, dieses Datum und die Revolution in ein nationales Fest, nicht nur in ein Parteifest zu verwandeln<sup>14</sup>.

13. *Sozialistische Republik oder Geldsackrepublik?* AdsD, Abt. 6, Flugblätter, 6/FLBL005584.

14. Eine Ausnahme bildet die erste Seite des *Vorwärts* vom 9. November 1919, wo die Revolution mit einer ganzseitigen Zeichnung gefeiert wird, auf der eine Menschenmenge zu sehen ist, die von einer weiblichen

### 3. Wahlkampagnen

Die möglichst schnelle Einberufung einer Nationalversammlung hatte für die SPD in den Monaten nach dem Waffenstillstand Priorität. Anzahl und Qualität der Flugblätter und Plakate nahmen deshalb zu, so wie auch die Themen vielfältiger wurden. Man kann sie in zwei Hauptkategorien einteilen: diejenigen, die Urteile über die politischen Gegner fällten, und diejenigen, die an das Volk oder an bestimmte soziale Klassen appellierten.

Politische Gegner waren für die SPD in dieser Zeit alle, die nicht sozialistische Positionen vertraten. Deshalb wurde auch das gemäßigte Bürgertum, vertreten durch das Zentrum und die DDP, scharf angegriffen. Die großen Feinde der SPD waren jedoch die Parteien der extremen Rechten und Linken. Das Mißtrauen gegenüber der Linken wuchs mit dem Ende der Koalition mit der USPD bereits im Dezember 1918; mit dem Spartakus-Aufstand vom Januar und dem Boykott der Wahlen seitens der neugeborenen KPD vertiefte sich der Graben. Der andere große Feind, mit dem man sich messen mußte, war die monarchistische reaktionäre Rechte. Der DVP und der DNVP hafteten aus der Sicht der SPD immer noch die Verfehlungen der Zeit des Kaiserreiches an. Die einen wurden als die kapitalistischen Ausbeuter der Armen gesehen, die anderen als die Verantwortlichen für die verhängnisvolle Expansionspolitik, die in der Tragödie des Weltkonfliktes gipfelte<sup>15</sup>. Als Gegensatz zu diesem Verhalten wurde immer hervorgehoben, daß die Sozialdemokratie während des Krieges die Verantwortung auf sich genommen und sich solidarisch mit den an der Front stehenden Soldaten verhalten habe.

Die Appelle an das Volk und an die verschiedenen sozialen Klassen waren ähnlich aufgebaut. So gab es zahlreiche Appelle an die weibliche Bevölkerung, zur Wahl zu gehen, wobei natürlich hervorgehoben wurde, daß sie das Wahlrecht von der SPD erhalten hatte und daß nur ein Wahlsieg der Sozialdemokratie dieses weiterhin sicherstellen wür-

---

Figur, wahrscheinlich der Germania, mit der schwarz-rot-goldenen Fahne angeführt wird (siehe *Vorwärts*, 9. Nov. 1919, S. 1).

15. *Was wollen die Parteien?*, AdsD, Abt. 6, Flugblätter, 6/FLBL005760.

de. Man hoffte auch, daß sich die Mentalität vieler Menschen geändert hatte: zum Beispiel wandte man sich an die Beamten und erinnerte daran, daß das neue demokratische System sie aus der „Knechtschaft“ gegenüber der einstigen Obrigkeit während des alten kaiserlichen Regimes befreit hatte. Logische Schlußfolgerung war die Verteidigung der Demokratie als erste Pflicht eines jeden Beamten<sup>16</sup>.

Die SPD entschloß sich 1920 für eine aggressive Wahlkampagne mit fast apokalyptischen Zügen. Zum Beispiel trägt ein Flugblatt den Titel „Die weltgeschichtliche Bedeutung des 6. Juni!“<sup>17</sup> und beschreibt düster einen eventuellen Wahlsieg der Rechten.

In dieser Wahlkampagne nahmen Zahl und Intensität der Appelle an die Bevölkerung zu, mit immer wiederkehrenden Aufrufen an die Vernunft der Wähler<sup>18</sup> und der ständigen Wiederholung, daß die Restauration der Rechten zerstören könne, was an Gutem bis jetzt erreicht worden sei<sup>19</sup>. Zahlreiche Aufrufe erinnerten an die Gefahr, die nur wenige Monate zuvor vom Kapp-Putsch ausgegangen war, gegen den die deutsche Linke gemeinsam den Generalstreik ausgerufen hatte. Trotz dieser zeitweiligen Übereinstimmung wurde die USPD angegriffen, weil man ihr das häufige Schwanken zwischen gemäßigten und extremistischen, der KPD nahestehenden Positionen vorwarf. „Die U.S.P.D. schwankt haltlos zwischen putschistischer Revolutionsromantik und dem Wunsche, wirklich an der Überwindung des Kriegselends und der Befreiung des Proletariats mitzuarbeiten“<sup>20</sup>. Auch die beiden Parteien, die zusammen mit der SPD die Regierungskoalition bildeten, das Zentrum und die DDP, wurden im Hinblick auf ihre Vorstellungen von Demokratie kritisiert, die nach Meinung der Sozialdemokraten nicht genügend sozial ausgerichtet waren.

Vom ikonographischen Standpunkt aus betrachtet blieb man traditionell bei vielen roten Fahnen und einer klaren proletarischen Symbo-

16. *An die Beamten in öffentlichen Diensten!*, AdsD, Abt. 6, Flugblätter, ohne Signatur.

17. *Die weltgeschichtliche Bedeutung des 6. Juni!*, AdsD, Abt. 6, Flugblätter, ohne Signatur.

18. *Gegen die Phrase - für Vernunft u. Wahrheit!*, AdsD, Abt. 6, Flugblätter, ohne Signatur; *Appell an die Vernunft*, AdsD, Abt. 6, Flugblätter, ohne Signatur.

19. *Schütze die junge deutsche Republik*, AdsD, Abt. 6, Plakate, 6/PLKA003279.

20. *Gegen die Phrase* zit. AdsD, Abt. 6, Flugblätter, ohne Signatur.

lik<sup>21</sup>. Die Zielgruppen waren jedoch auch hier zahlreich. Die Appelle auf den allgemein gehaltenen Flugblättern und Plakaten waren an das ganze Volk gerichtet. Bei den ausgefeilteren Zeichnungen sind die Adressaten jedoch erneut die Arbeiterklasse. Die SPD suchte den Kompromiß zwischen den verschiedenen internen Richtungen. Ihr Schwanken führte jedoch zu einer klaren Wahlniederlage und zum zeitweiligen Verlust der Regierungsverantwortung.

### *5. Der Kampf gegen die anti-republikanischen Kräfte*

Die republikanische Identität als wichtiger Teil des Selbstverständnisses der SPD wurde in den Augenblicken größter Gefahr für die jungen demokratischen Institutionen noch mehr angespornt. Die Angriffe auf den neuen Staat, von rechts wie von links, lösten einen starken Zusammenhalt im Innern der republikanischen Front aus und führten teilweise zu einer Konsens-Erweiterung bei den Parteien der „Weimarer Koalition“. Die größte Gefahr bildeten in den Augen der SPD die Angriffe durch die Rechten. Auch wenn sie die umstürzlerischen Versuche der Linken hart verurteilte und mit allen Mitteln zu unterdrücken versuchte, sah sie in der extremen Linken doch Kampfgenossen, die beim Aufbau des Sozialismus nur vom rechten Weg abgekommen waren. Der wirkliche Feind stand rechts, sei es als ehrenwerter Parlamentsabgeordneter der DNVP, sei es als versprengte Gruppen, die sich – in den Freikorps großgeworden – nach deren Auflösung in Banden zusammengeschlossen hatten, die auf politische Morde spezialisiert waren. Dazu kam noch der Putschversuch von Wolfgang Kapp im März 1920.

Zwischen 1919 und 1922 fielen unter den Revolverschüssen Eisner und Gareis (Spitzenpolitiker der bayerischen USPD), Erzberger und Rathenau. Die SPD reagierte auf zwei Ebenen: Man versuchte erstens, das Volk zu veranlassen, sich an Demonstrationen zur Verteidigung der Republik zu beteiligen, wie es etwa der Appell vom 25. Juni im „Vorwärts“ zeigt:

---

21. *Wacht endlich auf!*, AdsD, Abt. 6, Flugblätter, 6/FLBL005708; *Schart Euch um uns und wählt S.P.D.*, AdsD, Abt. 6, Flugblätter, 6/FLBL005704.

„Arbeitendes Volk Berlins! Der grauenvolle Mord an Rathenau hat einen Entscheidungskampf zwischen der Republik und ihren Feinden eingeleitet. Es gilt für alle, auf dem Posten zu sein. Darum rufen wir Euch auf, heute, Sonntag, 11 Uhr vormittags im Luftgarten in Massen zu erscheinen. Diese Kundgebung soll die Einleitung weiterer Aktionen sein, die die Gesamtheit des arbeitenden Volkes einig umfassen sollen. Darum auf nach dem Luftgarten! Wahrt Würde und Disziplin! Schützt die Republik. (Gez.: Der Vorstand der SPD, Die Zentrallleitung der USPD)“<sup>22</sup>

Sodann bezichtigte man die politische Führung der Rechten des Mordes, vor allem mit Karikaturen in der Stuttgarter Zeitschrift „Der Wahre Jacob“ oder auch auf den Flugblättern<sup>23</sup>.

In den Schriften wurde hervorgehoben, wie groß die Gefahr der rechten Reaktion für die republikanischen Institutionen sei, und im Fall des Kapp-Putsches wurde als Hauptwaffe gegen die Aufständischen zum Generalstreik aufgerufen<sup>24</sup>. Allerdings fehlen auf den von der SPD veröffentlichten Flugblättern die republikanischen Farben, was zeigt, wie schwierig es war, die nationale Idee der Basis und auch der Parteispitze näherzubringen. Ich bin allerdings der Meinung, daß der schrittweise Verzicht auf die vorrangige Rolle als Klassenpartei und der damit einhergehende Versuch, Zustimmung bei breiten Bevölkerungskreisen zu erzielen, zeigen, daß die SPD ihre „internationale“ Orientierung zugunsten einer vorwiegend nationalen Anschauung zurückstellte.

## 6. Die Suche nach einer eigenen Symbolik für die Republik

Symbolpolitisch war die Weimarer Republik schwach, nicht nur auf Seiten der SPD, sondern auch bei den anderen republikanischen Parteien. Die Diskussion um den Nationalfeiertag, um die Nationalfahne, ja selbst um die Nationalhymne heizten die politische Debatte während der zwanziger Jahre an, ohne daß ein Kompromiß zwischen Altem und Neuem erzielt worden wäre. In der Nationalversammlung hatte es drei Vorschläge für die Flagge gegeben: Rot, auf den Vorschlag der USPD, Schwarz-Rot-Gold, wenn auch mit Einschränkungen, durch die Weimarer Koalition und Schwarz-Weiß-Rot, durch die rechten Parteien.

22. Halbseitiger Titel, *Vorwärts*, 25. Juni 1922, S. 1.

23. *Aus der Mörderzentrale*, AdsD, Abt. 6, Flugblätter, ohne Signatur.

24. „Der Militärputsch ist da!“: „Es geht um alles!“: „Deshalb legt die Arbeit nieder! Streikt! Schneidet dieser reaktionären Clique die Luft ab. Kämpft mit jedem Mittel um die Erhaltung der Republik!“, in *Arbeiter! Parteilosen!*, AdsD, Abt. 6, Flugblätter, 6/FLBL005231.

Die Lösung, praktisch zwei Fahnen einzuführen, nämlich Schwarz-Rot-Gold als Symbol des Reiches und Schwarz-Weiß-Rot (mit Schwarz-Rot-Gold in der oberen Ecke) als Handelsflagge, verlagerte das Problem nur vom Parlament auf die Straße. Auch die SPD nahm eine unentschlossene Position gegenüber der neuen Fahne ein: Sie galt zwar als Symbol der nationalen Einheit, wurde aber zur Koexistenz mit der traditionellen roten Fahne, dem Parteisymbol, genötigt.

Ähnlich verhält es sich mit der Nationalhymne. Hoffmann von Fallerslebens Worte waren von einem patriotischen Lied über Freiheit und nationale Einheit zu einer mächtigen ideologischen Waffe in den Händen pangermanischer Zirkel geworden, um den Aufstieg Deutschlands zu einer Weltmacht zu rechtfertigen. Der „Langemarck-Mythos“, der besagte, daß in der Schlacht von Ypern im Herbst 1914 die Deutschen beim Angriff das Deutschlandlied gesungen hätten, bewirkte, daß sich die politische Rechte an dieses Symbol klammerte. Nach dem Krieg wurde das Deutschlandlied per Gesetz zur deutschen Nationalhymne erklärt. Ebert wollte an die eigentlichen, demokratisch-nationalen Wurzeln des Liedes anknüpfen, weshalb er besonders die dritte Strophe „Einigkeit und Recht und Freiheit“ betonte: Sie galt als unbelastet vom nationalistischen Chauvinismus. Das Lied wurde letztlich zwar von allen politischen Kräften akzeptiert (mit Ausnahme der extremen Linken), die Bedeutung aber, die man denselben Worten beimaß, war sehr verschieden.

Ein Festtag, der nur in der deutschen Linken Fuß faßte, war der 9. November, der Tag der Republik. Indem er an die Revolution erinnerte, blieb er den bürgerlichen Kräften, die sich wohl mit der Republik und der Demokratie identifizierten, fremd. So scheute sich auch die SPD nicht, den 9. November zu einem Festtag einzig und allein für das Proletariat zu machen. In diesem Zusammenhang sind drei Artikel des „Vorwärts“ bemerkenswert:

„*Ein Herz, ein Volk, ein Vaterland*, so klang das Lied eines Sängerkhors aus und an diese Worte anknüpfend gab der Redner der Erwartung Ausdruck, daß die so schmerzlich vermißte Einheit des Proletariats zur Tat werden möge, um das zu verwirklichen, was wir von der Revolution erwarten: den Sieg des Sozialismus!“<sup>25</sup>

---

25. - -, *Der Feiertag der Freiheit, Vorwärts* - Morgenausgabe, 10. November 1919, S. 1.

In einem weiteren Artikel heißt es:

„Bei aller Unzulänglichkeit, die sich im öffentlichen Leben bemerkbar macht, hat das deutsche Volk doch keine Ursache, an der Republik zu verzweifeln. [...] Der Revolutionäre Weltkrieg hatte in seinem Ausgang der deutschen sozialistischen Arbeiterschaft die politische Macht zeitweilig in den Schoß geworfen. [...] Heute heißt es darum für alle sozialistisch Denkenden, die demokratische Republik zu sichern und auf ihrem Boden den sozialen Fortschritt zu erkämpfen, dem als Endziel die sozialistische Gesellschaftsordnung winkt.“<sup>26</sup>

Der dritte Artikel bewertet den Feiertag des 9. November folgendermaßen:

„Die Republik begeht heute ihren dritten Geburtstag. Das ist ein Anlaß, nicht zu Jubelfeiern, aber zu ernsten Gedanken. [...] Nach der totalen Auflösung der alten Ordnung wäre Deutschland ins Chaos versunken, wenn nicht die Arbeiter die Führung übernommen und die deutsche Republik aufgerichtet hätten. [...] Das Recht stolz zu sein, haben aber vor allem diejenigen Arbeiter, die in allen Fährden und Nöten der Sozialdemokratischen Partei treu geblieben sind. [...] Sie begriffen dank ihrer politischen Schulung, daß die Entwicklungsstufe, für die Deutschland im Augenblick seiner Niederlage reif wurde, keine andere war als die der demokratischen Republik. Sie begriffen, daß man nun dieses Erreichbare schaffen und mit den Fäusten festhalten mußte, um für spätere Fortschritte erst einmal den Boden vorzubereiten. [...] In diesem Sinne feiern wir heute den 9. November als den Tag, an dem das deutsche Volk unter Führung seiner Arbeiter sich von den verhängnisvollen Irrtümern der Vergangenheit losriß und auf einem neuen Weg zu einer besseren Zukunft den entscheidenden ersten Schritt tat. Unerschütterlich auf ihm zu beharren, weiterzukämpfen für Demokratie Sozialismus und ehrlichen Volksfrieden sei unser Gelöbnis zu seiner dritten Wiederkehr.“<sup>27</sup>

Die Artikel zeigen, daß die Abgrenzung nicht nur von außen, also von nicht-sozialistischen Parteien kam, sondern daß auch die linken Bewegungen selbst den 9. November als ihre ureigene Domäne ansahen. Der Tag war auf diese Weise nur eingeschränkt der Öffentlichkeit zugänglich und wurde in der Folgezeit zusätzlich stark instrumentalisiert.

Anders liegt der Fall des 11. August. Der Verfassungstag war ein Festtag, der von Reichspräsident Ebert persönlich gefördert wurde. Aber nur wenige Parteien unterstützten den Reichspräsidenten in dieser Initiative. Die rechtsgerichteten Parteien hatten mit dem 11. August wenig im Sinn, sie feierten weiterhin den Reichsgründungstag, den 18. Januar; den linken Parteien, unter ihnen auch die SPD, blieb der Festtag fremd, weil die Arbeitertradition wichtiger schien als die neue demo-

26. - -, *Zwei Jahre Republik*, *Vorwärts* - Morgenausgabe, 9. November 1920, S. 1.

27. Vgl. O. Braun, *Zum 9. November*, *Vorwärts* - Morgenausgabe, 9. November 1921, S. 1.

kratische Situation. Tatsächlich erinnern Flugblätter und Plakate nicht an dieses Fest. Nur 1923 hebt der „Vorwärts“ die Feiern heraus und schreibt in der Abendausgabe des 11. August:

„Die schwarzrotgoldenen Fahnen wehten heute aus Anlaß des Verfassungstages über einer Stadt, die aus der furchtbaren Bedrängnis der Zeit heraus wenig Feierstimmung aufbringen konnte. Trotzdem boten die Straßen der Innenstadt vielfach ein geradezu festlich anmutendes Bild. Von vielen öffentlichen Gebäuden wehten die Farben der Republik.“<sup>28</sup>

## *7. Schlußbemerkungen*

Trotz aller erwähnter Schwankungen und trotz der Tatsache, daß die Parteibasis ihre Klassenzugehörigkeit nie ablegte, war die SPD in den ersten Jahren die Hauptstütze der Weimarer Republik. Die republikanische Identität der SPD reifte in den zahlreichen kritischen Momenten der jungen deutschen Demokratie. Symbolpolitisch blieb man der traditionellen Symbolik des proletarischen Klassenkampfes treu, der nationale Horizont war zweitrangig. Die Versuche, sich in eine Volkspartei zu verwandeln, waren unsystematisch. Diese Herausforderung trat erst zu Beginn der dreißiger Jahre in aller Schärfe zutage, als die Sozialdemokratie die Demokratie in Deutschland praktisch alleine verteidigen mußte.

---

28. - -, *Die Verfassungsfeiern.*, *Vorwärts* - Abendausgabe, 11. August 1923, S. 1.



ITALIENISCHE CHRISTDEMOKRATEN IN DER DEBATTE UM DIE  
SCHAFFUNG EINES GEEINTEN EUROPA:  
LINA MORINO UND IHR EINSATZ FÜR DAS „NEUE DEUTSCHLAND“  
IN DER ZEIT VON 1945 BIS 1954<sup>1</sup>

Tiziana Di Maio

*Lina Morino, eine Europapolitikerin der ersten Stunde*<sup>2</sup>

Die italienische Journalistin Lina Morino gehört zu den wichtigsten Urhebern und Förderern der Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen den christdemokratischen Parteien Italiens und Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg. Über zwanzig Jahre nach Morinos Tod, dem eine lange Zeit des Schweigens und der politischen Untätigkeit seitens der Democrazia Cristiana (DC) vorausgegangen war, erinnern sich jedoch die Mitglieder ihrer Partei heute kaum noch an sie, auch weil sich ihre journalistische Karriere nicht auf politischer Ebene fortsetzte.

Lina Morino war eine Christdemokratin der ersten Stunde<sup>3</sup>. Sie war Mitglied der Zentralkommission der DC in der Abteilung „Kontakte zur ausländischen Presse“, arbeitete mit der Frauenbewegung der DC und der Europäischen Union zusammen und war 1969 als Vizepräsidentin in der Abteilung „Presse- und Öffentlichkeitsarbeit“ der *Europäischen Union der Frauen* tätig. Morino war jedoch nie Mitglied der Re-

1. Übersetzung aus dem Italienischen von Monika Schiefer und Audrey Busch (Rom).

2. Ein Teil der Studie über Lina Morino ist von der Autorin schon unter dem Titel „Un'artefice sconosciuta dell'integrazione europea: Lina Morino“, in Beatrice Pisa (Hrsg.), *Cittadine d'Europa. Integrazione europea e associazioni femminili italiane*, Milano, 2003, S. 185-202 veröffentlicht worden.

3. Carolina Laura Morino (genannt Lina) kam in einem kleinen Ort des Camonica-Tals in einer Familie von traditionell sozialistischer Gesinnung zur Welt. Während des Faschismus emigrierte sie nach Frankreich und beendete ihr Studium an der Sorbonne in Paris. Der Aufenthalt in Frankreich wurde für ihre politischen Ideen weichenstellend: Hier lernte sie den katholischen Philosophen Jacques Maritain kennen, der in jenen Jahren seine Gedanken zum Ideal der „Neuen Christlichkeit“ entwickelte und sein Werk „Integraler Humanismus“ (1936) veröffentlichte. In Frankreich begann auch ihre Karriere als Schriftstellerin: Sie beteiligte sich an der „Nouvelle Revue Française“, über die sie auch ein Buch schrieb, das 1939 erschien. (L. Morino, *La Nouvelle Revue Française dans l'Histoire des Lettres*, Gallimard, Paris, 1939). Im gleichen Jahr promovierte sie in Philosophie an der Universität Fribourg in der Schweiz. Die Kriegszeit verbrachte sie zwischen Frankreich, Italien und der Schweiz und begann im Verborgenen ihre politische Arbeit. Als enge Mitarbeiterin von Piero Malvestiti (der zusammen mit Alcide De Gasperi einer der Gründerväter der Democrazia Cristiana war) trat sie sofort nach dem Krieg in die Redaktion der „Democrazia“ ein, die als wöchentliches Parteiorgan der Mailänder DC von Malvestiti und Luigi Meda geleitet wurde.

gierung oder des Parlaments; ihr einziges offizielles politisches Amt übte sie als Leiterin des Büros für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Europäischen Gemeinschaft aus. Lina Morino engagierte sich vielmehr aktiv in ihrer Partei, vor allem im Bereich der internationalen Zusammenarbeit mit den christlichen Parteien anderer Länder. Zwar wird ihr Name nie unter den offiziellen Ämtern der DC aufgeführt, ihr Engagement wird jedoch anhand der in deutschen Archiven aufbewahrten Dokumente offensichtlich. Die sorgfältige Durchsicht dieser Dokumente ermöglicht eine Definition der Rolle, die Lina Morino in der italienischen DC für die Einleitung des europäischen Einigungsprozesses und vor allem für die rasche Integration der Bundesrepublik Deutschland in die internationale Staatengemeinschaft in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg spielte. Ihre informelle Rolle war dabei nicht weniger wichtig als andere institutionell anerkannte Rollen, die bekannte politische Persönlichkeiten übernommen hatten: Zu Beginn der Nachkriegszeit war Lina Morino gleichsam das Bindeglied zwischen der italienischen DC und der deutschen Christlich Demokratischen Union (CDU). Über einen Zeitraum von etwa 20 Jahren setzte sie sich ohne Unterbrechung – als Mitarbeiterin der verschiedenen Parteisekretäre der DC und auch durch ihre journalistische und schriftstellerische Tätigkeit – für die Zusammenarbeit zwischen den christlichen Parteien Europas, für das Zusammenwachsen, die Einheit und die Festigung des Friedens auf dem sogenannten „alten Kontinent“ ein. Bereits seit 1948 konzentrierte Lina Morino ihre Tätigkeit vor allem auf die Debatte um die Deutschland-Frage innerhalb Europas, auf die Wiederaufnahme und Festigung der Beziehungen zwischen der DC und der CDU/CSU und auf die Verbreitung eines neuen Deutschlandverständnisses in der italienischen Öffentlichkeit durch ihr journalistisches Engagement.

Zum besseren Verständnis der Rolle, die Lina Morino in diesen verschiedenen Bereichen spielte, soll hier zunächst die damals in der Öffentlichkeit vorherrschende Einstellung zur Rolle Deutschlands als einem der Gründerstaaten der Europäischen Gemeinschaft untersucht werden. Sowohl historische als auch diplomatische Studien zur Entstehung des europäischen Integrationsprozesses vernachlässigen oft die-

sen Aspekt der Reaktion der Bevölkerung der verschiedenen europäischen Staaten auf die erneute Eingliederung Deutschlands in die internationale Staatengemeinschaft. Es darf jedoch nicht vergessen werden, dass sich in der Zeit unmittelbar nach Kriegsende, nach Bekanntwerden der Schrecken der Lager und der Verbrechen, die die Nazis und die Wehrmacht in den besetzten Ländern verübt hatten, die These einer sogenannten „kollektiven Schuld“ ausbreitete, aufgrund derer die Weltöffentlichkeit das ganze deutsche Volk für die Übel des Nationalsozialismus verantwortlich machte und eine exemplarische Strafe für dieses Volk forderte – ein Volk, das in weniger als dreißig Jahren die Welt zweimal in die Tragödie eines Krieges gestürzt hatte. Außerdem war in der Zeit unmittelbar nach Kriegsende auch in Italien das allgemeine Misstrauen hinsichtlich einer möglichen Demokratisierung Deutschlands Anstoß für eine regelrecht deutschlandfeindliche Kampagne. So wird auch verständlich, dass es unmöglich gewesen wäre, die europäischen Völker von einer Teilnahme Deutschlands am europäischen Integrationsprozess zu überzeugen, wenn sich in der europäischen Öffentlichkeit das Bild vom nationalsozialistischen Deutschland und den „bösen Deutschen“ gehalten hätte. Doch Deutschland wurde schon bald als ein wesentliches Element für die Schaffung eines vereinten Europa betrachtet. Mit Beginn des Kalten Krieges wurde Deutschland sogar zum „Vorposten der westlichen Welt“ und zum „Schutzwall gegen den Kommunismus“ betrachtet und seine Teilnahme am Prozess der europäischen Integration wurde zur *conditio sine qua non* für das Überleben Europas an sich.

Vor diesem Hintergrund sahen die europäischen Regierungen die Notwendigkeit, das Bild eines „neuen Deutschlands“ in der öffentlichen Meinung zu verankern. Das setzte voraus, dass sich die Berichterstattung über das Land nicht ausschließlich auf die nationalsozialistischen Konzentrationslager, das brutale Vorgehen der ehemaligen Besatzungsmacht und die Prozesse gegen Verbrechen der Nationalsozialisten beschränken durfte. In diesem Kontext steht Lina Morino.

Lina Morino nahm 1947 als Delegierte der italienischen DC an den „Genfer Sitzungen“ teil, die auf informeller Ebene Beziehungen zwi-

schen den christlichen Parteien Westeuropas schaffen sollten. Die „Genfer Sitzungen“, eine französisch-deutsche Initiative, verfolgten das Ziel, den Frieden zwischen den beiden Ländern als Grundlage für den Frieden in Europa zu festigen. Der Wiederaufbau Europas und die Wiedergutmachung der Verfehlungen der Vergangenheit wurden als Grundvoraussetzung angesehen, doch vor allem betrachteten die Genfer Delegierten es als ihre Pflicht, die Fehler der Vergangenheit in Zukunft zu vermeiden und der Versuchung eines strafenden Diktats zu widerstehen. Zu diesem Zweck wollten die „Genfer Sitzungen“ eine möglichst schnelle Wiedereingliederung eines gleichberechtigten, friedlichen und nicht mehr aggressiven Deutschlands in die internationale Staatengemeinschaft fördern. Bei den „Genfer Sitzungen“ handelte es sich aber auch um eine erste, provisorische Form der Koordinierung zwischen den christdemokratischen Parteien Europas. Ideale Basis dieser Treffen waren die gemeinsamen Werte der christlichen Tradition und die ablehnende Einstellung gegenüber dem Kommunismus. An den Gesprächen nahmen bedeutende Politiker - insbesondere Abgeordnete, Minister und zukünftige Staatschefs (Georges Bidault, Konrad Adenauer und Theodor Lefèvre) - aber auch Schriftsteller, Gewerkschaftler und Journalisten teil; Lina Morino und die holländische Abgeordnete Magaretha Klompé waren die einzigen anwesenden Frauen. Entsprechend ihrer Konzeption als „informelle Runde“ waren die Genfer Treffen für die christlichen Parteien ein Forum zur Debatte über europäische Themen und interne Probleme der Teilnehmerländer. Das gab den Parteien die Möglichkeit zum Gedanken- und Erfahrungsaustausch, wobei zudem versucht wurde, Absprachen über gemeinsame Richtlinien der Innen- und Außenpolitik zu treffen. Der größte Erfolg lag vor allem darin, dass die Beziehungen zwischen den christdemokratischen Parteien Westeuropas in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg wiederhergestellt wurden. Durch die direkte Teilnahme und die jeweilige Berichterstattung der Delegierten an die Parteispitze im Herkunftsland wurden die „Genfer Gespräche“ auch zu einem wichtigen Mittel der Information über die politischen Hintergründe in den einzelnen Ländern, der die jeweiligen Regierungschefs eine besondere Bedeutung

beimaßen. Die Genfer Delegierten gelangten zu dem Beschluss, dass die westeuropäischen Länder nur gemeinsam der Bedrohung des Kommunismus widerstehen könnten. Außerdem waren sie davon überzeugt, dass nur ein vereintes Europa nicht Gefahr liefe, vom Wettstreit zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion oder von einem eventuellen Abkommen zwischen den beiden Großmächten zu Lasten des alten Kontinents erdrückt zu werden. Es war Konrad Adenauer, der bei der Sitzung vom 10. Juni 1949 diese Befürchtung zum Ausdruck brachte und die Notwendigkeit einer Stärkung Europas hervorhob: „Die amerikanische Öffentlichkeit sorgt sich nicht um Europa, dies ist gefährlich, denn sie könnte ein Abkommen mit der Sowjetunion zu Lasten Europas akzeptieren, sie ist unzuverlässig“<sup>4</sup>. Die in Genf versammelten christlichen Parteien vertraten schließlich die Ansicht, dass die Deutschlandfrage im europäischen Kontext gelöst werden müsse: durch die Aufnahme Deutschlands in die Familie der freien Völker des Westens und in ein auf den Grundlagen der Werte der christlichen Tradition vereintes Europa. Für die deutschen Delegierten waren diese Treffen von besonderer Bedeutung, einerseits, weil sie die erste internationale Zusammenkunft waren, bei der ihre Teilnahme zugelassen wurde und bei denen sie ihre Ansicht zu politischen Problemen im eigenen Land zum Ausdruck bringen konnten; andererseits, weil die Deutschlandfrage und deren Lösung stets auf der Tagesordnung dieser Sitzungen stand. In Genf setzte man großes Vertrauen in die CDU unter Adenauer; die Delegierten waren der Meinung, dass dessen Politik, in deren Mittelpunkt die französisch-deutsche Annäherung und die Entscheidung für den Westen stand, zum Entstehen eines neuen Deutschland führen würde, das nationalistischen und auf Angriff ausgerichteten Bestrebungen widerstehen würde. Bei der Sitzung vom 21. November 1949 bekräftigte der französische Abgeordnete Robert Bichet: „Wenn Adenauer und seine Partei lange an der Regierung bleiben, wird es keinen Anlass zur Beunruhigung geben“; der Belgier de Scriver erklärte, er habe großes Vertrauen zu Adenauer und glaube „an einen echten Wan-

---

4. Sitzungsprotokoll der Genfer Sitzungen vom 10. Juni 1949, Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad Adenauer Stiftung, Sankt Augustin (ACDP), I-009-017/1, Bruno Dörpinghaus, Genfer Konferenz.

del der öffentlichen Meinung der Deutschen, die nach der Niederlage wirklich eine französisch-deutsche Annäherung wünscht“<sup>5</sup>. Zu den Erfolgen der „Genfer Sitzungen“ gehörte es deshalb auch, dass es gelungen war, eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen Franzosen und Deutschen wiederherzustellen und dies zu einer Zeit, in der die öffentliche Meinung in Frankreich noch sehr deutschlandfeindlich war und die Behörden des Landes die Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen Franzosen und Deutschen für noch nicht angebracht hielten<sup>6</sup>. Die Teilnahme an diesen Tagungen war für die zukünftige Tätigkeit von Lina Morino von ausschlaggebender Bedeutung: Auch wenn sie – wie bereits erwähnt – nie ein offizielles politisches Amt innehatte, lernte sie doch auf diese Weise wichtige Vertreter der christlichen Parteien Europas kennen und konnte dadurch Kontakte mit Persönlichkeiten herstellen, die später die Geschicke ihrer Länder leiteten und die Grundlagen für die Europäische Union schufen. Gleichzeitig gründeten die christlichen Parteien Europas auf Initiative der Schweizer Volkspartei ein offizielles Koordinierungsorgan: die sogenannten „Nouvelles Equipes Internationales“ (NEI). Ziel der NEI war es, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der christlichen Parteien zu fördern und damit eine gemeinsame politische Linie für das Entstehen einer politischen Einheit Europas zu schaffen: „Europa vereinen oder sterben“, lautete das Motto der NEI. Ihre Gründung wurde von der Konferenz der christlichen Parteien beschlossen, die vom 27. Februar bis 3. März 1947 in Luzern tagte. An dieser Konferenz nahmen die Delegierten der christlichen Parteien und Bewegungen der Länder Italien, Frankreich, Österreich, Belgien, Holland, Luxemburg und England teil. In seiner Rede forderte der Sekretär der DC, Attilio Piccioni, die versammelten Vertreter der christlichen Parteien zur Zusammenarbeit auf, damit „christlich-soziale Ideen mit einem entschiedenen Ansporn zur Befriedung“<sup>7</sup> zum Entstehen des neuen Europa beitragen konnten. Am Ende

---

5. Sitzungsprotokoll der Genfer Sitzungen vom 21. November. 1949, ACDP, I-009-017/1, Bruno Dörpinghaus, Genfer Konferenz.

6. „Unser aller Europa gründet auf der französisch-deutschen Wiederannäherung“, Sitzungsprotokoll der Genfer Sitzungen vom 10. Juni. 1949, ACDP, I-009-017/1, Bruno Dörpinghaus, Genfer Konferenz.

7. I. Giordani, *L'unità spirituale dell'Europa*, „Popolo e Libertà“, 9.3.1947. Die italienische Delegation auf dem

seiner Rede verlas er den Appell der Zentralkommission der DC vom 14. Februar desselben Jahres an die christdemokratischen Parteien auf der ganzen Welt, mit der Bitte um eine Revision der Friedensverträge mit Italien, in der die DC die Schwesterparteien darum bat, auf die Regierungen und auf die öffentliche Meinung in ihren Ländern, hinsichtlich der kurz zuvor unterzeichneten Friedensverträge, Einfluss zu nehmen. In dem Appell war das Friedensabkommen als „extrem hart“ bezeichnet worden, und man beklagte, dass viele darin enthaltene Punkte sich nicht an „jenen christdemokratischen Prinzipien“ inspirierten, auf die sich die Vereinten Nationen bei ihrem Kampf gegen den Imperialismus und den faschistischen und japanischen Militarismus bezogen hatten, „bei dem sie in der Folge auch vom italienischen Volk unterstützt wurden“. In Anbetracht der besonderen Härte des italienischen Friedensabkommens hielten die Christdemokraten „den Wiederaufbau von Vertrauen geprägter internationaler Beziehungen und eine Zusammenarbeit für einen dauerhaften Frieden“ für äußerst schwierig. Abschließend erinnerte der Appell an die „besonderen Bindungen“, die die christdemokratische Partei Italiens mit den Parteien christdemokratischer Prägung der anderen Länder vereinten, und merkte an, dass es eben diese Bindungen seien, die die DC dazu veranlassten, darauf zu vertrauen, dass dieser „ernste und dringliche Appell nicht auf taube Ohren stoßen wird“<sup>8</sup>. Genauso wie die Teilnehmer der Genfer Sitzungen vertraten die Delegierten der NEI die Ansicht, dass das christliche Europa durch den Einfluss von Sozialisten und Liberalen gefährdet sei, und deswegen meinten sie, dass die christlichen Parteien diese Gefahr eines Europa unter sozialistischer Flagge nur mit vereinten Kräften abwenden könnten. Im Unterschied zu den Genfer Sitzungen handelte es sich bei den NEI um ein offizielles Koordinierungsorgan; die alljährlichen Kongresse fanden in jeweils verschiedenen Städten in den Mitgliedsländern

Luzerner Kongress wurde von dem Parteisekretär Piccioni geführt und setzte sich aus Igino Giordani, Enrico Tosi, Giulio Andreotti, Franco Nobili, Giuseppe Castelli und Lina Morino zusammen. Vgl.: *Réunion Internationale des Chefs des Partis d'Inspiration Chrétienne/Internationales Convenium christlicher Staatsmänner Europas, Liste des Présences des délégués officiels*, ACDP, IX-002-100/1.

8. I. Giordani, *L'unità spirituale dell'Europa*, zit. Der Appell des Zentralkomitees der Democrazia Cristiana an die christlichen Parteien der Welt ist veröffentlicht in A. Damilano (a cura di), *Atti e documenti della Democrazia Cristiana 1943-1967*, vol. I, Roma, 1967, S. 301-302.

statt und wurden von der Presse stets mit großem Interesse verfolgt. Zu den Zielen der NEI gehörte auch die Überwindung von Barrieren und Hindernissen, die durch den Zweiten Weltkrieg zwischen den europäischen Ländern entstanden waren. So schrieb Lina Morino 1947:

„Nach einem langen und zerstörerischen Krieg empfinden die christlichen Parteien mehr denn je die Notwendigkeit klärender Worte und die Dringlichkeit, auch allgemeine Informationsprinzipien zu formulieren, die eine gemeinsame ideologische und doktrinäre Grundlage darstellen und auf ein Handeln und eine organische Entwicklung der verschiedenen Bewegungen auf internationaler Ebene abzielen“<sup>9</sup>.

Zu diesem Zweck wolle man auch die europäische Öffentlichkeit auf die Themen der Integration aufmerksam machen, weshalb die NEI auch im kulturellen Bereich äußerst aktiv waren. Bereits in den ersten Nachkriegsjahren wurden Fragebögen zur Ergründung der öffentlichen Meinung zu Themen des Friedens und der europäischen Einigung zusammengestellt; außerdem wurden außerordentliche Studienseminare und Kurse für Studenten veranstaltet. Besondere Aufmerksamkeit wurde auch Themen aus den Bereichen Wirtschaft und Soziales gewidmet. Der Kongress von 1948 befasste sich ausschließlich mit der Deutschlandfrage<sup>10</sup>. Die NEI bestanden aus einem Sekretariat, einem Exekutiv Ausschuss und verschiedenen Kommissionen (Wirtschaft, Kultur und Soziales); eine eigene Abteilung gab es für Jugend. Viele Mitglieder der NEI nahmen gleichzeitig als Delegierte an den Genfer Gesprächen teil oder waren später Mitglieder des Europarates und des Europäischen Wirtschaftsrates. Auf diese Weise wurden die von den NEI formulierten Programme und Direktiven auch in diese Organismen eingebracht. Im Rahmen der NEI war Lina Morino, die nicht als offizielle Entsandte teilnahm, ein wertvolles Bindeglied zwischen den wichtigsten italienischen Delegierten und dem Generalsekretariat der NEI. In der Tat übte sie ihre ganze Tätigkeit im Einklang mit dem Geist der NEI und deren wichtigster

9. Lina Morino, *Incontro internazionale*, „Democrazia“, 16. März. 1947, S. 1.

10. Der Kongress, der dem Thema *Le problème allemand* gewidmet war, fand in Luxemburg vom 30. Januar bis zum 1. Februar 1948 statt. Siehe Acdp, IX-002-011/2. Zum ersten Mal wurden Vertreter der CDU/CSU eingeladen, auch wenn sie nur als „Gasthörer“ anwesend waren. Die offizielle Aufnahme der Partei Adenauers in die NEI wurde im Juni 1948 vollzogen. Protokoll des Exekutiv-Ausschusses, Lièges, 21. Juni 1948, S. 3, ACDP, IX-002-005/1.



programmatischer Zielsetzung aus: Sie wollte das Interesse der Öffentlichkeit an Themen des Friedens, der europäischen Einigung und des Kampfes gegen den kommunistischen Materialismus wecken. Lina Morino betrachtete das „gegenseitige Verständnis“ als bedeutendstes Ziel der internationalen Zusammenarbeit zwischen den christlichen Parteien, da ein solches Verständnis Grundlage für die Entstehung von „reellen und konkreten Möglichkeiten der Unterstützung im alltäglichen Engagement zur Überwindung der aktuellen internationalen Lage“ sei.<sup>11</sup> Zu diesem Zweck ging mit ihrem internationalen politischen Engagement auch eine intensive journalistische Tätigkeit einher, mit der sie die italienische Öffentlichkeit auf diese Themen aufmerksam machen wollte. Bereits seit 1947 bezeichnete Lina Morino in ihren von der christdemokratischen Tageszeitung „Democrazia“ veröffentlichten Artikeln den Appell, mit dem sich die in Luzern versammelten christlichen Parteien an die Großmächte gewandt hatten, um sie zu bitten, „die negative Haltung der Verteidigung und des Vorbehalts aufzugeben“, als wichtigstes Ergebnis der internationalen Zusammenarbeit, die von dieser Konferenz ausgegangen war; dabei rief sie diese Mächte selber dazu auf, „auf die Horizonte einer gewinnbringenden Zusammenarbeit und einer wahren Verbrüderung der Völker zuzuschreiten“, deren erster Schritt später die Gründung der Christlichen Internationalen sein sollte. Doch nach Ansicht von Lina Morino war die Christliche Internationale allein nicht ausreichend, wenn sie nicht von einer Bewusstseinsbildung in ganz Europa begleitet wurde, dank derer Europa der „Spannung und dem Abgrund“ widerstehen konnte, „die sich zwischen dem Osten und dem Westen aufboten.“<sup>12</sup>

### *„Trait d'union“ zwischen DC und CDU/CSU*

Die zweite Zielsetzung der Tätigkeit von Lina Morino war die Wiederaufnahme und Festigung der Beziehungen zwischen der DC und der CDU. In diesem Kontext ist es wichtig, ihre besondere Beziehung

---

11. Lina Morino an Konrad Adenauer, 29. März. 1949, Archiv der Stiftung Bundeskanzler Adenauer Haus (StBKAH), Rhöndorf, Nachlaß Konrad Adenauer, 1/09.03.

12. Lina Morino, *Incontro internazionale*, zit.

zu Konrad Adenauer in Erinnerung zu bringen. Lina Morino lernte den späteren Kanzler der Bundesrepublik Deutschland 1948 bei einer Versammlung der Genfer Sitzungen kennen<sup>13</sup>. Aus dem Briefwechsel zwischen Konrad Adenauer und Lina Morino wird deutlich, dass sich die beiden abgesehen von politischen Dingen auch menschlich sehr gut verstanden. Diese freundschaftliche Beziehung setzte sich über Jahre fort und wurde auch von der zunehmenden Verantwortung des Kanzlers und dessen wachsendem Bekanntheitsgrad nicht beeinträchtigt. Adenauer hielt auch die Teilnahme von Lina Morino an den Genfer Sitzungen für äußerst wichtig, und nach den jeweiligen Sitzungen der Runde erörterten er und die italienische Journalistin in „persönlichen Gesprächen“ die politische Situation, was Adenauer sehr schätzte und was beide später im Briefwechsel fortsetzten<sup>14</sup>. Anhand der zur Verfügung stehenden Quellen kann Lina Morino als eine der wichtigsten Urheberinnen und Förderinnen der Aufnahme der Beziehungen zwischen der DC und der CDU betrachtet werden. Bereits Ende der 40er Jahre stellte sie sowohl bilaterale als auch europaweite Kontakte zwischen den wichtigsten Vertretern der DC und der CDU her, wobei sie sich für die Lösung verschiedener Fragen engagierte, die nach Kriegsende zwischen den beiden Ländern offen geblieben waren. Es kann hier zum Beispiel daran erinnert werden, dass sie die Kriegsgräberpflege für in Italien gefallene deutsche Soldaten in Gang brachte. 1948 wurde ein italienisches Frauenkomitee gegründet (dem Lina Morino und die Tochter des stellvertretenden Ministerpräsidenten Attilio Piccioni, Donatella, angehörten), das sich einer angemessenen Pflege der Gräber deutscher Soldaten annehmen sollte. Bis dahin waren die Gefallenen auf verschiedenen italienischen Friedhöfen begraben worden, wo sich niemand um die Grabpflege kümmerte. Drei Jahre nach Kriegsende wurde dieser Beschluss als „Symbol der freundschaftlichen Einstellung

---

13. Adenauer nahm bis zur Zusammenkunft vom 10. Juni 1949 persönlich an den Genfer Gesprächen teil. Die folgende Sitzung, die anfänglich für den 4. November geplant war, wurde auf den 21. verschoben, und der Kanzler, der schon seinen Aufenthalt in Genf geplant hatte – u.a. mit der Hilfe von Lina Morino, die er gebeten hatte, ihm eine Unterbringung in einer Privatwohnung zu finden – konnte daran wegen seiner Wahl zum Kanzler nicht teilnehmen. Siehe den Brief vom 19. Dezember 1948 und die Telegramme vom 15. und 18. Oktober 1949 von Konrad Adenauer an Lina Morino, StBKAH, NL Konrad Adenauer, 07.08.

14. Konrad Adenauer an Lina Morino 10. Dezember. 1948, StBKAH, NL Konrad Adenauer, I/09.03.

Italiens“ Deutschland gegenüber gewertet, wie „Die Neue Zeitung“ im Mai 1948 schrieb.<sup>15</sup> Dieser Beschluss stellte in der Tat einen Beweis dafür dar, dass Italien die Ablehnung der ehemaligen Besatzungsmacht überwinden wollte, die in den Jahren unmittelbar nach Kriegsende auch durch Schändungen von Gräbern deutscher Gefallener zum Ausdruck gekommen war. Aufgrund ihrer politischen Bedeutung – auch was die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern anbelangt – wurde diese Initiative auch „von De Gasperi öffentlich begrüßt und unterstützt“<sup>16</sup>. In den 50er Jahren festigten sich die Beziehungen zwischen der DC und der CDU: Die bilateralen Treffen wurden häufiger, Delegationen der jeweils anderen Partei nahmen an nationalen Parteitag und italienisch-deutschen Studienseminaren teil, die sich mit den Beziehungen zwischen den beiden Ländern befassten. Während De Gasperis Amtszeit entwickelte sich zwischen der DC und der CDU/CSU ein ausgeprägt solidarisches gegenseitiges Verständnis, das in entscheidendem Maße zur Annäherung zwischen den beiden Völkern beitrug; zwischen den beiden Parteien herrschte auch unter politischen Gesichtspunkten Einklang, was für die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen zwischen Italien und Deutschland (1951) und den Beginn der europäischen Einigung entscheidend war. De Gasperi sah eine Hauptaufgabe des demokratischen Italiens darin, das neue Deutschland in die Gesellschaft zivilisierter europäischer Völker zurückzuführen und nach Kräften an einer Überwindung des französisch-deutschen Gegensatzes zu arbeiten. Als wichtiger offizieller Beweis für die Unterstützung, die Italien unter De Gasperi Deutschland zukommen ließ, kann Adenauers Rombesuch im Jahr 1951 gewertet werden: Es war der erste offizielle Besuch des Kanzlers im Ausland. Zu den Gründen, die den Kanzler dazu bewogen hatten, Italien für seine erste Auslandsreise zu wählen, schreibt Adenauer-Biograph Hans Peter Schwarz: „Die Erklärung ist einfach und ein klein wenig deprimierend, weil Adenauer derzeit nur in Italien uneingeschränkt willkommen war.“<sup>17</sup> Dabei hatte De Gasperi eine schwierige und äußerst heikle Auf-

15. *Italien gibt Deutschland die Hand*, „Die Neue Zeitung“, 7. August. 1948.

16. Ebd.

17. H.-P. Schwarz, *Adenauer*. Band I. *Der Aufstieg 1876-1952*, DVA, Stuttgart, 1986, S. 868.

gabe übernommen, denn eine offensichtlich zu sehr deutschlandfreundliche Position hätte ihn – in Italien und im Ausland – zur Zielscheibe für die sozialistisch-kommunistische Opposition gemacht, die häufig an die Achse Rom-Berlin erinnerte. Das italienische Eingreifen war ausschlaggebend für die Aufnahme Deutschlands in den Europarat und für dessen gleichberechtigte Eingliederung in die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Adenauer vergaß die italienische Hilfe nicht, und als sich die Position seines Landes innerhalb der internationalen Staatengemeinschaft gefestigt hatte, war er bereit, die Diplomatie seiner Regierung in den Dienst Italiens zu stellen<sup>18</sup>. In diesem Zusammenhang übernahm Lina Morino wieder eine bedeutende Rolle, nicht nur was die organisatorischen Dinge anbelangt, sondern auch unter politischen Gesichtspunkten: Sie kümmerte sich persönlich um die Beziehungen zwischen der DC und der CDU und reiste in De Gasperis Auftrag mehrmals nach Deutschland, um mit Vertretern der CDU und Adenauer selbst geheime Fragen hinsichtlich der Beziehung zwischen den beiden Parteien zu erörtern. Das persönliche Vertrauen, das Lina Morino zur Zeit der *leadership* von De Gasperi gewonnen hatte, d.h. während der Jahre, in denen die Beziehungen zwischen Italien und der Bundesrepublik am intensivsten waren, machte es ihr möglich, ihr Engagement in diesem Bereich und der damit verbundenen europäischen Einigung bis in die 60er Jahre hinein fortzuführen.

### *Lina Morino und das „neue Deutschland“*

Das politische Engagement auf internationaler Ebene wurde von einer umfassenden journalistischen Tätigkeit begleitet, die darauf ab-

---

18. Im Sommer 1953 wurde Lina Morino von De Gasperi in die Bundesrepublik Deutschland entsandt, um mit dem Bundeskanzler über die Konsequenzen zu sprechen, die die inneritalienischen Schwierigkeiten für die gemeinsamen Projekte einer europäischen Einigung hatten (in dieser Zeit schien die „Triest-Frage“ einer für Italien ungünstigen Lösung nahe). Adenauer bat Lina Morino wörtlich, „De Gasperi zu versichern, dass er auf unsere Unterstützung in jeglicher Situation zählen kann“. Das Zitat stammt aus dem Bericht, den Lina Morino für De Gasperi anlässlich der Unterredung verfasste, die sie mit Adenauer auf der Bühlerhöhe im Juli 1953 geführt hatte, und ist veröffentlicht in L. Morino, *De Gasperi costruttore dell'Europa con Adenauer e Schuman*, in *Testimonianze su De Gasperi*, Torino, 1956, S. 137-149. Dank des persönlichen Engagements Morinos wurde in den Band auch der Beitrag von Adenauer aufgenommen. Vgl. K. Adenauer, *Riconoscenza per Alcide De Gasperi*, Ebd., S. 11-16.

ziele, die öffentliche Meinung in Italien über die Themen des „neuen Deutschlands“ und der europäischen Einigung zu informieren.

Wie bereits erwähnt, bedurfte es während der 50er Jahre einer besonderen öffentlichen Sensibilisierungskampagne, damit die Bürger das Engagement ihrer Regierungen zugunsten einer Eingliederung Deutschlands in die damals entstehende Europäische Gemeinschaft befürworteten. Nach Überwindung der materiellen Probleme der Jahre unmittelbar nach Kriegsende war es notwendig, das Bild eines neuen Deutschlands zu vermitteln. Das alte Deutschland war das nationalsozialistische; das neue Deutschland war ein Land, das nach der Überwindung der nationalsozialistischen Diktatur, zusammen mit den „freien Völkern des Westens“, mit denen es die kulturellen und religiösen Wurzeln teilte, den Weg einer Einigung einschlagen wollte, die zum Erhalt des Friedens beitragen und Europa vor der Gefahr des Kommunismus bewahren konnte. In dieser Absicht veröffentlichte Lina Morino zwischen 1950 und 1960 zahlreiche Artikel über die Bundesrepublik und mehrere Interviews mit Adenauer. Leitmotiv dieser Interviews waren die Probleme im Zusammenhang mit dem Beginn der europäischen Einigung; in Italien trugen sie dazu bei, dass jenes europäische Bewusstsein entstehen konnte, das Lina Morino bereits 1947 für notwendig erachtet hatte. In ihren Artikeln und Interviews lenkte sie die Aufmerksamkeit des italienischen Lesers immer wieder auf die Europapolitik des Kanzlers. Deshalb entstand auch das Bild eines Adenauer, der sich entschieden für Europa einsetzte und eines Vorsitzenden der christlichen Partei, dem es nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus gelungen war, einen Prozess der Demokratisierung in der deutschen Bevölkerung einzuleiten. Der Leser wurde auch über die demokratischen Fortschritte des „neuen Deutschlands“ und über dessen eindeutige und bedingungslose Entscheidung für den Westen informiert. In einem 1951 von der Zeitung „Il Popolo“ – der Tageszeitung der DC – veröffentlichten Interview schrieb Lina Morino – wenige Tage vor Adenauers Besuch in Rom: „Adenauer ist mit Sicherheit die beste Garantie für das christliche und europäische Deutschland der Zukunft“. Der Kanzler hatte in diesem Interview „die Festigung des Frie-

dens“ als Hauptziel der deutschen Politik genannt.<sup>19</sup> Das Interview von 1951 ist ein typisches Beispiel für die Vorgehensweise der italienischen Journalistin; denn es wurde kurz vor Adenauers Ankunft in Rom veröffentlicht, weil es notwendig schien, die sozialistisch-kommunistischen Versuche zu vereiteln, permanent an die dunkle italienisch-deutsche Vergangenheit zu erinnern. Außerdem musste die öffentliche Meinung in Italien von der Beständigkeit der guten italienisch-deutschen Beziehungen überzeugt werden, da gerade 1951 in Italien Zweifel an einem Deutschland aufkamen, „das eher zur Förderung der französisch-deutschen Beziehungen als zu einer Beschleunigung der italienisch-deutschen Beziehungen geneigt zu sein schien“. Diese Zweifel wurden jedoch vom deutschen Kanzler beseitigt, der, nachdem er der italienischen Regierung dafür gedankt hatte, „dass sie sich stets für eine völlige Gleichberechtigung Deutschlands innerhalb der Gemeinschaft der freien Völker eingesetzt hatte“, zudem bekräftigte, dass ohne eine „Übereinkunft zwischen Deutschland, Frankreich und Italien keine wahre Harmonie in Europa möglich ist“<sup>20</sup>. In diesem Sinn stellte Lina Morino den Besuch des Kanzlers und die italienisch-deutschen Beziehungen vor dem Hintergrund der europäischen Beziehungen im Bemühen um die Stärkung eines neuen Europa dar. In dem Interview wurde vor allem auch darauf hingewiesen, dass die soliden Grundlagen der Regierungskoalition unter Führung der Christdemokraten eine Garantie für die künftige Außenpolitik der Bundesrepublik waren, die bedingungslos auf einer Befürwortung Europas gründete. In einer von „Libertas“ 1952 veröffentlichten Beschreibung der Person des Kanzlers erinnerte Lina Morino an die Genfer Jahre, als Adenauers Entscheidung für Europa bereits zu einer tiefen Überzeugung geworden war<sup>21</sup>. Auf dem europäischen Kontinent würde lange Frieden herrschen, da die „französisch-deutsche Feindschaft, die über Jahrhunderte hinweg der Albtraum Europas gewesen war“, durch den Schuman-Plan und die ge-

19. Lina Morino, *Un'intesa fra Italia, Francia e Germania indispensabile per una vera armonia in Europa*, „Il Popolo“, 16. 3. 1951.

20. Ebd.

21. Lina Morino, *Adenauer*, „Libertas“, 27.1.1952/ N. 3, S. 8.

plante Schaffung einer vereinten europäischen Armee endgültig überwunden worden war<sup>22</sup>. Gerade die Europäische Verteidigungsgemeinschaft sollte – nach Ansicht Adenauers – dazu beitragen, dass „ein europäisches Solidaritätsbewusstsein unter den Jugendlichen der verschiedenen Länder entstand“<sup>23</sup>. Die Beständigkeit der Regierungskoalition unter christdemokratischer Leitung war eine Garantie für die zukünftige Außenpolitik der Bundesrepublik, die bedingungslos auf der Entscheidung für Europa basierte<sup>24</sup>. Einige Monate später schrieb Lina Morino: „In der Bundesrepublik Deutschland stellt sich der christlichen Ausrichtung auf politischer Ebene praktisch nichts entgegen, denn sie stellt den einzigen Weg dar, der mit den dauerhaften Bedürfnissen des Vaterlandes und der Freiheit vereinbar ist.“<sup>25</sup> Wie auch in anderen Ländern gestaltete sich in Italien die Debatte über eine mögliche Wiederaufrüstung Deutschlands als besonders schwierige Etappe auf dem Weg zur europäischen Einigung. 1953 vertrat der Vorsitzende der Italienischen Kommunistischen Partei, Palmiro Togliatti, in einem seiner zahlreichen Angriffe auf die Europäische Verteidigungsgemeinschaft die Ansicht, dass diese den germanischen Militarismus wieder erwachen lassen und Italien bald in einen neuen Krieg hineinziehen würde. Kurz danach dementierte Adenauer in einem Interview mit Lina Morino Togliattis These und bezeichnete die Europäische Verteidigungsgemeinschaft als „Garantie für den Erhalt des Friedens“<sup>26</sup>.

Lina Morino verfasste auch eines der ersten in Italien veröffentlichten Bücher über die Bundesrepublik. In ihrem Buch mit dem vielsagenden Titel *Nascita e volto della nuova Germania* (auf deutsch: „Entstehung und Gestalt des neuen Deutschland“) identifiziert sie die er-

22. *Problemi e posizione della Germania d'oggi (nostra intervista con Adenauer)*, „Libertas“, 27. März. 1952/ N.11, S. 4. Das Interview ist nicht unterzeichnet, aber aus den Dokumenten, die sich im Bundesarchiv in Koblenz befinden, kann man entnehmen, dass Lina Morino die Autorin war.

23. Ebd.

24. Ebd.

25. Ebd.

26. „Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft ist keine Gefahr für die Nachbarn Deutschlands und auch nicht für die UdSSR, sondern sie stellt [im Gegenteil] eine Garantie für die Friedensbewahrung dar“, Lina Morino im Interview mit Konrad Adenauer für die Wochenzeitung „Libertas“ (10. Dezember. 1953); die verschiedenen Versionen des Interviews befinden sich im Bundesarchiv, Koblenz (BA), Innenministerium, B. 145/4412.

sten Jahre der Bundesrepublik im Wesentlichen mit der christdemokratischen Partei und ihrer Regierung<sup>27</sup>.

Ein Großteil der Tätigkeit von Lina Morino ist noch nicht erforscht. Eine Untersuchung ihrer zahlreichen Beiträge für die Zeitschriften und Tageszeitungen der DC zeigt das Ausmaß ihrer unermüdlichen Tätigkeit und ihrer zwar inoffiziellen, aber dennoch entscheidenden Rolle für die Entstehung eines vereinten Europa. Ihr Beitrag ist vor dem Hintergrund der Prinzipien zu sehen, die von den christlichen Parteien in Genf und im Rahmen der Nouvelles Equipes Internationales formuliert worden waren. Die Parteizeitung „Il Popolo“ erinnert an Lina Morino mit den Worten „Ihr Einsatz ging weit über ein Amt oder eine Stelle bei der Europäischen Gemeinschaft hinaus, denn es handelt sich um eine tiefe Überzeugung, die sie durch eine ausgeprägte menschliche Kommunikationsfähigkeit mitzuteilen versuchte, die eine ihrer persönlichen Charaktermerkmale war.“<sup>28</sup>

---

27. Lina Morino, *Nascita e volto della nuova Germania*, Roma, 1958.

28. G. F. M., *È morta Lina Morino. Lascia vivo rimpianto*, „Il Popolo“, 23.7.1981.



### **III**

### ***INSZENIERUNGEN***



# ZWISCHEN NATIONALISMUS UND ÜBERNATIONALER IDENTITÄT. KRIEGERDENKMÄLER VON MINDERHEITEN NACH DEM ERSTEN WELTKRIEG AM BEISPIEL SIEBENBÜRGENS

Bernhard Böttcher

## I. *Einleitung und Fragestellung*

Für das übergeordnete Thema „Nationalismus, Patriotismus und europäische Identität“ ist eine Untersuchung über „Kriegerdenkmäler von Minderheiten“ aufschlußreich. Allein schon die Themenfelder „Krieg“ und „Kriegsverarbeitung“ sind wichtig. So gehören nach Dieter Langewiesche zum Krieg als emotionalem Nationsbildner: Außenabgrenzung, Staatenbildung, Sezession und Freiheitskampf, Eroberung und Abwehr.<sup>1</sup> „Kriegsverarbeitung“, und damit eng verbunden Totenkult und Kriegerdenkmäler, sind einerseits Teilaspekte der Identitätssuche nach einem katastrophalen Einschnitt wie beispielsweise dem Ersten Weltkrieg, andererseits gehören sie, wie der Krieg selbst, zu den Instrumenten von Nationalisierung (G. L. Mosse) oder sind deren Ausdruck (R. Koselleck).

Eine Untersuchung über Minderheiten und deren Kriegerdenkmäler läßt die Problematik des Übergangs zwischen Nationalismus bzw. klassischer Nationalstaatlichkeit einerseits und übernationaler, vielleicht europäischer Identität andererseits erkennen. Zum einen orientieren sich Minderheiten an ihrer „Mutternation“ außerhalb des Staates, in dem sie leben, zum anderen ist ein Nationalismus wie in „klassischen“, „reinen“ Nationalstaaten nicht möglich oder zumindest problematisch. So nehmen Minderheiten oftmals auf die Gegebenheiten und andere Ethnien „Rücksicht“, was sich in vielen Traditionen zeigt. Konflikte werden anders ausgetragen als zwischen einander feindlichen Nachbarstaaten mit festen Grenzen. Die Lage in einem Vielvölkerstaat legte meistens nahe, sich in irgendeiner Form miteinander zu arrangieren. Vielvölkerstaaten boten für die jeweiligen Minderheiten zuweilen ih-

---

1. Vgl. Langewiesche, Dieter, *Nation, Nationalismus, Nationalstaat in Deutschland und Europa*, München 2000, S. 26ff.

rerseits Identifikationsmöglichkeiten an, welche sich vom „Nationalbewußtsein“ in Nationalstaaten unterschieden.

Kriegerdenkmäler von Minderheiten erhellen in diesem Zusammenhang mehreres. Sie verdeutlichen, wie sich die Minderheit an der Mutternation in der Art, den Krieg und die Kriegsfolgen zu verarbeiten, orientierte. Im Falle Deutschlands und der deutschen Minderheit in Rumänien beispielsweise waren sich beide darin gleich, daß sie sich als Verlierer fühlten. Doch die Art der Niederlage sowie die neue Situation nach 1918 waren unterschiedlich. Die deutsche Minderheit befand sich als Verlierer in einem (neuen Vielvölker-)Staat, der selbst zu den Gewinnern des Krieges gehörte und somit den Krieg und die Kriegsfolgen ganz anders bewertete als sie selbst. Die Kriegerdenkmäler solcher „Verlierer-Minderheiten“ in „Sieger-Staaten“ zeigen, wie sich beide Seiten arrangierten und die neue Situation 1918 verarbeiteten. Die Kriegerdenkmäler der deutschen Minderheiten schlossen also nicht einfach an die Denkmäler im Nachkriegsdeutschland an, sondern entwickelten eine eigene Art der Erinnerung, die der Minderheitensituation Rechnung trägt. Obwohl die Minderheit dabei auf Identitätssuche ist und auf das Mutterland schaut, kann sie nicht einfach die Sprache des Nationalismus sprechen, die sonst – so die Theorien Mosses und Kosellecks – Kriegerdenkmälern des Ersten Weltkrieges zu eigen ist. Einen Teilaspekt dieses Spannungsfeldes zwischen Nationalismus und übernationaler Identität zeigt die folgende Analyse deutscher Kriegerdenkmäler in Siebenbürgen nach 1918.

## II. *Theoretische Einordnung und Untersuchungsraaster*

Das politische Denkmal ist ein Teilgebiet der symbolischen Manifestationen, mit denen soziale, politische und mentale Bedürfnisse, also Legitimationen, Erinnerung einer Nation oder einer Gesellschaft ausgedrückt werden.<sup>2</sup> Ein Denkmal ist folglich Spiegel des Bewußt-

---

2. Vgl. Sellin, Volker, *Völker, Mentalitäten in der Sozialgeschichte*, in: Wolfgang Schieder und Volker Sellin (Hrsg.), *Sozialgeschichte in Deutschland*, Bd. III, Göttingen 1987, S. 101-121, (fortan: *Mentalitäten/Sozialgeschichte*), S. 116.

seins.<sup>3</sup> Das bedeutet, daß man die Verhaltensdisposition, also die vom Bewußtsein gegebenen Handlungsspielräume bzw. deren Wandel, anhand von Denkmälern ablesen kann. Man muß dabei zunächst zwischen synchroner Bewußtseinsprägung, die sozusagen als „Filter“ bereits vor dem Krieg vorlag und im Krieg als (Primär-)Erfahrung gemacht wurde, und diachroner, durch die Kriegsfolgen entstandener Bewußtseinsprägung trennen, da im zurückblickenden Bewußtsein der Nachkriegszeit meist Krieg und Kriegsfolgen zusammenfallen und die Unterschiede sich verwischen.<sup>4</sup> Zu den synchronen Faktoren der Vorprägung zählt man folgende: Historische Erfahrungen, Traditionen, mythisierende Verarbeitung der Geschichte. Aus der Kriegszeit selbst kommen die Erfahrungen des „Ausnahmestands“, der „Entgrenzung“ und u.U. der Mythisierung der Schlachten und des Kriegsverlaufes hinzu. Wichtig dabei ist die Sinnggebung bereits im Krieg. Entweder kämpft man zur Verteidigung der Heimat, oder aber der Krieg wird als Mission geführt. Nach Kriegsende wird aus dem Kriegserlebnis Kriegserinnerung, die entweder glorifiziert oder verdrängt wird. Die diachronen Faktoren der Bewußtseinsprägung, wie z.B. die neue materielle, gesellschaftliche oder politische Situation nach dem Krieg, vor allem das Faktum Sieg oder Niederlage, kanalisieren die Erinnerung. Man muß zur Differenzierung folgende Fragen stellen: Werden der Krieg und das massenhafte Sterben nun in der Nachbetrachtung anders gedeutet als während des tatsächlichen Geschehens? Haben sich die Opfer (trotzdem) „gelohnt“? Für unsere Untersuchung von Minderheiten kommt eine höchst wichtige Frage hinzu: Findet man sich in einem neuen Staat oder neuartigem (Minderheiten-)Status wieder? Diese Fragen sollen anhand von Kriegerdenkmälern, die Ausdruck und Mittel der Sinnsuche und Sinnggebung nach dem Krieg sind, behandelt werden.

3. Vgl. ders., *Napoleon auf der Säule der Großen Armee. Metamorphose eines Pariser Denkmals*, in: Christof Dipper, Lutz Klinkhammer und Alexander Nützenagel (Hrsg.), *Europäische Sozialgeschichte. Festschr. für Wolfgang Schieder*, Berlin 2000, S. 377-402 (fortan: *Vendôme-Säule*), S. 378.

4. Koselleck, Reinhart, *Erinnerungsschleusen und Erfahrungsschichten. Der Einfluß der beiden Weltkriege auf das soziale Bewußtsein*, in: Ders. (Hrsg.), *Zeitgeschichten. Studien zur Historik*, Frankfurt/Main 2000, S. 265-286, (fortan: *Erinnerungsschleusen und Erfahrungsschichten*) S. 266f.

Kriegerdenkmäler sind Zeugnisse des Bewußtseins und des Verständnisses derer, die sie erbauen. In ihrer Gestaltung und Interpretation drückt sich aus, wie die Initiatoren und diejenigen, die mit den Denkmälern umgingen, den Krieg und den Tod im Krieg verarbeiteten. Während Totengedenken einen allgemeinen Bestandteil der menschlichen Kultur darstellt, ist Gefallenengedenken Teil der politischen Kultur.<sup>5</sup> Kriegerdenkmäler sollen an den von Menschen verursachten Tod erinnern und darüber hinaus die Rechtfertigung dieses Todes beschwören, da Kriegstod legitimationsbedürftiger und erinnerungswürdiger als der natürliche Tod ist.<sup>6</sup> Es wird nicht nur gestorben, sondern „für etwas“ gestorben. Der Sinn des „Sterbens für ...“, wie er auf Denkmälern festgehalten wird, wird von den Überlebenden gestiftet. Es wird – *ex post* – eine gemeinsame Identität von Lebenden und Toten beschworen. Die Toten sollen für dieselbe Sache gestorben sein, für die die Überlebenden, die das Denkmal errichten, einstehen wollen. Jede Form der Erinnerung verweist auf die politische und soziale Lage der Entstehungszeit. Es gibt mehrere Zugriffsweisen auf ein Denkmal: eine sozialgeschichtliche, die nach den Bedingungen der Entstehung fragt, und eine politisch-ideologische, die untersucht, welche politischen Absichten dem Denkmal sinnstiftend innewohnen. Des weiteren untersucht man semantisch die Aussage der Inschriften, die Reden, die am Denkmal gehalten wurden, und kunsthistorisch die ästhetischen Aussagen.<sup>7</sup> Vor allem soll das „Sterben für ...“, die große bzw. die Gesamtzahl der Toten und der politische Zusammenhang gedeutet, legitimiert und mitunter auch verklärt werden.<sup>8</sup>

Nach Koselleck geben Kriegerdenkmäler nicht nur Auskunft über die Haltung und Absicht der Denkmalsstifter, sondern sagen etwas über den Stand der Säkularisation, der Demokratisierung und der Nationalisierung einer Gesellschaft bzw. einer Nation aus. Während bis

---

5. Vgl. ders., *Einleitung*, in: Ders. und Michael Jeismann (Hrsg.), *Der Politische Totenkult. Kriegerdenkmäler in der Moderne*, München 1994, S. 9-20, (fortan: *Politischer Totenkult*), S. 9.

6. Vgl. ders., *Kriegerdenkmale als Identitätsstiftung der Überlebenden*, in: Odo Marquard (Hrsg.), *Identität*, München 1979 (= *Poetik und Hermeneutik*, Bd. VIII), S. 253-276, (fortan: *Kriegerdenkmale*) S. 256.

7. Vgl. Koselleck, *Politischer Totenkult*, S. 11.

8. Koselleck, *Kriegerdenkmale*, S. 267.

ins 18. Jahrhundert die christliche Todesdeutung vorherrschte – der Tod war nicht das Ende –, wurde spätestens seit der Französischen Revolution dem Tod ein größerer Diesseitsbezug gegeben. Durch Verdrängung der christlichen Todesdeutung entstand ein Freiraum für weltliche politische Sinnstiftung. Die Jenseitshoffnung wurde auf eine irdische und politische Zukunftshoffnung projiziert.<sup>9</sup> An die Stelle der Totenmesse rückte der politische Totenkult. Der Tote hatte dazu beigetragen, das politische Heil eines Volkes oder Staates zu verbürgen.<sup>10</sup> Demokratisierung des Totenkultes bedeutet bei Koselleck, daß seit der Französischen Revolution jeder einzelne, nicht mehr nur der Fürst oder der Heilige, denkmals- und erinnerungswürdig war. Das lag zum einen an der tatsächlichen politischen Demokratisierung – Denkmäler waren nicht mehr alleinige Sache von Fürsten oder Kirche, sondern auch des selbstbewußten und aufstrebenden Bürgertums –, zum anderen aber auch an der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, d.h. der neuartigen Freiwilligenarmeen.<sup>11</sup> Daß an Kriegerdenkmälern der Stand der Nationalisierung abzulesen ist, gehört in den breiteren theoretischen Rahmen des Nationaldenkmals des 19. und 20. Jahrhunderts. Als Beispiele für Deutschland seien das Hermannsdenkmal im Teutoburger Wald, das Niederwalddenkmal am Rhein, das Kyffhäuserdenkmal und das Völkerschlachtdenkmal in Leipzig genannt, die gleichzeitig mit der großen Anzahl an Kaiser-Wilhelm- und Bismarck-Denkmalern entstanden. Diese Monumentalkunst nennt Mosse „Selbstdarstellung eines demokratisch gelenkten Volkes“. Solche Nationaldenkmäler objektivierten die Ideale der Nation und waren der Raum für „Weihestätten“ nationaler Feste und Kulte.<sup>12</sup>

Für Koselleck stellt der Erste Weltkrieg nun hinsichtlich der Kriegerdenkmäler einen Höhepunkt und einen Einschnitt zugleich dar. Die Entwicklung des 19. Jahrhunderts wurde weitergeführt, doch nach 1918, nach der in dieser Form völlig neuen Erfahrung eines vierein-

9. Vgl. Koselleck, *Kriegerdenkmale*, S. 261.

10. Vgl. Koselleck, *Politischer Totenkult*, S. 14.

11. Vgl. Koselleck, *Kriegerdenkmale*, S. 259.

12. Vgl. Mosse, George L., *Nationalisierung der Masse*, Frankfurt/Main/Berlin/Wien 1975, S. 62 u. 64ff.

halbjährigen Materialkrieges mit enormen Menschenverlusten, konnte nicht ohne weiteres an die Sprache des 19. Jahrhunderts mit seinen vergleichsweise kurzen und „gehegten“ Kriegen angeknüpft werden. Es ist auffällig, daß nach einer Phase des hilflosen Schweigens und ohne nationalen Pathos erst ab Mitte der 1920er Jahre mit der Errichtung von Denkmälern für die Toten des Weltkrieges begonnen wurde.<sup>13</sup>

Während Koselleck und Mosse hinsichtlich der Genese seit 1789 und für das 19. Jahrhundert zu sehr ähnlichen Ergebnissen kommen, geht Mosse bei der Bewertung der Zeit nach 1918 über Koselleck hinaus. Mosses Hauptthese lautet, daß der Gefallenenkult nach 1918 zu einem zentralen Bestandteil der säkularen Religion des Nationalismus, besonders in Verliererstaaten wie Deutschland, wurde.<sup>14</sup> Die allgegenwärtige Präsenz der die Trauer symbolisierenden Kriegerdenkmäler und der Totenkult vor der Kulisse der Denkmäler bewirkten eine „Gegenwart des Krieges“ auch nach Kriegsende, ja eine „gewisse Brutalisierung der Nachkriegspolitik“. <sup>15</sup> Gerade in Staaten, in denen der innenpolitische Kampf tobte, war für viele der Krieg mental nicht beendet.<sup>16</sup>

Die bisherige Theorie legt ein Raster für die allgemeine Untersuchung von Kriegerdenkmälern nahe. Bei den zu untersuchenden Kriegerdenkmälern des Ersten Weltkrieges muß man zunächst drei Gruppen unterscheiden:

1. *Schlachtfelder und Soldatenfriedhöfe auf bzw. bei Schlachtfeldern*: Diese Orte gelten als die authentischsten Erinnerungsorte, die aber dadurch auch zur Stätte von politischer und nationaler Instrumentalisierung werden können. Für das Erfassen der Gefallenen, die Pflege und Verwaltung dieser Gräber wurde deutscherseits 1919 der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge gegründet.<sup>17</sup> Im Laufe der Zwischenkriegszeit wandelte sich – auf allen Seiten – die Form des Geden-

13. Vgl. Koselleck, *Kriegerdenkmale*, S. 272.

14. Vgl. Mosse, George L., *Gefallen für das Vaterland*, Stuttgart 1993, S. 14.

15. Ebda., S. 191.

16. Vgl. ebda., S. 220.

17. Vgl. Tietz, Jürgen, *Monumente des Gedenkens*, in: Rainer Roth (Hrsg.), *Die letzten Tage der Menschheit. Bilder des Ersten Weltkrieges*, Berlin, 1994, S. 397-408, (fortan: *Monumente*) S. 398f.



kens zunehmend von der schlichten Totenehrung zur sinnstiftenden Heldenehrung.

2. *Zentrale Monumente in Hauptstädten:* Nach dem Ersten Weltkrieg errichteten beinahe alle kriegführenden Staaten ein „Grab des Unbekannten Soldaten“ als Ort des zentralen Totengedenkens bzw. als zusätzliches Nationaldenkmal.<sup>18</sup>

3. *Gemeindedenkmal*er als der am meisten verbreitete Typus des *Kriegerdenkmals:* Diese Denkmäler, die annähernd in jeder Gemeinde auf eigenen Wunsch und meist mit eigener Finanzierung (durch lokale Komitees, Verbände, private Spender, Kirche oder Kommune) errichtet wurden, sind zum einen am „persönlichsten“, da die aus der eigenen gesellschaftlichen Mitte Gerissenen, die eigenen Angehörigen, meist durch namentliche Nennung vor dem Vergessen bewahrt werden sollten.<sup>19</sup> Zum anderen sagen diese Denkmäler am konkretesten etwas über die Mentalitäten des „einfachen Volkes“ aus. Man muß darüber hinaus bei der Analyse und Einordnung der Kriegerdenkmäler auf weitere Vergleichspunkte und Aspekte achten:

- Wurde auf den Denkmälern, neben religiöser oder nationaler Symbolik, der Gefallene als „Bürger“ oder als „Soldat“ thematisiert? Nach Koselleck kann man daran nicht nur den Stand der nationalen Identität, sondern auch den des Staatsbürgerverständnisses – Pflichtausübung oder generelle Wehrbereitschaft – ablesen.<sup>20</sup> Wird der Verlust des Mitbürgers beklagt oder der Kämpfer als Vorbild hingestellt?
- Aufschlußreich für die Betrachtung ist, ob und wie auf den Denkmälern der Sieg oder die Niederlage verarbeitet wird. Der Sieger glorifiziert seine Helden, ihr Sterben hat sich „gelohnt“. Doch auch die Verlierer beanspruchen „Ruhm“ für ihre Toten. Neben bloßen Trost treten dann Deutungen wie „Im Felde unbesiegt“ und Aussagen, die die gefallenen Soldaten und ihren vergangenen Kampf

18. Vgl. ebda, S. 405.

19. Vgl. Koselleck, *Erinnerungsschleusen*, S. 279.

20. Vgl. ebda, S. 282.

als vorbildliches Ideal verklären und zugleich die Revision des derzeitigen Kriegsergebnisses auf die Zukunft vertagen.<sup>21</sup>

- Auch hinsichtlich Kriegerdenkmälern in einer Stadt oder auf dem Lande bestehen beachtenswerte Unterschiede. Städte hatten oft mehrere, mitunter konkurrierende Denkmäler, die Bewohnerschaft war (sozial, konfessionell usw.) weniger homogen als auf dem Land.
- Der Zeitpunkt der Errichtung eines Denkmals – während des Krieges, direkt nach Kriegsende oder wesentlich später – sowie der weitere chronologische Verlauf auch nach der Anregung, Errichtung und Einweihung des Denkmals sind zu untersuchen. Wie verlief der Alltag, wie waren z.B. Feiertage oder Gedenktage mit dem Denkmal ritualisiert? Wie wurde nach dem Verblassen der unmittelbaren Kriegserlebnisse bzw. dem Aussterben der Erlebnisgeneration mit dem Denkmal umgegangen? Wies das Denkmal weiterhin in die Zukunft oder zeugte es nur noch von der Vergangenheit?<sup>22</sup> Und wurde solch ein Denkmal Kulisse einer anderen, vom ursprünglich gedachten Totengedenkkult differierenden politischen Artikulation, die sich als Hüter oder Deuter der Erinnerung präsentierte?<sup>23</sup>

### III. *Kriegerdenkmäler in Siebenbürgen*

#### III.1. Bewußtseinsprägung

Für die Denkmalanalyse sind zunächst die eingangs genannten Faktoren der Bewußtseinsprägung der zu untersuchenden Gruppe herauszustellen. Für die Siebenbürger Sachsen ergibt sich dabei, in sicherlich sehr kurzer Form, folgendes Bild:

21. Vgl. Weinland, Martina, *Was der Nachwelt blieb. Denkmäler zum Ersten Weltkrieg in Berlin, Paris und London*, in: Rainer Roth (Hrsg.), *Die letzten Tage der Menschheit. Bilder des Ersten Weltkrieges*, Berlin 1994, S. 435-444, (fortan: *Denkmäler zum Ersten Weltkrieg*) S. 438.

22. Vgl. Koselleck, *Erinnerungsschleusen*, S. 279.

23. Vgl. Jeismann, Michael und Westheider, Rolf, *Wofür stirbt der Bürger? Nationaler Totenkult und Staatsbürgertum in Deutschland und Frankreich seit der Französischen Revolution*, in: Reinhart Koselleck und Michael Jeismann (Hrsg.), *Der Politische Totenkult. Kriegerdenkmäler in der Moderne*, München 1994, S. 23-50, (fortan: *Wofür stirbt der Bürger?*) S. 44.

### *Vorkriegszeit*

Das Bewußtsein der langen Tradition einer von den ungarischen Königen ins Land gerufenen privilegierten Rechtsnation und der religiösen Toleranz seit der Reformation war auch trotz der Aufhebung der Nationsuniversität 1876 und dem erstarkenden Magyarisierungsdruck seit dem Ausgleich 1867 nicht geschmälert, sondern hatte vielmehr zu einer festen Geschlossenheit nach innen, besonders mittels eigener Kirche und Schule, aber auch zu einer Ausrichtung auf das 1871 gegründete Deutsche Reich – und weniger nach Wien oder Budapest – geführt.

### *Kriegserfahrung*

Während Siebenbürgen in den ersten beiden Jahren von Kriegseinwirkungen verschont blieb, wurde der überraschende Angriff der Rumänen 1916 mit dem mittelalterlichen Mongoleneinfall verglichen. Die Heimat war existentiell bedroht und umkämpft, die ungarische Grenzabwehr hatte versagt, und ein Großteil der Bevölkerung floh. Dagegen prägte sich der Einsatz Siebenbürgens durch die reichsdeutschen Truppen als besonders positive Erfahrung ein: In dieser „zweiten“ deutschen Landnahme wurden die Deutschen wie „Brüder“ begrüßt, und die Zukunft verhieß nach dem Sieg über Rumänien ein deutsch geprägtes Mitteleuropa.

### *Nach 1918*

Zu dem Gefühl der militärischen Niederlage, dem Gefühl, umsonst gekämpft zu haben, kam durch den Zusammenbruch der Donaunomarchie eine völlige Ungewißheit in politischer, sozialer und ökonomischer Hinsicht hinzu. Zwar verlief der Übergang an Rumänien weitestgehend friedlich und ohne Revolution, doch im neuen großrumänischen Staat waren die Sachsen nicht mehr die rechtlich privilegierte Minderheit. Vor allem die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sollten sich durch Bodenreform und Geldumtausch erheblich verschlechtern. Während im Weltkrieg der Kampf als Verteidigung der eigenen Heimat gedeutet worden war, wurden die Niederlage und die Überga-

be an Rumänien gleichsam als unausweichlich hingenommen. Die eigene militärische Leistung und Haltung im Krieg wurde dabei als ehrenhaft gewertet. Die Art von „Heldentum“, der Aspekt der Landes-/Heimatverteidigung konnte gepflegt und sogar von der rumänischen Seite, der neuen Obrigkeit, akzeptiert werden. Aufopferungsbereitschaft und Heimatliebe waren Begriffe, die von beiden Seiten verstanden und verwendet wurden. Nihilistische Begriffe wie „Stahlbad“ u.ä. tauchten ebenso wenig auf wie Untergangsmetaphern im Bezug auf 1918 oder haßerfüllte Revancheparolen. Die Reflexion über den vergangenen Krieg war religiös geprägt und kirchlich eingebettet. Die negativen Kriegsfolgen wurden als göttliche Prüfung, Walten Gottes und Mahnung gesehen. Die Sorge richtete sich auf die konkrete Lage nach dem Krieg und das künftige Fortleben der eigenen Kultur. Beides erforderte – der Kriegszeit vergleichbar – Anstrengungen und Zusammenhalt.

### III.2. Totenkult in Siebenbürgen

Auf dem Gebiet Siebenbürgens kommen mehrere Typen von Kriegerdenkmälern zusammen: Auf der einen Seite gibt es die Gedenktafeln der jeweiligen Gemeinden für ihre gefallenen Gemeindemitglieder, auf der anderen Seite fielen in Siebenbürgen, das selbst Schlachtfeld war, auch Soldaten verschiedener Nationalität, deren Gräber gepflegt werden mußten. Für die Gräber reichsdeutscher, österreichischer und sächsischer Gefallener übernahm die Sächsische Kriegsgräberfürsorge (KGF), die bereits im Krieg unter der Leitung von Auguste Schnell entstanden war. Nach 1918 verstand es die KGF geschickt, zwischen den verschiedenen Stellen zu vermitteln und die eigene Position auszubauen, was eine erstaunlich große Effektivität ermöglichte. Finanzielle oder auch ideelle Unterstützung (z.B. „Friedhofspatenschaften“) erhielt sie dabei vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, der sich zum Ziel gesetzt hatte, alle deutschen Gräber zu pflegen, und somit an Vertretern vor Ort interessiert war. Neben den offiziellen rumänischen Stellen bzw. der rumänischen Kriegsgräberfürsorge (*Cultul Eroilor*) konnte sich die sächsische KGF als un-

abhängige Institution behaupten und trotz unterschiedlicher Konzepte vorsichtig Akzente setzen. Theoretisch beriefen sich beide Seiten auf die gleiche Grundlage, nämlich auf die christliche und humane Pflege der Gräber sowie auf das ehrende Andenken aller Toten als Helden. Praktisch kümmerte sich jeder Zweig der Kriegsgräberfürsorge um die „eigenen“ Toten – eine Aufgabenteilung, die wohl noch aus der Kriegszeit stammte. Da die Gräber in Siebenbürgen meist in Gemeindefriedhöfen lagen, fielen diese in die Zuständigkeit der jeweiligen sächsischen (Kirchen-)Gemeinde, die von der KGF materiell und organisatorisch unterstützt wurde. Somit stand die Grabpflege für die – zumeist reichsdeutschen – Soldaten und das Gedenken an die gefallenen Gemeindeglieder unter der Aufmerksamkeit der deutschen, der sächsischen und teilweise der rumänischen Kriegsgräberfürsorge.

### III.3. Fallbeispiele

#### 1. *Landgemeinde Rosenau 1927*

Am „Denkmalsbrunnen“ der südlich von Kronstadt gelegenen Gemeinde Rosenau wird deutlich, wie Symbolisches mit praktisch Notwendigem, wie das Gedenken an die eigenen Verstorbenen mit der Grabpflege der deutschen Soldaten verbunden wurde. Auf dem Gemeindefriedhof des überwiegend deutschen Rosenau waren 1916 acht deutsche Soldaten beerdigt worden. Da es auf dem Friedhof kein Wasser gab, wurden im Sommer 1927 eine Wasserleitung und ein Brunnen angelegt, mit welchem zugleich den gefallenen Sachsen Rosenaus und den vor Ort bestatteten deutschen Soldaten ein „Denkmalsbrunnen“ gesetzt werden sollte. Das stets fließende Wasser des Brunnens sollte ein „Sinnbild dauernden Gedenkens an unsere teuren Helden“ sein.<sup>24</sup> Über dem Wasserbecken war eine von einem heimischen Künstler entworfene Gedenksäule aus Kunststein angebracht. An der Vorderseite der Säule befand sich oben ein Reliefbild, das Christus beim Trösten einer Kriegerwitwe zeigte. Darunter waren die Worte zu lesen: „Wer bis

24. Kirchliche Blätter aus der ev. Landeskirche A.B. in Siebenbürgen. Ev. Wochenschrift für die Glaubensgenossen aller Stände, Hermannstadt, (fortan *KB*) Nr. 26/1928, 28.6.1928, S. 280.

zum Tod getreu im Kampfe stand,/ Bleibt auch in fremder Erde im Heimatland“, gefolgt von der Widmung „Den toten Helden zur Ehre/ 1914-1918“. An der Rückseite der Säule war oben ein Eisernes Kreuz angebracht, darunter standen die Inschrift „Den deutschen Helden in altdeutscher Treu“ sowie die Namen der acht gefallenen und im Oktober 1916 bestatteten Deutschen. An den Seiten der Säule waren die Namen der 40 gefallenen Gemeindeglieder Rosenaus eingemeißelt. Der Standort des Brunnens als „Zierde des Friedhofs“<sup>25</sup> lag offensichtlich bewußt genau in der Sichtachse auf dem breiten Platz vor der Friedhofskapelle gegenüber dem Eingang. Der Brunnen vereinigte mehrere Elemente des Totenkultes. Zum einen wurde das Gedenken an die eigenen Gemeindeglieder, die bislang in Rosenau keinen Gedenkstein hatten, zehn Jahre nach Kriegsende nachgeholt. Das stets fließende Wasser hatte nicht nur praktischen Nutzen, sondern stand symbolisch für das (ewige) Leben und die (ewige) Erinnerung. Es weckte aber ebenso Assoziationen an die Tränen der trauernden Angehörigen, die durch das Christusbild Trost religiöser Art finden konnten. Die dort abgebildete Witwe oder Mutter sprach in ihrer Trauer den betroffenen Angehörigen in Rosenau aus dem Herzen, aber es konnte auch eine Witwe oder Mutter eines deutschen Soldaten im fernen Deutschland gemeint sein. Der Spruch an der Vorderseite legt zwei Interpretationen nahe. „Auch in fremder Erde im Heimatland“ bleiben konnte sowohl der sächsische Soldat der k.u.k. Armee, an den die Gemeinde sich persönlich erinnerte und dessen fernes Grab sie nicht kannte, als auch der reichsdeutsche Soldat, der hier vor Ort bestattet war. Bei beiden wurde davon ausgegangen, daß sie Helden gewesen seien. Sie hatten bis zum Tod getreu gekämpft, so wie es der erste Teil des Spruchs als Bedingung forderte. Die gefallenen Gemeindeglieder blieben – unabhängig davon, wo ihr tatsächliches Grab lag – in der Erinnerung der Hinterbliebenen, d.h. „im Heimatland“. Die deutschen Soldaten, an die, so die Annahme, auch in Deutschland erinnert wurde, würden in siebenbürgischer Erde wie in ihrem Heimatland ruhen, da sie getreu, d.h. „auch

---

25. Ebda, S. 281.

für Siebenbürgen“ gekämpft und ihr Leben gegeben hatten. Sie blieben im „Heimatland“, da die Rosenauer ihrer gedachten und ihre Gräber auch künftig pflegen würden. Auffällig ist, daß hier die Begriffe „Vaterland“ und „deutsch“ fehlen. „Heimatland“ ist vielfältiger interpretierbar, dagegen sind Sprache und Symbolik auf der Rückseite des Denkmals eindeutiger formuliert. Das Eiserne Kreuz und die Bezeichnungen „deutsche Helden“ sowie „altdeutsche Treue“ sind betont national. Kein Abzeichen der k.u.k. Armee, sondern das Symbol des preußisch-deutschen Heeres dient als Verzierung, während es auf der Vorderseite ein religiöses Motiv war. Mit den „deutschen Helden“ sind eindeutig die acht deutschen Soldaten gemeint. Der Ausdruck „in altdeutscher Treue“ läßt sich zweifach deuten: Einerseits qualifizierten sich die Sachsen selbst – bzw. ihre „Treue“ den Gräbern der toten Soldaten gegenüber – als „altdeutsch“ im Unterschied zu „deutsch“ im Sinne von „reichsdeutsch“. Sie fühlten sich als „alte deutsche Bevölkerungsgruppe“ in Siebenbürgen und weniger als einer der Splitter der zahlreichen „Auslands“- oder „Volksdeutschen“. „Altdeutsch“ kann sich aber auch auf die Art der Treue beziehen – d.h. im Sinne einer ganz besonderen Treue, die es nur unter Deutschen gibt – an die zweite Strophe des Deutschlandliedes erinnernd. Demnach wären die Siebenbürger Sachsen in ihrer Treue genauso deutsch wie alle (übrigen) Deutschen. Diese zweite Deutung ist wesentlich gesamt- oder gar großdeutscher. Der Blick wird indirekt auf das Reich gerichtet. Auf jeden Fall werden die Rosenauer Toten mit den reichsdeutschen Gefallenen in eine Reihe gestellt. Beide waren gleichwertige Helden, treu, also für das gleiche Ziel kämpfend - und beide ruhen jeweils fern ihrer Heimat. Die persönliche Trauer der Rosenauer wird mit dem Heldengedenken und dem Blick auf Deutschland verbunden. Beachtlich ist, daß der erheblich nationalere Appell auf der Rückseite des Denkmals nur für „Eingeweihte“ zu finden ist, während die Vorderfront mit der religiösen Darstellung neutraler anzusehen ist.

## 2. *Schäßsburg*

In größeren, vor allem ethnisch und konfessionell heterogenen

Städten, in denen zudem die Präsenz der rumänischen Obrigkeit stärker war, gestaltete sich die nationale Bezugnahme schwieriger, was am Beispiel Schäßburg deutlich wird. Dort befindet sich beim evangelischen Friedhof am Berghang ein „Heldenhain“ mit 30 Soldatengräbern (zehn reichsdeutsche Soldaten sowie sächsische, ungarische und rumänische Soldaten). Am Gipfel des Hains steht ein etwa drei Meter hoher Gedenkstein mit der Inschrift: „Die evangelische Kirchengemeinde/ den toten Helden/ 1914 - 1918/ Jedes Heldengrab ist heilige Erde./ Alle starben, daß uns Friede werde.“ Die Widmung stammt nicht von der sächsischen KGF, die in Schäßburg auch eher geringe Bedeutung bzw. organisatorische Präsenz besaß. Es gab zudem noch weitere Soldatengräber, beispielsweise auf dem ungarischen katholischen Friedhof. Es ist weder vom „sächsischen Volk“, „dankbaren Schäßburgern“ noch „altdeutscher Treue“ die Rede. Die Betonung auf „Jedes Grab“ und „alle starben“ legt nahe, daß es sowohl mehrere Soldatenfriedhöfe im Ort als auch verschiedene Nationalitäten auf diesem Friedhof gab. Im Tode sind, so die Aussage, alle gleich, und kein Toter ist dabei mehr wert. „Alle starben, daß uns Friede werde“ ist sehr weit interpretierbar, was eine Gedenkfeier der evangelischen Schulen Schäßburgs auf diesem Friedhof am Himmelfahrtstag – dem offiziellen rumänischen Heldengedenktag – im Jahre 1926 illustriert.<sup>26</sup> Der Redner, Dr. Julius Hollitzer, beschwor vor den Schülern die Treue und Vaterlandsliebe der Schäßburger bei Kriegsbeginn 1914. Die „Sorge des Ganzen“ sei wichtiger geworden als die „Sorge des Einzelnen“. Eindringlich malte Hollitzer die harte Trennung und den Abschied von der Heimat aus. Der „Schutz des Vaterlandes“ stand vor der „weinenden Mutter“, das „Land muß leben, und wenn wir sterben müssen“. In den Zeiten der Ungewissheit und der Entbehrung, der Todesahnung und der Trübsal des Krieges wären die Kämpfer mit der Seele daheim gewesen. Sie hätten, geglaubt, so Hollitzer, „Werkzeuge einer großen Zeit“ zu sein, wobei sie sich angesichts der Grausamkeit des Krieges ihr „Menschentum“ bewahrt hätten. So hätten sie beispielsweise Kameraden gerettet und

---

26. Abgedruckt in: *KB*, Nr. 24/1926, 17.6.1926, S. 295-297.



Gefallene begraben, egal welcher Seite diese jeweils angehörten. All dies sei angesichts wachsender Zweifel geschehen. Statt die Heimat zu verteidigen, weswegen sie ja ausgezogen seien, hätten sie das Haus des Feindes zerstören müssen. Trotz wachsender Friedenssehnsucht hätten sie weitergekämpft: „Die Helden waren getreu bis in den Tod.“ Den Höhe- und Wendepunkt seiner Rede bildete die Frage „Sind wir getreu gewesen?“, mit der Hollitzer die Daheimgebliebenen an der Heimatfront ansprach, die sich beklagt hätten, obwohl sie weniger Opfer gebracht hätten als Soldaten, die ihr Leben riskierten. Ebenso meinte der Redner mit seiner Frage auch die Kämpfer des Krieges, die seiner Auffassung nach nicht tapfer genug gekämpft und die Friedenssehnsucht vor die Landesverteidigung gestellt hätten. Er betonte dabei, daß die zur Gedenkfeier Versammelten „mit der Reue im Herzen“ zum Denkmal der Helden kämen. Ihre Mütter dagegen seien reinen Herzens, denn man habe ihnen das Teuerste, ihre Söhne, genommen. Das Opfer der Mütter sei größer als alle materiellen Dinge, daher bräuchten sie eigentlich keinen Heldentag, da ihr ganzes Leben „ein Gedenken und Danken“ sei. Die Mütter seien eine Mahnung, da durch sie „die Heldensöhne [...] zu den Überlebenden“ sprächen. Im dritten Teil seiner Rede sprach er die Themen Himmelfahrt und Unsterblichkeit an. Christi Leiden und Nächstenliebe bezeichnete Hollitzer als das höchste göttliche Bild. Mit diesem Bild vor Augen wirkten die Opfer des Krieges wie eine Aufforderung an die Überlebenden, auf Versöhnung und Liebe zu setzen und nicht auf Irdisches und Vergängliches. Die Jugend, d.h. in diesem Fall die Schüler Schäßburgs, sei „vom Kriege verdunkelt“. Haß und Habgier habe die Väter in den Krieg getrieben. Von Haß und Habsucht, Verrohung und Verwilderung, vom Gift des Menschen- und Rassenhasses sollten sich die Schüler fernhalten und stattdessen für Frieden und Versöhnung arbeiten. Wenn Kriege zu führen seien, sollte man dabei der Liebe, dem Guten und dem Edlen treu bleiben. Nicht nur an gebotenen Tagen sollte der Toten gedacht werden, sondern das ganze Leben hindurch. Wenn man sich der Toten im Sinne Hollitzers erinnere, dann wären sie für die Zeitgenossen und für deren Frieden gefallen. Auf diese Weise würden die

Schüler die Auferstehung der Helden in ihren Herzen erleben. Beiden, den Helden und den Schülern, sei durch Christus die Himmelfahrt bereitet. Wenn sie dies beherzigten, würde ihnen die Krone des seligen Lebens gegeben.

Das Auffallende an dieser Rede vor der künftigen Elite der Siebenbürger Sachsen ist, daß der Aufruf zum Frieden und zur Versöhnung mit einer Beschreibung edlen, humanen Heldentums im Kriege verbunden wird. Dagegen wird nicht deutlich gesagt, mit wem man sich versöhnen solle. Ebenfalls ist erstaunlich, daß zu Beginn der Rede der Kampf über den Waffenstillstand hinaus verklärt wird - wider diejenigen, die frühzeitig ihre Waffen wegwarfen und die „Früchte des Friedens“ genießen wollten. Besonders eingehend wird die Trauer der Mütter über ihre gefallenen Söhne thematisiert. Dabei ist markant, wie sehr angesichts der gefallenen Helden die Reue der Überlebenden betont wird, und dies gerade an der Stelle der Rede, die als Überleitung vom Heldentum der Kämpfer zur Thematisierung von Versöhnung und Nächstenliebe dient. Welche Funktion hat dies für die Appelle an die Schüler? Es läßt sich zusammenfassen, daß es bei dieser Rede in dieser im Vergleich zu Rosenau größeren Stadt, in der auch andere als die evangelischen Sachsen lebten, offensichtlich keine nationale Heldenehrung und keine Anspielungen auf die reichsdeutschen Soldaten, die „für uns fielen“, oder auf die schwierige Zeit nach 1918 vorliegen. Neben christlichem Trost und Mahnung an Versöhnung und Frieden stellt die Beschreibung einer „gerechten Kriegführung“ und humanen Heldentums etwas dar, an das Nichtsachsen, wie z.B. die rumänische Obrigkeit oder nichtsächsische Mitbewohner, anknüpfen konnten, so daß der Eindruck entsteht, die Sachsen seien nicht *per se* rumänenfeindlich, sondern daß man sich über die Gräben hinweg in vieler Hinsicht ähnelte. Am prägnantesten erscheint diesbezüglich der Satz aus Hollitzers Beschreibung von Heldentum, worin es heißt, daß die Sachsen gerne zur Verteidigung der Heimat ausgezogen seien. Dies ist ein Aspekt, der auch für die rumänische Seite durchaus verständlich war. Außerdem stellte die Schilderung Hollitzers, wie sehr es die sächsischen „Helden“ erbittert hätte, über die Landesverteidigung hinaus

die „Häuser der Feinde“ zerstören zu müssen, mit seiner deutlichen Distanzierung von den deutschen Truppen, die unter Mackensen nicht nur Siebenbürgen befreit, sondern darüber hinaus bald drei Viertel Rumäniens erobert hatten, quasi ein „Friedensangebot“ an die Rumänen dar. Das unterscheidet diese Rede am deutlichsten von den Reden und Demonstrationen der Verbundenheit mit Deutschland.

#### III.4. Die Bedeutung der Kriegerdenkmäler in Siebenbürgen

Während es kein zentrales hauptstädtisches oder vom Staat für die Sachsen errichtetes Denkmal gab, überwiegen zahlenmäßig diejenigen Gemeindedenkmäler, die bei ihrer Errichtung vor allem der individuellen Trauer und Sinndeutung Raum gaben. Das Aufstellen und die Pflege war finanziell und organisatorisch Sache der Sachsen. Raum, Rahmen und Aussage der Trauerarbeit war weitestgehend religiös. Bei den Soldatengräbern für deutsche Soldaten waren die Aufmerksamkeit und die politisch-ideologische Implikation zum einen durch die Aktivitäten der Kriegsgräberfürsorge, zum anderen auch durch reichsdeutsche oder rumänische Präsenz wesentlich höher. Die gefallenen und auf Gemeindefriedhöfen bestatteten Deutschen wurden von der sächsischen Gemeinde „an Sohnes statt“ aufgenommen. Dies drückt die entweder bewußt nach 1918 inszenierte oder durch die Erfahrung der deutschen Hilfe 1916 entstandene Vorstellung aus, daß reichsdeutsche und sächsische Helden für dasselbe Ziel, die Verteidigung der Heimat Siebenbürgen, gefallen seien und nicht nur Kameraden, sondern auch *Brüder* seien – sogar über die Niederlage hinaus. Nicht nur die Tatsache, daß, wie die KGF, die jeweilige Gemeinde vor Ort und Stellen in Deutschland zusammenarbeiteten, ist beachtlich, sondern vor allem die Handlungsfreiheit seitens der rumänischen Stellen. Im Gegenzug sind auf den Denkmälern auch kaum nationale Spitzen gegen den rumänischen Staat oder die nichtsächsischen Nachbarn zu erkennen. Das Totengedenken war nicht nationalisiert wie in Nationalstaaten. Statt Nation oder Staat wurden, sobald über religiöse Aspekte hinausgegangen wurde, Volk und Heimat thematisiert. Beides war ja auch konkret im und nach dem Krieg erfahrbar: 1916 war die Heimat

bedroht, nach 1918 die wirtschaftliche und rechtliche Weiterexistenz der Gruppe. Wenn „Heldentod“ gedeutet wurde, dann nicht rückwärtsgewandt oder mit revanchistischem Blick, sondern mit ethischem Aufruf für die Gegenwart: Die Zeitgenossen sollten wie die Helden im Krieg die Gefahren und Nöte der Nachkriegswirren tapfer bewältigen. Wenn, vor allem durch die sächsische KGF, die „deutsche Art“ oder die Kriegskameradschaft mit Deutschland betont wurde, war dies zwar eine nationale Selbstbehauptung und eine politische Manifestation, aber weniger eine Kriegserklärung, sondern vielmehr an die eigene Adresse dahingehend gerichtet, daß man als Volksgruppe nicht vergessen dürfe, wer man sei und woher man komme. Das „Heranrücken“ an Deutschland sollte einem selbst den Rücken stärken und Selbstvergewisserung liefern, nicht Rumänien kritisieren. Die Begründung für Heldentum, nämlich die Heimat zu verteidigen, konnte auch von der rumänischen Seite verstanden werden. Noch wichtiger für die Bedeutung der Kriegerdenkmäler der Sachsen ist, daß die deutschlandbezogenen, das Heldentum definierenden Aussagen die religiöse Deutung und Trauerarbeit nicht verdrängten, sondern neben diesen standen. Besonders der Vergleich Stadt – Land zeigt, daß in der ethnisch und konfessionell heterogenen Stadt mit rumänischer Präsenz auf das Gleichgewicht geachtet werden mußte und die Denkmäler in Sprache, Symbolik und Standort und als Rahmen für Gedenkfeiern wesentlich zurückhaltender, neutraler oder unauffälliger waren.

Wenn man Formen, Sprache, Standort, Zustandekommen, Entstehungsphasen, Initiatoren und Nutzer der deutschen Kriegerdenkmäler in Siebenbürgen betrachtet, dann läßt sich durchaus eine Vergleichbarkeit zu Denkmälern in Nationalstaaten wie Deutschland erkennen. Bei der Kategorisierung Kosellecks, inwieweit Kriegerdenkmäler Ausdruck von Säkularisierung, Demokratisierung und Nationalisierung derjenigen sind, die die Denkmäler errichten, wird es schon schwieriger, Parallelen zwischen Deutschland und Siebenbürgen zu ziehen, da Siebenbürgen ein besonderer Fall ist. Die Kategorien *Säkularisierung* und *Demokratisierung* sind dabei noch leichter einzuordnen: Während im Tode alle Soldaten gleich waren, also die Demokratisierung

nach Koselleck fortgeschritten war, überwog die religiöse Todesdeutung die säkulare. In Siebenbürgen überschritt sich ein Kriegsschauplatz des Weltkriegs (Aufgabenfeld der KGF) mit einem jahrhundertealten, traditionsreichen deutschen Siedlungsgebiet (eigene Gedenkdenkmäler) in ethnisch und konfessionell gemischtem Umfeld. Die Sachsen waren eine Minderheit neben anderen Völkergruppen und hatten Rücksicht auf das Gleichgewicht zu nehmen. Sie waren dabei geprägt von ihrer Tradition als „privilegierter“ Minderheit und ihrer festen konfessionellen, volksskirchlichen Einbindung. Anders als in Nationalstaaten wie Deutschland oder Frankreich gab es keine Tradition eines einheitlichen, alle Gruppen ansprechenden Nationaldenkmals. Ein Nationalstaat, der Staat, in dem man lebte, oder die herrschende Monarchie waren weder vor noch nach 1918 Bezugspunkt für die Sachsen, so auch nicht auf den Denkmälern für den Ersten Weltkrieg. Andererseits wurde den Sachsen vom rumänischen Staat auch kein Identifikationsangebot mittels eines Denkmals gemacht. Die Denkmäler der Sachsen, die sie sich errichten konnten, dienten nicht der Integration in den neuen großrumänischen Staat, sie waren aber auch nicht Ausdruck einer nationalstaatlichen Haltung der Sachsen, auch wenn – in oft vorsichtiger, tastender Weise – ein Bezug zu Deutschland oder zur deutschen Geschichte hergestellt wurde. Die Kriegerdenkmäler der Sachsen könnten vielmehr als Ausdruck und auch Mittel des Selbstfindungsprozesses nach dem Krieg und der Selbstbehauptung in der neuen Situation als Minderheit in Rumänien angesehen werden. Die religiös tröstende, dezente Aussage überwiegt gegenüber einer nationalen oder gar nationalistischen, anti-rumänischen Rhetorik. Es wird somit neben dem eigenen Trost eine doch selbstbewusste Positionsbestimmung nach innen, an die Angehörigen der eigenen Gruppe, allen voran an die Jugend, wie nach außen an die direkten Nachbarn, die Obrigkeit, aber auch Deutschland formuliert. Nach innen wird weniger der Krieg, sondern vielmehr das Kämpfen selbst als sinnvolle Verteidigung der Heimat, als Vorbild für die Lebenden und die nachwachsende Generation hingestellt, nach außen wird eine durch die deutschen Traditionen und die Kriegskameradschaft begründete Ver-

bundenheit mit Deutschland hergestellt, die jedoch den *Status quo* nicht infrage stellt.

### *Schlußbetrachtung*

Die Verarbeitung des Krieges und der neuen Situation nach 1918 führten, soweit es sich an Kriegerdenkmälern in Siebenbürgen ablesen läßt, nicht zu einer Steigerung eines aggressiven Nationalismus, Revanchismus oder gar zu einer „Verlängerung des Krieges im Frieden“.

Ebensowenig aber kann man für die nach dem Krieg entstandenen Vielvölkerstaaten von einem übernationalen Identitätsangebot seitens des Staates oder übernationaler Identitätssuche seitens der Minderheiten sprechen. Die „Selbstpositionierung als Minderheit“ anhand der eigenen Kriegerdenkmäler ist einerseits nicht nationalistisch, aber andererseits auch nicht einfach „übernational“. Die Sachsen betrieben innerhalb und nicht außerhalb des rumänischen Heldenkultes mit Hilfe deutscher Stellen ihren eigenen Heldenkult. Bei der Verarbeitung des Krieges wurde zum einen auf schlichtere religiöse Motive, zum anderen aber auch auf allseits akzeptierte Symbolbegriffe wie z.B. „Heldentum“ zurückgegriffen. Es macht das Wesen dieser Minderheiteauffassung aus, daß sich die Sachsen sowohl traditionell als „Sachsen“ in ihrer Heimat Siebenbürgen mit „deutschen Brüdern“ in der Ferne definierten, als auch sich als loyale Staatsbürger Rumäniens mit kulturellen und rechtlichen Absicherungen betrachteten.

Man kann vielleicht gerade diese Selbstpositionierung als typisch „europäisch“ bewerten – obwohl die Bezeichnung „europäisch“ nirgends auftaucht: eine bewußte Selbstdefinition, Haltung und Bezug zu einer Nationalität einerseits, gleichzeitig aber auch der Rückgriff auf allgemeinverständliche religiöse (Auferstehung, Trost, Mitleiden) oder allgemeinmenschliche Werte (Heldentum, Treue), um potentielle Spannungen vorab zu deeskalieren und um in einer multiethnischen Problemlage die trennenden Gräben zu überschreiten. Dies hatte in vernationalen Jahrhunderten funktioniert – der Rückgriff darauf trug in dieser Region Europas zwanzig Jahre lang zum vergleichsweise friedlichen Miteinander bei.

## POLITISCHE HANDLUNGSSPIELRÄUME FÜR FRAUEN IM NATIONALSOZIALISMUS

Massimiliano Livi

Suchen wir ein Bild der heutigen kollektiven europäischen Identität, sollten wir auch auf die Geschichte einzelner Gruppen zurückgreifen, deren Identitäten durch kollektive Angleichung und Bündelung individueller Differenzen und Differenzierungen erst die Matrix einer kollektiven Identität bilden.

Mein Beitrag stellt den Versuch dar, die verschiedenen Arten der Konstruktion weiblicher kollektiver Identität und den Zusammenhang von politischer Form, Partizipation und Identität der Frauen von der Weimarer Republik bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges zu verdeutlichen.

Eine Studie zum Thema der Identität der Frauen im Nationalsozialismus muß von der Geschichte der Frauenbewegung und des Frauenvereinswesens seit der Weimarer Republik ausgehen. Die Weimarer Frauenbewegung und der Aufbau einer vielfältigen Frauenvereinswelt zeigen beispielhaft die Entstehung weiblicher kollektiver Identität, die während des genannten Zeitraums eine große Rolle gespielt hat.

Bis 1918 hatten die Frauen keine direkte Beteiligung in der Politik, waren jedoch durch ihr Engagement in der Frauenbewegung und in den Parteien teilweise politisch aktiv. Ihre Politisierung begann vor allem mit dem Ersten Weltkrieg, als sich durch den Einsatz an der Heimatfront und im sogenannten „Frauendienst“ ihr nationales Bewußtsein entfaltete. Der politische Einsatz der Frauen wurde von diesen selbst als „unpolitisch“ wahrgenommen und stand ausdrücklich unter dem Motto „Erst das Vaterland und dann die Partei“. In der Tat bedeutete die Politik für die meisten Frauen vor allem Opferbereitschaft für die Nation. Die Verpflichtung gegenüber der Nation stellte den Hauptgrund für die politische Beteiligung der Frauen während der Weimarer Republik dar. Sie waren, abgesehen von den weiblichen Mitgliedern der USPD und der KPD, von der Sehnsucht

nach der „großen Einheit“ als Lösung aller Differenzen und Ungleichheiten getrieben. Für sie wirkte das Konzept „Nation“ politisierend und identitätsstiftend.

Bei der Gestaltung dieser „unpolitischen“ Form der politischen Partizipation bildeten Familie und Haus die Hauptbezugspunkte für die Frauen, deren Mehrheit den demokratischen und konservativen Parteien nahe stand. Dies bedeutete aber keine Abkehr vom politischen Leben. Die Frauen teilten hingegen die bürgerliche Vorstellung, daß ihre Tätigkeit in den Bereichen der Erziehung, Wohltätigkeit und Sozialfürsorge aufgrund der Implikationen für allgemeines Wohl, Staat und Vaterland eine politische Wirkung habe. Eine ausgefeilte Symbolik dieser „unpolitischen Politik“ half dem Verständnis und der Konstruktion sowohl der nationalen als auch der weiblichen Identität: die Familie als Keimzelle des Staates, die Frau als Mutter des Volkes und der Staat als erweiterte Familie.

Im Zusammenhang mit ihrer politischen Partizipation und den von ihnen angestrebten Formen bezeichneten die Frauen ihre Rolle in der Gesellschaft als „Sonderrolle“. Dieser Idee zufolge sollten die Frauen aktiv in der Politik tätig sein, aber nur für die Frauenpolitik und die Frauenfrage eintreten. Faktisch stellte die traditionalistische und konservative Auffassung von Mutterschaft und Familie die wichtigste Ausrichtung unter den Frauen der unterschiedlichen Gesellschaftsschichten und Gruppierungen dar. Außerdem wurde schon seit der wilhelminischen Zeit die Konstruktion zweier unterschiedlicher Geschlechtersphären als für den bürgerlichen Nationalstaat konstitutiv angesehen. Die Frauen vertraten einen ontologischen Unterschied zwischen Mann und Frau, der eine strikte Trennung zwischen der männlichen Einflußsphäre, dem Staat, und den weiblichen Bereichen von Haus und Familie, Wohlfahrt und Fürsorge vorsah. Für sie stellte die Realisierung dieser getrennten Sphären die Errungenschaft eines privaten und begrenzten, aber auch konkurrenzlosen und autonomen Wirkungskreises dar.

Man sieht nun, daß auf die Konstruktion der weiblichen Identität in der Weimarer Zeit vor allem zwei Faktoren eingewirkt haben: die „Na-



tion“ und die sogenannte „Sonderrolle“ der Frau in der Gesellschaft. Diese verbanden sich in der Akzeptanz der „Nationalisierung“ des familiären Binnenraums, die zur Mobilisierung der Frauen im Zeichen der Nation – und später zur nationalsozialistischen Volksgemeinschaft führte. Mit geringen Unterschieden blieb dieses Modell bis zur „Macht-ergreifung“ und während der Diktatur des Nationalsozialismus unverändert.

Für den Prozeß der Identitätskonstruktion spielten die Formen und Strukturen dieser „unpolitischen Politik“ der Frauen eine primäre Rolle. Dies waren während der Weimarer Republik die unzähligen Organisationen, Gruppierungen und Vereine, die sich sowohl in der demokratischen als auch in der konservativen Frauenbewegung bildeten. Sie gaben den Frauen einen Handlungsspielraum und eröffneten gleichzeitig einen Zugang zu neuen Partizipationsmöglichkeiten. Außerdem übten die Frauenvereine und -verbände immer eine wichtige Funktion als Katalysator der Bedürfnisse und der Erwartungen der Frauen aus.

Vor allem die Leitung der Fürsorge und der Wohltätigkeit stellten, insbesondere für die patriotischen und nationaldemokratischen Frauenvereine, einen wichtigen Bereich der Autonomie der Frauen dar.

Politisch gesehen zeichnete sich die weibliche Vereinswelt schon seit der wilhelminischen Zeit durch ihre Heterogenität aus. Während der Weimarer Republik erhöhte sich die Anzahl der Frauenvereinigungen von Jahr zu Jahr, wobei die politische Ausrichtung der Vereinigungen sich immer weiter differenzierte. Mit Ausnahme der revolutionären und fortschrittlichen Gruppierungen, die die emanzipatorische Frauenbewegung (FB) bildeten, fanden alle anderen ihr wichtiges politisches Reflexionsfeld im Rahmen der Theoretisierung der „Sonderrolle“ der Frau in der Gesellschaft und in der Politik.

Die liberalen Frauen fanden ihr Vorbild in Gertrud Bäumer, der Leiterin des Bundes Deutscher Frauenvereine (BDF), die ein gemäßigtes Frauenbild vertrat. Der Bund zählte etwa eine Million Mitglieder und bildete daher den Kern der bürgerlichen Frauenbewegung.

Alle anderen Gruppierungen waren nicht direkt politisch tätig. Sie verstanden sich mehr als Interessenvertreter der Frauen selbst. Die un-

terschiedlichen Bereiche, die sie repräsentierten, waren meist mit traditionellen und konservativen Aspekten des Frauenlebens verbunden; oft hatten sie auch einen religiösen Bezug.

Dieser bürgerlichen Frauenbewegung gehörten zum Teil auch rechtsgerichtete und konservative Frauenorganisationen an. Diese formierten sich sofort nach dem Ersten Weltkrieg oftmals aus jenen Frauen, die eine aktive Rolle an der Front oder in den Lazaretten gehabt hatten und nun ihre öffentliche fürsorgerische Tätigkeit fortsetzen wollten.

Viele dieser Organisationen waren christlich ausgerichtet: sei es katholisch, wie der Katholische Deutsche Frauenbund, der für die Fürsorge tätig war; sei es protestantisch, wie der Deutsch-Evangelische Frauenbund, der 1918 aufgrund der Kampagne für das Frauenwahlrecht aus dem BDF austrat. Eine dritte bedeutende Gruppe war der Reichsverband Deutscher Hausfrauenvereine, eine Dachorganisation mit 100.000 Mitgliedern, die damals die größte weibliche Berufsorganisation darstellte. Innerhalb der Frauenbewegung wurde der völkische Gedanke von den folgenden drei Gruppen vertreten, die ideologisch dem Nationalsozialismus nahe standen: Die Neuland-Bewegung, die bereits vor dem Ersten Weltkrieg von Guida Diehl gegründet wurde, der Bund der Königin Luise und der Deutsche Frauenorden von Elsbeth Zander. Alle drei gingen während der 30er Jahre in die nationalsozialistische Frauenfront ein. Außerdem spielten Zander und Diehl während der Diktatur eine wichtige Rolle in der nationalsozialistischen Frauenpolitik.

Im Spektrum der konservativen Frauenvereine war der Deutsche Frauenorden eine der wichtigsten Organisationen. Er stellte den Übergang zwischen dem völkischen Vereinswesen und einer internen Frauenorganisation der NSDAP dar, die später in die Nationalsozialistische Frauenschaft (NSF) mündete: ein angegliederter Verband der NSDAP, der als Führungsorganisation der deutschen Frauen im Nationalsozialismus fungieren sollte. Mit der Gründung der NSF beabsichtigten sowohl die Partei als auch die nationalsozialistischen Frauen, eine neue Frauenbewegung aufzubauen – oder, wie sie sie nannten, eine neue

*Frauenarbeit* (FA), die sich in offene Opposition gegen die bürgerliche und emanzipatorische Frauenbewegung begeben sollte.

Gemäß dem nationalsozialistischen „Führerprinzip“ wurde auch die nationalsozialistische Frauenarbeit als hierarchische Massenbewegung konzipiert. Anders als ihre Spitze blieb die Basis der Bewegung eher „unpolitisch“ und nahm keinen aktiven Anteil an der nationalsozialistischen Politik. Die führende Elite der Frauen wirkte hingegen aktiv daran mit, die weiblichen Massen für den Aufbau der Volksgemeinschaft zu mobilisieren und eine neue (nationalsozialistische) Frauenidentität zu begründen. Die politische Frauenelite strebte nach einer Anpassung der Frauenwelt an die neuen allgemeinen sozialen und wirtschaftlichen Anforderungen (z.B. Machtübernahme, Wiederaufrüstung, Krieg) und nach der Erweiterung des Handlungsspielraums der Frauen im nationalsozialistischen Staat. Besonders unter der Leitung von Gertrud Scholtz-Klink, badische Gauleiterin der NSF, Leiterin des Frauenarbeitsdienstes und ab 1934 Reichsführerin der deutschen Frauen, führte dies zur Vergrößerung der Kluft zwischen der nationalsozialistischen Ideologie und dem Alltag.

Die Basis der nationalsozialistischen Frauenbewegung bestand um die Zeit der sogenannten „Machtergreifung“ vor allem aus Hausfrauen. Letztere bildeten auch 47% der weiblichen Mitglieder der NSDAP. Die Frauen der Bewegung definierten ihre Rolle in der Gesellschaft durch das Bekenntnis zum Modell der „Fünf K's“ (Kinder, Küche und Kirche und Kultur und Krankenhaus). Diese „fünf K's“ definierten die Grenzen der nationalsozialistischen Frauensphäre und verdeutlichen das Konzept ihrer „unpolitischen Politik“.

Wie für die Weimarer Zeit kann man auch für die Zeit des Nationalsozialismus zentrale Faktoren für die Identitätskonstruktion der Frauen herausstellen, wie zum Beispiel die Beteiligung am Aufbau der Volksgemeinschaft und die Verteidigung bzw. die Erweiterung der Einflußbereiche der Frauen. Diese Einflußbereiche sowie die Gestaltung der Frauenwelt insgesamt wurden als Aufgabe der Frauenführung gesehen.

Die deutsche Frau sollte ihre ganze Beteiligung an der FA im Sinne des Aufbaus der Volksgemeinschaft verstehen. Ihr Zweck sollte der so-

genannten Übergang „vom Ich zur Gemeinschaft“, vom „Eigennutz zum Gemeinnutz“ sein. Das wichtigste Beispiel dieses Übergangs findet sich in der neuen Aufwertung der Hauswirtschaft. Durch eine „Versuchsstelle für Hauswirtschaft“, unzählige Ausbildungskurse, Publikationen, Beratungsstellen und Schulungen gaben die Frauen der Hauswirtschaft einen Status, dem mehr als nur eine idealisierte politische Bedeutung zukam. Besonders im Rahmen des „Vierjahresplanes“ konnte sich die Hauswirtschaft als wichtige Stütze der nationalen Ökonomie etablieren. Durch diese Aufwertung der Hauswirtschaft konnten die Frauen einem unpolitischen Bestandteil des Frauenlebens eine politische Bedeutung geben; dadurch gewann ihre Rolle eine pragmatische wirtschaftliche Relevanz, die nicht nur zur weiteren Politisierung der Frauen führte, sondern auch zu ihrer Professionalisierung und Modernisierung. Ungeachtet der Zwecke und ihrer politischen Folgen stellte die Hauswirtschaft für die Frauen sicherlich ein wichtiges wirtschaftliches und soziales Versuchsfeld dar, das für die Verbreitung technischer Kenntnisse und wirtschaftlichen Sachverstandes sorgte. Daher spielte diese Mischung von politischer Aufwertung und professioneller Auffassung der Hauswirtschaft für die Frauen eine wichtige identitätsstiftende Rolle. Trotz aller männlichen Einflüsse blieb die Hauswirtschaft das einzige Gebiet mit einer offiziell anerkannten politischen Bedeutung, das von Frauen für die Gemeinschaft entscheidend und unabhängig gestaltet wurde.

Ausdrückliche politische Bedeutung hatten hingegen die Aufgaben der Elite der Frauenarbeit. Die FA konnte durch ihre Strukturen Millionen von Frauen mobilisieren und deren Leben organisieren. Dabei konnte die FA auf Strukturen zurückgreifen, die schon in der Zeit der Weimarer Republik für die politische Partizipation der Frauen geschaffen worden waren. Während der Diktatur nutzte Scholtz-Klink diese Strukturen als entscheidendes politisches Mittel der Frauenpolitik und zur Konstruktion weiblicher Identität.

Die wichtigsten Einrichtungen der FA waren die Nationalsozialistische Frauenschaft und das Deutsche Frauenwerk, beide unter der Führung von „Reichsfrauenführerin“ Gertrud Scholtz-Klink, die von No-

vember 1934 bis zum Ende des Krieges die Führung fast aller Frauenangelegenheiten des nationalsozialistischen Staates innehatte. Sie prägte in entscheidender Weise sowohl die NSF und die anderen Organisationen als auch die Frauenpolitik insgesamt. Ihr Ziel war es, alle deutschen Frauen unter einer Führung zu vereinigen und damit zu organisieren. Für die Frauen beabsichtigte Scholtz-Klink eine autonome Sphäre, in der sie den „Nationalsozialismus der Tat“ realisieren konnten. Außerdem sollten für sie die geschlechterspezifisch getrennten Lebensbereiche identitätsstiftend wirken und der Erweiterung des Handlungsspielraums der Frauen in der Gesellschaft dienen.

Scholtz-Klink war der Meinung, daß die deutsche Frau sich die nationalsozialistische Weltanschauung zutiefst zu eigen machen und nationalsozialistische Forderungen in praktische Arbeit umsetzen sollte. Der Ort dieser Arbeit sollte das Deutsche Frauenwerk (DFW) werden, die Massenorganisation der Frauen im Nationalsozialismus. Formell hatte Scholtz-Klink alle Frauen unter eine Leitung gebracht, sie wollte aber auch alle Vereine und Strukturen gleichschalten und synergetisch organisieren. Das Ziel war die Homogenisierung der Strukturen und Kompetenzen innerhalb der FA.

Organisatorisch stimmten bis 1937 die NSF (die Führungsorganisation der FA) und das DFW fast komplett überein. Der NSF stand es aber definitionsgemäß zu, die Arbeit des DFW zu koordinieren. Die Planung der gesamten Arbeit des DFW stand der Reichsfrauenführerin zu und wurde auf lokaler Ebene von den NSF-Führerinnen umgesetzt. Hierarchisch gesehen war das DFW der Reichsfrauenführung unterstellt. Letztere wiederum unterstand nur der Parteileitung. Die NSF als Gliederung der Partei hing unmittelbar von Scholtz-Klink ab, die ihrerseits Rudolf Heß als Vorgesetzten hatte. Die Reichsfrauenführung war als behördliches Hauptamt weder einem Verein, noch einer Organisation, noch der Partei angegliedert. Mitglieder des DFW waren sowohl einzelne Frauen als auch Vereine und Organisationen, die korporativ aufgenommen wurden. Die Leiterinnen des DFW kamen alle aus der NSF. Im DFW wurden keine politischen oder organisatorischen Entscheidungen getroffen. Die NSF bestand aus unterschiedlichen Abteilungen,

die den Einsatzbereichen des DFW entsprachen. Hier wurden durch die von der NSF geplanten Kurse und Aktivitäten Tausende von Frauen in der Hauswirtschaft und den Aufgaben einer „guten nationalsozialistischen Mutter“ unterwiesen. Die Koordinierung der Aktivitäten erfolgte in den einzelnen Abteilungen der NSF. Ideologisch gesehen waren die Mutterschulung und der Mutterdienst die wichtigsten Organisationsbereiche der NSF. Die Frauen sollten darauf vorbereitet werden, allen Problemen der Mutterschaft im nationalsozialistischen Sinne entgegenzutreten. Während der Führung durch Scholtz-Klink erweiterten beide Strukturen ihre Aktivitäten und ihre Mitgliederzahl beträchtlich. Von 1933 bis 1936 stieg die Anzahl der Mitglieder der NSF von 800.000 auf 2.200.000. Gerade in der heißesten Phase der Wiederaufrüstung präsentierte Scholtz-Klink der Partei eine effiziente Organisation mit zahlreichen Einzelbereichen. Insgesamt standen ihr etwa 6 Millionen Frauen für die Erfordernisse der Kriegsvorbereitung zur Verfügung. In vielerlei Hinsicht definierte und festigte Scholtz-Klink die Rolle der Frau in der nationalsozialistischen Gesellschaft. Besonders während des Krieges zeigte sich die große Durchsetzungsfähigkeit ihrer Organisationen, indem ihr eine wesentliche Erweiterung des weiblichen Handlungsspielraums gelungen war.

Zum Abschluß möchte ich zusammenfassen, daß sowohl in der Weimarer Republik als auch während der nationalsozialistischen Diktatur das „idealisierte“ Konzept von Nation und die Theoretisierung (und Anwendung) einer Sonderrolle als wichtige identitätsstiftende Elemente gewirkt haben. Während der Zeit des Nationalsozialismus erfolgte eine Verschiebung vom Begriff der *Nation* hin zum Begriff der *Volksgemeinschaft* und von der *Sonderrolle* hin zu einer *getrennten Sphäre*. Diese Begriffsverschiebung kennzeichnet nicht nur die Schwelle zwischen konservativen Grundsätzen und nationalsozialistischer Ideologie, sondern zeigt vor allem auch die Vervollständigung der Konstruktion einer stark politisierten Frauenidentität, die die Erweiterung des politischen und sozialen Handlungsspielraums der Frauen trotz des grundsätzlich frauenfeindlichen Systems erzielen konnte.

## **IV**

### ***KULTURELLE DIFFERENZEN UND IHRE WAHRNEHMUNG***





## NATIONALE IDENTITÄT 14-JÄHRIGER JUGENDLICHER IN DEUTSCHLAND UND ITALIEN

Ilka Gleibs

Wir sind umgeben von Nationen, Nationalismus und nationaler Identität. Die Begriffe sind in aller Munde und werden gerade auch im Zusammenhang mit europäischer Identität genannt.

In diesem Beitrag soll aus sozialpsychologischer Perspektive ein deutsch-italienischer Vergleich des Konstrukts *nationale Identität* dargestellt werden. Dabei werden 14-jährige Jugendliche aus Italien und Deutschland miteinander verglichen. Die Daten, auf denen die Ergebnisse fußen, stammen aus dem *Civic Education*-Projekt, das zwischen 1999 und 2002 am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung unter der Leitung von Dr. Oesterreich durchgeführt wurde.

Das *Civic-Education*-Projekt der *International Society for the Evaluation of Educational Achievement (IEA)* vergleicht die politische Bildung von Jugendlichen in 28 Ländern.

In allen an der Untersuchung teilnehmenden Ländern wurden 14- bis 15-jährige in repräsentativen Erhebungen befragt. Der empirischen Erhebung war eine breit angelegte Vorbereitungsphase vorangegangen. Sie diente der Analyse des Niveaus der politischen Bildung in den beteiligten Ländern und war die Basis für die Vorbereitung des Fragebogens. Die Ergebnisse der ersten Phase wurden in Fallstudien zusammengefasst. Sie geben eine Übersicht über die Rahmenbedingungen und die zentralen Ziele politischer Bildung in den teilnehmenden Ländern<sup>1</sup>. Aus der ersten Phase der Untersuchung ergaben sich drei Schwerpunktthemen: *Demokratie*, *Nation* und *Umgang mit Minderheiten*. Untersucht wurden diese Themen auf der Ebene von politischem Wissen, politischen Einstellungen und der politischen Handlungsbereitschaft.

Das zentrale Ziel der IEA-Studie war es, das politische Wissen von

---

1. Vgl. u.a. Losito, 1999; Händle, Oesterreich & Trommer, 1999; Torney-Purta, Schwille & Amadeo, 1999.

Schülerinnen und Schülern am Ende ihrer Schulzeit zu erheben. Da die Schulpflicht in einigen Ländern mit 14 Jahren endet, wurden Jugendliche befragt, die in der Jahrgangsstufe waren, in der sich der überwiegende Teil der 14-jährigen befand. In Deutschland war das die 8. Klasse. In Italien wurden Jugendliche der 9. Klasse befragt. Wie oben erwähnt, wurde in allen Ländern eine repräsentative Stichprobe gezogen. In Deutschland verweigerten drei Bundesländer (Niedersachsen, Bremen und Hessen) die Mitarbeit. Ein Bundesland ließ die Untersuchung nur für Real- und Hauptschulen zu. Damit ist die Stichprobe in Deutschland nur für die teilnehmenden Bundesländer, nicht aber für die gesamte Bundesrepublik repräsentativ. Die Verweigerung der Bundesländer beruht auf datenschutzrechtlichen Bedenken und dem Vorwurf einer mangelnden curricularen Validität des Wissenstests für die jeweiligen Bundesländer. In Italien verweigerte die Region Valle d'Aosta die Kooperation.

In Italien wurden insgesamt 3808 Schülerinnen und Schüler befragt, in Deutschland 3700.

Der Fragebogen wurde von Forscherinnen und Forschern der teilnehmenden Länder in Zusammenarbeit mit einem internationalen *steering committee* unter der Leitung von Judith Torney-Purta erarbeitet. Grundlage waren die Ergebnisse aus der ersten Phase. Der Originalfragebogen wurde auf Englisch formuliert, in die jeweilige Landessprache übersetzt und anschließend ins Englische rückübersetzt, um sicher zu gehen, dass es keine Übersetzungsschwierigkeiten gab<sup>2</sup>.

An dieser Stelle soll auf eine Besonderheit bei der Übersetzung des Fragebogens ins Deutsche eingegangen werden. In Deutschland gab es Schwierigkeiten bei der angemessenen Übersetzung des Wortes *immigrant* und *ethnic minority* im Kontext der Einstellungstests gegenüber Migranten und Migrantinnen. Da der Begriff „ethnische Minderheiten“ im Sprachgebrauch 14-jähriger keine Rolle spielt und „Migranten“ irreführend sein könnte, weil hier lebende Gastarbeiter, Asylbewerber und Flüchtlinge im allgemeinen Sprachgebrauch nicht

---

2. Vgl. Torney-Purta, Lehmann, Oswald & Schulz, 2001.

unter die Kategorie „Migranten“ oder „Einwanderer“ fallen, wurde letztendlich der Begriff „Ausländer“ gewählt.

In den Sozial- und Geisteswissenschaften gibt es ein weites Verständnis davon, was nationale Identität bedeutet<sup>3</sup>. In diesem Beitrag wird nationale Identität als ein sozialpsychologisches Konstrukt betrachtet und als Teilaspekt einer sozialen Identität<sup>4</sup> im Sinne der Theorie der sozialen Identität (SIT), die von Henri Tajfel<sup>5</sup> entwickelt wurde, definiert.

Die Basis für die Theorie der sozialen Identität wurde Anfang der 70er Jahre von Henri Tajfel formuliert<sup>6</sup>. In der SIT hat die Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen eine grundlegende Bedeutung für das individuelle Selbstbild und die Definition der eigenen Person im sozialen Kontext. D.h. es geht nicht nur um *eine* Identität, sondern um eine multiple Konzeption von Identität, die sich auf einem Kontinuum zwischen personaler und sozialer Identität bewegt.

Die soziale Identität als ein Bestandteil der Persönlichkeit basiert auf der Identifikation mit unmittelbaren Gruppen des Alltags. Tajfel definiert soziale Identität als den Teil des individuellen Selbstkonzeptes, der sich aus dem Wissen über die Mitgliedschaft in einer sozialen Gruppe und den Werten, Normen und der emotionalen Bindung, die damit verbunden sind, zusammensetzt<sup>7</sup>. Die soziale Identität umfasst alle sozialen Identifikationen, d.h. Selbstzuschreibungen, die sich aus der freiwilligen Zugehörigkeit zu einer Gruppe ableiten lassen. Teile des Selbstkonzeptes werden demnach über die Gruppenmitgliedschaft definiert. Die Einschätzung der Gruppe wird durch den Vergleich mit anderen Gruppen bestimmt. Tajfel und Turner formulieren außerdem die Annahme, dass Individuen nach einer positiven sozialen Identität streben und sich über den sozialen Vergleich dieser positiven Identität vergewissern wollen<sup>8</sup>.

---

3. Vgl. dazu die Diskussion zum Begriff der *ethnischen Identität*: Phinney, 1990.

4. Vgl. Schäfer und Schlöder, 1990.

5. Tajfel, u.a., 1982.

6. Tajfel, 1975.

7. Vgl. Tajfel, 1981.

8. Vgl. Tajfel und Turner, 1986.

Eine Form dieser sozialen Identität kann diejenige sein, die über das Bewusstsein der nationalen Zugehörigkeit und die damit verbundenen Emotionen und Bewertungen vermittelt wird.

Verkürzt kann man den Prozess zur Bildung sozialer Identität so beschreiben:

Individuen sind durch die sozialen Kategorien und Gruppen, in denen sie sich bewegen, und die daraus resultierenden Selbstbeschreibungen psychologisch mit der sozialen Struktur der Welt verbunden.

Daraus folgen die theoretischen Prinzipien der SIT: Menschen versuchen eine positive (soziale) Identität zu erlangen. Diese positive soziale Identität entsteht durch die positive Bewertung der Eigengruppe in Bezug auf eine oder mehrere Fremdgruppen. Die Eigengruppe muss als positiv abgrenzbar (*positive distinctiveness*) wahrgenommen werden.

Wenn der soziale Vergleich negativ ausfällt, verlassen Menschen ihre Gruppe (soziale Mobilität) oder finden andere Wege, eine positive Bewertung der eigenen Gruppe zu erlangen (sozialer Wandel). Die vier relevanten Konstrukte der SIT sind: soziale Kategorisierung, soziale Identität, sozialer Vergleich und soziale Unterscheidung (im Sinne einer positiven Abgrenzung der Eigengruppe)<sup>9</sup>.

### *Ergebnisse*

Mit der nationalen Identität beschäftigt sich im Rahmen der *Civic-Studie* ein Themenkomplex, der „Unser Land“ genannt wurde. Darin enthalten waren 12 Aussagen zur Nation, die man auf einer 4-stufigen Skala ablehnen oder denen man zustimmen konnte [1= stimme überhaupt nicht zu, 4= stimme sehr zu].

Betrachtet man die Verteilung der prozentualen Häufigkeiten für die Zustimmung zu den Aussagen, erkennt man, dass die italienischen Jugendlichen eine stärkere bzw. positivere Beziehung und Identifikation mit der Nation haben als die deutschen.

---

9. Zur Vertiefung Tajfel & Turner, 1986.

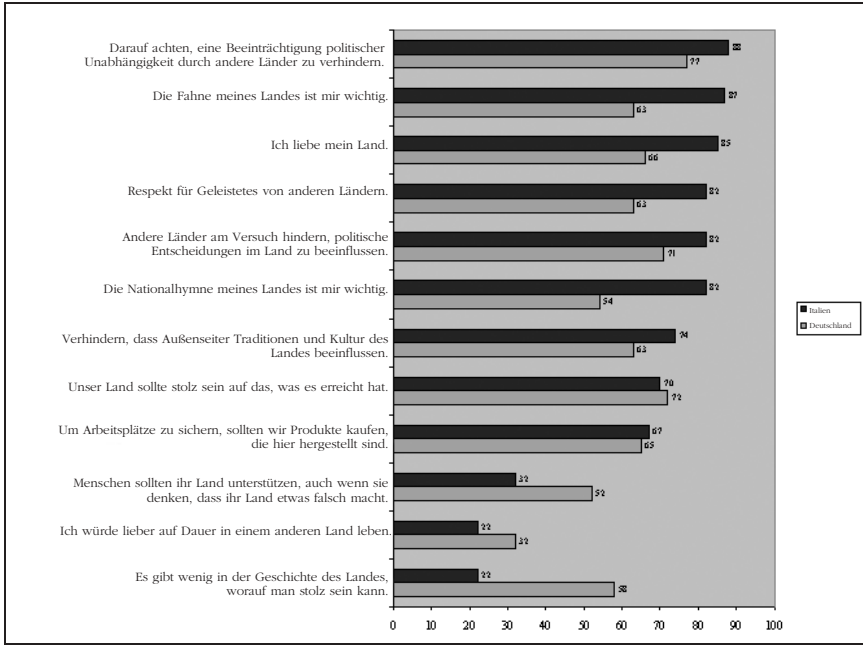


Abbildung 1: prozentuale Häufigkeit der Zustimmung zu Items des Themenkomplexes „Unser Land“

Am deutlichsten sind die Unterschiede für die Aussagen, die sich auf Nationalsymbole (*Nationalhymne* 28%, *Fahne* 24%) und auf *Vaterlandsiebe* (19%) beziehen. Was die Aspekte *politische Unabhängigkeit* oder *politische Entscheidungen* angeht, sind die Differenzen weniger groß. Auch bezüglich der Meinung, dass man verhindern sollte, dass Außenseiter die Traditionen und Kultur des Landes beeinflussen, liegt die Differenz bei knapp 11%. Bemerkenswert sind die Aussagen, denen deutsche Jugendliche mehr zustimmten als die italienischen. Nur 22% der italienischen Jugendlichen sagten, dass es wenig in der Geschichte Italiens gibt, worauf man stolz sein könne. Dem gegenüber stehen 58% der deutschen Schülerinnen und Schüler in Deutschland. Ebenso interessant ist es, dass 32% der deutschen Schülerinnen und Schüler und 22% der italienischen Jugendlichen der Aussage „Auf Dau-

er würde ich lieber in einem anderen Land leben“, zustimmten. Dies kann ein Indiz für die relativ geringe emotionale Bindung an die Nation sein. Festzuhalten ist, dass es Unterschiede in der Ausprägung nationaler Identität gibt. Die Ergebnisse in den relativen Häufigkeiten lassen sich auch anhand von Mittelwertvergleichen als statistisch signifikante Unterschiede identifizieren.

Kann man dieses Ergebnis noch spezifizieren? Gibt es Unterschiede in der Konzeption oder in der Art der nationalen Identität?

Zur weiteren Spezifikation wurden Unterschiede bzw. Ähnlichkeiten der Konzeption einer nationalen Identität und der Einstellung der Jugendlichen gegenüber Migrantinnen und Migranten überprüft, da in anderen Untersuchungen, wie z.B. in dem DFG-Projekt „Nationale Identität“ u.a. von Peter Schmidt und Thomas Blank<sup>10</sup> Hinweise gefunden wurden, dass es zumindest in Deutschland einen Zusammenhang zwischen nationaler Identität und Fremdenfeindlichkeit gibt.<sup>11</sup>

Zur Veranschaulichung wurden wieder die relativen Häufigkeiten der Zustimmungen zu den Aussagen gegenübergestellt (s. Abbildung 2):

---

10. Vgl. Blank, 2003; Blank & Schmidt, 1994.

11. vgl. auch Eurobarometer, 2001.

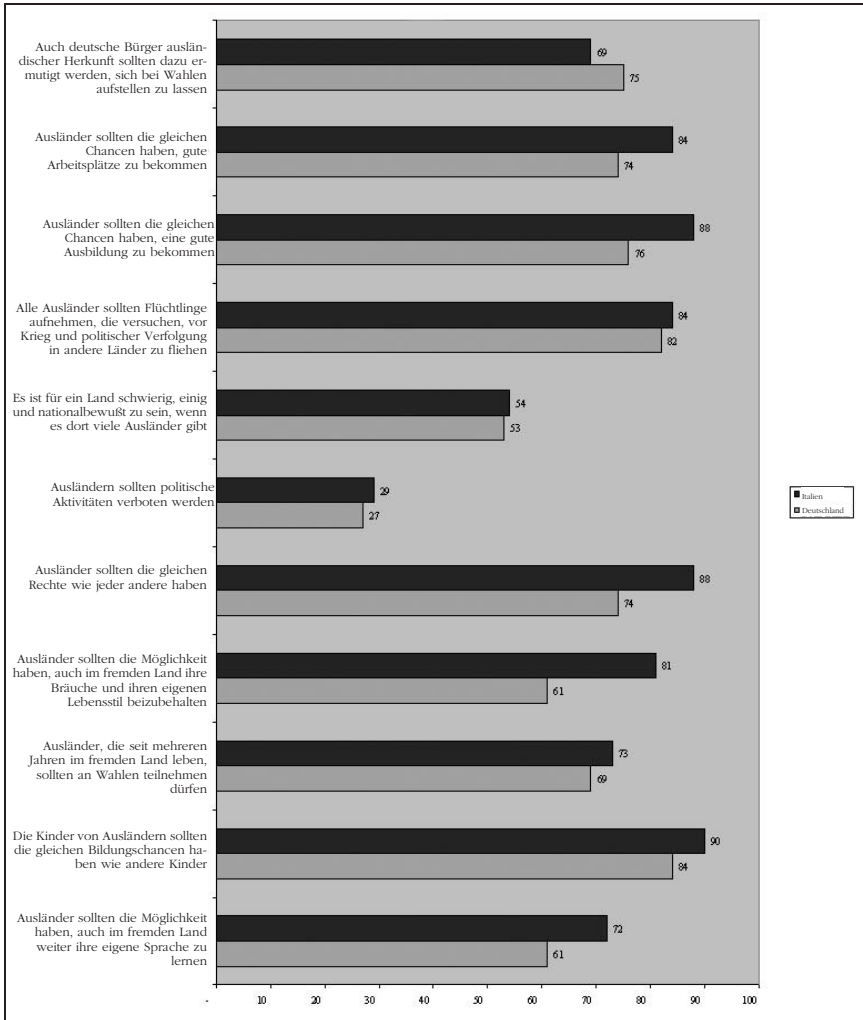


Abbildung 2: relative Häufigkeit der Zustimmung zu Items des Themenkomplexes „Einstellung zu Ausländerrechten“

Auffallend ist hier, dass die italienischen Jugendlichen den Aussagen eher zustimmen als die deutschen Schülerinnen und Schüler.

Das zeigt, dass sie im Allgemeinen eine positivere Einstellung zu Ausländerrechten haben.

Bei genauerer Betrachtung wird deutlich, dass bezüglich der geringen Unterstützung von Migrantinnen und Migranten durch deutsche Jugendliche zwischen solchen Items unterschieden werden kann, die die grundlegenden Rechte von Migrantinnen und Migranten ansprechen, und solchen, die spezifischere Rechte thematisieren. Deutsche Jugendliche sind besonders gegenüber den Arbeitsmarkt betreffenden Rechten und gegenüber Themen der kulturellen Eigenständigkeit restriktiv eingestellt. Als besonders eklatantes Beispiel kann man das Item „Ausländer sollten die Möglichkeit haben, auch im fremden Land ihre Bräuche und ihren eigenen Lebensstil beizubehalten“ nennen. 61% der deutschen Jugendlichen stimmen diesem Item zu – im Gegensatz zu 81% der italienischen Jugendlichen. Dagegen unterscheiden sich die Antworten der deutschen Jugendlichen hinsichtlich politischer Rechte nicht sehr von denen der italienischen Schülerinnen und Schüler.

Der Zusammenhang zwischen nationaler Identität und Zustimmung zu den Rechten von Ausländern wurde durch Bestimmung bivariater Korrelationen errechnet.<sup>12</sup>

Für Deutschland fand sich eine Korrelation von  $r = -.348$ <sup>13</sup>. In Italien lag die Korrelation nur bei  $r = .076$ . In Deutschland sinkt mit zunehmender nationaler Identifikation die Zustimmung zu Ausländerrechten. Um das Ergebnis der Korrelation zu veranschaulichen, wurden die Jugendlichen in vier Gruppen unterteilt: starke, bzw. geringe Ausprägung der nationalen Identität, jeweils kombiniert mit hoher bzw. niedriger Zustimmung zu Ausländerrechten. Die Ergebnisse für den Vergleich von Deutschland und Italien sind in den folgenden Tabellen dargestellt.

---

12. Zur Konstruktion der Skalen: Gleibs, 2003.

13.  $r$  = Produkt-Moment-Korrelation, Werte zwischen -1 und 1; -1 und 1 repräsentieren einen perfekt negativen bzw. positiven Zusammenhang zwischen zwei Variablen.



Tabelle 1: Zusammenhang nationale Identität/ Zustimmung zu Ausländerrechten, Italien

<b>ITALIEN</b> <b>Zustimmung</b>	<b>Nationale Identität</b>	
	niedrig	hoch
<b>Ausländerrechte</b>		
niedrig	14.2%	26.4%
hoch	15.5%	44.0%

Tabelle 2: Zusammenhang nationale Identität/ Zustimmung zu Ausländerrechten, Deutschland

<b>DEUTSCHLAND</b> <b>Zustimmung</b>	<b>Nationale Identität</b>	
	niedrig	hoch
<b>Ausländerrechte</b>		
niedrig	19.8%	27.8%
hoch	31.1%	21.3%

In Deutschland zeigen diejenigen Jugendlichen, die einen vergleichsweise niedrigen Wert auf der Skala *nationale Identität* haben, mehr Zustimmung zu Ausländerrechten, als die Vergleichsgruppe in Italien. 31.1% der Jugendlichen in Deutschland haben einen niedrigen Wert für nationale Identität und einen hohen Wert bei der Zustimmung zu Ausländerrechten. In Italien sind es in derselben Kategorie nur 15.5% der Schülerinnen und Schüler. Umgekehrt identifizieren sich in Italien vergleichsweise mehr Jugendliche stark mit ihrer Nation und zeigen eine hohe Zustimmung zu Ausländerrechten. Der Wert beträgt hier 44%. In Deutschland dagegen sind es nur 21.3% der Befragten, die einen hohen Wert für nationale Identität haben, sowie einen hohen Wert für die Zustimmung zu Ausländerrechten. Allgemein lässt sich zusammenfassen, dass es in Deutschland mehr Jugendliche gibt, die sich stark mit ihrer Nation identifizieren und wenig Zustimmung zu Ausländerrechten zeigen (27.8%). Die zweite große Gruppe bilden die Jugendlichen, die eine weniger starke nationale Identifikation aufweisen und eine hohe Zustimmung zu Ausländerrechten zeigen (31.1%). In Italien stellt die Gruppe der Jugendlichen, die einen hohen Wert sowohl auf der Skala für nationale Identität als auch für die Zustimmung zu Ausländerrechten haben (44%), die größte Gruppe dar. Anders als in Deutschland ist der Prozentsatz der Jugendlichen, die sich weniger mit der eigenen Nation identifizieren und trotzdem Zustimmung zu Ausländerrechten zeigen, deutlich geringer (15.5%).

## *Diskussion*

Die befragten italienischen Jugendlichen zeigen in der vorliegenden Untersuchung eine stärkere und positivere Beziehung zu ihrer Nation als die deutsche Vergleichsgruppe. Italienische Jugendliche sehen im Sinne der SIT die Nation als identitätsstiftend. Die Nation kann, wie z.B. auch Wakenhut dargestellt hat, eine positive und relevante Rolle für die Selbstbeschreibung der Person spielen.<sup>14</sup> In Deutschland scheint diese affektive Komponente, das heißt der positive Bezug und die positive Evaluation der Nation als soziale Eigengruppe, weniger stark ausgeprägt zu sein als in Italien. Ein Indiz für die geringere affektive Bindung der deutschen Schülerinnen und Schüler an die Nation liefert insbesondere das Item „Ich würde lieber auf Dauer in einem anderen Land leben“, dem 32% der deutschen Jugendlichen, aber nur 22% der italienischen Jugendlichen zugestimmt haben.

Die positive Eigengruppenbewertung kann als eine wichtige Voraussetzung für eine positive soziale Identität gelten. Sie ist abhängig von sozialen Vergleichen, in diesem Fall von dem Vergleich mit anderen Nationen. Diese Intergruppenvergleiche können sich auf geographische Dimensionen der Nation, auf politische Konzeptionen und Systeme, auf militärische Stärke oder auf historische Fakten stützen<sup>15</sup>. Schäfer und Schlöder beschreiben die besondere Bedeutung des historischen Bewusstseins für den sozialen Vergleich und die soziale Identität<sup>16</sup>.

Das Wissen (als Nationalbewusstsein) darüber, Teil einer Nation zu sein, und die Bewertung der Gruppe über einen sozialen Vergleich mit einer anderen Gruppe (Nation) beeinflussen die Gefühle, die mit der sozialen Identität und der Selbstkonzeption verbunden sind. Über diese Komponenten entsteht eine positive bzw. negative oder starke bzw. weniger starke nationale Identität. Die Selbstwahrnehmung als Teil der sozialen Gruppe wird bestimmt durch das Wissen der sozialen Eigenarten sowie ein historisches Bewusstsein, d.h. kommunikativ er-

---

14. Wakenhut, 1999.

15. Vgl. dazu Salazar, 1998.

16. Schäfer und Schlöder, 1990.

worbenes und überprüfbares historisches Wissen<sup>17</sup>. Der Unterschied zwischen deutschen und italienischen Jugendlichen im Verständnis nationaler Identität lässt sich als ein Unterschied in der Art des sozialen Vergleichs und der Bewertung dieses Vergleichs deuten. Deutsche Jugendliche können über den sozialen Vergleich und die soziale Repräsentation der eigenen Nation eine weniger starke positive soziale Identität entwickeln als italienische Jugendliche.

Aus der Analyse der vorliegenden Daten geht hervor, dass in Deutschland ein Zusammenhang zwischen nationaler Identität und der Einstellung zur Gleichstellung von Migratinnen und Migranten besteht. Mit ausgeprägterer nationaler Identität sinkt die Bereitschaft zur Gleichstellung. Dieser negative Zusammenhang konnte in Italien nicht festgestellt werden. Das Ergebnis dieser Untersuchung ist analog zu einer vergleichenden Untersuchung von Hjerm (2001), der in den Daten der italienischen Stichprobe eine deutlich niedrigere Korrelation zwischen „Nationalbewusstsein“ und „Fremdenfeindlichkeit“ gefunden hat, als in den Daten der deutschen Vergleichsgruppe. An dieser Stelle wird auf die Ergebnisse der Analysen verwiesen, in denen gezeigt wurde, dass in Deutschland die Gruppe der Jugendlichen, die eine starke nationale Identität besitzen und wenig Zustimmung zur Gleichstellung von Migrantinnen und Migranten zeigen, größer war als in Italien.

Ein Vergleich mit den Daten der ersten *Civic*-Studie<sup>18</sup> Anfang der 70er Jahre zeigt, dass deutsche Jugendliche heute ausländerfeindlicher sind als damals. Hinweise für die relativ große Ausländerfeindlichkeit lassen sich auch in anderen Untersuchungen wie z.B. in der Jugendstudie zum Geschichtsbewusstsein von Borries<sup>19</sup> oder für Erwachsene in den Daten des *Eurobarometers*<sup>20</sup> finden.

Im Prozess des sozialen Vergleichs kann es über eine Favorisierung der Eigengruppe zu einer positiven Bewertung der Eigengruppe und zur Diskriminierung der Fremdgruppe kommen. Eine Art „Taktik“,

---

17. Vgl. Schäfer und Schlöder, 1990.

18. Torney, 1975.

19. Borries, 1999.

20. *Eurobarometer*, 2001.

um sich im Prozess des sozialen Vergleichs „gut“ darstellen zu können, ist somit der Vergleich mit Gruppen eines „vermeintlich“ niedrigeren Status; die positive Bewertung der Eigengruppe und Abwertung der Fremdgruppe führt innerhalb eines sozialen Vergleichs zu einer positiven sozialen Identität.

In Italien ist die Identität, den italienischen Politikwissenschaftlern Segatti<sup>21</sup> und Caciagli<sup>22</sup> zufolge, eher kulturell als national geprägt. Das heißt, dass das zu beobachtende Konstrukt sich weniger auf die Nation oder den Nationalstaat als auf die Kultur bezieht.

Eine interessante psychologische Betrachtung kultureller Identität, die sich detailliert mit der kulturellen Identität in Italien auseinandergesetzt hat, wird in der Arbeit von Jutta Gallenmüller-Roschmann<sup>23</sup> dargestellt.

Mit dem Gebrauch quantitativer Methoden, die in dieser Untersuchung angewandt wurden, kann man zwar Aussagen über die Ausprägung der nationalen Identität machen, den sozialen Repräsentationen und Diskursen über Nation, Fremde, Migration, Geschichte usw. kann man sich jedoch nur über eine deskriptive Analyse nähern. Diese kann allerdings nicht mit dem empirischen Material der *Civic*-Studie belegt werden. Qualitative Methoden könnten helfen zu untersuchen, wie soziale Repräsentationen<sup>24</sup> den Kontext für soziale Identitäten und die damit verknüpften Diskurse bilden. Sie können tiefergehende Anhaltspunkte über die inhaltliche Konzeption von „Nation“ und „Fremde“ liefern. Gerade im Kontext von Untersuchungen zu nationaler Identität kann ein hybrider methodologischer Ansatz eine fruchtbare Ergänzung sein, um zu erklären, *warum* sich Menschen und Individuen unterschiedlich stark mit der Nation identifizieren und auf welche Repräsentationen, Kategorien und historischen Verknüpfungen zurückgegriffen wird<sup>25</sup>.

Um in einer quantitativen Analyse die inhaltliche Validität der Ska-

---

21. Segatti, 1999.

22. Caciagli, 2000.

23. Gallenmüller-Roschmann, 2001.

24. Moscovici, 1984.

25. Vgl. dazu z.B. Cinnirella, 1997 und Triandafyllidou, 1999, 2000.

len zu erhöhen und dem Konstrukt nationaler Identität in seiner Komplexität eher gerecht zu werden, sollten sich weitere Untersuchungen zum einen an einem umfangreicheren Instrument zur Operationalisierung von nationaler Identität orientieren (z.B. basierend auf der Konzeption von Kostermann & Feshbach (1989) oder den Arbeiten des FIMO-Projekts<sup>26</sup> (dazu vgl. z.B. Gallenmüller & Wakenhut, 1992)). Zum anderen wäre eine Mischform quantitativer und qualitativer Methoden sinnvoll. Damit könnten die Probleme von Korrelationen und Kausalität vermindert und die sozialen Repräsentationen, Diskurse und Inhalte der untersuchten Konstrukte näher betrachtet werden.

### *Abstract*

Im Rahmen einer international vergleichenden Studie zur politischen Bildung wurden italienische und deutsche Schülerinnen und Schüler hinsichtlich ihrer Einstellung zu ihrer Nation und hinsichtlich ihrer Haltung gegenüber Migrantinnen und Migranten verglichen. Das Hauptergebnis dieser Untersuchung ist, dass sich deutsche Jugendliche weniger mit ihrer Nation identifizieren als italienische. Außerdem haben deutsche Jugendliche eine weniger positive Einstellung gegenüber Migrantinnen und Migranten. Auffallend an der deutschen Stichprobe ist, dass gerade diejenigen Jugendlichen „ausländerfeindlicher“ sind, die sich stärker mit der Nation identifizieren. Dieses Ergebnis konnte sich für Italien nicht bestätigen. Die Ergebnisse werden mit Bezug auf die Theorie der sozialen Identität diskutiert.

### *Literatur*

BLANK, T., SCHMIDT, P., *National Identity in a United Germany: Nationalism or Patriotism? An empirical test with representative data.* Political Psychology, 24(2), 2003, S. 289-312.

---

26. Die Forschungsgruppe FIMO (FI: Firenze, MO: Monaco) wurde im Jahre 1987 von Massimo Martini, Universität Cagliari, damals Universität Florenz, und Heinz-Ulrich Kohr, damals am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr in München tätig, gegründet. Seit 1988 beteiligt sich der Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialpsychologie der Katholischen Universität in Eichstätt.

- BLANK, T., SCHMIDT, P., *Nationalstolz und Nationale Identität. Empirische Befunde zum Stolz auf Deutschland*, in: KOHR, H.-U., WAKENHUT, R. (Hrsg.), *Nationale Identität und europäisches Bewusstsein. Theoretische Entwürfe und empirische Befunde*. München: SOWI-Arbeitspapier, Nr. 93, 1994.
- BORRIES, B. v., *Jugend und Geschichte. Ein europäischer Kulturvergleich aus deutscher Sicht*, Opladen: Leske und Budrich, 1999.
- CACIAGLI, M., *Quanto è debole la coscienza nazionale degli italiani? Wie schwach ist das Nationalbewußtsein der Italiener?* In: GALLENMÜLLER-ROSCHMANN, J., MARTINI, M., WAKENHUT, R. (Hrsg.), *Ethnisches und nationales Bewusstsein - Studien zur Kategorisierung. Coscienza etnica e coscienza nazionale. Studi sulla categorizzazione sociale* (pp.91-113). Frankfurt: Peter Lang, 2000.
- CINNIRELLA, M., *Towards a European Identity? Interaction between the national and European social identity manifested by university students in Britain and Italy*, *British Journal of Social Psychology*, 36, 1997, S. 19-31.
- Eurobarometer, *Attitudes towards minority groups in the European Union. A special analysis of the Eurobarometer 2000 survey on behalf of the European Monitoring Centre of Racism and Xenophobia*, Wien 2001: SORA.
- GALLENMÜLLER-ROSCHMANN, J., *Kulturelle Identität in Italien*, Frankfurt am Main Peter Lang, 2001.
- GALLENMÜLLER, J., WAKENHUT, R., *The conceptualization and development of a questionnaire for analyzing consciousness of national affiliation*, *Ricerche di Psicologia*, 4, 1992, S. 9-28.
- GLEIBS, I., *Nationale Identität 14-jähriger Jugendlicher in Deutschland und Italien - Ergebnisse aus dem Civic-Education-Projekt der IEA*. Unveröffentlichtes Manuskript einer Diplomarbeit, Berlin 2003.
- HÄNDLE, C., OESTERREICH, D., TROMMER, L., *Concepts of Civic Education in Germany Based on a Survey of Expert Opinion*, in: TORNEY-PURTA, J., SCHWILLE, J., AMADEO, J.-A. (Hrsg.), *Civic Education Across Countries: Twenty-four National Case Studies from the IEA Civic Education Project*,. Amsterdam: IEA,1999, S. 257-285.

- HJERM, M., *Education, xenophobia and nationalism: a comparative analysis*, Journal of Ethnic and Migration Studies, 27(1), 2001, S. 37-60.
- KOSTERMANN, R., FESHBACH, S., *Towards a Measure of Patriotic and Nationalistic Attitudes*, Political Psychology, 10(2), 1989, S. 257-274.
- LOSITO, B., *Italy: Educating for Democracy in a Changing Democratic Society*, in: TORNEY-PURTA J., SCHWILLE, J., AMADEO, J.-A. (Eds.), *Civic Education Across Countries: Twenty-four National Case Studies from the IEA Civic Education Project*, Amsterdam: IEA, 1999, S. 395-419.
- MOSCOVICI, S., *The phenomenon of social representation*, in: FARR, R.F., MOSCOVICI, S. (Hrsg.), *Social Representation*, Cambridge: Cambridge University Press, 1984, S. 3-71.
- PHINNEY, J.S., *Ethnic Identity in Adolescence and Adults*. Review of Research, Psychological Bulletin, 108(3), 1990, S. 499-514.
- SALAZAR, J.M., *Social Identity and National Identity*, in: WORCHEL, S., MORALES, J., PÁEZ, D., DESCHAMPS, J.-C. (Hrsg.), *Social Identity. International Perspectives*, London, Thousand Oakes, New Delhi: Sage Publications, 1998, S. 114-124.
- SCHÄFER, B., SCHLÖDER, B., *Nationalbewußtsein als Aspekt sozialer Identität*. In: LEIDINGER P., METZLER, D. (Hrsg.), *Geschichte und Geschichtsbewußtsein. Festschrift für Karl-Ernst Jeismann*, Münster: Institut für Didaktik der Geschichte, 1990, S. 309-348.
- SEGATTI, P., *Perché è debole la coscienza nazionale degli italiani*, il Mulino (1), 1999, S. 15-26.
- TAJFEL, H., *Soziale Kategorisierung*, herausgegeben von: SEIB, G., in: MOSCOVICI, S. (Hrsg.), *Forschungsgebiete der Sozialpsychologie, 1. Eine Einführung für das Hochschulstudium*. Frankfurt a.M.: Athenäum Fischer Taschenbuch Verlag, 1975, S. 345-381.
- TAJFEL, H., *Human groups and social categories. Studies in social psychology*, Cambridge: Cambridge University Press, 1981.
- TAJFEL, H., TURNER, J.C., *The social identity theory of intergroup behavior*, in: WORCHEL, S., AUSTIN, W.G. (Hrsg.), *Psychology of intergroup relations*. Chicago: Nelson-Hall Publishing, 1986, S. 7-24.

- TORNEY, J., OPPENHEIM, A., N., FARNEN, R.F., *Civic Education in ten countries*. New York: Wiley 1975.
- TORNEY-PURTA, J., LEHMANN, R., OSWALD, H., SCHULZ, W., *Citizenship and Education in Twenty-eight Countries, Civic Knowledge and Engagement at Age Fourteen*. Amsterdam: IEA 2001.
- TORNEY-PURTA, J., SCHWILLE, J., AMADEO, J.-A. (Hrsg.), *Civic Education Across Countries: Twenty-four National Case Studies from the IEA Civic Education Project*, Amsterdam: IEA, 1999, S. 257-285.
- TRIANDAFYLLOU, A., *Nation and Immigration: a Study of the Italian Press Discourse*, *Social Identities*, 5(1), 1999, S. 65-88.
- TRIANDAFYLLOU, A., *The political discourse on Immigration in Southern Europe: A Critical Analysis*, *Journal of Community & Applied Social Psychology*, 10, 2000, S. 373-389.
- WAKENHUT, R., *Nationales und europäisches Bewußtsein. Konzeptionelle Reflexionen und empirische Befunde zum Bewußtsein nationaler und europäischer Zugehörigkeit*, in: HAHN, H. (Hrsg.), *Kulturunterschiede. Interdisziplinäre Konzepte zu kollektiven Identitäten und Mentalitäten*, Band 3, Frankfurt a.M.: IKO-Verlag für interkulturelle Kommunikation, 1999, S. 251-271.



## EUROPA IM DIALOG.

### TRANSNATIONALE IDENTITÄT UND EUROPÄISCHE INTEGRATION

Jürgen Sikora

Unter der Federführung des Sozialphilosophen Jürgen Habermas bezogen im Mai 2003 einige Intellektuelle – unter ihnen Jacques Derrida, Umberto Eco und Richard Rorty – Stellung zu den bevorstehenden Aufgaben wie auch zur künftigen Gestalt Europas. Der Tenor des politisch-philosophischen Traktats bezog sich nicht nur auf die Frage und die damit verbundenen Schwierigkeiten einer gemeinsamen europäischen Identität, sondern darüber hinaus auf die Anforderung, eine „europäische Öffentlichkeit“ in „Kerneuropa“ zu etablieren – ein Kerneuropa, das jegliche Nationalismen und eine damit einhergehende Zerrissenheit Europas hinter sich lässt.

Zur Erinnerung: Habermas' Initiative nahm ihren Ausgang angesichts des innereuropäischen Streits über eine gemeinsame außenpolitische Strategie hinsichtlich des amerikanischen Vorgehens im Irak: Auf der einen Seite stand das deutsch-französische Nein zum Krieg, auf der anderen Seite bekundeten Großbritannien, Spanien und auch Polen Solidarität mit den USA und befürworteten damit den Krieg. Insbesondere angesichts der heiklen Haltung der Polen konstatierte Habermas, meines Erachtens zu Recht, die osteuropäischen Staaten strebten zwar in die EU, „ohne jedoch schon bereit zu sein, ihre eben erst gewonnene Souveränität wieder einschränken zu lassen“. Demgegenüber bescheinigte Habermas nur den „kerneuropäischen“ Mitgliedstaaten, „der EU gewisse staatliche Qualitäten zu verleihen.“ In der Tat ist es richtig, dass der Beitritt zur Union nur verbunden sein kann mit dem festen Willen, im Sinne einer gemeinsamen „europäischen“ Haltung zu handeln, soll Europa nicht länger ein politisches Konstrukt bleiben, das zwar mit wirtschaftlichen Vorteilen seiner Mitglieder lockt, aber ohne verpflichtende Solidarität gegenüber anderen Mitgliedstaaten im Status eines losen Staatenbundes verharrt. Diese Debatte ist historisch gewachsen und hochaktuell; eine Debatte um Transnationalität,

transnationale Identität und eine einheitliche europäische Politik - insbesondere im Hinblick auf eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Es ist aber implizit auch die Frage nach den „Bürgern“ dieses Europa: „Eine gestaltende Politik, die den Mitgliedstaaten [...] einen gemeinsamen Willen abverlangt, ist auf die Motive und die Gesinnungen der Bürger selbst angewiesen [...]. Die Bevölkerungen müssen ihre nationalen Identitäten gewissermaßen „aufstocken“ und um eine europäische Dimension erweitern. Die auch heute schon ziemlich abstrakte staatsbürgerliche Solidarität, die sich auf Angehörige der eigenen Nation beschränkt, muss sich in Zukunft auf europäische Bürger anderer Nationen erstrecken“, so Habermas. Dieser doch zunächst mehr appellative als normativ gehaltvolle Anruf an die Bürger Europas hat ebenso seine Tradition, die ich im Folgenden diskutieren möchte.

Blicken wir einmal zurück auf die Ursprünge dieser Diskussion: In der Geschichte der Menschheit im Allgemeinen und der Philosophie im Besonderen kam es schon frühzeitig zu ehrgeizigen Bemühungen vor allem in Europa, die eigenen, engen Grenzen der Gemeinschaft zu überwinden und sich als Bürger einer einzigen, alles umfassenden Welt zu verstehen. Zuerst geschah dies in der *Polis* der klassischen griechischen Antike. Seither hat es immer wieder Versuche gegeben, „transnational“ zu denken und die Sitten, Gewohnheiten, den lokalen Blick auf die Welt zu überschreiten, um universale Grundbedingungen offen zu legen. Dabei stellen (I.) drei Stationen die entscheidenden Paradigmen der Transnationalität dar: der Kosmopolitismus des antiken Denkens (1.), das Weltbürgertum zur Zeit der Aufklärung (2.), die Weltgesellschaft des globalisierten 20. und 21. Jahrhunderts (3.), die die Frage nach einer transnationalen Identität gerade im Rahmen des europäischen Integrationsprozesses neu stellt (II.). Dieser Frage gehe ich zunächst in einem historischen Zugriff nach (1.), um schließlich den von mir so bezeichneten *Dialog der europäischen Kommunikationsgemeinschaft* als kritische Orientierungskraft von Globalisierungsprozessen der Weltgesellschaft als übergreifendes Paradigma stark zu machen.

## I. Drei Paradigmen der Transnationalität

### 1. Kosmopolitismus

Der Kosmopolitismus ist genuines Kennzeichen des klassischen antiken Denkens. In ihm sind zwei grundlegende Begriffe enthalten, die zugleich die Voraussetzungen markieren, unter denen es überhaupt möglich ist „Kosmopolit“ sein zu können: Der Begriff des „kosmos“ auf der einen, der des „polités“ auf der anderen Seite, kurz: Welt und Bürger. Der *kosmos* ist jedoch nicht mit der „Welt“, wie wir sie heute verstehen, gleichzusetzen, sondern bezeichnet eine zusammengehörige und klar strukturierte Einheit.

Da die frühen Philosophen und Astronomen die Welt als eine solche ins Bewusstsein des Menschen holten, weil sie davon ausgingen, dass es ein göttliches Prinzip gab, das die Ordnung der Welt verbürge, konnte „Welt“ auch als geordnete Totalität, die aus einem Urstoff entsprungen sei, verstanden werden. In der Frage nach dem die Einheit bedingenden Ursprung allen Seins (*archê*) kommt dieses Bewusstsein zum Ausdruck. Es ist die Frage nach dem All-Einen (*hen kai pan*) und dem Immer-Gleichen, das alles in der Welt zusammenhält. Wie auch immer dieser Urstoff im Einzelnen ausbuchstabiert wurde – erst durch diesen Zusammenhalt wird der Mensch zum Bewohner der *einen* Welt. Diese Welt des *kosmos* ist eine endliche, geordnete, organisierte und zusammenhängende Totalität, in der alles mit allem in Verbindung steht. Für das Verständnis dessen, was ein Kosmopolit ist, ist dies eine entscheidende Voraussetzung. Der Mensch muss darüber hinaus, das ist die zweite Bedingung, als Bürger, als *polités*, verstanden werden. Das passiert im Leben in der Gemeinschaft der „Freien und Gleichen“ (Aristoteles). Hier wird er zum aktiven Mitglied der *Polis*, und zwar „von Natur aus“. Als ein solches Mitglied ist er zugleich Teilhaber an der alles bestimmenden, den *kosmos* durchflutenden Weltvernunft, dem *Logos*.

Schon in diesen beiden Bestimmungen wird das alle Jahrhunderte durchziehende Spannungsverhältnis von Globalität und Lokalität virulent: einerseits Bürger der *Polis*, einer Gemeinschaft und damit auf ein lokales Terrain verwiesen zu sein, andererseits die Grenzen dieser Ge-

meinschaft durch Berufung auf die Teilhabe (*metexis*) am Logos zu sprengen, kurz: über die Möglichkeit zu verfügen, die Grenzen der eigenen Umwelt durch Vernunftanstrengung und Vorstellungskraft hinter sich zu lassen. Ohne Zweifel prägten jedoch unterschiedliche Gewichtungen von Lokalität und Globalität das Denken der Antike.

Ging es Platon und Aristoteles vorrangig um die Verwirklichung der göttlichen Ordnung in der Polisgemeinschaft, so war es vor allem der Kyniker Diogenes von Sinope, der die gängig anerkannten Werte individuellen wie kollektiven Handelns wie religiöse Intuition und Rituale zu Gunsten eines über jede Grenze erhabenen Denkens umstürzte. Diogenes bezeichnete sich folglich auch als *a-polis* und *a-oikos*, das heißt als einen Staatenlosen und jemanden ohne festen Wohnsitz, der vielmehr in der ganzen Welt zu Hause sei.

Die Kehrseite eines so verstandenen Kosmopoliten ist, dass man auch ein Bürger von Nirgends bleibt, weil man den lokalen Bezug zu einer Gemeinschaft kategorisch ablehnen muss. Diogenes war sich dessen bewusst und forderte aus diesem Grunde auch eine Art politische Enthaltsamkeit, weil die *Polis* letztlich nur die Freiheit des Einzelnen beschränke. Freiheit könne zudem kein gesetztes Recht sein, es sei vielmehr ein Naturrecht, dem man nur dann nachkommen könne, wenn man sich als Kosmopolit verstehe. Auf die Frage, woher er komme, da er sich nicht an die Sitten und Gebräuche der *Polis* halte, gab Diogenes deshalb auch nicht seinen Heimatort Sinope an, sondern antwortete konsequent: „Ich bin Kosmopolit.“ (Selbst Erasmus griff noch Jahrhunderte später Diogenes' Motto auf und hielt Zwingli's Anraten, Ehrenbürger Zürichs zu werden, entgegen: „*Me velle civis totius non civis oppidi.*“)

Durch Abrücken von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gemeinschaft drückt Diogenes auch seinen Glauben an das Prinzip der individuellen Freiheit aus, das die Stoiker von Zenon bis Seneca von ihm übernahmen: Sinnliche Selbstwahrnehmung, Hinwendung zum eigenen Ich und Selbstbeziehung (*Oikeiosis*) als Möglichkeit einer erfassenden Vorstellung von Welt (*phantasia kataleptike*) rücken in der Folge in den Mittelpunkt des Philosophierens. Die *Oikeiosis* wird dann auf die politische Gemeinschaft und schließlich auf die gesamte Menschheit über-

tragen: Die *Oikeiosis* wird zur Hinwendung an die ganze Menschheit, die in ihrer Gesamtheit an der All-Vernunft partizipiert. Diese All-Vernunft setzt gleiche Rechte aller voraus. Die ganze Welt wird zum Vaterland. Damit gehen für die stoische Schule jedoch auch Verpflichtungen des Menschen einher: die Pflicht zur Menschenliebe, zur Milde und zur Humanität einerseits, die Pflicht zur Strenge als auch zur Härte gegen sich selbst: „Ertrage und entsage“ ist der Leitspruch stoischen Denkens. Nur dann lebe der Mensch in Übereinstimmung mit sich selbst. Doch auch wenn der Mensch ganz bei sich selbst ist und in Übereinstimmung mit seinen Prinzipien lebt, so bleibt das Gesetz des Kosmos vom „*fatum*“, vom Schicksal, bestimmt. Das Schicksal ist die unabwendbare Ursache, der All-Logos temporale und kausale Einheit und Verkettung der Ursachen.

## 2. *Weltbürgertum*

Grundlegend ändert sich dies erst im 16. und 17. Jahrhundert mit der Entstehung selbständiger, unabhängiger und souveräner Staaten, sowie durch die Bildung von Nationen mit einer eigenen Sprache und einer eigenen Kultur. Der kosmopolitischen tritt zeitgleich eine durch den anwachsenden freien Handel vorangetriebene und neue Räume erforderlich machende pluralistische Weltordnung zur Seite. Zudem beschwört das durch die Astronomen der Neuzeit geprägte Weltbild ein neues Selbstverständnis und Selbst-Bewusstsein des Menschen. Man versteht sich nun nicht mehr vom Schicksal abhängig, sondern als aufgeklärter und im Dienste der Wahrheit stehender Welt-Bürger, der jetzt in der Tat „entdeckten“ Welt. Pluralistische Weltordnung und neues Selbstverständnis spiegeln sich vor allem in den philosophischen und erkenntniskritischen Überlegungen der Aufklärung wider.

Es ist insbesondere der deutsche Philosoph Immanuel Kant, der mit seiner Erkenntniskritik unparteiische, allgemein gültige und moralische Maßstäbe an die Ziele und Handlungsweisen der Politik anlegt, um dem neu gewonnenen Pluralismus der Nationen und Nationalstaaten universal bindende Prinzipien aufzuzeigen und so die Einheit in der Vielfalt der Stimmen und Kulturen zu stärken. Kant verändert aber ganz allgemein die Denkungsart: Den reinen Nationalismus hält er für einen

minderwertigen, wenn auch kollektiv geprägten Instinkt. Dagegen stellt er sowohl seine „Kritik der Vernunft“ als auch das Vernunftkonzept der weltbürgerlichen Gesellschaft als regulative Idee, um der Entzweiung der Völker entgegenzuarbeiten. Nur ein Weltbürger im Sinne des Vernunftprinzips könne die Aufklärung als solche wie auch die Veredelung des Menschengeschlechts insgesamt bewirken. Was das heißt, erklärt am eindringlichsten der von Thomas Jefferson geprägte Ausdruck: *ubi libertas ibi patria*. Überall dort, wo der Mensch frei ist und sich den Maßstäben seiner Vernunft bedienen darf, wird ein Ort irgendwo auf der Welt auch zur Heimat. Die Philosophen haben dafür eine kosmopolitische Formel: Freiheit und Vernunft sind die Freunde der Menschheit. Der Philosoph als Freund von Weisheit und Menschheit ist zudem der Bürger aller Orte und aller Zeiten *par excellence*. Das Beharren auf Freiheit und Vernunft bedeutet darüber hinaus, den Gedanken der Toleranz und Anerkennung radikal zu Ende zu denken und somit gegen jede Form von blindgläubiger und sinnentleerter Tradition zu stellen. Die Bürger des Nirgendes werden damit zu Bürgern, die nirgends auf der ganzen Welt mehr fremd sind.

Die Epoche von Rousseau bis Voltaire und Kant geht gar so weit, von einer „Republik der Menschen“ und einer weltumspannenden republikanischen Verfassung, die einen „Ewigen Frieden“ vorbereite, zu sprechen. Das meint nichts anderes als eine durch politische Vernunft geleitete universale Friedensordnung, wie sie uns von Immanuel Kant 1795 vorgelegt worden ist. Er schreibt:

„Sich als ein nach dem Staatsbürgerrecht mit in der Weltbürgergesellschaft vereinbartes Glied zu denken, ist die erhabenste Idee, die der Mensch von seiner Bestimmung denken kann, und welche nicht ohne Enthusiasmus gedacht werden kann.“

Dieser Enthusiasmus, wie er zur Zeit der Aufklärung zweifelsohne noch vorhanden war, ist heute jedoch weitestgehend verloren gegangen. Denn Kants Modell des Weltfriedens gründete unter anderem auf dem Prinzip einer republikanischen Verfassung, ohne dass Kant die Entwicklung der Republiken zu global und institutionell fest verankerten Nationalstaaten voraussehen konnte, deren Grenzen jedoch weder von der Wahrheit, von Krankheiten, von Medien, vom Geld, noch von

der Liebe, aber auch nicht vom Terror und der Bildung respektiert werden. Aus diesem Grunde können Nationalstaaten eigentlich nur noch als Relikt vergangener Epochen betrachtet werden.

### 3. *Weltgesellschaft*

Doch selbst internationale Organisationen wie die UN basieren zu meist auf dem Prinzip souveräner Nationalstaaten; die UN-Charta ist nicht mehr als ein völkerrechtlicher Vertrag zwischen solchen Staaten. Und auch die EU bildet hierin keine Ausnahme. Vor allem die gravierenden politisch-moralischen Defizite im Hinblick auf die Gleichheit bürgerlicher Rechte von Flüchtlingen, Migranten und Drittstaatenangehörigen sind in diesem Zusammenhang zu nennen.

Im Kern geht es um die alte Forderung einer „europäischen Staatsbürgerschaft“, die – wie der französische Sozialphilosoph Etienne Balibar zu Recht moniert – in der Fassung des Maastricht-Vertrags problematisch erscheinen muss, denn „Maastricht“ nimmt in Europa wohnhafte „Ausländer“ aus Drittstaaten von einer solchen Staatsbürgerschaft aus.

In diese Richtung zielt auch Balibars Einschätzung, im derzeitigen Zusammenschluss europäischer Staaten sei nicht viel mehr als eine bloße Summierung nationaler, nun aber konkurrierender Verfassungsmodelle auf höherer Ebene zu sehen, wobei die Staaten im Zuge der Durchsetzung ihrer Eigeninteressen Bürger aus Nicht-EU-Staaten ebenso außen vor lassen. Ob im Zuge dessen gleich von einer „europäischen Apartheid“, die neuartige Formen der Diskriminierung und Verfolgung impliziere, gesprochen werden muss, mag dahingestellt bleiben – gewiss aber rührt Balibar hier an einen wunden Punkt europäischer Verfassungspolitik, die der Revision bedarf und insofern eine große Herausforderung ist, insbesondere nach dem vorläufigen Scheitern der Annahme eines Entwurfs für eine europäische Verfassung durch den Konvent – nicht zuletzt, weil – wie Balibar zeigt – einst aufoktroyierte Grenzen in Form subjektiver Stigmata übernommen werden, wie also neben geopolitischen auch identitätsbildende Grenzen anerkannt und gelebt werden. Sie bilden die Instrumente imaginärer Projektionen, die das zukünftige Europa mitgestalten werden.

Ein zweiter Punkt betrifft ebenfalls die Kant'sche Kritik, die von der stabilisierenden Kraft des Welthandels und des freien Handelsgeistes ausging, einem Handel, der in unserer Zeit jedoch mehr und mehr zu einer voranschreitenden kapitalistischen Ausbeutung geführt hat. Und auch die aufklärende Funktion der politischen (räsonierenden) Öffentlichkeit hat einen gravierenden „Strukturwandel“ (Habermas) hinter sich: Elektronisch vernetzte und massenmedial geprägte Formationen von Öffentlichkeit, denen eine täuschende Funktion von Sprache selbst innewohnt, sind das Charakteristikum unserer Zeit.

Diese Probleme haben letztlich zu einer Revision der *Weltbürger-Gesellschaft* hin zur *Weltgesellschaft* geführt. Die feste Bindung der Gesellschaft an staatliche wie politische Institutionen und Organisationen der sozialen Gemeinschaft ist weitestgehend in Auflösung begriffen, und Politik wird, wie Niklas Luhmann gezeigt hat, allenthalben zu einem Spezialfall gesellschaftlicher Beziehungen.

Die Figur des Weltbürgers und der rechtlichen Verfassung spielen in diesem Sinne nur eine nachgeordnete Rolle, weil es interessanter geworden ist, im Zuge von Vernetzungstheorien Welt und Gesellschaft zu beschreiben. Einer der Leitbegriffe solcher Beschreibungen, denen jegliches utopisch-ideale wie aufklärerische Moment abhanden gekommen ist, ist „Globalisierung“: universale Erreichbarkeit, universale Transportierbarkeit und universale Partizipation am Weltgeschehen bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung des Nationalstaats als scheinbar einziges funktionstüchtiges politisches Ordnungssystem, das den enormen Aufgaben und Herausforderungen der Zeit aber kaum noch gewachsen ist. Das von Globalisierungsprozessen geprägte, historisch neue Gesellschaftssystem scheint derzeit das einzig noch denkbare, singuläre System zu sein (Luhmann), dessen globale Semantik von raumzeitlichen Ausdehnungen sozialer Praktiken, der Diffusion kultureller Muster und der Liberalisierung von Kapitalmärkten bestimmt wird. Damit aber gehen auch neue Arten von Weltproblemen einher (Armut, Umwelterstörung und Migration), die bei zeitgleichem Voranschreiten von Demokratisierungsprozessen neue Formen der Auseinandersetzung provozieren: Innerhalb der Weltgesellschaft treten nun



neue Formen der Gewalt gegen diese Gesellschaftsform selbst auf – entweder als grundsätzlicher (terroristischer) Protest oder als Mahnung hinsichtlich gravierender gesellschaftlicher Fehlentwicklungen (*attac*).

Statt des Weltbürgers und des Kosmopoliten erscheinen jetzt vielmehr transnationale Konzerne, transnationale soziale Bewegungen und Experten transnationaler bzw. internationaler Organisationen, die im günstigsten Fall gegen die auf Grund wirtschaftlicher Faktoren, technologischer Entwicklung und militärischer Stärke bedingte Hierarchisierung von Macht zwischen souveränen Staaten vorgehen. Für eine kritisch-philosophische Reflexion ist es zweifelsohne zu schwach, sich bloß noch als Bürger der „Weltgesellschaft“ zu verstehen, in der der Mensch mehr und mehr zum Mitglied einer bloßen Schicksalsgemeinschaft – wie etwa bei Adolf Muschg – gestempelt wird, ohnmächtig, mit den Errungenschaften der Moderne Schritt halten zu können, ohne Zutrauen in seine diskursive Kompetenz, mit der er beispielsweise über die Finalität globaler Prozesse, über Strategien politischer Integration und über Demokratisierung Rechenschaft ablegen und verhandeln kann. Gerade in Bezug auf den Integrationsprozess in Europa scheint er dann kaum noch in der Lage, auf die Frage, was letztlich die angestrebte Ordnung einer Europäischen Gemeinschaft auszeichnet, und wie das Modell des Weltbürgers neu gefasst werden könnte, zu antworten.

## II. *Transnationalität im europäischen Integrationsprozess*

### 1. Einige historische Daten

Demgegenüber hat man sich im Verlauf des europäischen Integrationsprozesses dieser Frage immer wieder neu gestellt, und Grundsteine zur Herausbildung einer „europäischen“ Identität sind hierbei mehrfach gelegt worden. Spätestens seit der Kopenhagener Gipfelkonferenz 1973 wird die Frage nach einer europäischen Identität auch in breiter Öffentlichkeit diskutiert. Der Wunsch, der auch der Feierlichen Erklärung zur Europäischen Union von Stuttgart (1983) zu Grunde liegt, nämlich ein gemeinsames Europabewusstsein zu schaffen und Europa zu einem „Europa der Bürger“ werden zu lassen, das auf inter-

subjektiv und transnational anerkannten sowie frei verfassten Institutionen ruht, äußerte auch Jean Monnet in seinen „Erinnerungen eines Europäers“. Monnet spricht dort von einem Umwandlungsprozess in Europa, der nicht bloß einige Staaten, sondern Menschen durch gemeinsam erarbeitete Regeln des Zusammenlebens einander näher bringe. Zugleich bedeutet dies für Monnet jedoch auch die Idee des Bürgers als die eines aufgeklärten, demokratisch verfassten, zur Demokratie verpflichteten und aktiv an der Demokratie mitwirkenden „Zivilbürgers“, der damit mehr als bloßes Mitglied einer Gemeinschaft ist. Mit der Gestaltung eines neuen Europa als ein „Europa der Bürger“ geht somit zugleich die Idee eines „europäischen Bürgers“ einher.

Mit dem Tindemanns-Bericht (1974) und dem Adonnino-Ausschuss (1984) liegen seither auch Berichte über die Möglichkeiten zur Umsetzung von mehr Bürgernähe in Europa vor. In dem Bericht von Leo Tindemann heißt es:

„Der Aufbau Europas ist etwas anderes als eine Art zwischenstaatliche Zusammenarbeit. Er ist eine Annäherung von Völkern, die gemeinsam ihre Gesellschaft den sich wandelnden Bedingungen in dieser Welt anpassen wollen und hierbei die Werte achten, die ihr gemeinsames Erbe bilden. In demokratischen Staaten reicht der Wille der Regierungen für ein derartiges Unterfangen allein nicht aus [...] Europa muss bürgernah sein.“

Einige der dort sowie in dem *ad-hoc*-Ausschuss genannten Maßnahmen – angefangen vom Grenzabbau über den freien Warenverkehr, ein europäisches Wahlrecht bis hin zur Einführung von gemeinsamen Symbolen – sind in der Zwischenzeit Wirklichkeit geworden.

Nicht zuletzt hat die Einführung einer so genannten „Unionsbürgerschaft“ einen Beitrag zur Diskussion um den Bürgerstatus in Europa anzufachen gewusst. Die Unionsbürgerschaft basiert auf mehreren Vertragsgrundlagen – so auf der Präambel des EWG-Vertrags, dem Art. 2 des EUV und dem Art. 17-22 des EGV. Ziel dieser Vertragsklauseln war es, mehr politische Bürgerrechte auch auf europäischer Ebene zu installieren, wobei die Bürgerpflichten zumeist ausgeblendet blieben.

Nach dem Ratsbeschluss des 20.9.1976 gibt es zumindest ein politisches Recht zur Wahl der Abgeordneten der Versammlung, sprich: ein Wahlrecht zum Europäischen Parlament. Hinzu kommt die am 7. De-

zember 2000 in Nizza formulierte und 50 Artikel beinhaltende Charta der Grundrechte der Europäischen Union. Doch anders als die eigentliche Wortbedeutung von „identitas“ im Sinne einer vollkommenen Gleichheit dies nahe legt, zielen die rechtlichen Maßnahmen vielmehr auf die Verbundenheit des Einzelnen mit einem übergeordneten Ganzen oder einer supranationalen politischen Bezugseinheit ab. Es geht also weniger um „Identität“ als vielmehr um die Identifikation des Bürgers mit dem Gebilde „Europa“ oder dem der EU.

So ist nicht verwunderlich, dass insbesondere im EUV die außenpolitische Selbstbehauptung gegenüber der positiven Selbstbestimmung nach innen überwiegt. Die Identität Europas – und nicht die europäische Identität – wird hierin primär durch eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, eine gemeinsame Verteidigungspolitik zur Stärkung der Identität und Unabhängigkeit Europas zwecks Frieden, Fortschritt und Sicherheit in den Vordergrund gestellt. Europas Identität wird somit vorrangig durch weltpolitische Verpflichtungen, das „gemeinsame Erbe“ und internationale Beziehungen definiert. Unter der Herrschaft systemischer Zwänge dirigiert die Dynamik des Einigungsprozesses dabei die Frage nach der Identität der Bürger. Es stellt sich aber noch eine weiterführende Frage: Kann die durch den Integrationsprozess vorangetriebene europäische Einigung jene Bezugsgröße zur Herausbildung einer gemeinsamen europäischen Identität bilden? Konkreter: Kann der auf den Weg gebrachte Einigungsprozess als solcher überhaupt identitätsstiftend wirken, und kann über die Identität Europas auch so etwas wie eine europäische Identität kreierte werden, die dem Gedanken der Staats- und Zivilbürger Rechnung trägt?

Es ist zumindest umstritten, ob der Integrationsprozess tatsächlich identitätsstiftend sei. Denn ob über das „Europa der Bürger“ hinaus einem Prozess der Integration zugearbeitet werden kann, der auch an sein Ziel gelangen und grundsätzlich aus den Staatsbürgern einzelner Nationen tatsächlich „Unionsbürger“ werden lassen kann, scheint anzweifelbar. Denn die Unionsbürger sollten dann auch mehr als nur Rechtsgenossen, sie sollten Zivilbürger im aufgeklärten, demokratisch-kultivierten Sinn sein können. Dies aber ist in mehrfacher Hinsicht problematisch:

In allen Vertragsartikeln ist die Unionsbürgerschaft allenthalben ein Anhängsel der Staatsbürgerschaft. Letztere basiert auf der Rousseauschen wie Kantschen Idee der Selbstbestimmung, die eine Transformation der Herrschaftsgewalt in das Prinzip der Selbstgesetzgebung impliziert. Damit findet nicht lediglich ein Transfer der Herrschaftsgewalt statt – ein Herrschaftstransfer des „ancien régime“ auf das Volk, sondern der Gesellschaftsvertrag gilt vielmehr, wie Habermas betont, „als ein abstraktes Modell für die Art und Weise der Konstituierung einer Herrschaft, die sich nur noch als Vollzug demokratischer Selbstgesetzgebung legitimiert“. Der Vertrag tritt somit an die Stelle eines historischen Paktes. Die europäische Staatsbürgerrolle verpflichtet dementsprechend auf das europäische Gemeinwohl. Die Definition der Unionsbürgerschaft bleibt hingegen völlig diffus, wenn sie bloß als Ergänzung der so verstandenen Staatsbürgerschaft gefasst wird. Sie hat allenthalben Symbolcharakter: „Unionsbürgerin oder Unionsbürger ist, wer die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats besitzt. Die Unionsbürgerschaft tritt zur nationalen Staatsbürgerschaft hinzu, ohne diese zu ersetzen“, lesen wir in den europäischen Verträgen.

Hinzu kommt, dass mehrere miteinander konkurrierende Integrationsmodelle identitätsbestimmende Merkmale unmöglich zu machen scheinen. Zwar scheint unumstritten, dass Integration die Delegation von nationalstaatlichen Zuständigkeiten an ein supranationales Institutionensystem mit autonomer Rechtsordnung zwecks Verfolgung gemeinsamer Interessen meint, also prozesshaft und zielgerichtet zugleich zu verstehen ist. Doch neben einem Europa der Staaten als Ergänzung nationalstaatlicher Autonomie im Sinne einer konföderalen Staatenunion mit koordinierter Politik, wie sie schon im Locarno-Pakt und im – am Widerstand de Gaulles gescheiterten – Fouchet-Plan angedacht worden ist, herrscht auch die Idee eines Europa der Staaten mit einer bundesstaatlichen Struktur, also die Idee eines föderalen Bundesstaates, vor. Darüber hinaus besteht weiterhin die Idee einer Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft (WWU), wie sie dem so genannten Werner-Plan zugrunde liegt.<sup>1</sup> Dies sind jedoch nur einige der mit-

---

1. Der Werner-Plan hatte zwar die wirtschaftliche Komponente im Zentrum, doch ist er im Kontext der Dis-

einander konkurrierenden Modelle, die die Frage aufwerfen, welche Form der Integration eigentlich welche Identität stiften soll?

Einig sind sich die „Herren der Verträge“ demgegenüber über recht allgemeine und teils abstrakte Grundwerte, die im letzten Verfassungsentwurf (aber auch in den vorangegangenen Verträgen von Rom bis Nizza) ebenfalls zum Tragen kamen: Anders als die (christliche) Religion, die angesichts der heterogenen Bürgerlandschaft in Europa kaum geeignet erscheint, einen der Grundpfeiler des geeinten Europa abzugeben, nennt der Verfassungsentwurf explizit andere Grundwerte, die zwar nicht begründet, doch als anerkennungswürdig veranschlagt werden. Darunter fallen das Demokratieprinzip, der Pluralismus, Freiheit, Gleichheit, Solidarität, die Achtung der Menschenwürde, Menschenrechte, der Rechtsstaat und Toleranz.

Nicht zuletzt bleibt der Identitätsbegriff selbst äußerst diffus. Sprechen wir von historischer Identität, dann heben wir vor allem ab auf so etwas wie ein gemeinsames „europäisches Gedächtnis“ mit einer gemeinsamen Geschichte, Herkunftsbewusstsein etc. So sehr sich jedoch hier allgemeine und übergreifende Themen und Traditionen ausmachen lassen, so heterogen und unterschiedlich werden die jeweils nationalstaatlich geprägte Interpretationen dieser „europäischen“ Geschichte bleiben.

Auch ein genetischer Identitätsbegriff mit einem zentralen Aspekt der Kunst, Kultur, Literatur und Architektur scheint kaum geeignet, den „Europäern“ eine übergeordnete Identität zu verleihen, weil auch hier ethnisch-kulturelle Differenzen nicht dazu taugen, zu Merkmalen eines transnationalen Staatsbürgerbewusstseins zu werden – zumal es nicht darum gehen kann, eine „Kulturnation“ im Sinne Herders zu inaugrieren, sondern vielmehr die Formierung einer Staatsbürgernation mit ihren Grundpfeilern der Demokratie und der Menschenrechte gefragt ist.

Zwar scheint ein Rückgriff auf die Kulturvielfalt des politisch-historischen Europas, auf die Wissenschaftlichkeit und die Aufklärung insbe-

---

kussion über die Vertiefung der EG-Strukturen vor dem Hintergrund der anstehenden ersten Erweiterung zu sehen und schloss somit auch eine Vertiefung der politischen Strukturen ein – als Reaktion auf die durch die Vertiefung der ökonomischen Strukturen notwendigen Maßnahmen.

sondere, unbestritten für die Spezifizierung einer europäischen Identität maßgebend zu sein. Dennoch kann eine solche Identität nicht starr und fest sein, sie muss vielmehr flexibel interpretiert und reflexiv verstanden werden. Eine politisch-aufgeklärte Identität der Bürger Europas lässt sich nur im Sinne einer europäischen Staats- und Zivilbürgerschaft – zwecks Überwindung von Nationalismus<sup>2</sup> und Rassismus und gegen einen bloßen Konsumismus und Institutionalismus – denken und politisch-pädagogisch voranbringen, um neben der Überwindung des Schrebergartensystems der Volkswirtschaften auch und vor allem ein sozial zusammengewachsenes Europa zu etablieren. Denn das „Modell der Staatsbürgerschaft erinnert daran, dass die verfassungsrechtlich gesicherten Institutionen der Freiheit nur soviel wert sind, wie eine an politische Freiheit gewöhnte, in die Wir-Perspektive der Selbstbestimmungspraxis eingewöhnte Bevölkerung aus ihnen macht. Die rechtlich institutionalisierte Staatsbürgerrolle muss in den Kontext einer freiheitlichen politischen Kultur eingebettet sein“ (Habermas).

## 2. Zum Dialog der europäischen Kommunikationsgemeinschaft

Der Integrationsprozess, hier besonders der rechtlich-institutionelle Vorgang der Einigung, hat zwar auf den ersten Blick ein äußerst heterogenes und in seiner institutionellen Breite und Tiefe kaum noch überschaubares Gebilde eines modernen Europa vorangebracht, doch darf nicht vergessen werden, dass der Prozess als solcher nicht zuletzt Ergebnis eines einmaligen, nunmehr über 50 Jahre dauernden europäischen Dialogs ist. Dieser Dialog zwischen den Europäern über „ihr“ Europa, „ihre“ europäische Identität und nicht zuletzt über das Europa der Bürger scheint selbst ein herausragendes Merkmal eines allmählich erwachen-

---

2. Das verstärkte Auftreten von Nationalbewusstsein ist nach Jürgen Habermas „eine spezifisch moderne Erscheinung der kulturellen Integration. Das politische Bewusstsein nationaler Zusammengehörigkeit entsteht aus einer Dynamik, die die Bevölkerung erst ergreifen konnte, als diese durch Prozesse der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Modernisierung schon aus ihren ständischen Sozialverbänden herausgerissen, also zugleich mobilisiert und vereinzelt wurde. Der Nationalismus ist eine Bewusstseinsformation, die eine durch Geschichtsschreibung und Reflexion hindurch gefilterte Aneignung kultureller Überlieferungen voraussetzt. Zugleich verbreitet er sich über die Kanäle der modernen Massenkommunikation. Beides verleiht dem Nationalismus künstliche Züge; das gewissermaßen Konstruierte macht ihn von Haus aus für den manipulativen Missbrauch durch politische Eliten anfällig.“

den, aufkeimenden europäischen Bewusstseins zu sein, in dem die Integration tatsächlich auch in ihr Ziel kommt: Der Integrationsprozess hat den europäischen Dialog und der europäische Dialog den Einigungsprozess in einem Spiel dialektischer Beeinflussung vorangetrieben. Wenn Integrationsprozess und Identitätsbildung einer politisch-sozialen Dialektik unterworfen sind, ist es umso bedeutender, dass die Rahmenbedingungen dieses dialektischen Prozesses vernünftig gesteuert werden. Habermas nennt dies das Modell deliberativer Politik:

„Es geht nicht mehr vom Großsubjekt eines gemeinschaftlichen Ganzen aus, sondern von anonym verzahnten Diskursen. Es schiebt den demokratischen Verfahren und der Infrastruktur einer aus spontanen Quellen gespeisten politischen Öffentlichkeit die Hauptlast der normativen Erwartungen zu. Von der Masse der Bevölkerung können die politischen Teilnahmerechte heute nur noch im Sinne der Integration *in* und der Einflussnahme *auf* einen informellen, im Ganzen nicht organisierbaren, vielmehr von einer liberalen und egalitären politischen Kultur getragenen Kreislauf öffentlicher Kommunikation wahrgenommen werden.“

Der anhaltende Dialog in Europa, die Konsenssuche der Europäer bei der Gestaltung „ihres“ Europas ist dazu das geeignete Instrument. Diese Stärke des europäischen Dialogs gilt es, trotz aller Widrigkeiten auch in der Öffentlichkeit und den Schulen und Hochschulen fortzusetzen und so zu einer Emanzipation der europäischen Bürgergesellschaft beizusteuern.

Robert Schumann erklärte am 9. Mai 1950: „Europa lässt sich nicht mit einem Schlage herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung; es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen.“ Das gilt wohl heute mehr denn je. Für den Moment ist es nicht viel, aber im Zuge des Einigungsprozesses ist Europa sicherlich auf dem besten Weg der konkreten Verwirklichung einer europäischen Identität und eines Europas der Bürger, in dem sich die Menschen auch als „Bürger“ Europas fühlen.

Dazu ist, wie Habermas erläutert, das Zusammenspiel „der institutionalisierten Meinungs- und Willensbildung einerseits und den informellen öffentlichen Kommunikationen andererseits“ vonnöten. Nur dann kann „Staatsbürgerschaft auch heute noch mehr bedeuten als die Aggregation vorpoltischer Einzelinteressen und den passiven Genuss paternalistisch verliehener Rechte.“

Seitens einer kritisch-reflexiven Philosophie hat sich somit in den letzten Jahrzehnten die Annahme herausgebildet, Menschen seien nicht lediglich Teilhaber einer Weltgesellschaft, sondern – grundlegender – einer Kommunikationsgemeinschaft bzw. eines Diskursuniversums, das einem neuen Verständnis des „Weltbürgers“ wieder mehr Raum einräumt, und zwar dadurch, dass es jedem von uns Rationalitätsverpflichtungen unterstellt, deren Erfüllung es uns ermögliche, nach universal gültigen und nationenunabhängigen Normen der Moral und des Rechts zu leben.

Hier ist es wiederum Habermas, der mit seinem Papier einige Voraussetzungen benennt, die erfüllt sein müssen, sollen sich diese Ideen verwirklichen: *Erstens* ist mit Blick auf eine gelingende politisch-moralische Kultur in Europa eine entpolitisierte Religion unabdingbar: Der Glaube muss Privatsache des Einzelnen bleiben. Weitestgehend hat sich diese Forderung im Zuge des langen Säkularisierungsprozesses in Europa bereits realisiert. *Zweitens* spricht Habermas die notwendige „Emanzipation“ der „Bürgergesellschaft“ an. Das wahrscheinlich prominenteste Beispiel einer solchen Bürgergesellschaft mit Blick auf Europa ist wohl die von Graf Coudenhove-Kalergi inaugurierte Paneuropa-Bewegung der 20er-Jahre, die sich jenseits religiöser Prinzipien, jenseits nationalstaatlicher Prämissen wie auch jenseits staatlicher Regierungsgeschäfte zunächst als ehrgeiziges privates Unternehmen in Europa etablierte. Wenngleich Coudenhove-Kalergi stets eine supranationale politische wie wirtschaftliche Ebene im Visier hatte und mit Aristide Briand und Engelbert Dollfuß auch durchaus prominente Fürsprecher auf internationaler Ebene fand, so zeigt gerade „Paneuropa“ die Bedeutung von Bürgerengagement im Hinblick auf die emanzipatorische Fortentwicklung des „europäischen Hauses“. Coudenhove schreibt dazu: „Unpolitisch‘ zu sein, ist ein bequemes Schlagwort; wer dieses Schlagwort dazu verwendet, sich vor der Verantwortung, die ihm die Zeit auferlegt, zu drücken, macht sich mitschuldig an allen Katastrophen, die er nicht versucht aufzuhalten. Napoleons Wort an Goethe: ‚Die Politik ist unser Schicksal‘ ist – leider – das Leitwort unserer Zeit [...] Die einzige Kraft, die Paneuropa verwirklichen kann, ist: der Wille der Europäer; die einzige Kraft, die Paneuropa aufhalten kann, ist: der Wille der Europäer.“



*Drittens* und daran anschließend verweist Habermas auf die Politik als ein Medium der Freiheitssicherung und Organisationsmacht. Dieses politische Prinzip erscheint in einer Demokratie fast selbstredend und bedarf kaum der weiteren Rechtfertigung. Dennoch droht angesichts der Politikmüdigkeit auf parlamentarischer wie auch auf Bürgerebene die Gefahr, dass Politik ihre Kraft einer solchen Orientierungsmacht zusehends verliert. Diese Gefahr zu bannen, muss selbst eine der herausragendsten Aufgaben politischen Handelns werden.

*Viertens* macht Habermas auf die Notwendigkeit einer Korrektur von Marktversagen aufmerksam. Hier ist wiederum an eine aktive, emanzipatorische Bürgerschaft zu erinnern: Initiativen wie ATTAC haben unlängst die Bedeutung von Gegensteuerungsmaßnahmen des freien Marktes erkannt. Ihr Problem besteht jedoch weiterhin darin, dass sie streng genommen nicht durch demokratische Instanzen gewählt worden sind und damit auch keine repräsentative Kraft einer Demokratie bilden können – so sehr auch ihr Bestreben für mehr Gerechtigkeit und Gleichheit in einer hochkapitalistischen Welt nicht hoch genug geschätzt werden kann. Letztlich mangelt es den NROs an der legitimen Basis ihres Handelns, zumal dieses überregionale, globale Ausmaße hat.

Die drei nächsten von Habermas angeführten Punkte ergeben sich aus den vorangegangenen: *Fünftens* nennt er ein plurales, demokratisches Parteiensystem, *sechstens* die Sensibilität für die Paradoxien des Fortschritts, die uns spätestens seit Hans Jonas und Ulrich Beck offensichtlich sein sollten, und *siebtens* die Unabdingbarkeit kollektiven Handelns, das sich gegen soziale Ungleichheiten stark macht. Darüber hinaus sieht Habermas *achtens* eine grundlegende Voraussetzung für eine Neufassung des europäischen Gedankens in der selbstkritischen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, hier vor allem in der Sensibilität für die Verletzungen der persönlichen Integrität. So hebt er bewusst den – verfassungsrechtlich gesicherten – Verzicht auf die Todesstrafe als Grundlage eines Beitritts zur EU hervor. Dahin geht auch sein *neunter Punkt*: die supranationale Kooperation zur Verhinderung von Willkür und Gewaltausübung sowie die gegenseitige Einschränkung souveräner Handlungsspielräume.

Habermas schließt *zehntens* mit der Forderung, eine reflexive Distanz zu sich selbst zu gewinnen. Darauf ist noch einmal näher einzugehen, denn es betrifft die aktive Bürgerrolle. Bürgerschaft wird dabei als Interpretations- und Interaktionsgemeinschaft gefasst, die in ihrer diskursiven Strukturiertheit eine Reflexion auf die Bedingungen der Möglichkeit all ihres Tuns leisten muss. In einer solchen Reflexion stößt sie zwangsläufig auf die Präsuppositionen, die zumindest jeder ernsthaft Argumentierende, also jeder, der etwas mit Sinn und Geltung behauptet, als notwendig anerkannt hat. Solche Präsuppositionen können allerdings nur formal-prozeduraler Art sein, um das mannigfaltige Nebeneinander verschiedenster Kulturen zu ermöglichen.

Ausschlaggebendes Moment dabei ist die Selbstreflexion auf den argumentativen Diskurs und dessen essenzielles Kriterium des zu vermeidenden Selbstwiderspruchs. Hierin offenbart sich die Normativität des dialogischen Sich-Rechtfertigens, das davon ausgeht, keine Überprüfung von Argumenten sei möglich, ohne das „Faktum“ des Argumentationsvollzugs selbst schon vorauszusetzen.

Dieser Vollzug ist gebunden an die Gemeinschaft von zur intersubjektiven Verständigung und Konsensbildung willigen, denkenden Individuen, zu der auch der einsam Denkende angesichts seiner notwendigen Voraussetzung einer – kosmopolitischen bzw. weltbürgerlichen – Intersubjektgemeinschaft gehört, weil er unentrinnbar drei grundlegenden Dimensionen des Dialogs verhaftet bleibt: der Sache, über die er etwas aussagt; dem Appell resp. dem kommunikativen Akt, den er dabei ausführt und dessen, was er durch das Ausgesagte ausdrückt – seine Subjektivität. Damit ist der Diskurs das „Boot“, in dem der Mensch mit seinen Mitmenschen sitzt. In diesem „Boot“ geht es darum, die Rechtfertigung von Meinungen zur Pflicht zu machen. Diese Pflicht soll mit dem Hinweis nachgewiesen werden, dass jeder sinnvoll Handelnde sowohl die logische als auch die moralische Bedingung einer kritischen Kommunikation anerkannt hat. Mit Anerkennung dieser Instanz einer intersubjektiv-kritischen Prüfung von Ausgesagtem akzeptiert der Sprecher zugleich die nicht hintergehbaren moralischen Grundnormen der Gerechtigkeit als Gleichberechtigung aller Diskurspartner, der Solidarität hinsichtlich der Verbundenheit seiner selbst im

Hinblick auf andere, auf die er angewiesen ist, und die Grundnorm der Mit-Verantwortung mit Blick auf seine solidarischen Bemühungen um das Lösen von Problemen. Diese Grundnormen des Diskurses legt der Mensch in autonomer Selbstgesetzgebung (Kant) sich und Anderen auf. Es ist meines Erachtens genau diese Form unhintergehbaren – transnationalen – Denkens, das es – nicht zuletzt im Hinblick auf fortschreitende Integration und Demokratisierung und jenseits aller schicksalhaft miteinander verbundenen, global vernetzten Gemeinschaften – wieder zu stärken gilt, um die Verwirklichung der Kantschen Hoffnung auf eine Weltinnenpolitik tatsächlich Wirklichkeit werden zu lassen und damit das zu Ende zu bringen, was Richard Coudenhove-Kalergi bereits in den 20er-Jahren des 20. Jahrhunderts mit großem persönlichen Ehrgeiz begann: die Gründung der Vereinigten Staaten von Europa und die aktive politische Rolle europäischer Staatsbürger.

#### *Literaturhinweise*

- ARISTOTELES, *Philosophische Schriften*, Bd. 4, Politik, Hamburg, 1995.
- BALIBAR, Étienne, *Sind wir Bürger Europas? Politische Integration, soziale Ausgrenzung und die Zukunft des Nationalen*, Hamburg, 2003.
- BRUNN, Gerhard, *Die Europäische Einigung*, Stuttgart, 2002.
- COUDENHOVE-KALERGI, Richard, *Kampf um Europa. Aus meinem Leben*, Zürich, 1949.
- COULMAS, Peter, *Weltbürger. Geschichte einer Menschheitssehnsucht*, Reinbek, 1990.
- DIOGENES, Laertius, *Leben und Meinungen berühmter Philosophen*, Hamburg, 1998.
- EUROPÄISCHER KONVENT (Hg.), *Entwurf. Vertrag über eine Verfassung für Europa*, Luxemburg, 2003.
- EUROPÄISCHES PARLAMENT, *Vor 25 Jahren. Die Erklärung Robert Schumanns*, Luxemburg, 1975.
- HABERMAS, Jürgen, *Staatsbürgerschaft und nationale Identität. Überlegungen zur europäischen Zukunft*. St. Gallen, 1991.
- HABERMAS, Jürgen und DERRIDA, Jacques, *Unsere Erneuerung. Nach dem Krieg: Die Wiedergeburt Europas*, FAZ vom 31. Mai 2003.

- KANT, Immanuel, *Zum ewigen Frieden. Berliner Akademie-Ausgabe*. Berlin, 1968.
- KANT, Immanuel, *Geschichte zu einer Idee in weltbürgerlicher Absicht*, ebd., 1968.
- KNIPPING, Franz, *25. März 1957. Die Einigung Europas*. München, 2004.
- KÖRBER-Stiftung (Hg.), *Europa neu begründen. Kulturelle Dimensionen im Integrations- und Erweiterungsprozess*, Hamburg, 2003.
- LEONARD, Dick und LEONARD, Mark (Hg.), *The Pro-European Reader*, New York, 2001.
- LEGGEWIE, Claus, *Die Globalisierung und ihre Gegner*, München, 2003.
- LUHMANN, Niklas, *Soziale Systeme. Grundriss einer allgemeinen Theorie*. Frankfurt a.M., 1987.
- LUHMANN, Niklas, *Protest. Systemtheorie und soziale Bewegungen*, Frankfurt a.M., 1996.
- MONNET, Jean, *Erinnerungen eines Europäers*, Baden-Baden, 1988.
- MICKEL, Wolfgang (Hg.), *Handlexikon der Europäischen Union*, Köln, 1994.
- MÜLLER, Klaus, *Globalisierung*, Frankfurt a.M., 2002.
- MUSCHG, Adolf, „Kerneuropa“. *Gedanken zur europäischen Identität*, Neue Zürcher Zeitung vom 31. Mai 2003.
- NIES, Frank: *Die europäische Idee. Aus dem Geist des Widerstands*, Frankfurt a.M., 2001.
- PFTSCH, Frank, *Die Europäische Union. Eine Einführung*, Paderborn, 2001).
- SCHWIMMER, Walter, *Der Traum Europa. Europa vom 19. Jahrhundert in das dritte Jahrtausend*, Berlin u.a., 2004.
- THIELKING, Sigrid, *Weltbürgertum. Kosmopolitische Ideen in Literatur und politischer Publizistik seit dem achtzehnten Jahrhundert*, Paderborn, 2003.
- WESSELS, Wolfgang (Hg.), *Fifteen into one? The European Union and its member states*, Manchester/New York, 2003.
- ZIEGERHOFER-PRETTENTHALER, Anita, *Botschafter Europas. Richard Cou- denbove-Kalergi und die Paneuropa-Bewegung in den zwanziger und dreißiger Jahren*, Köln, 2004.

## INHALTSVERZEICHNIS

Aldo VENTURELLI <i>Zum Geleit</i>	5
Christiane LIERMANN <i>Zur Einführung</i>	7
<b>I GESCHICHTE UND MYTHOS</b>	
Bernd SÖSEMANN <i>Eine „zweite Reichsgründung“ aus dem Geist der Antike</i>	21
Jessica KRAATZ MAGRI <i>Ein anderes Italien ist möglich. Mythenbildung und politische Identität zwischen 1860 und 1948 am Beispiel des Garibaldi-kultes</i>	32
Felix HANSCHMANN <i>„Europäische Geschichtsgemeinschaft“: Geschichtsbegriffe in der Diskussion um Bedingungen und Möglichkeiten europäischer Demokratie</i>	50
Davide ARTICO <i>Der Konflikt zwischen ‚Deutschtum‘ und ‚Polentum‘ nach dem 2. Weltkrieg am Beispiel Niederschlesiens</i>	72
<b>II POLITIK UND PARTEIEN</b>	
Federico TROCINI <i>Das realpolitische Paradigma des deutschen Nationalliberalismus am Beispiel Rochaus und Treitschkes (1848-1866)</i>	85
Roberto BROGI <i>Die republikanische Identität der SPD in den ersten Jahren der Weimarer Republik</i>	99
Tiziana DI MAIO <i>Italienische Christdemokraten in der Debatte um die Schaffung eines geeinten Europa: Lina Morino und ihr Einsatz für das „neue Deutschland“ in der Zeit von 1945 bis 1954</i>	113

**III INSZENIERUNGEN**

Bernhard BÖTTCHER 131  
*Zwischen Nationalismus und übernationaler Identität. Kriegerdenkmäler von Minderheiten nach dem Ersten Weltkrieg am Beispiel Siebenbürgens*

Massimiliano LIVI 151  
*Politische Handlungsspielräume für Frauen im Nationalsozialismus*

**IV KULTURELLE DIFFERENZEN UND IHRE WAHRNEHMUNG**

Ilka GLEIBS 161  
*Nationale Identität 14-jähriger Jugendlicher in Deutschland und Italien. Eine sozialpsychologische Betrachtung am Beispiel der Civic-Education-Studie*

Jürgen SIKORA 177  
*Europa im Dialog. Transnationale Identität und europäische Integration*



*Direttore scientifico/Wissenschaftliche Leitung*  
Aldo Venturelli

*Direttore responsabile/Verantwortliche Herausgeberin*  
Maria Angela Magnani

*Redazione/Redaktion – Traduzioni/Übersetzungen*  
Christiane Liermann, Anke Fischer, Sanne Ziethen,  
Caroline La Rosée, Claudia Hoeren, Ursula Müller, Antje Peter

*Stampa/Druck*  
New Press, Como - Italy

Registrazione Tribunale di Como N. 21/98 del 22.10.98